Mittwoch, 1. Oktober 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1 Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 228 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Helmut Kohl: Zum Nulltarif ist Freiheit nicht zu haben

„Die Wertegemeinschaft des Westens kann nur erhalten und weiterentwickelt werden, wenn auf wir eigene Beiträge dazu leisten. Zum Null-Tarif ist Freiheit nicht zu haben", sagt Bundeskanzler Helmut Kohl in einem WELT-Interview. Eines unter vielen Beispielen dafür sei „die Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate, zu der sich meine Regierung aufgrund der Bevölkerungsentwicklung entschließen mußte." Kohl weiter: „Die Westbindung der Bundesrepublik ist ein Teil unserer Staatsräson – an diesem Satz halte ich fest, obwohl er viel Anstoß erregt hat. Mit anderen Worten unterschreibt er die Maxime Adenauers, wonach das Prinzip Freiheit vor dem Prinzip Einheit steht." Das Interview führte der Kölner Historiker Andreas Hillgruber. Seite 6

Hoffnungen auf Erfolg in Rejkjavik

Die Idee zu dem „Vor-Gipfel" stammt von Gorbatschow / Regimekritiker Jurij Orlow kommt frei

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow werden am 11. und 12. Oktober in Rejkjavik in Island zu einem „Vorbereitungsgipfel" zusammentreffen. Das ist eines der überraschenden Ergebnisse des amerikanisch-sowjetischen Arrangements zur Lösung der Daniloff-Affäre. Präsident Reagan, der dieses Treffen am Dienstagmorgen persönlich im Weißen Haus der Presse bekanntgab, bestand jedoch darauf, daß dies kein Gipfeltreffen sei, sondern lediglich ein Vorbereitungstreffen für die geplante Begegnung beider Regierungschefs zu einem späteren Termin in Washington.

Der Vorschlag zum „Vor-Gipfeltreffen" in Island stammt von Gorbatschow selbst und war in dem Brief enthalten, den der sowjetische Außenminister Schewardnadse am Freitag vor einer Woche Präsident Reagan im Weißen Haus überreicht hatte. Außenminister Shultz erklärte: „Diese Begegnung wurde als ein Vorbereitungstreffen von den Sowjets vorgeschlagen und von uns als solches akzeptiert. Wir hoffen, daß unsere Bemühungen um einen erfolgreichen Gipfel damit einen neuen Stoß vorwärts erhalten". Shultz äußerte die Hoffnung, daß die geplante Gipfelbegegnung zwischen Reagan und Gorbatschow in Washington, wie geplant und ursprünglich von Gorbatschow vor einem Jahr in Genf fest zugesagt, noch in diesem Jahr stattfindet.

Shultz erklärte ferner: „Ich halte dieses Vorbereitungstreffen in Island für eine gute Idee." Die Tagesordnung dieses Treffens würde alle Punkte enthalten, die auch beim Gipfel selbst zur Sprache kommen werden. Das bedeutet, daß nicht nur nukleare Abrüstungsfragen, sondern auch die Krisenherde zwischen Afghanistan und Nicaragua sowie Menschenrechtsfragen behandelt würden.

Zuvor hatte Präsident Reagan die Frage, ob es zwischen diesem Treffen in Island und dem Fall Daniloff einen direkten Bezug gebe, mit der Feststellung beantwortet: „Die Freilassung von Daniloff hat dieses Treffen erst möglich gemacht. Ich hätte dieser Begegnung nicht zugestimmt, wenn Daniloff noch weiterhin in der Sowjetunion festgehalten worden wäre."

In gut unterrichteten Washingtoner Kreisen nimmt man an, daß Gorbatschow dieses Treffen in Island vor allem nutzen wird, um seine nukleare Teststopp-Initiative weiter zu entwickeln und damit Reagan vor dem Hauptgipfeltreffen weiter in die Defensive zu drängen und damit die Scharte auszuwetzen, die die Affäre Daniloff im internationalen Ansehen der Sowjetunion hinterlassen hat.

Die amerikanische Regierung hat sich bisher stets dem Test-Moratorium der Sowjets widersetzt. Sowohl Reagan selbst wie auch Außenminister Shultz ließen die Frage offen, ob in Island bereits einige Abkommen unterzeichnet werden könnten. „Wir wissen bisher nur, daß wir uns dort mit den Sowjets treffen werden", erklärte Reagan.

Unmittelbar vor Bekanntgabe dieses Gipfeltreffens hatte Außenminister Shultz weitere Einzelheiten über das Arrangement mit den Sowjets bekanntgegeben, das zur Freilassung des sowjetischen Journalisten Daniloff führte. Daniloff war vor vier Wochen von den Sowjets wegen angeblicher Spionage verhaftet worden, nachdem eine Woche zuvor der sowjetische UN-Beamte Sacharow in New York wegen Spionage festgenommen worden war.

Sacharow erschien am Dienstagmorgen vor dem Magistratsrichter in New York, der zwei Anklagepunkte fallen ließ und Sacharow im dritten Anklagepunkt, der die Beschaffung von amerikanischen Verteidigungsinformationen betraf, für fünf Jahre zur Bewährung freiließ, und anordnete, daß Sacharow innerhalb von 24 Stunden in die Sowjetunion zurückkehrt. Wie Außenminister Shultz bekanntgab, sollte Sacharow noch am Dienstag nachmittag in die Sowjetunion zurückkehren.

Als Gegenleistung für diese Konzession wird die USA den sowjetischen Dissidenten Juri Orlow innerhalb der nächsten 14 Tagen in den Westen entlassen. Orlow wurde als Leiter der „Helsinki Monitor Gruppe" in Moskau im Jahre 1977 von den Sowjets verhaftet und zu siebenjähriger Internierungshaft verurteilt. Er lebt seit 1984 bei schlechter Gesundheit, wie Shultz mitteilte, in einem kleinen Ort in Sibirien in der Verbannung.

Die Reagan-Administration betrachtet die Freilassung von Orlow gegen den zweitrangigen Spion Sacharow als einen beträchtlichen Erfolg. Sie betonte wiederholt, daß die Befreiung Orlows der Preis für die Rückkehr des verhafteten Spions Sacharow ist und nicht die Freigabe des Journalisten Daniloff, der am Dienstag in die USA zurückkehrte.

Ungeklärt ist dagegen weiterhin die Frage der 25 sowjetischen UN-Beamten, die wegen angeblicher Spionage bis zum 1. Oktober auf amerikanische Anordnung das Land verlassen sollten. Shultz stellte fest, daß die Mehrheit der 25 bereits die USA verlassen hätte, daß die Sowjets jedoch um eine Frist von 14 Tagen gebeten hätten, um die Angelegenheit zu klären. Sie hätten, wie Shultz sagte, darauf hingewiesen, daß die Zahl ihrer UN-Beamten in New York geringer sei, als die USA angenommen hätten.

Shultz zog zum Abschluß seiner Pressekonferenz diese Schlußbilanz einer Serie komplizierter und überraschender Vereinbarungen mit der Sowjetunion: „Es war insgesamt eine gute Woche für uns".

Die Bundesregierung hat nach den Worten ihres Sprechers Ost mit großer Befriedigung die Nachricht von dem Treffen zur Kenntnis genommen. Ost teilte mit, daß Reagan Bundeskanzler Helmut Kohl in einem gestern eingetroffenen Schreiben um Anregungen für das bevorstehende Treffen gebeten habe. Kohl werde „das Angebot voll nutzen und die Überlegungen der Bundesregierung sowie die deutsche Interessenlage in die Vorbereitungen einbringen."

DER KOMMENTAR

Solide Basis

MANFRED SCHELL

Realismus statt Friedensträumereien, Standfestigkeit statt bündnispolitischer Unberechenbarkeit haben das Treffen von Reykjavik möglich gemacht. Ohne den deutschen Beitrag daran überbewerten zu wollen – daß die Bundesregierung den NATO-Doppelbeschluß durchgestanden hat, beflügelte auch die Gesprächsbereitschaft Moskaus. Das Treffen Reagan–Gorbatschow ist indirekt auch eine Bestätigung für Bundeskanzler Kohl, der heute vier Jahre im Amt ist.

Kohls Regierung segelte in diesen vier Jahren durch manche – auch selbstverschuldete – Stürme. Sie steht heute jedoch auf solidem Grund. Natürlich bleibt Rau ein gefährlicher Kontrahent. Aber insgesamt sind die Wahlaussichten dieser Koalition günstig, weil sie in entscheidenden Fragen Orientierung gibt. So ist folgerichtig in den Reihen des bürgerlichen Lagers niemand in Sicht, der Kohl nach einer gewonnenen Wahl das Amt streitig machen könnte.

Wie konkret ist die „Wende" geworden, die Kohl im Oktober 1982 ankündigte? Da wird es Unzufriedenheit bei denen geben, die sich vor allem in der Außenpolitik Genschers weniger „retardierende Elemente" erhofften; manche wünschen auch, daß die Teilblockade der FDP in Fragen der inneren Sicherheit durch ein Machtwort beendet wird. Die FDP wurde von Kohl stets pfleglich behandelt, sie hat ein Übermaß an Rücksichtnahme erfordert und erhalten.

Die Regierung Kohl vermag eine recht beeindruckende Leistungsbilanz vorzulegen: Binnen kurzer Zeit sind die Staatsfinanzen ins Lot gebracht und der Wirtschaft ein neuer Wachstumsschub gegeben worden. Währungsstabilität vor allem ist ein Gütezeichen dieser Politik.

Damit hat die Regierung Kohl breite Wählerschichten zufriedengestellt, die gespürt hatten, daß Leistung Voraussetzung für den Erfolg ist und ein komfortables Leben auf Dauer nicht mit Krediten finanziert werden kann.

Die Wende kann am besten einschätzen, wer das Gefühl von Stabilität und Sicherheit – nach außen wie nach innen – unter diesem Kanzler vergleicht mit der Unsicherheit und Unruhe in den letzten Monaten des Vorgängers. Nichts davon ist Kohl in den Schoß gefallen, er hat diese Politik durchgesetzt.

Heute in der WELT

Interview mit Rudi Völler

„In zwei Wochen werde ich wieder spielen." Diese Hoffnung äußert Fußball-Nationalspieler Rudi Völler in einem WELT-Interview. Er erlitt am Wochenende einen Muskelfaserriß und müßte normalerweise einige Wochen pausieren. Für die Europapokal-Begegnung fällt er heute abend aus: Völler beginnt in Frankfurt mit einer Elektro-Therapie. Seite 11

POLITIK

Brokdorf: Das Kernkraftwerk wird noch im Oktober die Stromproduktion aufnehmen. Die Kieler Landesregierung hat Sozialministerin Ursula Gräfin Brockdorff ermächtigt, die Betriebsgenehmigung zu erteilen. Sie soll am 3. Oktober zugestellt werden.

Israel: Ministerpräsident Peres will entsprechend der 1984 getroffenen Vereinbarungen mit dem Koalitionspartner Likud am 10. Oktober seinen Rücktritt einreichen und damit den Ämtertausch mit dem bisherigen Außenminister Schamir in die Wege leiten.

Anschlag: Zu den Revolutionären Zellen zählen nach Ansicht der Polizei die Täter, die einen Sprengstoff-Anschlag auf ein Gebäude des Fotokonzerns Agfa in Köln verübt haben. Der Sachschaden beträgt 100 000 Mark.

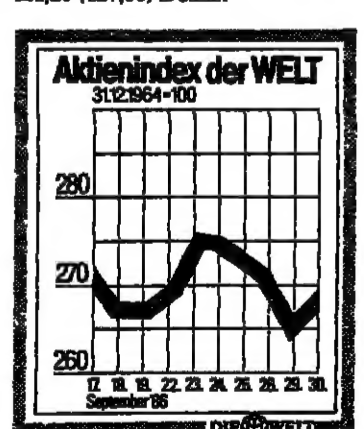
Abgelehnt: Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Zulassung eines Volksbegehrens gegen Atomanlagen an Rhein und Ruhr abgelehnt. Die Initiatoren wollen jetzt den Verfassungsgerichtshof des Landes anrufen.

WIRTSCHAFT

Gaspreise: Rund sieben Millionen Haushalte können von heute an mit Gaspreis-Ermäßigungen von 30 Prozent und mehr rechnen. Da sich der Ölpreis wohl kaum erholen wird, gilt es als sicher, daß auch zum 1. Januar 1987 der Gaspreis noch einmal sinkt. Der Einnahmeausfall der ausländischen Gaslieferanten liegt dieses Jahr bei 4 Milliarden Mark. (S. 15)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte haben sich gestern wieder etwas erholt. An den Rentenmärkten schwankten die Kurse öffentlicher Anleihen. WELT-Aktienindex 269,85 (266,71). BHF-Rentenindex 106,813 (106,812). BHF-Performance-Index 106,958 (106,927).

Dollarmittelkurs 2,0207 (2,0272) Mark. Goldpreis je Feinunze 421,20 (427,00) Dollar.



KULTUR

Operette: Wenn neuerdings Bühnen wie Brüssel gleich mit zwei Operetten in einer Fassung aufwarten, gibt es für die großen Staatstheater kein Halten mehr – Die „Fledermaus" in Stuttgart und anderswo. (S. 29)

Kunstszene: In Tübingen sollte die Pariser Kunstszene vom ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts mit Ingres/Delacroix in einer umfangreichen Ausstellung von Zeichnungen und Aquarellen wachgerufen werden. (S. 29)

SPORT

Fußball: Die beiden nächsten Länderspiele gegen Spanien (15. 10.) und in Wien gegen Österreich (29. 10.) wird die Nationalmannschaft ohne die in Frankreich spielenden Karl-Heinz Förster und Littbarski bestreiten. (S. 11)

Nachts: Deutschlands Fernsehzuschauer werden die Olympischen Spiele 1988 in Seoul nur als Nachtspiele oder im Frühstücksfernsehen verfolgen können. Entscheidungen in attraktiven Disziplinen finden um 5.00 Uhr MEZ statt.

AUS ALLER WELT

„Industrieparks": Immer mehr werden sie zur Visitenkarte der Städte: Verbrauchermärkte und „Industrieparks" auf der grünen Wiese. Die fensterlosen Kästen haben ihre Kehrseite – sie zerstören Strukturen. Die Forderung heißt: Zurück in die Stadt. (S. 30)

Care: Die so hilfreiche Organisation – „Hilfe zur Selbsthilfe" – ist 40 Jahre alt geworden. Care-Präsident Wallace J. Campbell wurde gestern in Bonn von Bundesaußenminister Genscher mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. (S. 30)

Leserbriefe und Personalien — Seite 9
Fernsehen — Seite 10
Wetter: Teils neblig, teils sonnig — Seite 30

Schneider will Schiesser eine Chance geben

Minister-Gespräch über Situation der Neuen Heimat

DIETHART GOOS, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) sieht die wirtschaftlichen Nöte der Neuen Heimat durch den Verkauf an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser nicht behoben. Diese Auffassung vertrat er gestern auf einer Konferenz mit den Fachministern der Bundesländer in Bonn. Schneider machte sich zugleich dafür stark, dem neuen Eigentümer unter die Arme zu greifen. Schiesser müsse die Chance haben, seine extrem schwierige Lage zu bewältigen. Dem DGB und dem Management seiner Finanzgesellschaft BGAG warf der Minister mangelhafte Information und einen überstürzten Verkauf vor.

Schneider erläuterte seinen Kollegen Einzelheiten des Finanzkonzepts, mit dem NH-Sanierer Meier-Preschany den Konkurs abwenden wollte, und dem er wohl gute Chancen eingeräumt hatte. Der Minister bedauerte, daß dieses Konzept durch den überstürzten Verkauf überrollt wurde. Angesichts der im Kaufvertrag vereinbarten BGAG-Leistungen von etwa 1,4 Milliarden Mark an Schiesser stellte Schneider in der Sitzung die Frage, warum DGB und BGAG nicht versucht hätten, die Probleme in eigener Regie zu lösen.

Nach Informationen des Bundesministers will Schiesser mit Reorganisation und Personalabbau 100 Millionen Mark jährlich bei der Neuen Heimat sparen. Der gleiche Betrag soll durch Zinsanpassungen der Banken erwirtschaftet werden. Schließlich soll das Unternehmen unter dem neuen Eigentümer durch Verkauf unbebauter Grundstücke und leerstehender Wohnungen sowie durch Reduzierung der Verwaltungskosten gesunden.

Für Aufsehen sorgte ein Schreiben von Schiessers Anwälten an Bundeskanzler Kohl. Darin wird um ein Gesprächstermin gebeten, bei dem der Mandant dem Kanzler erläutern wolle, wie er mit „marktwirtschaftlichen Mitteln als Privatunternehmer" die Neue Heimat zu sanieren beabsichtige. Heute wird Schiesser der Öffentlichkeit Einzelheiten seiner Pläne bekannt geben.

Wenig Aussicht auf Erfolg wird in Bonn dem Versuch der Hamburger Baubehörde beigemessen, als oberste Kontrollinstanz der Neuen Heimat die Transaktion in letzter Minute zu vereiteln. Der zuständige Senator Wagner sieht einen Verstoß gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, weil Schiessers Unternehmen auch mit Immobiliengeschäften zu tun habe. Die Behörde will Schiesser und BGAG-Verantwortlichen zu diesem Tatbestand anhören.

Sanktionen: Jetzt muß der Senat entscheiden

Repräsentantenhaus überstimmt Reagans Veto zu Südafrika

wth. Washington

Präsident Reagan steuert in seiner Südafrikapolitik auf eine Niederlage im Kongreß zu. Das Repräsentantenhaus überstimmte gestern mit 313 gegen 83 Stimmen sein Veto gegen die vom Kongreß beschlossenen Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika. Reagan hatte das Sanktionspaket des Kongresses am vergangenen Wochenende zurückgewiesen, weil es nach seiner Ansicht den Farbigen in Südafrika und den benachbarten Ländern um Südafrika zu großen Schaden zufügt.

SEITEN 2 und 16: Weitere Beiträge

Die Niederlage Reagans in dem von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhaus war erwartet worden. Es hatte ursprünglich noch wesentlich radikalere Sanktionen verabschiedet, die praktisch den gesamten amerikanischen Handel mit Südafrika lahmgelegt hätten, hatte sich dann aber den milderen Sanktionen des Senats angeschlossen.

Im Senat wird dann auch im Laufe dieser Woche, voraussichtlich heute, die endgültige Entscheidung über die US-Sanktionspolitik gegen Südafrika fallen. Der Senat, in dem die Republikaner eine Mehrheit von 53 zu 47 Stimmen haben, hatte sein Sanktionspaket im August mit 84 gegen 14 Stimmen verabschiedet. Er braucht, um das Veto des Präsidenten zu überstimmen, eine Zweidrittel-Mehrheit. Mit anderen Worten: Präsident Reagan müßte in der Sanktionsfrage mindestens noch weitere 20 Senatoren auf seine Seite bringen, um sein Veto aufrechterhalten zu können.

Um dies zu erreichen, hat Reagan in einem Brief an den republikanischen Senatsführer Robert Dole neue Sanktionsvorschläge gemacht, die in ihrer Schärfe zwischen seinen eigenen Sanktionsmaßnahmen vom 8. September und denen des Kongresses liegen. Sie untersagen zum Teil neue amerikanische Investitionen in Südafrika und stoppen südafrikanische Eisen- und Stahlimporte, nicht jedoch den Import von Kohle, Textilien und einigen Landwirtschaftsgütern, wie es vom Kongreß gefordert wird. Es wird im Kongreß allgemein bezweifelt, daß dieser späte Schachzug Reagans im Senat die erwünschte Wirkung haben wird.

Der Oberste Gerichtshof in Südafrika hat gestern eine wichtige Klausel des Ausnahmerechts bestätigt. Die Bestimmung, nach der Tausende ohne Haftbefehl eingesperrt worden sind, widerspreche nicht den geltenden Gesetzen.

Kohl entschärft Koalitionsstreit

Co. Bonn

Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Wörner haben gestern darin übereingestimmt, daß in die Verhandlungen über eine Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen auch die Raketen kürzerer Reichweite einbezogen werden müßten. Sonst könnten in diesem Bereich Grauzonen entstehen. Mit der Festlegung dieses Konzepts ist es Kohl gelungen, einen sich anbahnenden Streit innerhalb der Koalition zu entschärfen.

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, hatte zuvor – ähnlich wie der Fraktionsvorsitzende Dregger – zum Ärger Genschers parallele Verhandlungen über Kurzstreckenraketen als Vorbedingung für ein Zwischenabkommen bezeichnet. Demgegenüber lautet die Kanzler-Linie: Die Einbeziehung der Kurzstreckenraketen ist wünschenswert, aber keine Vorbedingung.

Offensichtlich geht es Kohl darum, daß zunächst einmal die Reduzierung der Mittelstreckenraketen vereinbart wird und dann das Kurzstrecken-Thema an die Reihe kommt. Das entspricht der Konzeption Genschers.

Seite 14: Zwischenlösung

Genscher eröffnet die Buchmesse

dg. Frankfurt

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Frankfurter Buchmesse einen „Ausdruck der freiheitlichen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland" genannt. Bei der Eröffnung der Messe, die mit 7000 Verlagen aus 84 Ländern und mit 320 000 Buchtiteln die größte aller Zeiten ist, sagte Genscher gestern abend: „Wir wollen überall in der Welt einen freien Fluß von Information, von wissenschaftlichen und

BUCHMESSE

kulturellen Gütern, über die Grenzen hinweg. Wir wollen den uneingeschränkten kulturellen Dialog." Der indische Minister für „Human Resource Development", Narasimha Rao, überbrachte den Dank seines Landes für die Benennung Indiens zum Schwerpunktthema der Buchmesse. Indien sei um eine „sich selbst tragende Weltordnung" bemüht, nach der universellen Maxime: „Das ganze Universum ist eines, die gesamte Menschheit ist eine Familie."

Seite 29: Waffenruhe

Franz Burda gestorben

DW. München

Der Verleger Franz Burda ist gestern in seinem Haus in Offenburg im Alter von 83 Jahren gestorben. Der gelernte Buchdrucker hatte aus dem Drei-Mann-Betrieb seines Vaters eines der größten Verlagshäuser Europas geschaffen.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann würdigte den großen Journalisten und Verleger in einem Beileidstelegramm an die Witwe: „Mit Franz Burda verlieren wir einen Menschen, der nach dem Krieg einer der Gründerväter des deutschen Zeitschriftenwesens war."

In einem Beitrag für die WELT geht der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf die Persönlichkeit und das Lebenswerk des Verstorbenen ein. „Ich habe einen guten Freund verloren. Auch wenn er sein Unternehmen zu erstaunlicher Größe führte, blieb er dennoch seinen Mitarbeitern ein väterlicher Chef, der sich seiner unternehmerischen sozialen Verantwortung stets bewußt war und auch danach handelte. Er gehörte nicht zu jenen Charakteren, die sich jeder Zeitströmung willig anpassen."

Seite 4: Burdas Vorbild verpflichtet

„DDR"-Zeitschriften nennen Umweltsünder beim Namen

„Baumleichen stehen trostlos in der märkischen Landschaft"

INGOMAR SCHWELZ, Berlin

Die satirische „DDR"-Zeitschrift „Eulenspiegel" nannte die Dinge offen beim Namen. Von einem „Fischsterben größeren Ausmaßes" war die Rede, von einem „Massenexitus von Karpfen". Und auch die Verantwortlichen fanden sich in der „Eule", einem der beliebtesten Magazine im anderen Teil Deutschlands, wieder: Mitarbeiter des Agrochemischen Zentrums hatten für die LPG Thiendorf Gülle „in Hülle und Fülle" in den Neuteich bei Schönfeld (Kreis Großenhain) geleitet und das Sterben von einer Tonne Speisefisch verursacht.

Umweltprobleme sind neuerdings zur öffentlichen Diskussion freigegeben. Bisher war es meist kirchlichen Gruppen vorbehalten, auf fotokopierten Informationsblättern ökologisches Fehlverhalten aufzuzeigen. Mit staatlicher Billigung berichtet jetzt auch „Uhu", ein Magazin für „Naturfreunde", die Zeitschrift „Natur und Umwelt" und Tageszeitungen über Versäumnisse bei der Erhaltung der natürlichen Umwelt. Und „Grüne" können sich Aufkleber mit der Aufschrift „Umwelt – schützen und bewahren" kaufen. Die Worte „Waldsterben" und „saurer Regen" finden sich allerdings nach wie vor nur in kirchlichen Broschüren.

Dagegen werden die Probleme der Müllentsorgung offen angesprochen. Der „Eulenspiegel" berichtete, „unter den rund 1200 Müllplätzen im Bezirk Potsdam" gebe es „nur sieben wirklich geordnete Deponien". Nicht „viel Federlesens" machte der VEB Textilreinigung Zwickau: Die Kollegen fackelten ihre chemischen Reststoffe kurzerhand auf der Deponie in Lipprandis ab. Auch von der „herben Duftnote" aus den Fäkalienfahrzeugen des VEB Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Rathenow ist die Rede. Eine finstere Brühe ergieße sich auf ein ehemals „lauschiges Wäldchen" am Rande der Mülldeponie Bölkershof; der Abwasserschwall bahne sich seinen Weg Richtung Havel. „Die Birken und Weiden stehen als Baumleichen trostlos in der märkischen Landschaft herum, und über der Ökoidylle kreisen heiser krächzend die Raben." (AP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende eines Palavers?

Von Eberhard Nitschke

Niemand wird nach der Entwarnung zur Tagesordnung übergehen können, niemand wird künftig so tun können, als sei nichts geschehen."

Einer der Schlußsätze im Faltblatt, das die Bundesregierung Tage nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 verteilen ließ, ist Leitmotiv für den Koalitionsbeschluß geworden, der am Dienstag bekanntgegeben wurde: Strahlenschutz-Vorsorge in der Bundesrepublik Deutschland ist Angelegenheit von Bund und Ländern – im Not- und Eilfall aber entscheidet eine Stelle über Dosiswerte und Kontaminationswerte aufgrund der in einem umfassenden Informationssystem gewonnenen Daten. Und diese Stelle ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Tritt das „Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung" in Kraft, dann sind künftig im Alarmfall unterschiedliche Grenzwert- und Vorsorgeempfehlungen in Ländern und Gemeinden ausgeschlossen. Und eine Früherkennung durch ein einheitliches Meßsystem sorgt dafür, daß eine radioaktive Kontamination der Umwelt, eine Strahlenexplosion der Bevölkerung, vermieden oder so gering wie möglich gehalten wird.

Dem großen Palaver über Gamma, Becquerel und Rem, das nach Tschernobyl zum Nachteil der verwirrten Bevölkerung vorzugsweise die Nichtfachleute anstimmten, wird ein gewisser Riegel vorgeschoben. Nur dann, wenn der Umweltminister von seiner Befugnis, der Bevölkerung bestimmte Verhaltensweisen zu empfehlen, keinen Gebrauch macht, können die obersten Landesbehörden Empfehlungen an sie richten – und auch dann nur mit seiner Zustimmung.

Die Einigkeit der Koalition im Hinblick auf das kommende Gesetz ist so vollständig, daß die Verlautbarungen dazu von CDU/CSU und FDP am Dienstag nahezu wörtlich übereinstimmten. Bei der jetzt beginnenden öffentlichen Debatte um den Entwurf wird man sich, es ist Wahlzeit, dieses Vorspiels erinnern. Denn: „Niemand wird künftig so tun können, als sei nichts geschehen."

Schweizer Zucker

Von Hans-Jürgen Mahnke

Glücklich sind viele Agrarpolitiker in der Bundesrepublik nicht über die jüngste Volksabstimmung in der Schweiz. Verständlich. Denn die große Mehrheit der Eidgenossen hat einer weiteren Subventionitis auf dem Acker einen Riegel vorgeschoben.

Der Zuckerbeschluß wurde zu Fall gebracht, also der Versuch, durch noch höhere Abgaben auf Einfuhren eine größere Produktion im Inland zu finanzieren. Das Ergebnis ist bemerkenswert; zeigt es doch, daß selbst in der Schweiz nicht alles akzeptiert wird. Dort, wo der Konsens darüber weiter als bei uns verbreitet ist, daß die Bauern zur Erhaltung der Kulturlandschaft benötigt werden, schon damit die Alpenrepublik als Ferienland attraktiv bleibt. Aber eben nicht um jeden Preis.

Es ist bei uns wohl auch mancher Traum geplatzt. Denn bei jenen, die vom Dirigismus in der Landwirtschaft nicht genug bekommen können, galt die Schweiz geradezu als Paradebeispiel dafür, was noch alles machbar sei. Immerhin belasten die offen ausgewiesenen Agrarsubventionen – die in den Preisen verdeckten sind noch höher – jeden Schweizer mit 1000 Mark dreimal so stark wie jeden Bürger der Bundesrepublik.

Das, um was es jetzt bei der Abstimmung ging, wäre dabei kaum ins Gewicht gefallen. Aber der Hinweis, daß, wer Emmentaler Käse exportieren will, auch Zucker importieren muß, wenn er handelspolitisch halbwegs glaubwürdig bleiben will, wog in der Schweiz doch schwerer. Eine Einsicht, die bei uns leider nur in Sonntagsreden ihren Platz findet.

Und die Behauptung mancher Bonner Politiker, die Abstimmung in der Schweiz wäre ganz anders ausgegangen, wenn sich eine große Konsumgenossenschaft nicht der Sache angenommen und gegen höhere Preise gekämpft hätte, sollte wohl bedacht werden. Wie sähe es eigentlich bei uns aus, wenn die Verbraucherverbände in ihrer Ohnmacht nicht allein stehen würden? Wenn sich auch andere zum Anwalt der Konsumenten und Steuerzahler im Kampf gegen agrarpolitischen Unsinn aufschwingen würden? Wohlgemerkt, wie in der Schweiz geht es nicht ums Bauernlegen, im Gegenteil. Es geht um eine sinnvolle Verteilung der Gelder, damit sie auch bei den Landwirten ankommen, was häufig nicht der Fall ist.

Hungriger Moloch

Von Detlev Ahlers

Wenn man, wie die ARD und das ZDF, zusammen sechseinhalb Milliarden Mark an Gebühren und Werbung im Jahr einnimmt, kann einen schon der Größenwahn packen. Mit der Drohung, der Sender könne sonst seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden, verlangt der Verwaltungsrat des WDR eine saftige Gebührenerhöhung. Der Vorsitzende des Rundfunkrates, Reinhard Grätz (SPD), hat bereits erklärt, der Sender WDR strebe für 1988 eine Anhebung von derzeit 16,25 Mark auf rund 20 Mark an – das sind, in Jahren fast völliger Preisstabilität, dreiundzwanzig Prozent. Und wofür das?

Die öffentlich-rechtlichen Veranstalter expandieren; sie bauen und füllen immer mehr Regionalstudios, belegen immer mehr Kanäle, wollen auch den Löwenanteil an den Satelliten-Möglichkeiten; sie rüsten zum großen Verdrängungswettbewerb gegen die privaten Veranstalter, die mit Pfennigen hantieren, wo ARD und ZDF die blauen Riesen verschleudern. Und sie sind, wie der Brief des Intendanten der Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, an den Stuttgarter Landtag zeigt, so selbstherrlich, daß sie eine berechtigte Kritik einer so unverdächtigen Instanz wie des Rechnungshofes nur polemisch beiseite schieben. Dabei hatte dessen Gutachten die Schwachstellen und damit auch die Sparmöglichkeiten deutlich aufgezeigt: viel Leerlauf, hohe Gehälter, kaum Binnenkontrolle.

Denn bei allen Gebühren-Steigerungen: Eine Verbesserung des Programms ist nie dabei herausgekommen. Der ARD-Satellitenkanal „Eins plus" beispielsweise wurde hochtrabend als „Kulturkanal" angekündigt – Wiederholungen sind das Hauptgericht. Vor einer „Amerikanisierung" durch private Programme müßten sie uns bewahren, behaupten die Öffentlich-Rechtlichen; dabei senden sie seit Jahren „Dallas" und „Denver" und all die dritten und vierten Wiederholungen mittelmäßiger Western.

Leider wird der Streit um die nächste Gebührenerhöhung wieder bestimmt sein von ideologischen Fragen. Und der wichtigste aller Grundsätze, die Rundfunkfreiheit – die eine Bevorzugung bestimmter Veranstalter verbietet – wird wieder einmal weggedrückt werden.



KLAUS BÖHLE

Leb wohl, ungewaschenes System

Von Fritz Wirth

Leb wohl, ungewaschenes Rußland." Das waren, zitiert nach dem russischen Poeten Michail Lermontow, die letzten Worte des Nicholas Daniloff, als er am Montag Moskau verließ. Er schied, wie er sagte, eher traurig denn im Zorn. Eine Geisel sowjetischer Politik und *zugleich ein lebendiger Grenzwert* westlicher Toleranz und Härte. Niemand weiß besser als er, daß es nicht das Land und seine Bürger waren, die sein Lebewohl erzwangen, sondern ein Regime, das ihn *mißbrauchte.* Das Wort vom ungewaschenen Rußland hat Lermontow nicht an die Bürger des Landes gerichtet und Daniloff auch nicht.

Präsident Reagan hat die Entlassung Daniloffs durchgesetzt. Dafür darf *zwar Gennadi Sacharow* seinerseits die USA verlassen, aber als verurteilter und mit Bewährungsauflagen belegter Spion. Ein Vorbereitungstreffen kommt zustande, allerdings in Reykjavik. Der eigentliche Gipfel soll noch 1986, wie Shultz erklärte, in Washington stattfinden.

Daß es zu einer Affäre Daniloff kam, ist einer jener schwer begreiflichen politischen Karambolagen, die massenweise das Verhältnis der Sowjetunion zum Westen gekennzeichnet und belastet haben. Die mildeste Erklärung ist wohl, daß die vehemente und zuweilen tolpatschige Reflexbewegung nach wie vor im Kreml der ärgste Feind kühler politischer und diplomatischer Logik ist. Hätten die Sowjets letzterer eine Chance gegeben, hätte es niemals zur Affäre Daniloff kommen dürfen.

„Das KGB hat nicht mich bestraft, es bestrafte sich selbst", sagte Daniloff nach seiner Rückkehr. Er unterschätzt damit deutlich die Folgen dieser Affäre. Ihr „Timing" im Vorfeld des geplanten Gipfeltreffens gibt dieser Affäre bedeutende politische Dimensionen. Hier verlor nicht nur das KGB, hier verlor vor allem Michail Gorbatschow.

Man weiß heute verbindlich, daß Gorbatschow mit seinem ersten Gipfelauftritt in Genf vor knapp einem Jahr im Politbüro und bei den sowjetischen Militärs ein schlechtes Echo fand. Gorbatschow hat seither mit großem Propaganda-Aufwand versucht, sich für den nächsten Gipfel eine starke Ausgangsposition zu verschaffen. Das ist der Hintergrund seiner nuklearen Teststopp-Initiative und seiner zuweilen verblüffenden und unrealistischen Abrüstungsvorschläge. *Er hat diese Position mit* seiner Inszenierung der Daniloff-Affäre zugunsten eines zweitrangigen, belanglosen Spions namens Sacharow leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Der Fall ist einer der erstaunlichsten politischen Fehlgriffe in der bisherigen Karriere des Michail Gorbatschow. Er war unnötig und er war selbstverschuldet. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob Gorbatschow selbst die Verhaftung Daniloffs anordnete oder ob, wie im Westen allgemein vermutet wird, innenpolitische Gegner durch die Verhaftung des Amerikaners Gorbatschows Gipfelpläne zu torpedieren suchten – seit den kritischen Äußerungen des Generalstabschefs Marschall Achromejew in einer Zeitschrift der KGB-nahen Agentur Nowosti gegen den Atomteststopp wird ein Zusammenspiel von Militär und Geheimpolizei gegen den Parteichef vermutet.

Doch wer oder was immer dahinter gestanden haben mag, offensichtlich wurde dies: Gorbatschow wollte in der Rolle des starken Mannes zu diesem Gipfel kommen und erscheint nun mit der Aura eines Verlierers, dem beim Krisen-Management der Affäre Daniloff der unerklärliche Fauxpas unterlief, Reagan indirekt als einen Lügner darzustellen, statt sich selbst rechtzeitig auf Distanz zu dieser Affäre zu begeben. Er schuldet Ronald Reagan eine Entschuldigung.



Tolpatschige Reflexbewegung im Kreml: Daniloff (mit dem Bonner US-Botschafter Burt) FOTO: AP

Ob er sie abliefert, ist uninteressant. Bedeutsam ist, daß er sich in *eine Schuldnerposition hineinmanövrierte.* Zudem: Bisher war es Teil der sowjetischen Strategie, nur ein begrenztes Gipfelinteresse zu zeigen. Man nutzte die Libyen-Affäre, den möglichen Sommertermin *für das Treffen zu verschieben,* man machte „konkrete Ergebnisse" zur Vorbedingung, man ließ sich bis heute nicht auf einen Termin festlegen.

Die Affäre Daniloff hat deutlich gemacht, daß dies alles berechnete Manöver waren und daß Gorbatschow – was immer seine internen Rivalen davon halten mögen – in Wahrheit diesen nächsten Gipfel sehnsüchtig will, weil er ihn braucht. Daran ist *überhaupt* nichts auszusetzen. Der Haken nur ist: Nun, da die Amerikaner es unmißverständlich wissen, stärkt es nicht unbedingt die Verhandlungsposition Gorbatschows, wenn er nach Washington kommt. Hier werden die Motive für seinen Vorgipfel-Vorschlag in Island erkennbar: Er will hier offenbar Boden gutmachen, den er über der Affäre Daniloff verloren hat.

Zugleich hat sein Image als der moderne, flexible, reformistische neue Mann im Kreml Schaden genommen, das er bereits vor seinem Amtsantritt im Westen so sorgfältig zu pflegen begann. Zwar kann man einwenden, daß Reagan durch die Freilassung des Spions ebenfalls schwerwiegende Konzessionen gemacht hat. Aber man erinnert sich daran, wie Kennedy nach dem Abzug der Kuba-Raketen Chruschtschow entgegenkam: Die Amerikaner wollen bei aller Festigkeit vermeiden, die sowjetische Seite in die Ecke des Verlierers zu treiben.

Der Michail Gorbatschow der Affäre Daniloff war gewiß nicht der Gorbatschow, den Margaret Thatcher im Sinn hatte, als sie nach der ersten Begegnung mit ihm urteilte, daß man mit diesem Mann ins Geschäft kommen könne. Der Fall Daniloff läßt die Vermutung zu, daß Gorbatschow bei möglicherweise *allem* guten Willen noch nicht voll der Herr aller Entscheidungen ist und unter dem Druck von Kräften steht, die vermutlich Nicholas Daniloff vor Augen hatte, als er diesem Land, das er so verehrt, *mit dem* Zitat vom „ungewaschenen Rußland" für immer den Rücken kehrte.

IM GESPRÄCH James Conlon

Mit 13 Berufsziel Dirigent

Von Horst Ziermann

Ein Amerikaner in Köln: James Conlon, der mit Beginn der Saison 1989 neuer Chefdirigent der Kölner Oper wird, kam 1950 in New York zur Welt. Sein Vater stammte, wie der Name sagt, aus Irland; die Mutter ist Italienerin. So kam es, daß der kleine James, obwohl im Hause Conlon nicht musiziert wurde, mit elf Jahren erstmals eine Oper besuchen durfte – natürlich von Verdi und dann „La Traviata". Danach nahm er Gesangs-, Violin- und Klavierunterricht; mit dreizehn wußte er, daß er Dirigent werden wollte.



Es begann mit La Traviata: Wahl-Kölner Conlon FOTO: DIE WELT

Er studierte in New York, an der Juilliard School of Music, wo er mit einundzwanzig bei einer Studentenaufführung von Puccinis „La Bohème" am Pult stand – zuvor hatte er in Italien schon Mussorgskijs „Boris Godunow" dirigiert. Sofort wurde er mit den verlockendsten Angeboten überschüttet. Amerikas Zeitungen sprachen von einer dirigentischen Urbegabung, wie es *sie nur alle* paar Jahrzehnte ein einziges Mal gibt. Deshalb wohl stand er schon 1974 – vierundzwanzig Jahre alt! – erstmals am Pult der New Yorker Philharmoniker, die nie zuvor unter einem so jungen Dirigenten gespielt hatten.

Nach seinem ersten Auftreten in Deutschland – im November 1975 war James Conlon vom Kölner Gürzenich-Orchester eingeladen worden, das er in der Oper künftig leitet –, hieß es, Amerika habe seit dem jungen Leonard Bernstein einen solchen Dirigenten nicht hervorgebracht. Inzwischen hat Conlon mehr als siebzig Orchester dirigiert, darunter das Boston Symphony und das Cleveland Orchestra, die Münchner und die Berliner Philharmoniker – also die besten der Welt. Um auf den Spuren seiner ersten musikalischen Liebe zu bleiben, ist er ständiger Gast beim Maggio Musicale in Florenz, an der Grande Opéra von Paris, am Königlichen Opernhaus Covent Garden in London und an der New Yorker Met. Außer Englisch spricht Conlon selbstverständlich Italienisch, dazu *Französisch, Holländisch und,* wenn auch nicht perfekt, Deutsch.

Aber er hat etwas gegen Gastspiele, die ihm, der zu kurzen Probenzeiten wegen, zu oberflächlich sind. „Die eigene Entwicklung kann man nur überprüfen", hat der Genauigkeitsfanatiker, dessen Vorbild Toscanini ist, einmal gesagt, „wenn man mit einem Orchester über längere Zeit arbeitet." Deswegen hat er 1983 die künstlerische Leitung des Philharmonischen Orchesters von Rotterdam übernommen, dessen Chefdirigent er ist und dem er sich bisher sieben Monate im Jahr widmete.

Das wird er von September 1989 an ändern müssen: Sein Kölner Vertrag, der ihm weitgehende Mitsprache bei der Werkwahl fürs Repertoire und für die Besetzung sichert, sieht fünfunddreißig Dirigate im Jahr vor. Unter fünf Monaten Anwesenheit ist das nicht zu machen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

OFFENBACH-POST

Sie schreibt zum eigenen CSU-Wahlprogramm:

Der kleinere Partner der Bonner CDU will damit nicht seine Unverträglichkeit, sondern Eigenständigkeit demonstrieren. Wenn Strauß „nein" sagt, dann nur deshalb, um sich seine Zustimmung am Ende so teuer wie möglich abkaufen zu lassen. Seine Vorbehalte in einigen Punkten der Europa- und Steuerpolitik im Wahlentwurf der Union sind Spielmaterial für die Koalitionsverhandlungen.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung meint zu Tschernobyl:

Einer der vier Reaktorblöcke läuft also wieder in jenem Kernkraftwerk in der Ukraine, in dem es im April zum sogenannten GAU kam ... Der vierte Reaktorblock, dessen Havarie, wie man das im Ostblock verharmlosend nannte, Folgen für den ganzen Kontinent hatte, wird über Jahrtausende hinweg als Mahnmal leichtfertigen Umgangs mit einer Energiequelle bestehen, die Bedienungsfehler nicht verzeiht ... Der Zauberlehrling ist, hoffentlich, nachdenklich geworden.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie meinen zum Fall Daniloff:

Der US-Journalist, in Moskau unter fadenscheinigem Vorwand als Spion festgenommen und dann 14 Tage lang zum Hausarrest in der amerikanischen Botschaft „begnadigt", durfte die Sowjetunion verlassen. Sicherlich nicht umsonst: Man kann davon ausgehen, daß Washington und Moskau hinter den Kulissen eine Lösung vereinbart haben, die es jeder Seite erlaubt, ihr Gesicht zu wahren ... Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die Affäre in erster Linie auf das Konto des sowjetischen Geheimdienstes KGB geht, der Daniloff mit einem schmutzigen Trick in die Falle lockte.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung kommentiert Jaruzelskis Besuch in China:

Dieses Wiedersehen nach mehr als einem Vierteljahrhundert ist ein Ärgernis für die Ostdeutschen, die gehofft hatten, Ende Oktober als erste den Normalisierungsprozeß einzuleiten ... Wie verlockend China auch für die Osteuropäer sein mag, es ist ganz klar, daß solche seit langem angestrebte Begegnungen nicht ohne die Zustimmung Moskaus zustande kommen können.

THE TIMES

Sie kommentiert die Weltwirtschaftslage:

Die Bundesrepublik und Japan lehnen es ab, die eigene Wirtschaftspolitik zu ändern. Somit werden die Märkte gestört bleiben, da die Anpassung sich ausschließlich im Wechselkursbereich abspielt.

LE FIGARO

Zur Sitzung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank schreibt die Pariser Zeitung:

Die Vereinigten Staaten wollen Europa und besonders die Bundesrepublik den wesentlichen Anteil für jene Anpassung bezahlen lassen, die aufgrund ihrer eigenen Nachlässigkeit notwendig geworden ist. Bonn stellt sich taub und besteht nachdrücklich darauf, daß Washington seine Angelegenheiten selbst in Ordnung bringe. Ungleichgewicht und Spannungen könnten früher oder später in die Rezession und Inflation führen. Diese neuerlichen Gefahren können die *entwickelten Länder nur abwenden,* wenn sie endlich tatsächlich und loyal ihre Wirtschaftspolitik abstimmen.

Schießen ist schlecht, hegen allerdings auch

Die Kriegserklärung der Naturschützer an die Jäger / Von Dankwart Guratzsch

Zwischen Naturschützern und Jägern ist der Frieden aufgekündigt. Der *Deutsche* Naturschutzring, 1950 gegründet und Dachorganisation von hundert Mitgliedsverbänden mit rund 3,5 Millionen Einzelmitgliedern, und der Deutsche Jagdschutz-Verband gehen künftig eigene Wege. Die Naturschützer sagen: Wir haben die Jäger rausgeschmissen. Die Jäger kontern: Ausgetreten sind wir selber.

Der Konflikt schwelt seit langem. Schon vor fünf Jahren wollte der Ring die Jäger „feuern". Eine Allianz, die vom Hamburger Rechtsanwalt Klaus Sojka bis zur Zeitschrift „Der Vegetarier" reichte, kreidete den „Ballermännern" den Gaskrieg gegen Füchse, das Abschießen der Greifvögel und die Bläßhuhnjagd an.

Seitdem ist das Gezänk nie zur Ruhe gekommen. Immer aufs neue legten die Naturschützer auf die Jäger an, und die Jäger trugen dafür sogar noch die Munition herbei.

Hauptargument im jahrelangen Streit ist für die Naturschützer neben *der angeblichen Schießwut* der Jäger auch deren gerades Gegenteil: die angeblich übertriebene „Hege". Um genügend Wild vor die Flinte zu bekommen, hätten die Jäger die Wildbestände in den Wäldern über alles Maß anwachsen lassen.

So, wie sie „erbarmungslos" mit ihrer Jagdkonkurrenz Bär, Wolf und Luchs aufgeräumt hätten und nun auch noch kleines Raubwild vom Fuchs bis zum Greifvogel bekriegten, so egoistisch hätten sie sich auf der anderen Seite in den Dienst einer modischen „Bambi-Mentalität" gestellt und damit den ohnehin kranken Wäldern erheblichen Schaden zugefügt: So wie einst die Waldweide sei nun die „Wildexplosion im Wald" zum ärgsten Feind des Baumbestands geworden.

Der jüngste Streit, der zum Bruch geführt hat, ist deshalb nur das letzte Glied in einer langen Kette. Jetzt ist es die Verbandsklage, die Jäger und Naturschützer entzweit. Die Jäger wollen den Naturschützern dieses Instrument zur Durchsetzung der Naturschutzziele verweigern und stellen sich damit gegen die ganze Heeresmacht der im „Ring" vereinigten Verbände. Sie legen auf diese Weise auch die Strategie der Naturschützer für eine Verschärfung des Naturschutzrechtes lahm.

Bei der Auseinandersetzung um diese strategischen Ziele fühlt sich der Deutsche Naturschutzring unter wachsenden Druck gesetzt. Druck geht von den Problemen des Biotop- und Artenschutzes aus, die sich trotz effektiver Schutzprogramme in einigen Bundesländern immer mehr verschärfen.

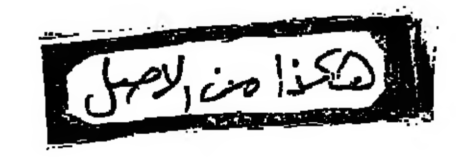
Der Artenschwund hat wegen der durch die EG-Agrarpolitik erzwungenen Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft ein Tempo erreicht, das Hunderte von heimischen Tier- und Pflanzenarten auf einmal bedroht. Das Waldsterben wird zudem von vielen Naturschützern nur mehr als Vorbote eines noch viel verheerenderen flächenhaften „Bodensterbens" angesehen, dem nur noch mit Notmaßnahmen zu steuern sei. Hinzu kommt die panische Angst der Naturschützer vor neuen Gesetzesregelungen wie dem Baugesetzbuch des *Bundesbauministers,* das nach Meinung der Verbände den Flächenverbrauch nur noch erleichtern werde.

Unter diesem Druck der Probleme ist zuerst die Allianz der Naturschutzverbände zerbrochen. Der einflußreiche BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) erklärte wegen der „laschen" Haltung des Naturschutzringes gegenüber den Jägern seinen Austritt.

Das löste die Kettenreaktion aus: Nun setzte der Ring (stellvertretendes Vorstandsmitglied: der hessische BUND-Vorsitzende Sander) seinerseits den Jägern den Stuhl vor die Tür. Diese schickten ihrerseits offenbar gleichzeitig ihr Kündigungsschreiben an den Ring.

Die Folge wird sein, daß sich im Naturschutzring die Gewichte verlagern: von den Natur„nutzer"verbänden hin zu den eigentlichen Naturschutzverbänden. Für die Diskussion um die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes kann das eine Zuspitzung bringen: Der Naturschutz wird stärker mit einer Zunge sprechen und massivere Forderungen anmelden. Verlangt werden unter anderem schon jetzt eine Revision der sogenannten Landwirtschaftsklausel des Naturschutzgesetzes sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Landschaftseingriffe.

Die Kehrseite der Medaille mag sein, daß der Naturschutz, der durch Tschernobyl und die Ausstiegsdebatte ins Abseits gedrängt wurde, seine Ziele wieder stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit bringt. Das kann nicht darüber trösten, daß eine alte und – von Idee und Zielsetzung her – sinnvolle Partnerschaft zerbrochen ist.



Kleine, ganz groß – Paris feiert die neue „Ente"

73. Autosalon Paris: Die neue „Ente" ist da, aber ihren legendären Vorläufer erkennt man in ihr kaum wieder. In der Fülle der neuen Modelle dominieren die Kleinwagen bis hin zur „Einkaufstasche auf Rädern". Die Amerikaner präsentieren kompakten Komfort für den europäischen Markt. Und die Deutschen beherrschen wie eh und je die höheren Klassen.

Von HEINZ HORRMANN

Herbstliche Frühnebel steigen auf, von einer Maschine unter dem Fußboden produziert. Rotierende Lichter irren über die Szene. Das Vogelgezwitscher kommt vom Band. In der künstlichen Atmosphäre wie am Morgen der Schöpfung taucht wie eine Fata Morgana ein Auto auf, nimmt Konturen an und erstarrt zu festen Formen; kompakte Maße, glatte Linien aus dem Windkanal. Nahezu 40 Jahre nach der Vorstellung seiner fahrenden „Ente", die zu einer Lebensphilosophie wurde, und exakt 50 Jahre nach der Taufe des Winzlings Fiat 500 Topolino stellt Citroën mit dem Aufwand einer Filmproduktion deren modernen Nachfolger vor, den AX.

Der seit einigen Jahren durch eine verfehlte Modellpolitik in arge Bedrängnis geratene und von Peugeot aufgekaufte Konzern steht mit dem AX vor einem Neubeginn. Wie das schon zuvor bei Fiat und Peugeot der Fall war, zeigt auch das Citroën-Kleinwagenprojekt, wie leistungsfähig ein Unternehmen sein kann, wenn es ums nackte Überleben kämpft. Was dabei herauskam ist zwar kein progressiver Citroën vergangener Tage, wie es 1948 der 2 CV war, aber ein äußerst moderner Kleinwagen mit aerodynamischer Form (c_w-Wert 0,31), sparsam und praktisch in der Handhabung.

Entgegen aller Tradition präsentiert sich der AX einmal nicht schmal





und hoch aufgeschossen, sondern recht breit und niedrig. Mit exakt 3,50 Metern Länge ist er gar 20 Zentimeter kürzer geraten als der Visa. Bereits beim flüchtigen Blick in den Motorraum wird klar, daß dort am meisten Baulänge eingespart wurde. Statt fast liegend – wie bisher – steht das neue Leichtmetall-Triebwerk aufrecht.

Das ganz Besondere an dem Franzosen: Mit 3,9 bis 4,5 Liter Benzinverbrauch (je nach Fahrweise) soll er absoluter Weltmeister im Sparen sein. Der Preis watschelte ebenso spektakulär in die Höhe: Je nach Motor zwischen knapp 12 000 und 15 000 Mark.

Der AX, dessen Name zum Geburtstag riesig über den Champs Elysées leuchtet, scheint in diesem Autofrühling im Herbst richtungweisend zu sein. Nie waren die Fronten so klar abgegrenzt zwischen den deutschen Automobilherstellern sowie ihren französischen und italienischen Konkurrenten. Prestige durch Pferdestärken in Nobelklassen und im aufgewerteten Mittelklasse-Bereich – dafür sorgen zum Beispiel BMWs neue 7er-Serie, Opels aerodynamisch glänzend gelungener Omega, Porsches neuer 928 S, Audis schöner 80.

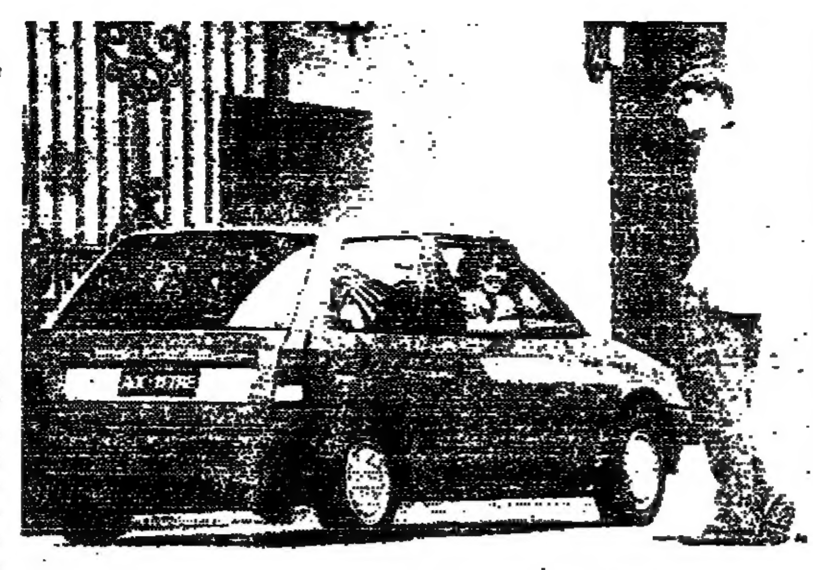
In die Marktnische Kleinwagen drängen die südlichen Nachbarn. So bietet Renault gleich zehn Variationen des R 5 an und gönnte dem nächsten kleinen R 11 ein komplettes Facelifting. Peugeot zeigt ebenso viele Versionen des 205. Und unterhalb dieser Klasse gibt es noch die echten „Einkaufstaschen auf Rädern". Aus Frankreich: Microcar 300 heißt der Zweisitzer mit einer Mulde statt Kofferraum für 20 000 Franc. Zu dieser Gruppe gehört auch der Erad 6/125 mit Zweizylinder-Triebwerk. Typische Stadtautos, wie oft vorgestellt und bewundert, letztlich aber ohne Käufer. Ganz im Gegenteil zu echten Kompaktwagen, die auch von den italienischen Herstellern gepflegt werden.

Mit dem Lancia Y 10 dreht sich nach dem Fiat Panda ein weiterer Kleinwagen in der Allrad-Version im Scheinwerferlicht. Selbst von altgedienten Chronisten der Automobilindustrie erinnert sich keiner, jemals eine solche Flut von Neuheiten auf einem Autosalon erlebt zu haben. Dazu tragen erstmals in Paris auch die Amerikaner bei. General Motors präsentiert das Ergebnis einer Gemeinschaftsproduktion zwischen Detroit und Pininfarina, dem italienischen Stardesigner. Das Cadillac-Cabrio Allanté. Europäische Maße mit amerikanischem Komfort sollen auch in der Bundesrepublik und Frankreich Kunden bringen. Fraglich ist, ob das bei einem Preis von 50 000 Dollar der Fall sein wird.

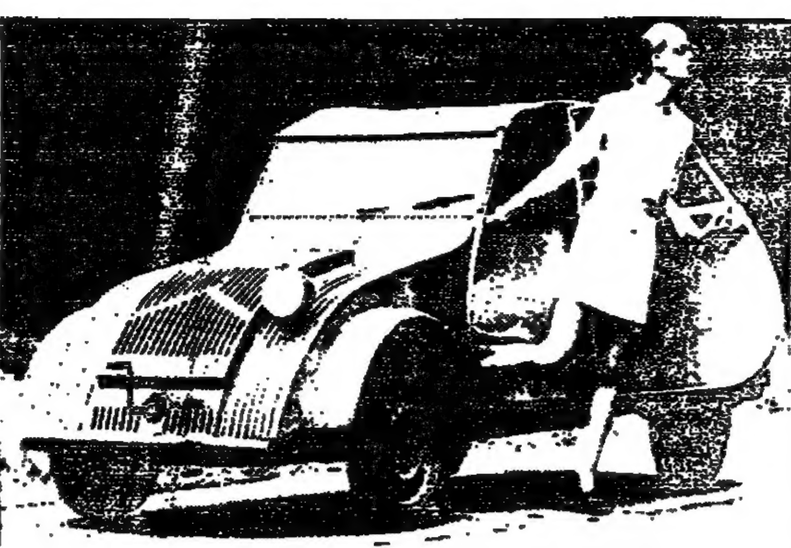
Ein neues Konzept bietet der Trans Sport, Pontiacs Vorstellung von der Zukunft. Beim Trans Sport handelt es sich um ein neues Vielzweckfahrzeug, entwickelt von General Motors Pontiac Division. Die geneigte Windschutzscheibe ist ein ganzes Stück über den Fahrer gezogen, der Kuppelform eines Hubschraubers gleich. Die Seitenfenster reichen bis ins Dach. Daraus resultiert eine enorme Dachrahmenbreite. Die Flügeltür rechts hinten öffnet nach oben; sie läßt aber genügend Freiraum, um auch im Parkhaus ein- und aussteigen zu können. Auch Chrysler-Chef Iacocca hatte angekündigt, mit neuen Kompaktmodellen nach Europa zu gehen. In Paris sind die Fahrzeuge aber noch nicht ausgestellt.

Am Vortag der Eröffnung stand zwar – wie in jedem Jahr – noch nicht fest, ob alle Stände zur Feier auch tatsächlich fertig würden. Wohl aber – und das war im Augenblick wichtiger –, daß ein umfassendes Sicherheitssystem allen Beteiligten und Zuschauern einen zwischenfallfreien Ablauf garantieren kann. Der VW-Stand wurde vorübergehend geräumt, nur weil ein Gast seinen Koffer versehentlich stehengelassen hatte.

Zwar gilt den Personenwagen aller



Pariser Autosalon 1986: Citroëns Nachfolger der „Ente" 2CV



Pariser Autosalon 1948: Die Ur-„Ente", einäugig mit Kurbel



Ein Amerikaner für Europa: Der Cadillac Allante von General Motors

FOTOS: DIE WELT

Marken, die hier auf Tuchfühlung zusammen in Halle 1 untergebracht sind, das größte Interesse. Doch den meisten Raum nehmen die Nutzfahrzeuge in drei Hallen ein. Daneben sind auch die Motorrad-Hersteller und die Zubehörlieferanten in Paris vertreten. Bosch verlängert seine Jubiläumsfeier auf einem aufwendigen Informationsstand.

Die Zeiten, da Auto-Ausstellungen nur so etwas wie gefällige Selbstdarstellung der Hersteller waren, wo nebenbei auch Autos verkauft wurden, sind wohl ein für allemal vorbei. Heute geht es vielmehr um Selbstbehauptung in schwierigen Zeiten. Entsprechend hat sich das Bild verändert. Die schöne Welt des verchromten Scheins ist durchweg einer sachlichen, sehr seriös wirkenden Präsentation gewichen. Technische Aufklärung, was unter dem Blech passiert, ist Trumpf.

So ist Porsches „aufgeschnittener" 959 ein Blickfang, weil er komplizierte Technologien wie den variablen Allradantrieb, das Doppelturbo-System oder die automatische Niveau-Regulierung in allen Details einsehbar macht. Ähnliche technische Aufklärung betreibt Audi mit einem Minicrash auf dem Stand, bei dem das Flaschenzug-System den Gurt strafft und die Lenksäule vom Fahrer wegzieht. Selbst bei der Farbenwahl wirkt das neue Selbstverständnis deutlich. Mehrheitlich drehen sich die Fahrzeuge der deutschen Hersteller in silbergrau bis anthrazit. Und bei den Franzosen sind die Beine schwingenden Schönen als Attraktion für die Fotografen verschwunden. Das Blitzlicht-Gewitter ist dennoch nicht kleiner.

Rechtzeitig zur Eröffnung des Salons, auf dem in diesem Jahr 1,5 Millionen Autofans erwartet werden, wurde eine Meinungsumfrage herumgereicht. Danach haben Automobil-Ingenieure in aller Welt das Urteil abgegeben, daß die deutschen Motorbauer die besten der Welt seien (48 Prozent), gefolgt von den Japanern, für die sich 22 Prozent entschieden. Beim Getriebebau bescheinigten 52 Prozent den deutschen Herstellern eine Spitzenstellung; als Zweitbeste gelten hier die US-Ingenieure, für die sich 25 Prozent aussprachen.

Wie ein Pop-Star schwebt F. J. S. vom Himmel herab

Um Schwandorf in der Oberpfalz machen die Wahlkämpfer der CSU gern einen Bogen. Denn hier, fünf Kilometer entfernt von Wackersdorf, drohen Krawalle. Doch einer läßt sich nicht abhalten: Parteichef Franz Josef Strauß.

Von PETER SCHMALZ

Es war im heißen Sommer, als Gerold Tandler und Edmund Stoiber gleichlautende Briefe aus der Oberpfalz erhielten. Absender war ihr gemeinsamer Parteifreund Gustl Lang, in München Justizminister und in der Oberpfalz Chef der CSU, der in dem Schreiben dartat, er sei „zutiefst enttäuscht", daß Würdenträger der bayerischen Mehrheitspartei im Wahlkampf einen Bogen um diesen Regierungsbezirk machen und vereinbarte Termine sogar absagen. Um den beiden Empfängern das Lesen zu erleichtern, ließ Lang die wichtigsten Sätze unterstreichen.

Wen auch immer der „Gustl", der sich seit seinem Aufstieg ins Ministeramt vor vier Jahren lieber „August" nennen läßt, unter den zahlreichen CSU-Würdenträgern im Visier hatte – den würdigsten unter ihnen konnte er kaum gemeint haben, denn als der Beschwerdebrief diktiert wurde, hatte Franz Josef Strauß bereits erklärt, er werde sich von den Krawallen um die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht daran hindern lassen, auch in der Oberpfalz aufzutreten und, falls die örtlichen Parteifreunde das wollen, sogar in die Kreisstadt Schwandorf kommen, nur fünf Kilometer von jenem Punkt entfernt, der als Chaoteneck am WAA-Bauzaun zu Ostern und Pfingsten ein Bewußtsein dafür schaffte, wozu vermummte Gewalt gegen den Staat fähig ist. Der Montag, 29. September, wurde als Termin und Schwandorf als Veranstaltungsort bestimmt, und so begibt sich Strauß dreizehn Tage vor der Landtagswahl zu seinem heißesten Auftritt in diesen Wochen; die Atomgegner hatten schon Tage zuvor angekündigt, der Ministerpräsident werde „hautnah" den Anti-WAA-Protest erleben.

Doch der Tag in der Oberpfalz beginnt für den CSU-Chef friedlich und in ihm angenehmer Umgebung: In der Bezirkshauptstadt Regensburg eröffnet er vormittags die Jahrestagung der deutschen Nuklear-Chemiker, kritisiert dabei ein wenig die Wissenschaft, deren alternative Professoren nur dann noch Erkenntnisse anerkennen würden, wenn sie ihren politischen Zielen dienen, und rügt die Kirchen, deren Geistliche die kirchliche Autorität mißbrauchten für Aussagen zu Kernenergie.

Nach dem Mittagessen Beruhigendes über WAA

Er lauscht einigen Vorträgen, fliegt daraufhin im Hubschrauber 70 Kilometer gen Norden, wo nahe Weiden im idyllisch gelegenen „Zottbachhaus" (Besitzerin ist Langs Ehefrau) ein Mittagessen wartet. Anschließend ist gute Gelegenheit, den selbst aus der Schweiz und aus Österreich angereisten Journalisten zu erklären, im Endergebnis bleibe es dabei, daß eine WAA nicht gefährlicher als eine Fahrradspeichenfabrik sei und daß man über „sehr genaue" Meinungsumfragen verfüge, die der CSU Beruhigendes über die WAA-Angst der Bayern signalisieren: „Je weiter man sich vom Zentrum des Geschehens entfernt, desto mehr nimmt das Interesse ab."

Und Dionys Jobst, direkt gewählter CSU-Bundestagsabgeordneter im Schwandorfer Wahlkreis, berichtet aus seiner Erfahrung, im Kernbereich um Wackersdorf sei die WAA Thema Nummer eins, aber schon zehn Kilometer weiter weg stehe die Landwirtschaft an der Spitze des Interesses. CSU-Bezirkschef Lang kalkuliert aufgrund von Umfrageergebnissen in der Oberpfalz einen Verlust von höchstens drei bis fünf Prozent ein – bei einer Ausgangsbasis von 61,9 Prozent keineswegs das Anzeichen für eine Tragödie.

17.15 Uhr, 105 Minuten vor Beginn der Kundgebung im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion. Strauß hat sich im „Zottbachhaus" zu Besprechungen zurückgezogen und Ministerialdirigent Joachim Schweinoch, Leiter der Polizeiabteilung im Münchner Innenministerium, inspiziert den Bauplatz bei Wackersdorf. Die Einsatzleitung informierte ihn bereits: „Keine Vorkommnisse."

Der zerstörte Zaun ist wieder geflickt

Feierabendruhe auch im Gelände: Die Bagger und Planierraupen stehen aufgereiht hinter einem inneren, weiten Zaun, die letzten Kieslaster verlassen, Staubfahnen hinter sich herziehend, den 120 Hektar großen Bauplatz. Die tiefe Herbstsonne spiegelt sich im Wasser der großen runden Becken, der Nachschub-Quelle der Wasserwerfer. Doch die stehen an diesem Tag unbenötigt in Reih und Glied daneben.

Mancherorts ragen vier, fünf Meter hohe Hügel aus dem Boden, Termitenhügeln gleich. Und so etwas Ähnliches sind sie: Ameisenvölker hausen auf ihnen, die Schaufelbagger fuhren beim Abtragen der Erde vorsichtig um sie herum. Nun warten die „Polizisten des Waldes" (Bayerns Innenminister Karl Hillermeier) auf einen ökologisch günstigen Zeitpunkt, damit sie versetzt werden.

Der fünf Kilometer grüne Zaun, dort geflickt, wo WAA-Gegner in den vergangenen Monaten mit Diamantsägen die Stäbe zersägt hatten, mußte in den vergangenen Monaten keinen harten Attacken mehr standhalten. „Pfingsten war der Wendepunkt, nach diesen Krawallen haben sich viele vom Protest abgewandt", sagt Ministerialdirigent Schweinoch, und Kriminaloberrat Lang ergänzt: „Die Pfarrer haben inzwischen Mühe, sonntags für ihre ökumenischen Gottesdienste mehr als 100 Leute herzubringen."

600 bis 800 Menschen werden an sonnigen Sonntagen vor dem Zaun gezählt, die meisten sind Spaziergänger und Neugierige, die einmal Deutschlands bekanntesten Bauzaun sehen wollen. Die lindgrünen Container der Staatsanwaltschaft werden kaum mehr gebraucht. Und vom blutigen Pfingstmontag künden nur noch die verrosteten Wracks zweier ausgebrannter Polizeifahrzeuge, die im Gelände ausgestellt sind.

18 Uhr, noch sechzig Minuten bis zum Einzug des Ministerpräsidenten ins Stadion, das von mindestens 2000 Polizisten geschützt ist. In der Polizeiunterkunft im alten Verwaltungsgebäude der ehemaligen Bayerischen Braunkohle-Industrie BBI, weit und breit der größte Arbeitgeber, bis vor wenigen Jahren die letzte Kohle gefördert war, steht eine Hundertschaft in Bereitschaft. Die jungen Männer fassen Abendessen. Früher gab's einheitlich Abgepacktes und viel Unmut über den Inhalt. Jetzt bedienen sie sich wie am Büffet, wählen unter dem Angebot aus örtlichen Metzgereien und Lebensmittelläden: Blutwurst oder Salami, Pastete oder Rollmops, dazu Brot und Butter nach Bedarf, ebenso Tee und Kaffee. Kriminaloberrat Lang: „Wir sagen: Wie die Verpflegung, so die Bewegung. Oder wie es bei der Bundeswehr heißt: Wie der Mampf, so der Kampf."

19 Uhr: Einem Popstar gleich, schwebt Franz Josef Strauß in einem mit Regenbogenfarben und Sternen bunt bemalten Helikopter aus dem nächtlichen Himmel herab und betritt das Stadion, das mit etwa sieben- bis achttausend Menschen gefüllt ist. Die meisten hatten Karten der CSU und jubeln dem Gast aus München zu. Doch in der Nordkurve steht ein Block von tausend Strauß-Gegnern mit Plakaten „Stoppt Strauß" und „WAA NIE". „Wir haben keine Hinweise, ob sie gefälschte oder falsch verteilte Karten haben", sagt Polizeipräsident Wilhelm Fenzl. Trillerpfeifen werden von der Polizei beutelweise eingesammelt, aber es bleiben genug übrig für eine dauerhafte Lärmkulisse. Doch sie verlieren den Kampf gegen 20 Lautsprecher.

Strauß spricht exakt eine Stunde, sagt auch den Pfeifern ein „Grüß Gott", um sie anschließend als „apokalyptische Reiter ihrer eigenen Dummheit" einzustufen und ihnen zuzurufen: „Glaubt ja nicht, daß wir vor euch Anarchisten und Chaoten zurückweichen." Die jubelnde Mehrheit aber bestärkt er im Glauben, auf der richtigen Seite zu stehen: „Wir können uns auf euch verlassen, und ihr könnt euch auf uns verlassen." Die Oberpfalz werde sich zu einer der modernsten Regionen Bayerns entwickeln, hier würden fünf bis sechs Milliarden Mark investiert.

„Moderne Technik in einer schönen Landschaft"

Dann zählt Strauß auf: Neben Wackersdorf (das Kürzel WAA vermeidet er) das neue BMW-Werk und die Mega-Chip-Produktion von Siemens in Regensburg, den Rhein-Main-Donau-Kanal, das Regensburger Universitätsklinikum, das größte Bohrloch der Welt und schließlich noch das Solar-Wasserstoff-Projekt der Ludwig-Bölkow-Stiftung und des Bayernwerks. „Hier in der Oberpfalz wird die moderne Technik mit einer schönen Landschaft eine Versöhnung eingehen. Glück auf, liebe Oberpfälzer."

Gerold Tandler sagt abschließend ins Mikrophon, heute abend hier in Schwandorf habe die Demokratie über die Straße gesiegt, und der Polizeipräsident sagt, nachdem der Pop-Hubschrauber mit dem Ministerpräsidenten an Bord im Nachthimmel in Richtung München entschwunden ist, er wäre kein Mensch, würde er leugnen, daß ihm jetzt ein Stein vom Herzen gefallen ist.

Kohl nimmt Gespräche mit DGB wieder auf

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nehmen heute ihre Gesprächsrunde wieder auf, die seit dem Frühjahr im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz unterbrochen war. Auf Regierungsseite sind die Minister Martin Bangemann (Wirtschaft), Norbert Blüm (Arbeit) und Wolfgang Schäuble (Kanzleramt) an der Unterredung beteiligt. DGB-Chef Ernst Breit wird von den Vorstandsmitgliedern Gerd Muhr, Oskar Fehrenbach und Michael Geuenich begleitet.

Regierungssprecher Friedheim Ost nannte als Themen Probleme des Arbeitsmarktes, Fragen der Energie- und Umweltpolitik und die Montanmitbestimmung. In Bonn wird angenommen, daß auch das Schicksal der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat (NH) zur Sprache kommt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bei Egert-Nachfolge setzt SPD auf „Innen-Lösung“

Drei Berliner im Gespräch / Ristock: Ich stehe zur Verfügung

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Sozialdemokraten demonstrieren Gelassenheit. So als sei es die leichteste Sache der Welt, für den am 22. November zurücktretenden Landesvorsitzenden Jürgen Egert (WELT v. 30.9.) einen Nachfolger zu finden. Viele Namen sind im Gespräch, Chancen aber haben nur drei.

Hinter den Kulissen setzte die Personaldebatte schon Ende vergangener Woche ein. Denn nachdem Egert den Parteivorsitzenden Willy Brandt informierte hatte, sorgten undichte Stellen in Bonn dafür, daß Egerts Absicht nach Berlin durchsickerte. Hier aber konnte sie bis Montagfrüh unter Verschluß gehalten werden.

„Ich muß mein Leben umstellen, um mein Leben zu verlängern“, weist Egert alle Spekulationen zurück, daß andere Gründe als der angeschlagene Gesundheitszustand maßgeblich seien, das Handtuch zu werfen und der Partei schon wieder eine Nachfolger-Debatte aufzuzwingen. Als er vor 15 Monaten den Vorsitz übernommen habe, sei eine so kurze Amtszeit nicht abzusehen gewesen.

„Wir sind noch lange nicht über den Berg, aber wir sind gut vorangekommen“, zieht er Bilanz. So wurden unter seiner engagierten Führung die Schulden des Landesverbandes von einer auf eine halbe Million abgebaut, aber unter der Decke glimmt die Glut der Flügelkämpfe zwischen rechts und links weiter. Die „breite innerparteiliche Diskussion“ der nächsten acht Wochen um die Suche nach dem neunten Parteivorsitzenden seit 1946 wird zeigen, ob Egert bei der angestrebten Integration der Flügel „vorangekommen“ ist.

Stimmungsumschwung

Sein Rücktritt bringt ein Thema auf den Tisch, das „nach Fahrplan“ (Egert) erst nach der Bundestagswahl vom Januar 1987 Berlins Sozialdemokraten beschäftigen sollte: Die Nominierung eines Spitzenkandidaten, der 1989 bei den nächsten Wahlen gegen Eberhard Diepgen antritt. Ein aus zwei Gründen gewählter Termin: Einmal weil es dann noch rund zwei Jahre sind, bis in Berlin gewählt wird. Vor allem aber mit dem Hintergedanken, daß z.B. nach einer von der SPD verlorenen Bundestagswahl leichter ein prominenter Bundespolitiker wie einst die allerdings nicht gerade erfolgreichen Hans-Jochen Vogel und Hans Apel in die Berlin-Pflicht genommen werden kann.

In der Partei hat es in Erinnerung des Apel-Debakels vom März 1985 (32,4 Prozent, die CDU 46,4) inzwischen einen Stimmungsumschwung gegeben: Gegen die sogenannte „Außenlösung“, für einen Berliner als Spitzenkandidaten. Viele Genossen würden es deshalb am liebsten sehen, wenn Fraktionsvorsitzender Walter Momper (41) den Landesvorsitz übernimmt und zugleich als Spitzenkandidat nominiert wird. Doch von Momper kam bereits ein klares Nein, Egerts Nachfolger zu werden. Er will sich auf die Rolle des Oppositionsführers im Parlament konzentrieren und als Spitzenkandidat Gewehr bei Fuß stehen.

Nur Namen der Linken

Ein Junger oder Harry Ristock – darauf läuft die Suche nach einem Egert-Nachfolger wohl hinaus. Einige der Jüngeren ins Gespräch gebrachten Kandidaten haben Bereitschaft signalisiert, aus dem zweiten Glied herauszutreten. Doch außer dem 58jährigen Harry Ristock und dem 44jährigen Erhardt Körting ist derzeit keiner zu sehen, der mehrheitsfähig ist. Erst am 13. Oktober wird der Landesvorstand mit den zwölf „Kreisfürsten“ beraten. Bis dahin aber werden sich Meinungen, Fürsprachen und Ablehnungen schon klarer herauskristallisiert haben.

„Wenn kein Jüngerer gefunden wird, stehe ich zur Verfügung“, ließ Harry Ristock den Landesvorstand und die Basis wissen. Seine Gegner kreiden ihm an, daß er als Bausenator dem 1981 gescheiterten Stobbe-Senat angehörte. Dem linken Ristock aber wird in der jetzigen Situation eher zugetraut, Teile des rechten Flügels hinter sich zu scharen als dem „Aufsteiger“ Körting.

Bisher sind nur Namen und Kandidaten aus dem Lager der „Vereinigten Linken“ genannt worden. Die Krux der Parteirechten: Sie stehen bei der Nachfolgersuche mit leeren Händen da.

Den Sozialdemokraten Berlins kommt die Debatte um einen neuen Parteichef und die sich möglicherweise daraus ergebene Folgerung, frühzeitiger als geplant in Sachen Spitzenkandidat Farbe bekennen zu müssen, ungelegen. Denn die letzte Meinungsumfrage ergab, daß sich die Partei immer noch im 32-Prozent-Keller befindet.

Geißler erwartet Gemeinsamkeit der Union

gba. Bonn

CDU-Generalsekretär Geißler will die CSU nicht aus der bisher in mehreren Gesprächen „unterhalb der Ebene der Parteivorsitzenden“ vereinbarten Gemeinsamkeit beim Entwurf für ein einziges Wahlprogramm beider Unionsparteien entlassen. Nach der bayerischen Landtagswahl am 12. Oktober würden die Gespräche mit der Schwesterpartei fortgesetzt, kündigte Geißler vor der Presse in Bonn an. Auch wenn die CSU in „einigen speziellen Punkten andere Akzente setzen“ wolle, so würde das dem Wahlprogramm nicht den Charakter einer gemeinsamen Erklärung nehmen. In „allen wichtigen Punkten“ sei man sich in den Beratungen im Juli einig gewesen; die bayerischen Wünsche, etwa in der Steuerpolitik, seien berücksichtigt worden. Der jetzt vorliegende Entwurf sei „keineswegs ein reines CDU-Programm“, sondern das Ergebnis der Abstimmung mit der CSU. Spekulationen, die Diskussion könne den Keim erneuter Trennungsbeschlüsse nach dem Muster von Kreuth in sich tragen, nannte Geißler „infantile Hoffnungen“ der SPD.

Geißler kündigte an, daß sich die CDU auf dem Parteitag in der kommenden Woche als „die Zukunftspartei“ in Deutschland darstellen werde. Sie werde das auch mit der Verabschiedung eines „Zukunftsmanifestes“ (WELT vom 27./28.9.) deutlich machen, das die Herausforderungen und Ziele der Politik weit über die nächste Legislaturperiode beschreibe. Die „Richtungsentscheidung“ bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 stelle die Wähler nicht vor die Frage, der politischen Rechten oder der Linken zur Mehrheit zu verhelfen. Diese Begriffe gehörten in die „Klamottenkiste“. Die Entscheidung müsse getroffen werden „zwischen vorwärts und rückwärts“. Die CDU wolle als vorwärtsgewandte Partei die „Zukunftsfähigkeit“ unserer Gesellschaft sicherstellen.

Neben der Verabschiedung des Zukunftsmanifestes, das vom Bundesvorstand der CDU am Montag gebilligt und als Empfehlung an die 781 Parteitagsdelegierten versandt worden war, stehe ein „parteihistorisches Ereignis“ in Mainz an, sagte Geißler. Der Bundesparteitag müsse die von den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe beabsichtigte Fusion zum CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen billigen und in der Satzung verankern. Der Parteivorstand bejahe die Fusion.

Freundschaft spricht aus den Zeilen, die Axel Springer 1978 an den Verleger Dr. Franz Burda zu dessen Geburtstag am 24. Februar geschrieben hatte:

Lieber Franz,
beim Sinnieren über ein paar gültige Zeilen zum 24. Februar habe ich auch in meine Briefe zu früheren runden Geburtstagen von Dir hineingesehen.
Ich will es mir nun nicht zu leicht machen: ‚Worte sind nur Worte‘, wie Lieblingsdichter Matthias Claudius sagt, ‚und wo sie sogar leicht und behende dahinfahren, da sei auf Deiner Hut. Denn die Pferde, die den Wagen mit Gütern hinter sich haben, gehen langsameren Schrittes‘.
Das zu erkennen, steht uns Älteren wohl an. Deshalb ist es nicht so dahingesagt, wenn ich ausspreche, wie sehr ich Dein Werk respektiere, Deine Originalität bewundere und weiß, daß über unseren Beziehungen eine immerwährende, zu oft unausgesprochene Freundschaft liegt.
In diesem Augenblick glaube ich, auch Karl Andreas Voß' Stimme zu hören, der Dir das gleiche sagt.
Meine Wünsche für Dich: Gesundheit und das so oft verlachte Glück der Zufriedenheit. Zufriedenheit mit dem, was Du Großes geschaffen, und mit der immerwährenden Schönheit auf dieser Welt, die sogar der Mensch nicht kaputtzumachen in der Lage ist.
Grüße Deine großartige Frau, Deine Dir getreuen Söhne, und sieh mich einmal wieder in einer stillen Stunde.
Dein Axel



„Franz Burdas Vorbild verpflichtet, sein großes Werk fortzuführen“

Von MINISTERPRÄSIDENT FRANZ JOSEF STRAUSS

Mit dem Tode Franz Burdas ist die deutsche Presse- und Medienlandschaft um eine große Persönlichkeit ärmer geworden. Ich habe einen guten Freund verloren. Meine Gedanken sind bei seiner Familie, besonders bei seiner Frau Aenne Burda.

Der Verstorbene hat aus kleinsten Anfängen heraus das väterliche Unternehmen zu weltweiter Geltung geführt. Für diese Aufgabe war er sowohl durch seine gründliche wissenschaftliche Ausbildung, die er mit dem Examen als Diplom-Volkswirt und Dr. rer. pol abschloß, als auch durch seine solide kaufmännische und handwerkliche Ausbildung zum Buchdruckermeister bestmöglich gerüstet.

Entscheidend aber für seinen beispiellosen Erfolg waren sein unternehmerischer Einfallsreichtum, seine Zielstrebigkeit und seine nie ermüdende Schaffenskraft. Er war ein schöpferischer Mensch, stets voller Ideen, allem Neuen aufgeschlossen, und dennoch unbeirrt in seinen Grundsätzen wurzelnd.

Auch wenn er seine Unternehmen zu erstaunlicher Größe führte, blieb er dennoch seinen Mitarbeitern ein väterlicher Chef, der sich seiner unternehmerischen sozialen Verantwortung stets bewußt war und auch danach handelte. Er gehörte nicht zu jenen Charakteren, die sich jeder Zeitströmung willig anpassen. Seine Geradlinigkeit war für seine Gesprächspartner, Freunde und Mitarbeiter nicht immer bequem. Meist aber erwies es sich, daß er recht hatte. Wie sonst hätte ein so kühnes Lebenswerk gelingen können?

Mit der ihm eigenen Wirklichkeitsnähe begriff er rascher als viele andere die Herausforderungen des neuen Medienzeitalters. Dabei blieb er sich jedoch stets der dienenden Aufgabe der Technik bewußt. Er kannte die Verantwortung, die ihm die meinungsprägende Kraft der Medien auferlegte. Er wußte, daß der Freiheit der Medien jene Selbstbeschränkung entsprechen muß, die der Verantwortung im Dienste unserer demokratischen Ordnung entspringt.

Franz Burda bleibt ein Vorbild, denn er forderte von anderen nur das, was er selbst zu leisten bereit war. Dieses Vorbild verpflichtet, sein großes Werk in seinem Sinne fortzuführen.

Die Erinnerung an einen bedeutenden Unternehmer und großen Menschen bleibt in seinen Freunden lebendig.

Rommel und die Strategie Adenauers

CHRISTIAN GEYER, Bonn

Die Museums-Giraffe war auch damals Zeuge, als Konrad Adenauer am 1. September 1948 im Lichthof des Bonner Museum König zum Präsident des Parlamentarischen Rates gewählt wurde. Jetzt konnte das ausgestopfte Tier noch einmal auf politische Prominenz von den Anfängen der Bundesrepublik bis heute hinabäugen. Anlaß des abendlichen Empfangs der Deutschen Verlags-Anstalt war die Vorstellung des Buches von Hans-Peter Schwarz: „Adenauer – Der Aufstieg: 1876 bis 1952“.

Er habe das Leben Adenauers nicht auf das „Prokrustes-Bett der großen These“ spannen wollen, sagte der Kölner Politik-Professor an historischer Stätte. Als Historiker habe er mit dem Skalpell gearbeitet, um der „faszinierenden Persönlichkeit“ Adenauers gerecht zu werden. Eine Epoche in einem Lebenslauf verdichten – das sei sein Anliegen gewesen.

Die Laudatio auf den „Alten“ aus Rhöndorf hielt das Füchsle vom „Wüstenfuchs“, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel. Er würdigte Adenauer als die „bedeutendste Gestalt der deutschen Nachkriegsgeschichte“, der nach 1945 mit seiner Außenpolitik den Eindruck vermieden habe, „man schwanke zwischen dem Osten und dem Westen hin und her“. 1957 habe er Adenauer bei einer Wahlrede sagen hören: „Mit den Sowjets zusammengehen wollten wir nicht, neutral bleiben konnten wir nicht, folglich habe ich mich zum Bündnis mit dem Westen entschlossen. Dat is janz einfach. Sie lachen, meine Damen und Herren, aber die SPD hat dat immer noch nich bejriffen.“ Adenauer, der große Vereinfacher in der Zeit der nationalen Verwirrung.

Schonungslos habe Adenauer die „Staatsvergötzung“ als Wurzel der nationalsozialistischen Katastrophe angeprangert. Der Mensch, so habe der vaterlandsliebende Adenauer gewußt, brauche die Bindung an moralische Werte, „die ihre Geltung von einer Instanz herleiten, die über dem Staat steht“. Adenauer sei nicht dem Irrglauben erlegen, daß sich alles auf positives Recht stützen lasse. Denn: „Revolutionen haben alle eines gemeinsam: Sie waren ursprünglich verboten.“

Als Christ sei er gegen jede ideologische Verblendung gefeit gewesen, dem Judentum sei Adenauer schon als Oberbürgermeister mit Respekt begegnet. Er habe „wenigstens den Versuch machen wollen“, das den Juden zugefügte Unrecht zu lindern. Rommel: „Von Wiedergutmachung, dem voreilig eingeführten Terminus technicus, sollte man heute nicht mehr reden.“

Die Familie Adenauer, Rainer Barzel, der frühere Außenminister Gerhard Schröder gehörten ebenso zu den Gästen wie der frühere Bundespräsident Carstens, Bauminister Schneider, der chinesische Botschafter Guo Fengmin und die Historiker Bracher, Hildebrand und Hillgruber. Einige von ihnen ließen es sich nicht nehmen, im Museum für einen Moment hinter Adenauers Schreibtisch Platz zu nehmen.

Waffe gegen den Verfassungsschutz?

Pistole aus Mordfall Schmücker soll Berliner Amt vor Neubesetzung in Bedrängnis bringen

WERNER KAHL, Bonn/Berlin

Die Leitung des Berliner Verfassungsschutzes fahndet seit Wochenbeginn nach einem „Maulwurf“ in der Sicherheitsbehörde. Der Unbekannte wird verdächtigt, eine geheime Akte aus politischen Gründen an die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Dabei handelt es sich um einen seit 1974 geheimgehaltenen Vorgang der Terroristenabwehr, um V-Leute vor Mordanschlägen terroristischer Banden zu schützen.

Die interne Fahndung war am Montag durch einen Hinweis des „Spiegel“ ausgelöst worden, daß der Verfassungsschutz schon zwölf Jahre die Tatwaffe des Fememordes an dem Studenten Ulrich Schmücker im Tresor verwahre. Der Mörder hatte die Pistole, eine alte 08 Parabellum eines rheinischen Försters, nach dem Verbrechen einem Bekannten zum Wegwerfen übergeben.

Enthüllungs-Zeitpunkt

Bei diesem handelte es sich jedoch laut Bericht des Magazins um den V-Mann des Verfassungsschutzes, Volker Weingraber. Sein voller Name: „Volker Weingraber, gans Edler von Grodeck“. Anfang der siebziger Jahre war der Agent in eine Wolfsburger Kommune eingeschleust worden, die enge Kontakte zu dem späteren RAF-Mitglied Inge Viett, eine der heute zwanzig meistgesuchten deutschen Terroristen, unterhielt.

Die Pistole galt seitdem als verschollen. Mit neuer Identität im Ausland sollte Weingraber nicht Gefahr laufen, bei den über zehn Jahre sich hinziehenden Gerichtsverfahren als Zeuge auftreten zu müssen und so eines Tages Opfer später Rache zu werden. Die Verteidiger der inzwischen verurteilten Bandenmitglieder begnügten sich schließlich mit der Feststellung, Waffe und Weingraber seien nicht auffindbar. Die Spuren, die der Verfassungsschutz an der Waffe sichern ließ, wären nach Ansicht von Sachverständigen ohnehin nur ein weiteres „i“-Tüpfelchen in der Beweisermittlung gewesen. „Eine Belastung für die Angeklagten“, befand gestern auch die linke alternative „Tageszeitung“.

Mit der Enthüllung zum gegenwärtigen Zeitpunkt soll nach Auffassung von Sicherheitsexperten auch nicht etwa die kürzlich in einem Wiederholungsverfahren erneut zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Ex-Kommunardin Ilse Schwipper-Jandt entlastet werden. Die Experten sehen darin vielmehr den Versuch, nach dem Scheitern des Angriffes auf das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln im Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages um die Affäre Tiedge eine neue Front gegen die Sicherheitsbehörden – Verfassungsschutz und Staatsschutz – zu eröffnen. Die Pistole der Schmücker-Mörder als politische Waffe?

Hinter den Kulissen geht es in Berlin offensichtlich auch um die kürzlich vom Senat abgeschlossene Neubesetzung der Spitzenpositionen im Verfassungsschutz (Die WELT v. 8.9.1986).

SPD nicht vertreten

Mit der Berufung des bisherigen Verfassungsschutzchefs von Baden-Württemberg, Dieter Wagner, zum Präsidenten des Berliner Landesamtes wird ein parteiloser Fachmann Nachfolger des bisherigen Sozialdemokraten Franz Natusch, der aus Altersgründen zum 30. November ausscheidet. Der neue „Vize“ ist ebenfalls parteilos, wenn auch als der CDU nahestehend bezeichnet.

Die Berliner SPD ist damit erstmals nicht mehr wie beim früher praktizierten Parteien-Proporz in der Amtsleitung vertreten. Ein geeigneter SPD-Kandidat hatte aus Protest gegen die Sicherheitspolitik seiner Partei vor kurzem das Mitgliedsbuch zurückgegeben. Dem ausscheidenden Amtschef Franz Natusch (SPD) drohen nun die Linken in seiner eigenen Partei im Ruhestand mit Strafverfahren wegen Verdachts der Falschaussage bzw. des Meineids.

Dialog Manilas mit den Rebellen unterbrochen

DW. Manila

Nach der Verhaftung eines führenden Mitgliedes der verbotenen kommunistischen „Neuen Volksarmee" (NPA) in Manila sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Rebellen über einen Waffenstillstand unterbrochen worden.

Das Verteidigungsministerium bestätigte, daß Rodolfo Salas (39) vor zwei Tagen zusammen mit seiner Frau Josefina Cruz und seinem Fahrer von Angehörigen des Militärgeheimdienstes vor einem Krankenhaus gestellt und verhaftet worden sei.

Salas – auf seine Ergreifung stand eine Belohnung von umgerechnet rund 25 000 Mark – war im Untergrund unter dem Decknamen „Kommandeur Bilog" bekannt geworden und hat dem Vernehmen nach den KP-Vorsitz übernommen, als Parteichef José Maria Sisón im November 1977 verhaftet worden ist. Sisón war nach dem Machtwechsel auf den Philippinen im Zuge einer Amnestie im März auf freien Fuß gesetzt worden. Der Anwalt Romeo Capulong, der die „Nationaldemokratische Front" (ein Zusammenschluß mehrerer linksgerichteter Gruppen) vertritt, teilte gestern mit, man sähe keinen Sinn in der Fortsetzung der Friedensgespräche. Diese könnten erst dann weitergeführt werden, wenn Salas freigelassen werde und das Verteidigungsministerium aufhöre, Staatspräsidentin Corazon Aquino zur „Wiedereinführung faschistischer Herrschaftsformen" zu drängen.

Salas hatte nach Angaben des Anwalts die Absicht, mit den Verhandlungsführern der Rebellen zusammenzutreffen und mit ihnen Einzelheiten eines Abkommens mit der Regierung zu beraten.

Der Unterhändler der Regierung, Ramon Mitra, hatte kurz vor der Verhaftung Salas' gesagt, er halte den Abschluß einer Waffenstillstands-Vereinbarung mit der NPA noch in dieser Woche für möglich.

Die „Neue Volksarmee" hat gegenwärtig eine geschätzte Stärke von 17 000 Mann und führt seit 1969 einen Guerrillakrieg gegen die Zentralgewalt in Manila. Wie aus militärischen Quellen verlautet, wurden seit Beginn der Präsidentschaft von Frau Aquino am 25. Februar etwa 1900 Menschen im Zusammenhang mit Aktivitäten der Untergrundbewegung getötet.

Die NATO paßt ihre Strategie der neuen Lage seit der Nachrüstung an

Richtlinien für Einsatz von Atomwaffen / Mehr Glaubwürdigkeit für die Abschreckung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Nach Jahren intensiver Konsultationen stehen die NATO-Staaten kurz davor, sich überarbeitete Richtlinien für den Einsatz von Atomwaffen zu geben. Wie von informierter Seite verlautete, haben bis auf Dänemark die Bündnisstaaten ihre Zustimmung signalisiert. In Kopenhagen muß die Minderheitsregierung das Einverständnis des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments holen. Formal werden die Verteidigungsminister der Allianz voraussichtlich im Oktober auf einer Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) in Gleneagles (Schottland) das „Allgemeine Politische Richtlinien" benannte Geheimpapier verabschieden.

Nur eine Fortschreibung

In der NATO wurde betont, daß es sich bei der Arbeit nicht um eine neue Strategie handele. Vielmehr habe die Allianz seit 16 Jahren bestehende „Provisorische Politische Richtlinien" im Licht der inzwischen verringerten und modernisierten Atomwaffen fortgeschrieben und versucht, ihnen eine in die Zukunft weisende Form zu geben. Grundgedanke sei die Bewahrung politischer Kontrolle der Allianzmitglieder über den Einsatz von Atomwaffen. Wie bisher orientiere man sich dabei an der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion".

Nach diesen Richtlinien bewahrt die NATO sich die Option, einen Angriff auf ihr Territorium, auch wenn er konventionell vorgetragen wird, nach politischen Konsultationen der Mitgliedsstaaten mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zu beantworten. Das Schwergewicht dieses Einsatzes lag bisher auf Atomwaffen kürzerer Reichweite, mit denen sowjetisches Territorium nicht bedroht werden konnte. Die Veränderung besteht dem Vernehmen nach darin, daß die Allianz sich nun die Option offenhält, in Zukunft ihr erstes Atomwaffensignal auf sowjetisches Staatsgebiet zu setzen. Als Träger eines Angriffs – nur unter dieser Voraussetzung könne ein Atomwaffenersteinsatz erwogen werden –, dürfe die Sowjetunion kein Sanktuarium bleiben, heißt es, von dem aus sie praktisch geschützt vor westlichen Gegenschlägen Westeuropa mit Krieg überziehen könne.

Mit der Stationierung der Nachrüstungswaffen (Pershing 2 und Cruise Missiles) besitzt die NATO jetzt Mittel, direkt sowjetisches Staatsgebiet erreichen zu können. Insofern kodifizierten die Richtlinien lediglich die bestehende Lage mit dem Ziel, die Abschreckung zu stärken und die Schicksalsgemeinschaft USA/Europa zu verdeutlichen.

In jeder Lage angemessen

Die Option, mit einem Erstschlag die Sowjetunion selbst zu treffen, beseitige nicht andere Optionen, die von Atomwaffen kürzerer Reichweite ausgehen, wurde erläutert. Die NATO-Staaten, die das neue Papier auf Regierungsebene behandelten, wollten sich in jeder Lage angemessen verhalten können.

Die Einbeziehung der Sowjetunion ist im Prinzip alt. Jedoch fehlten der NATO Systeme, der Strategie glaubwürdigen Ausdruck zu verleihen. In einem Schlüsselroman wird von einem Experten beschrieben, wie ein Starfighter mit einem deutschen Hauptmann als Piloten eine Atombombe auf Moskau wirft. („A Vengeance of Tigers", Gusano Publishing Corp. Phoenix, USA. 1975.) Doch der Hauptmann mußte anschließend wegen Treibstoffmangels mit dem Fallschirm über sowjetischem Gebiet abspringen. (SAD)

„Solidarität" denkt über neue Strategie nach

AFP, Washington

Die polnische Opposition arbeitet an einer neuen Strategie, die von einer gewissen Öffnung gegenüber der Regierung gekennzeichnet ist.

Der Führer der seit 1981 verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, deutete in einem von der „Washington Post" gestern veröffentlichten Interview an, eine künftige Zusammenarbeit mit der Regierung sei „nicht ausgeschlossen". Es sei an die Bildung eines „Rates" gedacht, der zu Verhandlungen mit der Regierung berechtigt sein soll. Die Bildung eines solchen Rates sei „keine Provokation" der Behörden. Man wolle „nicht konspirieren", sondern vielmehr „in aller Offenheit zum Wohle des Landes und in Einklang mit den Gesetzen arbeiten".

Den Erklärungen Walesas waren umfangreiche Diskussionen in der „Solidaritäts"-Spitze vorangegangen. Die neuen Initiativen der „Solidarität" folgen außerdem der jüngsten Amnestie, die die Freilassung fast aller politischen Gefangenen ermöglicht hatte.

„Prawda": Bisher 100 gesunde Babys um Tschernobyl

dpa, Moskau

In den fünf Monaten seit der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl sind einhundert Kinder geboren worden, deren Mütter sich während des Unglücks „innerhalb der Gefahrenzone" um das Atomkraftwerk befanden. Wie die Parteizeitung „Prawda" gestern weiter berichtete, sind alle Kinder gesund. Nur eines habe in einer Intensivstation behandelt werden müssen und fühle sich jetzt sehr wohl.

Eine Arbeiterin habe ihr Kind in der Nacht am 26. April in Pripjat genau im Moment des Unglücks zur Welt gebracht, hieß es weiter. „Wir waren alle wegen der Explosion erschrocken. Im Krankenhaus ging plötzlich das Licht aus", erinnerte sich die junge Frau. Keiner der Ärzte habe jedoch seinen Platz verlassen. Später seien die Neugeborenen aus der Gefahrenzone gebracht worden, schrieb die Parteizeitung.

Frankreich wagt sich an das Tabu der Resistance

Zehn Tonnen Geheimmaterial sollen gesichtet werden

PETER RUGE, Paris

Frankreichs Parlamentspräsident, Jacques Chaban-Delmas, glaubt einen Schatten von der französischen Widerstandsbewegung nehmen zu müssen. Er fordert Premierminister Chirac öffentlich auf, alte Gestapo-Akten sichten zu lassen – und notfalls Anklage gegen Verräter zu erheben. Chaban-Delmas befehligte als General Résistance-Truppen. Aus dieser Zeit hat sich übrigens bis heute eine Duz-Freundschaft mit einem anderen Widerstandskämpfer erhalten, mit Staatspräsident Mitterrand.

Der Parlamentspräsident ist empört über den ehemaligen Geheimdienstchef Alexandre de Marenches. Dieser international anerkannte Fachmann hatte vor wenigen Wochen ein Buch über den französischen Geheimdienst herausgebracht. Unter anderem äußert er sich darin sibyllinisch über ein „vergessenes deutsches Erbe", das ihm bereits nach oberflächlicher Durchsicht den Atem verschlagen habe. Es gebe Franzosen, sagt Marenches, die für ihren Résistance-Mut ausgezeichnet worden seien, aber letztlich als Agenten in deutschem Lohn und Auftrag gehandelt hätten. Leider habe eine Auswertung des Gestapo-Materials nicht vorgenommen werden können, es fehlten die Mittel. Immerhin handelt es sich um 10 Tonnen Akten.

Das rief den Verteidigungsminister auf den Plan. Ihm ist der Geheimdienst unterstellt. Inzwischen meldete sich noch ein weiterer Geheimdienstchef, Pierre Marion. Auch er schlug in die Kerbe: die Sozialisten haben den Geheimdienst finanziell ausgetrocknet, Pannen wie die Greenpeace-Affäre seien in der Folge so beklagenswert wie der heute mangelnde Erkenntnisstand über den internationalen Terrorismus.

Etat aufgestockt

Verteidigungsminister Giraud verwahrte sich gegen die „lächerlichen Unterstellungen" der beiden Geheimdienstler. Aber im stillen handelte er bereits. Der Etat des Dienstes (DGSE) wird aufgestockt. Ferner erließ er die Anordnung, die Gestapo-Akten aus den Archiven des Geheimdienstes herauszuholen. Sie sollen in den historischen Dienst der Armee eingeordnet werden, wobei die Durchsicht mit aller Härte und Offenheit zu erfolgen habe. Einer beratenden Kommission aus ehemaligen Widerstandskämpfern stehe das Recht zu, Verfolgungsmaßnahmen einzuleiten.

Damit ist in Frankreich ein Stein ins Rollen gekommen, den die Nation bisher wie ein hochexplosives Paket liegen ließ. Es gibt zwei historische Tabus in der 5. Republik: die Zeit der deutschen Besetzung und den Algerien-Krieg. An beiden Abschnitten der Geschichte klebt Blut – der Tod von Franzosen, die von ihren Landsleuten umgebracht wurden. Ohne französische Helfer hätten im Zweiten Weltkrieg SS und Gestapo nicht operieren können, ohne diese aktive Mitarbeit wäre jedoch die Bevölkerung nicht so glimpflich davongekommen, sagen heute bereits viele Franzosen. Hinzu kommt: Viele Bürger glaubten nach der Befreiung ihr schlechtes Gewissen dadurch entlastet zu haben, daß sie noch rechtzeitig Jagd auf vermeintliche Kollaborateure machten. Dabei sollen 1944/45 etwa 110 000 Franzosen ohne Gerichtsverfahren ermordet worden sein.

Wer hat wen verraten?

Vom Ruhm der Résistance lebte nach dem Kriege vor allem die Kommunistische Partei. Ihr Held war Jean Moulin, de Gaulles Abgesandter im besetzten Frankreich. Ihm hat die Republik viele Denkmäler gesetzt. Staatspräsident Mitterrand pilgerte mit einer Rose zu seinem Grab. Im Pariser Panthéon, dem Tempel der Unsterblichen, wird eine Urne dieses „Märtyrers der Résistance" aufbewahrt. Doch Jean Moulin fiel durch Verrat in die Hände der Deutschen – sein Tod wird dem Gestapo-Chef Klaus Barbie zugeschrieben, dem „Schlächter von Lyon", der 1983 auf Betreiben von Staatspräsident Mitterrand von Bolivien an Frankreich ausgeliefert wurde.

Der Prozeß ist bis heute verschoben. Technische Gründe, heißt es. Doch immer mehr Franzosen wird bewußt, daß mit Klaus Barbie auch Frankreichs Vergangenheit angeklagt werden müßte – denn über dem Verfahren schwebt die Frage: wer hat Jean Moulin an die Deutschen ausgeliefert – immer mehr wird zur Gewißheit, es muß einer aus dem Kreis der Résistance gewesen sein.

Peking erwartet US-Flotten-Besuch

AFP, Peking

Der chinesische Verteidigungsminister Zhang Aiping hat gestern in Peking den ersten amerikanischen Flottenbesuch in der Volksrepublik seit 36 Jahren angekündigt. Im Oktober sollen zwei oder drei amerikanischen Kriegsschiffe den ostchinesischen Hafen Qingdao anlaufen. Bekannt war bereits, daß sich der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger vom 7. bis 11. Oktober zu einem offiziellen Besuch in der chinesischen Hauptstadt aufhalten wird.

Ursprünglich war bereits ein Höflichkeitsbesuch amerikanischer Kriegsschiffe für den Mai vergangenen Jahres geplant gewesen. Die Visite im südchinesischen Hafen Schanghai scheiterte jedoch im letzten Augenblick, weil Peking keine Schiffe anlaufen lassen wollte, die gewöhnlich atomar bewaffnet sind.

Abdallahs Brüder waren doch in Paris

rtr, Paris

Die französischen Behörden wissen mit Sicherheit, daß die Brüder des in Frankreich inhaftierten Libanesen Georges Ibrahim Abdallah ungeachtet ihrer Dementis an Terroranschlägen in Paris beteiligt waren. Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Michel Aurillac, sagte in einem Interview der Zeitung „Le Figaro", die Abdallahs seien nach den Anschlägen von Geheimdienstagenten aus Frankreich herausgebracht worden.

Aurillac, der in der vergangenen Woche wegen der Anschläge nach Damaskus gereist war, wollte sich nicht zu der Frage äußern, welcher Geheimdienst die Ausschleusung der Abdallah-Brüder abgewickelt hat. In französischen Presseberichten hatte es geheißen, syrische Geheimdienste stünden hinter der Kampagne, Georges Abdallah freizubekommen.

Westen dringt auf längere Diskussion

AFP, Wien

Der Westen hat beim Vorbereitungstreffen der dritten KSZE-„Bilanzkonferenz" in Wien vorgeschlagen, über die Anwendung der Verpflichtungen, die sich aus der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ergeben, sieben und nicht nur fünf Wochen zu diskutieren. Der Osten steht diesem Vorschlag ablehnend gegenüber, da er die Erörterung der Kluft zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und der Einhaltung der Menschenrechte im kommunistischen Europa befürchtet.

Der Westen fordert außerdem, daß pro Woche eine Plenarsitzung auf der dritten KSZE-„Bilanzkonferenz" öffentlich gehalten wird. Die osteuropäischen Delegationen lehnen auch diesen Vorschlag ab. Bisher waren auf den KSZE-Konferenzen lediglich die Eröffnungs- und die Abschlußsitzungen öffentlich.

Kabul will mit TV-Offensive verwirren

Einsatz von C-Waffen vorgeworfen, um Image der Mudschahedin bei den Deutschen zu schaden

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Behauptungen der kommunistischen Machthaber in Kabul vor den Kameras des Ersten Deutschen Fernsehens, der afghanische Widerstand setze im Kampf gegen Regierungstruppen und Sowjetarmisten chemische Waffen amerikanischer Herkunft ein, in deren Handhabung die Mudschahedin von US-Offizieren ausgebildet würden, hat in der pakistanischen Etappe der Guerrilla sowie unter den 14 000 Afghanen in der Bundesrepublik Empörung ausgelöst.

Übereinstimmend wurden die Anschuldigungen Kabuls zurückgewiesen und als Versuch bezeichnet, den Boden der bevorstehenden Verhandlungen über einen Truppenabzug der Sowjets propagandistisch vorzubreiten, die Verhandlungsposition des mit der Guerrilla sympathisierenden Westens und vor allem der USA zu verschlechtern und das Bild der Mudschahedin in der Bundesrepublik zu verunglimpfen.

Ein Sprecher der Allparteien-Allianz des afghanischen Widerstandes in der pakistanischen Stadt Peschawar, konfrontiert mit dem Inhalt der öffentlichen Pressekonferenz in Kabul, sagte der WELT: „Diese Medien-Offensive trägt eindeutig die Handschrift von Nadschibullah und stammt aus der Schule des KGB und des afghanischen Geheimdienstes, dessen Chef der heutige starke Mann in Kabul jahrelang war. Das Ziel ist eindeutig: Die deutsche Öffentlichkeit soll beeinflußt werden. Über den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe Kabuls zu reden lohnt sich nicht. Sie sind absurd."

Kokojan Niazi, geschäftsführender Vorstand der Deutschen Afghanistan-Stiftung in Bonn, sagte bitter: „Die Mudschahedin verfügen für ihren Kampf gegen die kommunistische Weltmacht nicht einmal über wirksame Abwehrwaffen gegen Panzer, Hubschrauber und Helikopter. Und da sollen sie plötzlich chemische Waffen haben?"

Niazi wies auch auf die UNO-Sonderberichte von Felix Ermacora über Afghanistan hin. Daraus gehe eindeutig hervor, „daß die Russen, nicht aber der Widerstand, chemische Waffen einsetzen".

Der Journalist Ahmad Taberi von der Afghanischen Nachrichten Agentur (A. N. A.), der soeben von einer mehrwöchigen Informationsreise durch drei afghanische Provinzen nach Bonn zurückkehrte, bezeichnete die Anschuldigungen Kabuls als unzutreffend und als Versuch, von der durch den sowjetischen Aggressor geschaffenen Realität abzulenken: Die Rote Armee versuche verstärkt, durch flächendeckende Bombardements sowohl Widerstand wie Zivilbevölkerung entscheidend zu treffen, mache eine Flucht während des Tages unmöglich, nehme Flüchtlingskolonnen jedoch selbst nachts unter Feuer.

Die vor Monaten angekündigten amerikanischen Stinger-Raketen sind nach Angaben Taheris bei der Guerrilla nicht eingetroffen; von chemischen Waffen sei keine Rede, es sei denn, wenn es Opfer auf der Seite des Widerstandes durch Angriffe der Russen mit derartigen Waffen gebe.

Zwei prominente Afghanen äußerten gegenüber der WELT ihren Unmut über das Erste Deutsche Fernsehen im Zusammenhang mit dessen Afghanistan-Berichterstattung.

Abdul Karim Mohajirzad, Leiter des Informationsbüros der afghanischen Mudschahedin in Europa und Sprecher von Hezbi Islami in Deutschland, sagte: „Vor einer Woche hat sich die ARD durch Nadschibullah als Propaganda-Sprachrohr mißbrauchen lassen." Nadschibullah wich Fragen nach dem Abzug der sowjetischen Truppen in Afghanistan aus und wies statt dessen auf die Präsenz von US-Truppen in der Bundesrepublik hin. Mohajirzad zur zweiten Sendung aus Kabul: „Da wurden Lügen verbreitet und falsche Angaben gemacht, doch weder der Wahrheitsgehalt geprüft noch Kabuls Behauptungen kommentiert."

Obeidullah Mogadeddi, Chirurg im niedersächsischen Springe und Vorsitzender des Vereins afghanischer Flüchtlingshilfe in Bonn, stellte fest: „Die Russen wollen nur ablenken von den Greueln, die sie in meinem Land begehen. Die Haltung der ARD ist unerhört. Kabuls Behauptungen ohne Stellungnahme des Widerstandes und ohne Kommentar zu verbreiten ist unakzeptabel."

China ermahnt zur sozialistischen Ethik

JOCHEN HEHN/AP, Hongkong

Die auf der 6. Plenarsitzung des ZK der KP Chinas verabschiedete Resolution über die „Leitprinzipien für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit fortschrittlicher Kultur und Ideologie" liest sich über weite Strecken wie eine dringende Mahnung, doch wieder zum Guten, das heißt zum sozialistischen Arbeitsstil, zurückzukehren.

Die mehr als zehntausend Schriftzeichen umfassende Entschließung richtet sich vor allem an die 44 Millionen Parteimitglieder. Denn sie sind letztendlich für den Erfolg des Modernisierungsprogrammes verantwortlich.

Chinas Öffnung zur Welt, so heißt es, sei ein grundlegender und unveränderlicher Bestandteil der Politik des Staates. Die Kampagne Deng Xiaopings zur Entwicklung der Wirtschaft wird als wichtigstes Bindeglied bei der Modernisierung bezeichnet. Auf die zahlreichen Mißstände wie Korruption, Machtmißbrauch und Bürokratismus hinweisend, wird in der Resolution freimütig zugegeben, daß das ideologische Bewußtsein vieler Parteimitglieder sich nicht weiterentwickelt und „den Anforderungen der sozialistischen Modernisierung und Reform sowie der Öffnung des Landes nach außen nicht angepaßt" habe.

Das ZK ermahnt aber auch dazu, daß sich China entschlossen gegen die auf Unterdrückung und Ausbeutung ausgerichteten ideologischen und gesellschaftlichen Systeme des Kapitalismus zur Wehr setzen müsse. Hervorgehoben wird schließlich, daß es ohne Demokratie keine sozialistische Modernisierung geben könne. Die Demokratie müsse institutionalisiert und in Gesetze gefaßt werden, und die Partei habe sich innerhalb der Verfassung und der Gesetze zu bewegen.

Die führende Rolle und Verantwortung der Partei fordere, so die Resolution, daß ihre Mitglieder eine „sozialistische Ethik" anstreben, das heißt, „Liebe zu Vaterland, Volk, Arbeit, Wissenschaft und Sozialismus" entwickelten. Die Parteimitglieder werden außerdem ermahnt, bei ihrem Handeln mehr an die Zukunft und weniger an den augenblicklichen Vorteil zu denken. Das Prinzip der „sozialistischen Moral" verbiete es, daß man auf Kosten anderer nach Eigennutz strebe und dem Ideal „Geld über alles" huldige. Auch die Ansicht, daß Männer den Frauen überlegen seien, sei als sozialer Ballast über Bord zu werfen.

Die Besinnung auf Tugenden, die in China durchaus nicht als selbstverständlich gelten, und auch in einer der „drei immer zu lesenden Schriften Maos: Dem Volke dienen" propagiert werden, soll jedoch nicht dazu führen, daß damit der Egalitarismus Maos wieder zum ethischen Prinzip der chinesischen Gesellschaft erweckt wird. Erziehung in Ethik, heißt es in der Resolution, dürfe nicht bedeuten, diejenigen zu verdammen, die auf ehrliche Weise zu Reichtum gelangen. Die Reformpolitik müsse jedenfalls weitergehen, werde Erfolg haben und sei unabänderlich.

Helmut Kohl ist in diesen Tagen vier Jahre als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland im Amt. Die WELT nahm dies zum Anlaß, den Regierungschef nach der Summe seiner Erfahrungen zu fragen, nach den politischen Schlußfolgerungen und danach, wie er für die Perspektiven über die Jahrtausendwende hinaus Prioritäten sieht und setzen will. Das Gespräch im Amtszimmer des Kanzlers, eine Art innen- und außenpolitische Tour d'horizon, führte der Kölner Historiker Professor Andreas Hillgruber. Ihm war es, wie er Helmut Kohl versicherte, „ein besonderes Vergnügen", mit einem Kanzler über grundsätzliche Fragen der deutschen Politik zu sprechen, der selber Geschichte studiert hat und der auch gerne sein Geschichtsbewußtsein betont.



Nach vier Jahren im Amt eine Tour d'horizon: Bundeskanzler Kohl und Professor Hillgruber
FOTO: HANS-GÜNTHER OED

Helmut Kohl: Selbstbestimmung wie jedes Volk der Erde

„Die Westbindung ist ein Teil unserer Staatsräson"

Hillgruber: Vor welchen großen historischen Aufgaben sehen Sie die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten zwei Jahrzehnten, also über das Jahr 2000 hinaus?

Kohl: Im Vordergrund steht die Fortsetzung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf Konrad Adenauer zurückgeht und die den Frieden und die Freiheit über 30 Jahre lang gesichert hat. Die Wertegemeinschaft des Westens kann nur erhalten und weiterentwickelt werden, wenn auch wir eigene Beiträge dazu leisten. Zum Null-Tarif ist Freiheit nicht zu haben. Eines unter vielen Beispielen ist die Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate, zu der sich meine Regierung aufgrund der Bevölkerungsentwicklung entschließen mußte.

Wir werden die enge Partnerschaft mit den USA weiterentwickeln. Partnerschaft bedeutet aber kein Unterwerfungsverhältnis, sondern eine Beziehung von befreundeten Ländern. Es handelt sich dabei um ein kompliziertes Verhältnis, weil sowohl in den USA wie auch in Europa neue Entwicklungen in Gang gekommen sind. In den Vereinigten Staaten beobachten wir eine Binnenwanderung des wirtschaftlichen und intellektuellen Potentials von der Ostküste in Richtung Westen, vom alten Europa hin zur pazifischen Seite. Diese Gewichtsverschiebung auf dem Kontinent macht sich auch im Bereich der Universitäten bemerkbar. Auf der pazifischen Seite wächst also eine Generation heran, die nicht mehr wie selbstverständlich nach Europa blickt. Das wird enorme Wirkungen zeitigen. Die Europäer, auch wir selbst, tun meines Erachtens zu wenig, um unseren Nachwuchs mit den USA vertraut zu machen.

Wir sprechen von einer atlantischen Brücke. Ich bin aber der Meinung, daß die europäische Seite, sozusagen die kontinentale Rampe, noch keineswegs so fest gegründet ist, wie es das Gewicht dieser wichtigen Brücke verlangt. Niemand kann davon ausgehen, daß die Amerikaner ihre militärische Präsenz weitere 40 Jahre im heutigen Umfang aufrechterhalten werden. Um unsere Antwort zu ermöglichen, müssen wir den wirtschaftlichen Einigungsprozeß in Europa – wir werden in den neunziger Jahren einen entscheidenden Durchbruch zum Binnenmarkt erleben – durch die politische Integration ergänzen. Das Kernstück dabei ist die deutsch-französische Zusammenarbeit und Freundschaft. Die Westbindung der Bundesrepublik ist ein Teil unserer Staatsräson – an diesem Satz halte ich fest, obwohl er viel Anstoß erregt hat. Mit anderen Worten umschreibt er die Maxime Adenauers, wonach das Prinzip Freiheit vor dem Prinzip Einheit steht.

Den festen Grund der politischen Einigung Europas benötigen wir, um zu den Völkern Mittel- und Osteuropas, das schließt auch die Sowjetunion ein, vernünftige, wenn möglich gute Beziehungen zu unterhalten. Ich glaube, daß eine gute Chance besteht, in den restlichen 14 Jahren dieses Jahrhunderts das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern. Dort sind unter Gorbatschow Entwicklungen in Gang gekommen, die wir auch unter wirtschaftlichem Aspekt betrachten müssen. Die Beziehung zu Osteuropa betrifft eine Grundfrage der deutschen Politik, da in der DDR 17 Millionen Deutsche im sowjetischen Einflußbereich leben.

Das Grundgesetz verpflichtet uns, an der Einheit der Nation festzuhalten. Ich glaube, es gehört, vielleicht kann man schon sagen, es gehörte zu den großen Torheiten des Zeitgeistes, daß man glaubte, dieses Thema zu den Akten legen zu können. Da für uns Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik sind, können wir die Einheit der Nation nur mit friedlichen Mitteln erreichen, nur mit Zustimmung der Nachbarn. Es wäre ziemlich unrealistisch zu sagen, dies könnte heute oder morgen gelingen, aber ich glaube daran, daß die Chance für die Einheit der Deutschen unter einem europäischen Dach besteht. Es geht um die Selbstbestimmung der Deutschen, deshalb sage ich, daß Freiheit wichtiger ist als Grenzen.

In den ersten Jahren und Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts haben wir aber auch noch an eine andere Perspektive zu denken. Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, daß der Nord-Süd-Konflikt wichtiger werden wird als der Ost-West-Konflikt, dynamischer, brisanter und gefährlicher.

„Polen und Deutsche wollen heute den Frieden"

Es ist ungeheuer wichtig, daß die Europäer begreifen, daß man in Lateinamerika, Asien, Afrika und im Nahen Osten mit großen Erwartungen auf sie blickt. Wir können das Krisenmanagement nicht nur den Weltmächten überlassen, sondern müssen als Mittelmächte – dazu gehört die Bundesrepublik – eigene Beiträge leisten. Wir sind schließlich große Überfluß-Nationen – trotz der Sorgen, die es ja auch hier noch gibt.

Hillgruber: Jeder Mensch und sicher auch jeder Politiker hat geschichtliche Vorbilder, Gestalten, an denen er sich nicht im einzelnen, aber doch im Großen orientiert. Wen würden Sie da nennen?

Kohl: Den großen Helden der Geschichte oder Gegenwart habe ich nicht. Bestätigung oder Ermunterung suche ich in der Literatur, im geschichtlichen Zeugnis, auch in der Begegnung mit Zeitgenossen. Unter den Zeitgenossen, die mir bisher begegnet sind, hat mich die Mutter Teresa am meisten beeindruckt: Die Unbedingtheit des Glaubens dieser Frau, ihre Fröhlichkeit und ihr Humor sind eindrucksvoll. Daß jemand so fraglos seine Existenz für andere einsetzt und dabei eine solche Herzlichkeit ausstrahlt, finde ich beispielhaft. Die Begegnung, die freundschaftliche Beziehung zu dieser Frau sind für mich eine große Ermutigung.

Eine andere Erfahrung, die mich leitet, bezieht sich nicht auf einzelne, sondern steht sozusagen symbolisch vor mir. In mir leben die Bilder aus meiner Jugendzeit zwischen 1939 und 1947, im Krieg und der Nachkriegszeit, Bilder aus der Generation meiner Mutter, die große Not zu bewältigen hatte. Diese Generation der Mütter hat nur an unser Überleben gedacht, sie wäre nicht auf die Idee gekommen, zum Psychiater zu gehen. Diese Pflichterfüllung empfinde ich einfach als phänomenal. Damals, in der Zeit der Luftangriffe und der Bunker, als die Todesnachrichten von der Front kamen, damals waren wirklich unzählige Heldinnen unterwegs gewesen.

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel erwähnen: Die eindrucksvollen Frauen und Männer des 20. Juli, die unter Einsatz ihres Lebens versucht haben, durch die Beseitigung Hitlers den Krieg zu beenden. Man muß sich vor Augen halten, was an diesem Tag in dem Grafen Stauffenberg vor sich gegangen ist, der die Last des Attentats auf sich genommen hat. Diese Menschen setzten Beispiele des gelebten Patriotismus, den man nur schweigend bewundern kann.

Hillgruber: Herr Bundeskanzler, Sie haben vorhin mit Recht betont, daß sich in den Vereinigten Staaten erhebliche Wandlungen vollziehen, so daß die Distanz zwischen Europa und den USA wächst. Nun meinen Sie, daß das Verhältnis der USA etwa zu Frankreich trotz aller Spannungen im einzelnen historisch bedingt immer ein sehr emotionales und langfristig gutes ist. Ähnliches kann man über die USA und Großbritannien sagen. Unsere Beziehung zu den USA hat nicht die erwähnte historische Fundierung. Wie kann man sie langfristig stabilisieren, um eine negative Entwicklung zu vermeiden?

Kohl: Darüber denke ich oft nach, weil das deutsch-amerikanische Verhältnis für mich zum Teil nicht begreifbar ist. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Beziehung unkompliziert, wohl dank des starken Einflusses der deutschen Einwanderer in der Zeit davor. Während der Weimarer Republik konnte das negativ gefärbte Propagandabild des Krieges über die Deutschen in den USA kaum korrigiert werden, dann kam schon die Nazi-Zeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es trotz der Barbarei, die im Namen der Deutschen begangen wurde, trotz der Bilder des Grauens aus Dachau, Bergen-Belsen und Auschwitz für die Deutschen eine erstaunlich positive Entwicklung. Ich erinnere mich an eine Umfrage unter amerikanischen Soldaten im Jahre 1946. Man möchte es kaum glauben: In der Reihenfolge der Beliebtheit der Länder, in denen US-Soldaten stationiert waren, standen die Deutschen ein Jahr nach dem Kriege an erster Stelle.

Amerika hat uns mit dem Marshall-Plan, mit Care-Aktionen und vielen anderen Aktivitäten geholfen. Jetzt ist dort aber eine neue Generation angetreten, und die Kinder der Emigranten sprechen kaum noch Deutsch. Deshalb ist es so dringend, junge Menschen diesseits und jenseits des Atlantik auszutauschen, junge Leute, die in wenigen Jahren als Führungskräfte die Meinung und die Politik der Länder bestimmen. Eine positive Rolle spielen dabei auch die amerikanischen Soldaten, die hier stationiert waren und sind. Besonderer Rang kommt aber dem Austausch der Wissenschaften, nicht nur der Natur-, sondern auch der Geisteswissenschaften zu. Auch wir Deutsche haben hier viel zu bieten. Ich möchte in der nächsten Legislaturperiode die Frage aufwerfen, ob die gewaltigen Summen, die wir im Rahmen der deutsch-amerikanischen Beziehungen aufbringen, wirklich richtig investiert sind.

Hillgruber: In der Beziehung zu den USA spielt sicher auch die oft diskutierte Frage eine Rolle, ob die europäischen NATO-Verbündeten bereit sind, auch in anderen Weltbereichen Verpflichtungen zu übernehmen. Müßten wir nicht die Amerikaner bei ihrer weltweiten Verantwortlichkeit entlasten?

Kohl: Es kommt darauf an, wie man das definiert. Wenn Sie mit dieser Frage meinen, der Geltungsbereich der NATO sollte ausgedehnt werden, dann bin ich dagegen. Ich bin aber für Arbeitsteilung in anderem Sinne. Wenn wir den USA zumuten, ein weltweites militärisches Engagement zu übernehmen, dann müssen wir sie in Europa entlasten. Wenn Sie darunter politische Unterstützung verstehen, sozusagen das Zuwerfen von Bällen, dann meinen wir dasselbe. Denn es gibt Regionen in der Welt, zum Beispiel in Südamerika, in Asien und Afrika, wo Europa, auch die Bundesrepublik, die bessere Adresse sein kann, wo Mittelmächte mehr Vertrauen genießen, als eine Weltmacht, der man zu Recht oder zu Unrecht hegemoniale Neigungen unterstellt. Die Bundesrepublik ist keine Hegemonialmacht, aber sie ist eine wirtschaftliche Weltmacht und kann ihr diplomatisches, politisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen.

Hillgruber: Für die Rolle der Bundesrepublik spielt die Deutsche Frage eine bedeutende Rolle. Welches langfristige Ziel verfolgt die Bundesrepublik auf diesem Gebiet über die tagespolitischen Verbesserungen im Verhältnis zur DDR hinaus? Wie soll die Deutsche Frage einmal gelöst werden?

Kohl: Dazu möchte ich eine persönliche Antwort geben. Das Grundgesetz spricht vom Selbstbestimmungsrecht und von der Einheit der Deutschen. Wir beanspruchen das Selbstbestimmungsrecht wie jedes Volk der Erde, wie jedermann, der die Charta der Vereinten Nationen akzeptiert hat. Damit beanspruchen wir kein Sonderrecht, wollen aber auch nicht unter einen Sonderstraftatbestand gestellt werden. Die junge Generation der Deutschen blickt nach vorne, sie leugnet Hitler und die Vergangenheit nicht, sagt aber: Wir sind Deutsche, wir wollen es bleiben, wir wollen zusammenbleiben. In den Meinungsumfragen, die uns aus der DDR bekannt werden, ergibt sich keine Mehrheit für eine Sonder-Staatsbürgerschaft. Ich bin mir also meiner Sache ganz sicher. Wir müssen eher der Resignation und Verfettung entgegenwirken, die wir hier auf unserer Seite wahrnehmen. Und wir müssen in die gute Sache Geduld investieren. Wir haben jeder Gewalt abgeschworen und streben unsere Ziele in einem langfristigen Prozeß an. Wenn wir selbst nicht daran glauben, wer soll dann in Osteuropa oder in Amerika daran glauben. Als Historiker wissen Sie, daß der Wille eines Volkes stets das Entscheidende ist. Bei dem Prozeß, der sich in Generationen vollzieht, müssen wir stets im Auge behalten, daß es uns Deutschen um Freiheit geht und weniger um Grenzen. Diese Entwicklung ist nur unter einem europäischen Dach denkbar. Denn man soll ohne Illusionen und ehrlich sagen, daß die Frage der deutschen Einheit nicht nur ein Problem Moskaus ist. Viele auch im Westen haben unbehagliche Gefühle bei dem Gedanken, daß zu der dynamischen Wirtschaftskraft der rund 60 Millionen Bundesbürger dann womöglich noch einmal 16 Millionen Deutsche kommen, die, wenn sie einmal über Nacht ihren Freiheitsraum erhielten, eine viel größere Dynamik entwickeln würden als die Bürger der Bundesrepublik, die oft satt sind.

Hillgruber: Hier sind wir an einem wichtigen Punkt. Sie sprachen vom Selbstbestimmungsrecht. Wenn es einmal gewährt oder errungen wird, taucht die Frage auf, wo das der Fall sein wird – das ist der Inhalt der deutsch-polnischen Frage. Sicher verlieren die Grenzen an Bedeutung, wenn Freiheit herrscht. Aber die Polen fragen nach den Grenzen. Würde man Schwierigkeiten überwinden, wenn man klar sagen würde, Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen dort, wo sie leben, zwischen Oder-Neiße und Aachen, und Selbstbestimmungsrecht für die Polen, wo sie heute leben, zwischen Bug und Oder-Neiße?

„Für Europa kann es keine Neutralität geben"

Kohl: Ich bin da optimistischer. Wenn der Satz Wirklichkeit wird, daß Freiheit wichtiger ist als Grenzen, das heißt, die Polen ebenso in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung leben können wie die Deutschen – und das kann nur unter einem europäischen Dach sein –, dann werden sich damit auch die Probleme verändern. Wir wissen, daß wir als Folge des von Hitler angezettelten Krieges ein Drittel unseres Reichsgebietes im Osten verloren haben. Über 12 Millionen Menschen wurden dafür bestraft, daß sie Deutsche waren, obwohl sie am Weltkrieg nicht mehr und nicht weniger Schuld hatten, als die Menschen im Gebiet der heutigen Bundesrepublik.

In beiden Völkern lebt heute der Wunsch nach Frieden, Nachbarschaft und Freundschaft. Sie wollen nichts mehr hören von Krieg und Tod in jeder Generation. Mein Vorschlag, nach dem deutsch-französischen Jugendwerk auch ein deutsch-polnisches ins Leben zu rufen, löste ein positives Echo aus. Könnten 30 000 junge Polen ihre Ferien in 30 000 deutschen Familien verbringen,so würden sie nach vier Wochen nach Hause gehen ohne einen einzigen „Revanchisten" getroffen zu haben. Sie hätten im Gegenteil Menschen kennengelernt, die trotz der Vertreibung sagen, daß der Frieden und die Freiheit ihnen wichtiger sind als Grenzen. Aber sie würden auch sagen, daß Polen nicht erwarten kann, daß wir über das hinausgehen, was im Warschauer Vertrag steht. Wir können nicht ein geeintes Deutschland in eine Bindung bringen, solange es dieses Deutschland nicht gibt, sondern nur die Bundesrepublik, solange die Deutschen keinen Friedensvertrag haben. Wer hierherkommt und nach Revanchismus sucht, wird ihn nicht finden, wenn er zu einem fairen Urteil fähig ist. Von ein paar Verrückten abgesehen.

Hillgruber: Sie haben einmal gesagt, daß das Bismarck-Reich eine Sache der Vergangenheit sei. Dieses Wort ist nicht richtig verstanden oder mißverstanden worden, weil ja der Bismarck-Staat letztlich immer noch der Rahmen ist, an dem sich auch das Grundgesetz orientiert.

Kohl: Ich glaube, das wurde bewußt falsch interpretiert. Unter den Bedingungen Europas von heute ist das Zeitalter der Nationalstaaten im Sinne des 19. Jahrhundert abgeschlossen. Ich glaube nicht, daß der Nationalstaat alter Prägung eine große Zukunft haben wird.

Hillgruber: Meines Erachtens besteht Europa aus Nationen. Es gibt keinen Teil Europas, in dem das nicht der Fall wäre, außer der Bundesrepublik und der DDR. Das Europäische besteht in dem Gegliedertsein in Nationen.

Kohl: Ich denke, wir reden etwas aneinander vorbei. Unter Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts verstehe ich den Staat des Zentralismus. Der ist tot. Ich glaube nicht, daß im 21. Jahrhundert die Probleme vieler europäischer Länder ohne die Dezentralisation der Macht zu lösen sind. Im klassischen Nationalstaat Frankreich hat die Stärkung der Provinzen ausgerechnet unter De Gaulle begonnen. Dies gilt auch für Spanien. Zum Beispiel in Katalonien und im Baskenland. Wir beobachten Diskussionen in Südtirol. Überall handelt es sich um Sprachprobleme, um Probleme der Kultur. Im Vergleich zu Weimar hat die Bundesrepublik mit ihrem Föderalismus eine vernünftige Antwort gefunden. Die Entwicklung führt also vom Zentralismus weg. Ein Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts könnte auch beispielsweise keinen europäischen Binnenmarkt gestalten. Dieser Markt beruht auf Dezentralisation der Macht und Abgabe von nationaler staatlicher Souveränität. Das meine ich damit.

Hillgruber: Andererseits gibt es aber auch kein Zurück zum Deutschen Bund vor der Bismarck-Zeit...

Kohl: Von der Idee eines Deutschen Bundes heute halte ich nichts. Meine Vorstellung, meine Vision, wenn Sie so wollen, geht in die Richtung einer politischen Einigung Europas.

Hillgruber: In der letzten Zeit wurde das Stichwort „Mitteleuropa" ins Gespräch gebracht. Man versteht darunter die Rekonstruktion der europäischen Mitte, die durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges zerstört worden ist. Betrachten Sie es als eine besondere Aufgabe, dieses Mitteleuropa zu rekonstruieren, oder würden Sie das unter der Leitvorstellung einer gesamteuropäischen Lösung für problematisch ansehen?

Kohl: Ich betrachte die Konstruktion vom Gesamteuropa als unsere Hauptaufgabe. Ich finde es beispielsweise gedankenlos, das Europa der EG mit Europa im eigentlichen Sinne gleichzusetzen. Zu Europa, wie ich es verstehe, gehören die Schweiz und Österreich, gehören Polen die Tschechoslowakei, gehören Krakau, Weimar und Dresden, um nur einige Länder und Städte zu nennen. Da wir als Deutsche in der Mitte leben, müssen wir schon aus Gründen der Statik darauf achten, daß beispielsweise auch die iberische Halbinsel und die skandinavischen Länder ihr Gewicht in Europa entfalten. Bei dieser Entwicklung Europas und angesichts unserer Lage in der Mitte des weiten Europa haben die Deutschen eine wichtige Funktion. Wenn Sie in Leningrad durch die Erimitage gehen und die Bilder betrachten, dann sind Sie mitten in Europa.

Hillgruber: „Mitteleuropa" darf allerdings nicht zu einem Schlagwort oder einer Projektion werden, die in einen Gegensatz zu Westeuropa gerät...

Kohl: Das ist eine ganz andere Sache. Sie meinen damit diejenigen, die jetzt geographische Begriffe dieser Art einführen, in Wirklichkeit aber nicht an Geographie, sondern an Äquidistanz – an gleichen Abstand von Ost und West denken. Das ist ein politischer Roßtäuschertrick, mit dem sich manche Leute entweder aus der westlichen Gemeinschaft herausschleichen oder aus Feigheit vor den Unbillen der Geschichte in eine vermeindliche „Nische der Geschichte" retten wollen. Aber für Europa gibt es keine Neutralität. Das ist eine absurde Idee, wenn Sie die Geopolitik betrachten.

Hillgruber: Das bringt mich auf eine zentrale Frage: Das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion. Auch hier wird viel über ökonomische Fragen gesprochen, aber das Entscheidende ist doch letztlich, wie man die Sowjetunion zu der Einsicht bringen kann, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion liegt. Wie kann man den Sowjets klarmachen, daß es dabei um eine Veränderung geht, die nicht gegen sie gerichtet sein kann, sondern mit ihr zusammen erreicht werden wird?

Kohl: Für die deutsche Politik und die Deutschen überhaupt ist es wichtig zu begreifen, daß man die Sowjetunion nur aus der Kontinuität der russischen Geschichte begreifen kann. Es gab eine imperiale Politik unter dem Zaren und die neuen Zaren haben die imperiale Politik in den Mantel der kommunistischen Ideologie eingekleidet. Stalin hat eine imperiale Politik betrieben, eine nationalistische Politik.

Hillgruber: Bei Ihrem Besuch in Israel sprachen Sie von der „Gnade der späten Geburt". Sie haben das auf sich bezogen. Das Wort wurde da und dort so gedeutet, als wollten Sie sich per Generation, rein durch Lebensalter von der Vergangenheit distanzieren.

Kohl: Bei den Abgeordneten des israelischen Parlaments, der Knesset, und dort formulierte ich ja, hat niemand an diesem Begriff Anstoß genommen. Ich war bei Beginn des Krieges neun Jahre alt. Mit vierzehn, als der Krieg zuende ging, war ich alt genug, um die Schrecken des Krieges zu erfassen, und ich war zu jung, um selbst in irgendeiner Form in Schuld zu geraten. Ich gehörte nicht zu denjenigen, die als Siebzehnjährige in die letzten Schlachten hineingezwungen wurden, von denen viele gefallen und beispielsweise auf dem Friedhof in Bittburg begraben sind.

Ich habe es immer als Pflicht meiner Generation empfunden, den nachwachsenden jungen Menschen unsere Erfahrung zu vermitteln und ihnen zu sagen, sie sollten mit Verurteilungen vorsichtig sein. Und ich plädiere dafür, Schuld und Verstrikkung der NS-Zeit aus der Situation jener Zeit zu beurteilen.

Das ändert überhaupt nichts an meinem Bekenntnis, daß wir als Deutsche aller Generationen zu allen Kapiteln der Geschichte zu stehen haben. Gnade der späten Geburt bedeutet kein Aussteigen aus Verantwortung für unsere Geschichte. Was gehört zur deutschen Geschichte? Für mich gehören dazu auch Auschwitz und Bergen-Belsen, das Entsetzliche, das dort geschehen ist. Die Rache, die im deutschen Namen in Polen und anderswo geübt wurde, die Rache, die Deutsche dann durch Polen erfahren haben. Zur Geschichte gehören für mich auch die Weiße Rose, die Geschwister Scholl und die Männer und Frauen des 20. Juli 1944.

Gegen „deutsches Wunschdenken"

Professor Andreas Hillgruber, der Bundeskanzler Helmut Kohl für die WELT interviewt hat, ist als Wissenschaftler wie als akademischer Lehrer eines der angesehensten Mitglieder der deutschen Historikerzunft. Der geschichtskundige Publizist Sebastian Haffner ehrte den ordentlichen Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Köln sogar mit der Bezeichnung „Führer der Opposition" – womit freilich nicht Hillgrubers parteipolitischer Standort apostrophiert werden sollte, sondern seine Rolle als Widerpart der vorherrschenden „strukturellen" Denkschule, die Außenpolitik vornehmlich als ein Derivat der Innenpolitik begreift. Hillgruber hielt dem immer seine Auffassung entgegen, daß Außenpolitik eigenen Gesetzen folge, daß Macht- und Sicherheitsinteressen unabhängig von der Innenpolitik maßgebende Faktoren seien.

Schon zu Beginn seiner akademischen Laufbahn hatte der 1925 im ostpreußischen Angerburg geborene Historiker eigene Pfade eingeschlagen, wie die aufsehende Marburger Habilitationsschrift („Hitlers Strategie") ausweist: Hitler wird darin nicht als der skrupellose, opportunistische Machtpolitiker gezeichnet, sondern als ein Programmatiker, der einen seit zwanzig Jahren festgeschriebenen „Stufenplan" zur Eroberung der Weltherrschaft verfolgt.

Hillgruber kam von der Zeitgeschichte her, und sie hat ihn nie losgelassen, auch wenn das breite Spektrum seiner Interessen – ausweislich eines schier endlosen Kataloges wissenschaftlicher Publikationen – ihn immer wieder ausgreifen ließ. Als ein Meisterwerk feierte die Kritik sein 1980 erscheinendes Buch „Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871 bis 1945". Darin tritt er dem verbreiteten Urteil entgegen, es habe auf diesem Weg des Scheiterns etwas wie eine geistige und psychologische Kontinuität gegeben. Für ihn ist das Deutsche Reich nicht seiner Innenpolitik wegen gescheitert, sondern an einer verfehlten Außenpolitik. Hillgruber warnte immer wieder vor dem „Realitätsverlust", eine „bundesdeutsche Schweiz" als eine Lösung der Deutschen Frage für möglich zu halten.

WELT-Lesern ist Hillgruber übrigens seit Jahren durch zahlreiche Beiträge bekannt. Erst im April veröffentlichte die WELT einen Vorabdruck aus seinem historischen Essay „Zweierlei Untergang" über „die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des Europäischen Judentums".

hst

Trotz der strengeren Abgasnormen gilt bei Toyota:

ES BLEIBT DABEI:



STEUER-FREI.

Seit dem 1. Oktober gelten strengere Abgas-Grenzwerte. Doch der Starlet 1,0 bleibt auch ohne Katalysator weiterhin steuerfrei: für 3 Jahre und 6 Monate. Ein Verdienst der Toyota Mehrventil-Technik, die den Kraftstoff äußerst wirksam und sauber verbrennt.

Sie ist auch die Basis für eine ganz neue Lösung, auch mit hubraumstärkeren Fahrzeugen sauber Steuern zu sparen: mit dem neuen Toyota Euro-Kat. Er verhilft den Toyota 12-Ventilern mit 1,3 *l* Hubraum, 74 PS/55 kW und 5-Gang-Getriebe zur Steuerfreiheit. Bei nur DM 280,- Investition (unverbindliche Preisempfehlung) sparen Sie in 2 Jahren, 8 Monaten bis zu DM 750,-. Z. B. mit dem schicken Kraftpaket Starlet S. Inklusive Euro-Kat ab DM 15.770,-*. Mit dem Corolla Compact SR. Inklusive Euro-Kat und sportlicher Ausstattung ab DM 15.720,-*. Oder mit dem exklusiven Sondermodell Corolla Liftback XL. Zum Steuernsparen auf die elegante Art. Inklusive Euro-Kat ab DM 17.340,-* (limitierte Auflage).

Über die anderen sauberen Wege, mit Toyota Steuern zu sparen, sagt Ihnen Ihr Toyota Händler gern Genaueres. Toyota Btx: *40063 #.

*Unverbindliche Preisempfehlung zuzügl. Überführung.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich

Mugabe blickt über die Grenzen

Zimbabwe erhöht das Militärbudget trotz Wirtschaftskrise / Sorge wegen Sanktionen

M. GERMANI, Johannesburg

Zimbabwe befindet sich wirtschaflich in einer Zwangslage. Finanzminister Bernard Chidzero hatte Anfang August angekündigt, daß sich das Haushaltsdefizit für das Finanzjahr 1986/87 um 52 Prozent auf 1,04 Millionen Zimbabwe-Dollar erhöhen werde. 83 Millionen sollen durch ausländische Kredite finanziert werden, während der Rest in Höhe von rund 965 Millionen durch interne Finanzierungen aufgebracht werden müsse.

Stützpunkt für Moskau?

Dennoch werde das Wehrbudget erhöht. Die Erhöhung des Verteidigungsetats um 27 Prozent verlange, so Chidzero, wirtschaftliche Opfer. Das sei der Beitrag zur Befreiung Südafrikas. Er dient vor allem den mindestens 12 000 Soldaten, die den Korridor für die Eisenbahn und Pipeline von Mutare zum moçambikanischen Hafen Beira offenhalten sollen.

Für Zimbabwe ist die Unabhängigkeit von den südafrikanischen Häfen von wachsender Bedeutung. Man macht sich Sorgen wegen der drohenden Sanktionen gegen Südafrika. Sie werden, so vermutet man in Harare, kaum ohne Folgen für Zimbabwe abgehen. Doch der Hafen Beira kann frühestens in drei Jahren mit voller Kapazität arbeiten und auch dann wird erwartet, daß er nur rund 40 Prozent der zimbabwischen Güter befördern kann. Mit einiger Unruhe weisen westliche Diplomaten angesichts der geplanten Millionenhilfe der USA zur Instandsetzung des Hafens auf die Bestrebungen von Zimbabwes Regierungschef Mugabe hin, die Schwäche der Regierung Machel in Maputo ausnutzen zu wollen und deuten die Möglicheit einer eventuellen Annexion des Beira-Korridors an. Sollte es Mugabe in den nächsten Monaten gelingen, seinen geplanten marxistischen Einparteienstaat einschießlich der stärkeren Anlehnung an Moskau zu verwirklichen, wäre Beira ein idealer stategischer Stützpunkt für die Rote Flotte im Indischen Ozean. Die Sowjets könnten darüber verfügen, nachdem die USA den Ausbau finanziert haben.

Mugabe, seit einem Monat Vorsitzender der blockfreien Staaten, würde damit seine Macht intern, aber auch im ganzen südlichen Afrika konsolidieren. Er fühlt sich, davon sind Beobachter überzeugt, zur Rolle des führenden schwarzen Staatsmannes in der Region berufen.

Zimbabwe erlebte nach dem Regierungsantritt Mugabes im April 1980 einen Exodus von Weißen. Viele von ihnen kehren jetzt wieder aus Südafrika oder anderen Ländern zurück. Das wird in Immigrantenkreisen Südafrikas bestätigt. Allerdings sind die Zahlen über Ein- und Auswanderungen von und nach Zimbabwe unterschiedlich. Sicher ist: von einer Massenrückwanderung kann nicht die Rede sein. Im Zeitraum von 1980 bis Ende 1985 wurden insgesamt 71 999 Einwanderer aus Zimbabwe in Südafrika registriert, während im gleichen Zeitraum 4196 Personen aus Südafrika nach Zimbabwe auswanderten. Die Rückwandererzahlen für die Jahre 1981 und 1982 werden mit 1511 und 914 angegeben, im Jahre 1984 waren es 255 und 1985 waren es 516. Für das laufende Jahr sind noch keine Zahlen verfügbar, es heißt jedoch, sie seien rückläufig. Die Anzahl der Weißen in Zimbabwe, die 1980 rund eine Viertel Million betrug, wird heute vorsichtig auf unter 120 000 geschätzt.

Beobachter sind sich darüber einig, daß soziale Gründe für die Rückwanderung ausschlaggebend sind. Als Beispiel wird die steigende Arbeitslosigkeit in Südafrika genannt, die in steigendem Maße auch das mittlere Management betrifft. Durch die Abwanderung qualifizierter Weißer aus Zimbabwe besteht dort ein großer Bedarf an Fachkräften. Hinzu kommen Saisonarbeiter, sowie ältere Leute, deren Renten wegen des in Zimbabwe herrschenden Devisenmangels nur in sehr beschränktem Umfang im Ausland ausgezahlt werden. Auch Familienverbindungen spielen eine nicht unerhebliche Rolle sowie die Enttäuschung über den ungewohnten engen Lebensraum in England oder das britische Klima.

Vorzug für Devisenbringer

Interessant ist in diesem Zusammenhang die jetzt erfolgte Ankündigung von Innenminister Enos Nkala, künftig müßten alle Rückkehrer als „Sicherheitsrisiko" betrachtet werden. Selbst eine Überprüfung durch die offizielle Sicherheitsbehörde der zentralen Sicherheitsorganisation CIO oder durch die zentrale Untersuchungsabteilung CID seien nicht mehr ausreichend. „Man müsse außerdem feststellen, ob der einzelne Rückkehrer geeignet ist oder ob er nicht zur Destabilisierung Zimbabwes durch seine Feinde ausgenutzt werden kann", sagte Nkala. Fachkräfte und Devisenbringer hätten den Vorzug.

„Die Volkskirche ist nur Nachbeter der Sandinisten"

KNA, Managua

Gegen die Anbiederung von Priestern der sogenannten Volkskirche an das Regime in Nicaragua hat sich die „Kommission der katholischen Laien" des Landes gewandt.

In einem vom internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe" in Königstein veröffentlichten Aufruf heißt es, das Regime biete der Kirche des Landes Gespräche lediglich aus taktischen Gründen an und mische sich in Bereiche ein, für die nur die Kirche zuständig sei. Unterdessen betätigten sich die Mitglieder der von der Regierung unterstützten „Volkskirche" international als „Nachbeter" der Sandinisten und beleidigten den katholischen Glauben und die Gläubigen.

Die wenige Tage vor dem Treffen zwischen Vertretern der Kirche und der Regierung Nicaraguas veröffentlichte Erklärung ist erst jetzt auf Umwegen nach Europa gelangt.

Am vergangenen Wochenende hatte sich Präsident Daniel Ortega mit dem Erzbischof von Managua, Kardinal Miguel Obando y Bravo, dem apostolischen Nuntius Paolo Giglio und mehreren Mitgliedern der nicaraguanischen Bischofskonferenz getroffen, um die Beilegung der Spannungen zwischen beiden Seiten zu erörtern.

80 Prozent der Nicaraguaner sind Katholiken. Mehrere Priester haben sich auf die Seite der Sandinisten gestellt und bekleiden hohe Ämter in der Regierung. Neben Außenminister Miguel d'Escoto, Erziehungsminister Fernando Cardenal und Kulturminister Ernesto Cardenal fungiert Edgar Parrales als Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten.

Streit mit der EG: Länder verteidigen Rundfunkhoheit

Ministerpräsidenten stimmen in Hamburg ihr Vorgehen ab

GERNOT FACIUS, Bonn

Die Bundesländer verteidigen ihre „Rundfunkhoheit" nicht nur gegenüber der Bundesregierung in Bonn, sondern auch gegenüber der EG. Auf der heute in Hamburg beginnenden Ministerpräsidenten-Konferenz soll der Versuch unternommen werden, ein einheitliches Vorgehen abzustimmen. Die Forderung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, ein „Fernsehen ohne Grenzen" an den Maßstäben des EWG-Vertrages zum freien Dienstleistungsverkehr zu orientieren, wird insbesondere vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) verworfen.

Vogel räumte zwar ein, daß der Rundfunk durch die neuen Kommunikationstechniken wie Satellit und Kabel eine europaweite Dimension erhalte. Die die Staatsgrenzen überwindenden Techniken berührten die Existenz der nationalen Medienordnung, wirkten auf die nationalen Kulturen ein und würfen sogar Fragen der staatlichen Souveränität auf. Daraus werde die Bedeutung des grenzüberschreitenden Rundfunks für das künftige Zusammenleben der Bürger, aber auch der Völker sichtbar.

Der Argumentation mit dem „freien Dienstleistungsverkehr" kann sich Vogel, wie er auf einer Fachtagung der Evangelischen Akademie der Rheinischen Kirche in Bad Neuenahr sagte, auf keinen Fall anschließen. Er differenziert scharf zwischen den technischen Funktionen und Inhalten. Die Kommunikationstechniken, so der Ministerpräsident, seien nur Übermittlungsträger. Sie lieferten die Sende- und Empfangsvorrichtungen für den Rundfunk. Der Rundfunk selbst aber „in all seinen Erscheinungsformen der Information, Bildung und Unterhaltung hat primär eine kulturelle und eine gesellschaftspolitische Funktion". Dies verpflichte in besonderer Weise. Vogel: „Es geht beim Rundfunk nicht um Güter für die Erschließung eines zusätzlichen gemeinsamen Marktes; es geht vielmehr um existentielle Werte einer freien europäischen Gesellschaftsordnung. An diesen Überlegungen ändert sich auch nichts durch das Hinzutreten privater Rundfunkveranstalter."

Auch wenn die Privaten in einen Wettbewerb mit öffentlich-rechtlichen Systemen träten, so werde der Rundfunk dadurch nicht zu einer Institution zur Wahrung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen; „er bleibt vielmehr Medium und Faktor des kulturellen Schaffens, ist selbst Bestandteil einer Kultur und bildet ein konstituierendes Element der freiheitlichen Ordnung". Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident knüpft damit an Formulierungen in den Fernsehurteilen des Bundesverfassungsgerichts an. Der Rundfunk, so seine Schlußfolgerung, müsse „in der Obhut des nationalen Gesetzgebers verbleiben". Und damit Mißverständnisse erst gar nicht aufkommen, fügte Vogel hinzu: „Diese Gesetzgeber sind und bleiben in der Bundesrepublik Deutschland die Länder". Für den grenzüberschreitenden Rundfunk möchte der CDU-Politiker nur „Rahmenbedingungen im internationalen Bereich" anstreben.

Fahrgäste in Frankreich über Streik empört

AFP, Paris

In Frankreich ist es gestern im öffentlichen Dienst zu erheblichen Störungen gekommen, nachdem die kommunistische Gewerkschaft CGT zu einem 24stündigen Streik aufgerufen hatte. Arbeitsniederlegungen wurden bei der Post, der Bahn und den staatlichen Elekrizitätswerken EdF gemeldet. Die Stromproduktion wurde nach Gewerkschaftsangaben zwischen 40 und 65 Prozent gesenkt. Der Schienenverkehr konnte streckenweise – insbesondere zwischen Paris und Straßburg – nur zu 50 Prozent aufrecht erhalten werden. Lediglich die Hochgeschwindigkeitszüge (TGV) in Richtung Lausanne und Genf verkehrten normal.

Im Bahnhof von Cannes an der Côte d'Azur war es am Montagabend zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Eisenbahnern und rund tausend empörten Fahrgästen gekommen, die trotz Reservierungen in einem Sonderzug keine Plätze fanden. Die Protestierenden verhinderten die Abfahrt des Zuges, indem sie mehrmals die Notbremse zogen. Der Bahnhofsvorsteher alarmierte schließlich die Polizei. Der völlig überfüllte Zug konnte mit über zweistündiger Verspätung den Bahnhof verlassen.

Die Gewerkschaft CGT hatte zu dem Streik aufgerufen, um „den Öffentlichen Dienst zu verteidigen", den sie durch die Privatisierung von Staatsunternehmen sowie durch die Einfrierung der Gehälter und einen geplanten Abbau von Arbeitsplätzen gefährdet sieht. Die übrigen Gewerkschaften haben zu einer Arbeitsniederlegung Mitte Oktober aufgerufen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Teure Neue Heimat

„Frechste Sanierungsform"; WELT vom 26. September

Sehr geehrter Herr Gillies,

das schamloseste Bubenstück hat sich Donnerstag, den 25. September 1986, zugetragen. Wo bisher eine verhältnismäßig namenlose NH-Geschäftsführung die Gaunerkomödie vorbereitet hatte, erteilten nun nach einer fünf Tage währenden Demaskierung jene ihren Segen, die sonst den Anschein zu erwecken suchen, Hüter der Interessen des kleinen Mannes zu sein.

Aus dem Abstimmungsergebnis von 11:8 wird gefolgert, daß die Vertreter des Kapitals geschlossen im Aufsichtsrat der anrüchigen Übereignung zugestimmt haben. Eine ansonsten so peinlich auf das Informationsrecht des Bürgers bedachte Presse sollte uns diese Zehn namentlich nennen und bei jedem hinzusetzen, welcher Partei er angehört und welche Funktion er in welcher Gewerkschaft bekleidet.

Und der Elfte? Ist hier etwa der so oft vom DGB befürchtete Fall eingetreten, daß der Vertreter der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat mit den Kapitalvertretern gestimmt hat? Oder sollte der Vorsitzende Breit sein Votum per Stimmverdoppelung ausgeübt haben?

Und der Grüne Schily, dessen Rechtsempfinden ihn so gern Strafanzeigen gegen Großkopferte verfassen läßt? Bastelt er schon an einer Anzeige gegen Breit und Genossen?

Fragen über Fragen! Die Antworten interessieren nicht nur Mieter und NH-Angestellte, auch Steuerzahler und den kleinen Mann, dessen DGB-Beiträge vom Lohn einbehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Milenz,
Hamburg 60

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß innerhalb der NH den Betriebsräten nur eine Statisten-Funktion zugebilligt wurde, kann kaum noch überraschen.

Und nun legt Herr Breit, Vorsitzender des DGB und Vorsitzender des Aufsichtsrates der NH seit 1982, am 24. September im Fernsehen, ohne jegliche Scham dar: „Nur durch das politische Störfeuer der Bundesregierung sei eine Sanierung [illegible] NH nicht möglich gewesen."

Erwartet die DGB-Spitze, daß der Steuerzahler die Zeche bezahlt, nachdem den mehrfachen Aufforderungen des NH-Untersuchungsausschusses, die Bücher offenzulegen, nie entsprochen wurde?

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Döring,
Wuppertal 2

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schulden der Neuen Heimat sind so gering, daß sie eine Solidaritätsspende der Gewerkschaftsmitglieder mit der linken Hand behoben hätte.

Lediglich 1800 Mark klein wäre die Durchschnittsspende jedes DGB-Mitgliedes gewesen.

Bei sozialer Staffelung ist dies nur ein Monatseinkommen.

Warum hat die DGB-Spitze die Gewerkschaftler nicht zur Solidaritätsspende *aufgerufen?*

Hätten dann Spitzen-Gewerkschaftler, die die Neue Heimat legal zur Vermögensbildung in ihrer eigenen Arbeitnehmerhand gemolken haben, den Rahm wieder abliefern müssen?

Jetzt weiß jeder, daß nicht zuletzt gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft nach dem Prinzip „Aus anderer Leute Leder ist gut Riemen schneiden" funktioniert.

Mit freundlichem Gruß
Peter Haase,
Melsungen

*

Sehr geehrte Redaktion,

wie kommt es, daß die Damen und Herren des DGB dem Herrn Schiesser trauen, die Neue Heimat ohne krumme Dinger auf Vordermann zu bringen?

Sie müssen doch logischerweise ihre eigenen Leute für unfähig halten, das auch zu können.

Und was geschieht jetzt mit den Großkopferten ihrer sicher viel zu umfangreichen Verwaltung, die Herr Schiesser doch bestimmt nicht übernimmt?

Werden die gefeuert oder bekommen sie ein hochdotiertes Pöstchen beim DGB? Man könnte sie doch als Fachleute in der Abteilung „Forderung von mehr Mitbestimmung in der Privatwirtschaft" mitwirken lassen. Die freut sich doch sicher über jeden [illegible] Rat.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Scheffler,
Hamburg 70

Kriegsnahe

„Die ‚Kühne Wacht' mit Panzern, Damen und Kuchen"; WELT vom 25. September

Die „leichte Unruhe im Offizierskorps", welche meine kritischen Bemerkungen zu Großmanövern bewirkt haben sollen, tut einer Friedensarmee gut. Denn nichts ist für sie gefährlicher, als Beharren in der Routine oder gar Selbstgefälligkeit.

Jedoch bin ich befremdet, daß Sie in Ihrem Artikel mit keinem Wort erwähnen, worin meine allein auf Verbesserung der Manöver gerichtete Kritik bestand, nämlich in der Anregung, „in Zukunft ... möglichst kriegsnahes Üben von Großverbänden zu ermöglichen". Mag der Begriff „kriegsnah" noch so unheimlich klingen, auch Verteidigung ist Krieg. Und nur durch klare Sprache und klare Begriffe kann man das Ausbildungsziel deutlich machen, das kein Geringerer denn Clausewitz als „Kriegsgewohnheit" bezeichnet hat.

Jene hohen Militärs, die darauf nichts anderes zu entgegnen wissen, als die stupide Forderung, man müsse an Manövern in der gewohnten Form festhalten, sollten sich besser darüber Gedanken machen, ob der Ausbildungsstand wirklich den unerläßlichen Anforderungen entspricht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Günter Kiessling,
General a. D.
Rendsburg

Zu pauschal

„Stabilität und Rentenwert"; WELT vom 25. September

Es ist unzweifelhaft das Verdienst dieser Regierung, wenn es an der Rentenfront ruhiger geworden ist. Dennoch kann auch Minister Blüm sich nicht davon freisprechen, mit einigen Argumenten etwas sehr pauschal zu hantieren.

Gesamtwirtschaftlich ist die Preisstabilität (lt. Warenkorb um Null) ein ausgezeichnetes Datum. Hieran ist natürlich das Öl maßgebend beteiligt. Nun lebt der Normal-Rentner nicht vom Benzin, sondern von den Lebensmitteln etc. Hier und bei den städtischen Gebühren jedoch hat es recht erhebliche Preissteigerungen gegeben. Ohne Einfluß des Öls würde der Warenkorb wahrscheinlich eine Preissteigerung zwischen 1,8 und 2,0 Prozent ausweisen. Nur um Bruchteile höher aber lag die Rentenerhöhung 1986.

Wenn im Zuge der Rentenfinanzierung immer wieder der sogenannte „Staatszuschuß" in die Debatte geworfen wird, erscheint dieser in der publizistischen Kurzdarstellung wie ein Almosen für die Rentner. Nur selten wird deutlich gemacht, daß es sich hierbei jedoch um die Pflichterstattung des Staates für „Fremdleistungen" der Versicherungsträger handelt.

Es fällt mir auf, daß von den Sozialpolitikern aus Regierung und Opposition in jüngster Zeit nur noch von einer Rentenstrukturreform gesprochen wird; ist die Harmonisierung aller Alterssicherungssysteme für die Bundestagsparteien gestorben?

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Bosse,
Hamburg 90

Wort des Tages

» Wo Mäßigung ein Fehler ist, ist Gleichgültigkeit ein Verbrechen. «

Georg Christoph Lichtenberg, deutscher Autor und Physiker (1742–1799)

Verständnis?

„Das Klima stimmt nicht"; WELT vom 19. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies war eine auf den Punkt treffende Analyse von Jan Brech über die Probleme des Wirtschaftsplatzes Hamburg.

Die Abwanderung von Betrieben in das Umland ist nicht so sehr eine Folge der Standort-Nachteile und auch nicht der Wirtschaftsförderung in den Nachbarkreisen, sondern vielmehr der mangelnden Bereitschaft des Senats, sich offen der Probleme hamburgischer Unternehmen anzunehmen.

Wer zum Beispiel einen Bezirks-Wirtschaftsausschuß, der vor allem den kleinen Gewerbebetrieben helfen soll, abschafft (weil das ein „Unternehmerausschuß" ist) und ersetzt durch einen Ausschuß für Frauenfragen (weil das die „dringenden" Probleme der Stadt sind), der unterstreicht damit nur sein fehlendes Verständnis für die Lage, in der sich die Hansestadt heute befindet.

Wer die Maßnahmen zur verbesserten Verkehrsanbindung der Stadt nicht in Angriff nimmt (weil der örtliche SPD-Distrikt dagegen ist), der darf sich nicht wundern, wenn der Wirtschaftsverkehr an Hamburg vorübergeht.

Gott sei Dank läßt sich aber im Gegensatz zum wetterbedingten Klima das wirtschaftspolitische Klima in einer Stadt ändern.

Gunnar Uldall, MdB, CDU,
Hamburg

Personen

EHRUNG

Auf der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in Travemünde ist der Theodor-Wolff-Preis für 1985 verliehen worden. BDZV-Präsident **Rolf Terheyden** überreichte die mit je 8000 Mark dotierte Auszeichnung an **Rudolph Chimelli** („Süddeutsche Zeitung"), **Cordt Schnibben** („Die Zeit"), **Bernd Behr** („Münstersche Zeitung"), **Franz Pfluger** („Reutlinger General-Anzeiger") sowie **Hans Frieder Baisch**, **Bernd Kolb** und **Kurt Leidner** (alle „Pirmasenser Zeitung"). Die Förderpreise in Höhe von je 4000 Mark gingen an **Monika Egler** („Stuttgarter Zeitung") und **Sylvia Schreiber** („Schwäbische Zeitung"). Der 1960 von der Stiftung „Die Welt" geschaffene und seit 1973 von der gesamten Zeitungsverlegerschaft in der Bundesrepublik Deutschland getragene Theodor-Wolff-Preis wird jährlich für hervorragende journalistische Leistungen verliehen und gilt als bedeutender Journalistenpreis.

GEBURTSTAG

Dr. **Peter Paul Pauquet**, von 1958 bis 1977 Chefredakteur der Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln, vollendet heute in Köln sein 75. Lebensjahr. Mit Pauquet hatte seinerzeit erstmals ein Laie die Chefredaktion eines deutschen Bistumsblattes übernommen. Der Jubilar gehörte 15 Jahre dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse an, davon zehn Jahre als Sprecher der Redakteure und stellvertretender Vorsitzender.

WAHL

Der frühere bayerische Sozialminister und jetzige CSU-Europaabgeordnete **Fritz Pirkl** (61) ist in seinem Amt als Vorsitzender der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung für weitere vier Jahre bestätigt worden. Pirkl wurde nach einer Mitteilung der Stiftung von der Mitgliederversammlung einstimmig wiedergewählt. Der CSU-Politiker leitet die Stiftung seit ihrer Gründung im Jahr 1967.

VERANSTALTUNG

„Er ist viel mehr geworden als man in der Politik werden kann; er ist ein sehr anständiger Mensch geworden" – Worte aus der Geburtstagslaudatio von FDP-Chef **Martin Bangemann** für seinen Fraktionschef **Wolfgang Mischnick**, die mit besonders herzlichem Beifall bedacht wurden. Mit dem Geburtstagsempfang zum 65. in der Bad Godesberger Redoute stand Mischnick im Mittelpunkt einer wahrhaft großen Gratulation. Kanzler **Helmut Kohl** würdigte den dienstältesten Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern als einen „Politiker *ohne* große Attitüden und ohne Schielen auf Schlagzeilen". Unter den 800 Gästen waren die früheren Bundespräsidenten **Karl Carstens** und **Walter Scheel**, Parlamentspräsident **Philipp Jenninger**, fast das gesamte Bundeskabinett, die Fraktionschefs **Alfred Dregger** (CDU/CSU) und **Hans-Jochen Vogel** (SPD). Wolfgang Mischnick hatte seine Gäste



Wolfgang Mischnick

gebeten, keine Geschenke zu überreichen und statt dessen für die Deutsche Sporthilfe zu spenden. Er freute sich ganz besonders, den Chef des Verbandes, **Josef Neckermann**, begrüßen zu können. Ein Präsent gab es doch: Eine Karikatur von WELT-Karikaturist **Klaus Böhle**, ein Geschenk der FDP-Pressestelle.

MEDIEN

Der Rundfunkrat des Senders Freies Berlin (SFB) hat bei jeweils zwei Enthaltungen dem Vorschlag des Intendanten zugestimmt, **Wolfgang Seifert** (54) zum Hörfunk- und **Kurt Rittig** (44) zum Fernsehdirektor zu berufen. Beide sollen am 1. Januar 1987 ihre Ämter antreten, teilte der SFB mit.

JUBILÄUM

Oswald von Nell-Breuning (96), Nestor der katholischen Soziallehre, gehört seit 75 Jahren dem Jesuitenorden an. Von Nell-Breuning war dem damals in Deutschland verbotenen Orden am 1. Oktober 1911 im niederländischen Valkenburg beigetreten. Als Berater von Papst Pius XI. war von Nell-Breuning maßgeblich an der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno" beteiligt. Auch an dem Dokument „Kirche und Arbeiterschaft" der Würzburger Synode der deutschen Bistümer von 1975 wirkte der Frankfurter Jesuitenpater entscheidend mit.

ABSCHIED

Leseschmaus oder feine Confiserie, das war offenbar für **Wolfgang Dietz** am Beginn seiner Karriere ein Konflikt: Denn man staune, der bisherige Leiter und Direktor der Bibliothek des Bundestages begann seinen beruflichen Werdegang als Konditor-Volontär. Dann aber hat der Leipziger, der jetzt in den Ruhestand geht, doch den größten Teil seines Lebens, nach einem Germanistik-Studium, dem Buche gewidmet. Parlamentspräsident **Philipp Jenninger** und Kollegen, unter ihnen **Klaus Pöhle**, Direktor des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation und Dr. **Klaus Peter Geh**, Präsident der International Federation of Library Associations and Institutions verabschiedeten Dietz von seinem Amt in Bonn. Wolfgang Dietz war in der Bundestagsbibliothek seit 1958 tätig.

KIRCHE

Der Bischof von Hildesheim, Dr. **Josef Homeyer**, ist bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz zum Vorsitzenden der Bischöflichen Kommission für gesellschaftliche und sozialkaritative Fragen gewählt worden. Bischof Homeyer ist in diesem Amt Nachfolger von Erzbischof Dr. **Elmar Maria Kredel**, dessen Amtszeit nach fünf Jahren turnusgemäß auslief. Zum Beauftragten für die katholische Seelsorge beim Bundesgrenzschutz wurde Weihbischof **Heinrich Janssen** aus Münster ernannt. Neuer Delegat für die Polenseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland ist für fünf Jahre Dr. **Franciszek Morowiec** aus Lübeck. Morowiec ist in diesem Amt Nachfolger von Prälat **Stefan Leciejewski**. **Otto Fejös** aus München wurde für fünf Jahre zum Delegaten für die Ungarnseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Dieser tritt damit die Nachfolge von Prälat **Geza Valentiny** an.

Regisseur Michelangelo Antonionis Schnitzeljagd durch Swinging London

Von Entwurzelungen der Moderne

Zufriedene Menschen, geglückte Beziehungen zwischen Mann und Frau oder gar bürgerliche Idyllen, all das sucht man in seinen Filmen vergebens. Denn der Italiener Michelangelo Antonioni ist ein Regisseur der Krise. So münden seine Liebesgeschichten bestenfalls in Ernüchterung, schlimmstenfalls in Wahnsinn, wobei die Nerven seiner Helden stets blank zu liegen scheinen.

Doch nicht allein die großen Themen wie brüchige Zweisamkeit, die Kälte der modernen Großstadt oder die unüberbrückbare Kluft zwischen dem Einzelnen und der Welt markieren seinen einzigartigen Rang in der Filmgeschichte, sondern die Art ihrer Ausformung. Denn dieser strenge, zurückhaltende Künstler, der am Montag 74 Jahre alt wurde, schätzt weder papierenes Dozieren noch die schwelgerisch auftrumpfenden Leinwand-Fresken wie die seines Landsmanns Fellini. Nein, der Gutsherrensohn aus Ferrara fand zumindest in seinen Meisterwerken eine geniale Einheit von Form und Inhalt.

„Das Abenteuer" etwa spiegelt im ausgewaschenen Gestein einer kargen Insel die verkarstete Seelenlandschaft der Figuren, während die unglücklichen Helden in „Die Nacht" das Abbild ihrer privaten Misere in einer monströs-abweisenden Architektur erkennen. Wie in diesen beiden Filmen sah auch „Die rote Wüste" Antonionis ehemalige Lebensgefährtin Monica Vitti als gläsern-zerbrechliches Opfer aller Oberflächlichkeiten, Irritationen, Lügen und Verletzungen des Lebens. Überhaupt scheint dieser Mann, der die Frauen

Blow up – ZDF, 22.55 Uhr

liebt, nur dem vermeintlich schwachen Geschlecht jene Empfindsamkeit zu gönnen, die alle Entwurzelungen der Moderne spürt.

Dieser weiblichen Subjektivität setzt zweifellos „Die rote Wüste" das größte Denkmal. Denn hier reagiert der Schauplatz, ein häßlicher Industrievorort von Ravenna, mit seinen schrillen Farben auf jede feinste Änderung im seelischen Gleichgewicht der Protagonistin. Manche Kritiker rühmten denn auch dieses Werk wegen seiner kühnen, antinaturalistischen Gestaltung als „ersten Farbfilm der Filmgeschichte".

Während diese Arbeiten freilich meist nur ein kundiges Cineasten-Publikum erreichten, war „Blow Up" auch ein Kassenerfolg. Gewiß vor allem, weil diese intellektuelle Schnitzeljagd durch „Swinging London" sich weniger düster und verschlossen zeigt als manches resignative Frühwerk Antonionis. Gewiß aber auch, weil sich seine raffinierte Vieldeutigkeit unmittelbar mitteilt. Kein Zweifel, diese filmisch-kriminalistische Meditation über das Verhältnis von Abbild und Wirklichkeit ist für die Entwicklung dieses Regisseurs ebenso wichtig, wie es „Achteinhalb" für Fellini war.

Und Antonioni heute? Noch 1980 zeigte er sich mit seinem Fernseh-Melodram „Das Geheimnis von Oberwald" aller greisenhaften Risikoscheu abhold, 1984 eröffnete er die Filmfestspiele von Venedig. Doch im Februar traf ihn ein Gehirnschlag. Zwar hat Antonioni überlebt. Doch ob er die Filmgeschichte noch um weitere Werke bereichern kann, ist mehr als zweifelhaft. WILM HART



Europa-Pokale

Jena – Uerdingen
19.45 Uhr in SAT 1
Belgrad – M'gladbach
15.55 Uhr in West III
Bremen – Madrid
19.58 Uhr in Nord III
Trnava – Stuttgart
16.25 Uhr in Südwest III
(nur im Saarland und in Baden-Württemberg)
Zusammenfassung
22.30 Uhr in der ARD







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Pakistanische Küche
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Notsignale
Der goldene Käfig
12.00 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Deutschlandbilder
Fischer Oestmann: Sein Kampf gegen die Dünnsäure
Bericht von Felix Kuballa.
16.45 Stadtrallye
Schnitzeljagd in Bremerhaven
Buch, Regie: Ingrid Hessedenz
Der Klabautermann, ein Kapitän, ein Leuchtturmwärter, Feuer- und Rettungsschiffe sowie wunderschöne alte Windjammer stehen im Mittelpunkt der Sendung. Vor allem das Gelände rund um den Hafen sowie das Schifffahrtmuseum sind Schauplätze.
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jimmy Allegretto
Fernsehfilm von Berengar Pfahl
Blick hinter die Kulissen des Show-Geschäfts: die Geschichte eines jungen Musikers, der im Verlauf der Produktion eines von ihm komponierten Musicals Höhen und Tiefen durchleben muß. Als sein Werk endlich in der Frankfurter Oper seine glanzvolle Premiere erlebt, ist Jimmy nicht nach Feiern zumute.
Gedreht wurde der Film in Frankfurt, Venedig und Rom.
Mit Volker Lippmann, Sona MacDonald, Guido Gagliardi, Judy Winter und Ivan Desny. Musik von Matthias Raue, Choreographie von Janez Samec
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-Europa-Pokal
Zusammenfassung der Spiele des Tages
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Moritz und der Sandmann
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Der Trick mit dem Butterfaß
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Urlaub auf italienisch (1)
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Direkt
Themen: Interview mit Herbert Grönemeyer. Alateen – Kinder alkoholabhängiger Eltern. Demonstrationen in Hunsrück. Schulgelände als Biotop
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Fortschritte bei der Abrüstung? Ländervergleich: Bayern – NRW. Hausfrau und Mutter: Beruf oder Berufung? Neue Heimat – ein Abgesang
21.00 Die Pyramide
Mit Dieter Thomas Heck
Gäste: Ute Christensen, Peer Augustinski, Maxi und Chris Garden
Regie: Dieter Pröttel
21.45 heute-journal
22.05 Der zweite Anlauf
Was leistet kirchliche Suchthilfe?
Von Matthias-Johannes Fischer
In der Bundesrepublik gibt es etwa 1,5 Millionen Alkoholabhängige und 50 000 Rauschdrogenkonsumenten. Jährlich sterben 17 000 von ihnen.
22.35 Blow up
Englischer Spielfilm (1966)
Mit David Hemmings, Vanessa Redgrave, Sarah Miles, Veruschka Gräfin Lehndorff
Regie: Michelangelo Antonioni
0.20 heute



15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Neue US-Familienserie
15.30 Lassie
Anschließend: Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Kung Fu
Neue amerikanische Serie
18.00 Festival mit Harry Langdon
Schnappschüsse am Tatort
18.30 APF blick
18.45 Sport
Moderation: Roman Köster
19.45 Jena – Uerdingen
Fußball live aus Jena
21.55 APF blick
22.25 M – Ein Männermagazin
22.55 Nummer Sechs
Neue britische Krimiserie
23.45 APF blick



19.00 Die Passion eines großen Malers
Unterwegs zu Jörg Ratgeb
19.45 Follow me (26)
20.00 Tagesschau
20.15 Alle meine Tiere
7. Der Verdacht
21.05 Europäische Nationalparks
Niederlande: De Hooge Veluwe
Von Franz Baumer
21.50 Mein Essen mit André
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Regie: Louis Malle
23.40 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Milch – ein besonderer Saft
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Der fröhliche Weinberg
Lustspiel von Carl Zuckmayer
Inszenierung: Robert Stromberger – Aufzeichnung einer Aufführung des Staatstheaters Darmstadt
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Spurlos verschwunden
Renate S., Kassel
Dokumentation von Eva Hoffmann
22.40 TV der Sterne
Fernsehen im Satellitenzeitalter
Dokumentation von Peter Zurek
23.25 Nachrichten

RTL plus

18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 Brigitte zu Besuch
Geschenke zum Selbermachen
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Duell mit dem Teufel
Amerikanischer Western (1955)
Mit Lex Barker, Mara Corday
Regie: Jack Arnold
21.55 RTL-Spiel
22.00 Popeye, der Drachentöter
22.05 Wer bin ich?
22.40 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final



Thomas (David Hemmings) fotografiert Veruschka in „Blow up" (ZDF, 22.35 Uhr). Siehe auch unseren Bericht über Regisseur Antonioni FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
15.55 Belgrad – Mönchengladbach
Fußball-Europapokal
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Mit Karlheinz Böhm
21.45 Hobbythek
22.30 Pittsburgh
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Marlene Dietrich, John Wayne
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Herzkranzgefäß-Verengungen
19.15 TV-Kochbuch
19.30 Das Jahr im Garten
19.58 Werder Bremen – Atletico Madrid
Fußball-Europapokal
In der Halbzeit:
20.45 Tagesschau
22.00 Panagelis lebt (1)
22.55 Porträt eines Planeten
Friedrich Dürrenmatt
Film von C. Kerr (seiner Frau)
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.35 News of the Week
18.50 Sag' die Wahrheit
19.20 Hessenschau
20.00 Hessen Drei unterwegs
20.45 Geld regiert die Welt
Freie Marktwirtschaft
12.30 Drei aktuell, Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Das letzte Paradies

SÜDWEST
16.25 Spartak Trnava – VfB Stuttgart
Fußball-Europapokal
(nur Saarland, Baden-Württg.)
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Miss Marple
Ein Mord wird angekündigt (2)
21.00 Aktuell/Neues
Nur für Baden-Württemberg:
21.15 Eine Revolution wird nachgestellt
22.00 Hewe und Drewe
Alemannisches Kabarett
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Ich hab einfach durchgedreht
22.00 Output
Gemeinschaftsprogramm
22.15 24 Stunden aus dem Leben einer Frau
Deutscher Spielfilm (1931)
Regie: Robert Land
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.05 Der Gerichtsvollzieher
3. Das Glück ist ein Vogel
20.05 Bilanz vor der Wahl
20.45 Bühnen-Show von Heidi Brühl
21.30 Rundschau
21.50 Erbe der Väter
Regie: Philippe Monier
22.45 Frankfurter Buchmesse 1986
23.15 Zeitspiegel

Ach Mutterl, diese Tragik!

Das hätte man nicht für möglich gehalten, daß Patrick Süskinds und Helmut Dietls angeblich so sarkastische Gaudi-Serie **Kir Royal** über Münchner Klatschkolumnisten, die doch so flott gestartet war, schon in der zweiten Folge auf dem Riff unfreiwilliger Lächerlichkeit auflaufen würde. Aber die Sache ist, wie sie ist. Die Gaudi ist plötzlich in Richtung „Antike Tragödie" abgerutscht.

Während Kolumnist Schimmerlos einer berühmten Schauspielerin „den Bauch abtastete", um zu prüfen, ob sie schwanger sei, verzehrte sich sein armes Mutterl vor Sehnsucht nach ein bißchen sohnlicher Zuneigung. Einsam stirbt sie in der Sozialwohnung. Als Schimmerlos, der gerade auf einer rauschenden Party ist, die Nachricht erhält, läßt er, ohne sich zu schämen, die männliche Zähre rinnen. Und auch Frau Schimmerlos, die ihren Mann wegen Untreue gerade mit einem Küchenmesser totstechen wollte, ist sehr erschüttert.

Die Serie, laut Programmheft eine scharfe Satire auf „Pressehaie", wächst sich rasch zu einer Art Hohelied für Schimmerlos aus. Schon in der ersten Folge erwies dieser sich ja als ganz toller Hecht, widerstand herkulisch einem Parvenü, der ihn mit Tausendmarkscheinen geradezu überschüttete, um endlich einmal in die Klatschspalte zu kommen, und nur der Umstand, daß schließlich die Zeitungsverlegerin persönlich mit ihm, Schimmerlos, ins Bett ging, erweichte ihn schließlich.

In der zweiten Folge nun ließ sich Herr Schimmerlos nicht davon abbringen, die Schwangerschaft der Schauspielerin unbedingt ins Blatt zu bringen, trotzte auch Morddrohungen, und der Zuschauer realisiert ehrfurchtsvoll: Dieser Mann ist ja ein Held! Weder braune Riesen noch Schlagringe und nicht einmal ein einsames Mutterl können ihn von seinem Motto abbringen, das da heißt: „Wer reinkommt oder wer draußen bleibt, bestimme ich!" Es geht mit Satiren eben wie im richtigen Leben: Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus, und kein Schwabinger Schickeriafritze spuckt einem anderen in den Futternapf. gaz

Wogegen sich der grüne Hamburger Fischer Heinz Oestmann wehrt

Der Klieschen Hautgeschwüre

Noch immer werden pro Jahr etwa 400 000 Tonnen Dünnsäure in die Nordsee „verklappt", doch das Ende dieser Meeresverschmutzung ist abzusehen. Von 1989 an ist die Einleitung von Schwefelsäure verboten. Bis dahin werden die zulässigen Mengen Jahr für Jahr sinken, wie Jens-Peter Rühl vom Hydrographischen Institut (DHI) der WELT sagte.

Seit 1969 wird von der Firma Kronos Titan Dünnsäure in der Nordsee, etwa 25 Kilometer nordwestlich von Helgoland, ins Meer abgelassen. Die verdünnte wässrige Schwefelsäure (etwa zwanzigprozentig) entsteht bei der Herstellung von Titandioxid. In den ersten zehn Jahren konnten trotz aufwendiger Untersuchungen keine meßbaren Veränderungen am Wasser, an Bodenorganismen oder am Sediment in dem Seegebiet nachgewiesen werden.

Erst 1980 stellte die Bundesforschungsanstalt für Fischerei fest, daß bei einer Fischart, der Kliesche, in diesem Gebiet häufiger Hautgeschwüre auftraten als in anderen Bereichen. Die Kliesche ist ein weit verbreiteter Plattfisch, der zur Verwandtschaft der Scholle gehört. Die Vermutung kam auf, daß die Dünnsäure einer der auslösenden Faktoren für diese Krankheit ist. Damals begann auch die politische Karriere des

Deutschlandbilder – ARD, 16 Uhr

Fischers Heinz Oestmann, den die ARD porträtiert.

Die Hautgeschwüre waren, so Rühl, für das DHI als Genehmigungsbehörde Anlaß genug, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Verklappung einzustellen. Die Firma Kronos-Titan ließ daraufhin eine Wiederaufbereitungsanlage für die Dünnsäure entwickeln und bauen. Wenn diese Anlage noch vor 1989 in Betrieb gehen sollte, wird die Einleitung schon früher beendet.

Auch wenn bis heute nicht eindeutig nachgewiesen ist, daß die Dünnsäure-Einleitung für die Fischkrankheit verantwortlich ist, reicht doch nach der Gesetzgebung bereits ein begründeter Verdacht aus, um die Verklappung zu beenden. Man weiß heute, daß stets ein Zusammenwirken der zahllosen Schadstoffe, die durch die Flüsse, über die Atmosphäre oder durch Abfallbeseitigung in die Meere gelangen, für die negativen Auswirkungen auf das Ökosystem Meer verantwortlich ist.

Rühl weist deshalb darauf hin, daß die Nordsee nur dann sauberer werden könne, wenn die Schadstoffbelastung ihrer Zuflüsse verringert wird. Da andere Anliegerstaaten zudem weiterhin Dünnsäure und anderes einleiten, müsse auf eine internationale Zusammenarbeit hingewirkt werden. LUDWIG KÜRTEN

KRITIK

Ha, ha

Was passiert, wenn Radio Bremen komisch sein will? Die Frage ist nicht zu beantworten – Radio Bremen und Komik schließen einander aus. Das ist selbst dann der Fall, wenn der Sender einen süddeutschen Satiriker einkauft.

Der Beweis? Bruno **Jonas** versprach „Kabarett, Satire, Parodie". Darunter versteht er folgendes: Mehrere Minuten lang malträtiert ein Postkunde die Dame hinter dem Schalter mit dem Wunsch, für einen Freund als Geschenk eine Sondermarke zu erwerben; schließlich entscheidet er sich für eine 40-Pfennig-Marke, kauft sie und gibt die Pointe zum besten: „Den Preis lassen wir dran, soll er doch sehen, was er mir wert ist."

Das ist Komik! In einem Punkt hat dieser Kleinküstler recht: Er bezeichnet sich als „Neutralsatiriker", neutral jedenfalls gegenüber jeder Art von Originalität. Die Pointe zum Beispiel, die SPD vertrete eine „Position des entschiedenen Vielleicht", kannten wir doch schon von woanders her. Aber ein Glas zubereiteter Heuschrecken nach Äthiopien zu schikken – das geht einem schon unter die Haut, wegen der Geschmacklosigkeit. LSM

Volltreffer

Kein Risiko ist diesen Verbrechern auf See zu hoch. Daß dabei auch Menschen auf der Strecke bleiben, davon erzählte Bernd Dost in seinem Film **Schiffe versenken**. Da verschwinden Schiffe ohne Ladung. Ein Schiff, das angeblich wertvolle Ladung trägt, sinkt – und es tauchen weiße Bohnen an der Wasseroberfläche auf.

Es handelt sich um großangelegten Versicherungsbetrug. Viele Spuren führen nach Athen, zeigte Bernd Dost, der vornehmlich dort recherchierte. Sicher nicht nur ein Vorteil, denn dem Zuschauer wurden deshalb die internationale Dimension und der unmenschliche Handel mit Schiffsbesatzungen – zumeist aus der dritten Welt – nur unzureichend klar. Deutlich wurde aber, daß von der Große-Freiheit-Romantik auf den Meeren nichts geblieben ist.

Der Bericht versuchte in eine Branche Licht zu bringen, deren Untiefen tödlich sind. Davon kündeten 300 verschwundene griechische Seeleute. Sie seien im Gefängnis, hieß es wiederholt im Beitrag. Die Länder Kuba und Iran wurden genannt. Den Rest mußte sich der Zuschauer denken. Waren sie unliebsame Zeugen eines ganz großen Geschäfts zwischen Reedern und Bestimmungsland? Sind sie bei fingierten Unfällen geopfert worden?

Antworten blieb der Autor schuldig. Doch mag dies ihm auch zur Ehre gereichen, wenn er, was er nicht belegen konnte, auch nicht behaupten wollte. Mit „Schiffe versenken" jedenfalls hat die ARD einen Reportage-Volltreffer gelandet. M. L.

NACHRICHTEN

Becker wieder Dritter

New York (sid) – Wimbledonsieger Boris Becker verbesserte sich in der Weltrangliste der Tennis-Profis vom vierten auf den dritten Rang. Er tauschte seinen Platz mit dem Schweden Stefan Edberg. Zweiter hinter Ivan Lendl (CSSR) ist der Schwede Mats Wilander.

Bernhard Langer Siebter

Düsseldorf (sid) – Der Anhausener Bernhard Langer belegt in der Geldrangliste der Golf-Profis mit 372 091 Dollar den siebten Rang. Es führt der Amerikaner Greg Norman mit 653 296 Dollar.

Mary Lou Retton hört auf

New York (dpa) – Die amerikanische Turn-Olympiasiegerin Mary Lou Retton beendet ihre Karriere. Die 18 Jahre alte Turnerin wird ihr Studium der Kommunikationswissenschaft an der Universität in Texas fortsetzen.

Weniger Schulden

Darmstadt (sid) – Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98 hat in den letzten beiden Jahren rund 2 Millionen Mark Schulden abgebaut. Die Verbindlichkeiten belaufen sich aber immer noch in Höhe von 5,4 Millionen Mark.

ZAHLEN

TENNIS

Internationales Turnier der Herren in Palermo, erste Runde: Colombo (Italien) – Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 7:6.

VOLLEYBALL

Weltmeisterschaft, Herren, in Frankreich, Zwischenrunde, erster Spieltag, Gruppe E: Frankreich – CSSR 3:0, Brasilien – China 3:1, Bulgarien – Italien 3:0. – Gruppe F: UdSSR – Japan 3:0, USA – Polen 3:0, Kuba – Argentinien 3:2.

SEGELN

Weltmeisterschaft der 470er-Klasse vor Salou (Spanien): Endstand: 1. Peponnet/Pillot (Frankreich), 2. Gebrüder Hunger, 3. Hüttermann/Körte (alle Bundesrepublik Deutschland).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 144 543,90 Mark, 2. 92 800,80, 3. 6917,90, 4. 117,80, 5. 9,30. – **Toto:** 1. 916,80, 2. 52,70, 3. 8,90. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1. unbesetzt, Jackpot: 1 290 462,00, 2. 39 967,80, 3. 2447,00, 4. 44,70, 5. 4,80. – **Rennquintett, Rennen A:** 1. 1267,40, 2. 158,40. – **Rennen B:** 1. 22,90, 2. 9,10, Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 78 173,00. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Heute Rückspiele der ersten Runde im Europapokal – WELT-Interview mit Rudi Völler von Werder Bremen

„Vor Atletico muß man sich doch nicht in die Hosen machen"

BERND WEBER, Bremen

Werder Bremen und der UEFA-Cup – das ist vornehmlich die Geschichte vom unglücklichen Ausscheiden bereits in der ersten Runde. Gegen den RSC Anderlecht und gegen Tschernometz Odessa ist den Norddeutschen dieses Mißgeschick widerfahren. Das gleiche Schicksal droht ihnen heute abend gegen Atletico Madrid. Denn die Handikaps für Werder sind groß: Sie haben das Hinspiel mit 0:2 verloren, und sie müssen diesen Rückstand ohne ihre beiden Stammspieler, den seit Saisonbeginn verletzten Libero Bruno Pezzey sowie ohne Nationalmannschaftsstürmer Rudi Völler wettmachen, der sich vergangenen Samstag gegen Bayern München einen Muskelfaserriß zuzog. Die WELT sprach mit Rudi Völler.

WELT: Teamchef Franz Beckenbauer hat sich klar festgelegt. Er gibt Werder keine Chance, die erste Runde zu überstehen ...

Völler: Mit dieser Prognose liegt Beckenbauer sicherlich im allgemeinen Trend. So ähnlich habe ich mich ja auch direkt nach unserer Hinspielniederlage geäußert. Aber da war ich noch zu enttäuscht über das Ergebnis und über unsere Leistung in Madrid. Die war erbärmlich. Inzwischen bin ich wieder optimistischer.

WELT: Worauf begründet sich Ihr Sinneswandel?

Völler: Man spürt, daß die Fans Werder heute abend nicht im Stich lassen werden. Es kommen ganz bestimmt so um die 35 000 Zuschauer. Und mit dieser machtvollen Kulisse im Rükken läßt sich auch ein scheinbar aussichtsloses 0:2 noch umbiegen.

WELT: Atletico gilt als besonders auswärtsstark. Das haben in der vergangenen Saison die Uerdinger zu spüren bekommen, die in Madrid nur 0:1 verloren hatten, dann aber im eigenen Stadion mit 2:3 ausgekontert wurden.

Völler: Bei allem Respekt vor den Spaniern. Ihr derzeit 7. Tabellenplatz weist aus, daß sie nicht zu den stärksten Teams in der spanischen Liga gehören. Vor denen muß man sich also nicht in die Hosen machen. Andererseits muß man natürlich vor ihren Kontern höllisch aufpassen. Wenn Atletico ein frühes Tor gelingen sollte, dann ist wohl alles aus. Daraus leitet sich unsere Taktik für die heutige Begegnung geradezu zwingend ab. Wir müssen hinten den Laden dicht halten und andererseits unsere Fans durch schwungvollen Angriffsfußball aufputschen. Ich gebe zu, dies wird ein schwieriger Balanceakt. Und wie gesagt, die Gefahr, dabei abzustürzen, ist groß.

WELT: Das Spiel wird Nerven kosten, besonders auch für Sie, auf der Bank oder auf der Tribüne.

Völler: Ich werde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht im Stadion sein. Ich will nämlich überhaupt keine Zeit verlieren und werde noch heute im Laufe des Tages zu meinen Frankfurter Fitmachern Gebel und Ehrlich fahren, um mit der Elektrotherapie gegen den Muskelfaserriß zu beginnen. Schmerzen habe ich im Moment nicht mehr.

WELT: Sie haben ziemlich hoffnungsfroh angekündigt, daß Sie in gut 14 Tagen wieder einsatzbereit sein werden.

Völler: Damit habe ich meinen Mund nicht zu voll genommen, das klappt.

WELT: In Bremen argwöhnen einige Leute, zumindest hinter vorgehaltener Hand, Sie würden *nie* mehr der alte Rudi Völler.

Völler: Das ist absolut dummes Zeug. Ich habe gerade in den letzten Tagen gespürt, wie es aufwärts ging. Ich fühlte mich schon beim Länderspiel in Kopenhagen ziemich gut drauf, obwohl ich da noch nicht meine optimale Leistung gebracht habe. Bis zu meinem Ausscheiden gegen Bayern München nach einer halben Stunde war ich indes hoch zufrieden mit mir. Da ist mir sogar ein paarmal durch den Kopf gegangen: ‚Mensch Rudi – du kannst es ja wie früher'.

WELT: Es fällt auf, daß Sie in regelmäßigen Abständen immer wieder Verletzungsprobleme haben.

Völler: Die schwere Leistenverletzung nach dem Zusammenstoß mit Klaus Augenthaler habe ich völlig verdrängt, da ist auch im Hinterkopf nichts mehr übrig geblieben, was mich verängstigen könnte. Trotzdem ist wohl noch etwas hängengeblieben. Ich kann meine Bewegungen noch nicht ganz wieder so koordinieren wie vorher. Aber auch das wird sich geben.

WELT: Sie standen bei mehreren italienischen Spitzenklubs ganz oben auf der Wunschliste. Am Ende dieser Saison werden die Grenzen wieder aufgemacht. Haben Sie nicht doch die Befürchtung, daß die Italiener in bezug auf Sie kalte Füße bekommen haben?

Völler: Der Gedanke beschäftigt mich überhaupt nicht. Ich stehe jetzt seit drei Jahren in Kontakt mit mehreren Vereinen – ohne Happy-End. Und wenn es denn wirklich niemals eintreten sollte, geht die Welt für mich auch nicht unter. Ich fühle mich bei Werder wohl und vor allem langfristig gut versorgt.

WELT: Obwohl das Klima entschieden rauher geworden ist? Die Werder-Begeisterung findet ja nicht mehr statt bei Ihren Fans ...

Völler: Natürlich, da ist durch manche Enttäuschung einiges verloren gegangen. Wir sind es selbst schuld, wir haben früher häufig so glanzvoll gesiegt, daß einige gedacht haben, dies bliebe ein Dauerzustand. Aber Sie wissen ja, es gibt nicht immer nur Kaviar ...

● **München – Eindhoven** (Hinspiel: 2:0): Der deutsche Meister ist vorsichtig. Trainer Lattek: „Wir haben Respekt vor dem Gegner, weil Eindhoven auswärts stärker sein kann als zu Hause." Auf Mathy, zweimaliger Torschütze in Eindhoven, müssen die Bayern ebenso verzichten wie auf Brehme (Bänderverletzung) und Hoeneß (Nasenbeinbruch). Prämie: 8000 Mark.

● **Trnava – Stuttgart** (0:1): Mit viel Optimismus reiste der VfB Stuttgart in die CSSR. Torwart Immel: „Ich bin hundertprozentig überzeugt, daß wir weiterkommen." Personalprobleme hat Trainer Coordes nicht, da die zuletzt angeschlagenen Andreas Müller und Asgeir Sigurvinsson dabei sind. Coordes kann mit der Mannschaft beginnen, die beim 1. FC Köln ein 0:0 erreichte.

● **Belgrad – Gladbach** (0:1): Gladbach will das knappe Polster mit einer dichtgestaffelten Abwehr über die Zeit retten. Trainer Heynckes setzt zudem auf das Konterspiel seiner Mannschaft. 50 000 Zuschauer werden in Belgrad erwartet. Die Frage ist, wie die unerfahreneren Spieler wie Torwart Kamps, Winkhold und Bakalorz mit dieser Atmosphäre fertig werden.

● **Jena – Uerdingen** (0:3): Mit einem Ausscheiden von Uerdingen rechnet niemand. Selbst Jenas Trainer Lothar Kurbjuweit nicht: „Für mich steht fest, daß es die Uerdinger schaffen." Dem Bundesligaklub fehlen die Verletzten Gudmundsson und Raschid. Trainer Feldkamp bangt zudem noch um den Einsatz von Frank Thommessen, der an einer Oberschenkelverletzung laboriert.

● **Leverkusen – Kalmar** (4:1): Nicht mehr als eine Pflichtübung betrachtet Leverkusen das Rückspiel gegen die schwachen Schweden. Personell gibt es bei Leverkusen nur eine Änderung. Der 19 Jahre alte Günter Drews ersetzt den zuletzt enttäuschenden Wolfgang Patzke, den Trainer Erich Ribbeck stets als Spielmacher seiner Elf vorgesehen und gestützt hatte.

STAND ● PUNKT / *Franz Beckenbauer und das Vertrauen in seine Mannschaft*

Auf den ersten Blick zeigt Teamchef Franz Beckenbauer unerwartete Haltung: In den beiden nächsten Länderspielen der Fußball-Nationalmannschaft, in Hannover gegen Spanien und in Wien gegen Österreich, wird er auf Vorstopper Karlheinz Förster und Stürmer Pierre Littbarski verzichten. Obwohl der Deutsche Fußball-Bund inzwischen von deren französischen Klubs die Freigabe-Zusage für je sechs Länderspiele pro Saison erhalten hat.

Trotzdem werden beide in den kommenden Länderspielen fehlen. „Ich werde zunächst einmal an der Mannschaft festhalten, die beim 2:0 in Dänemark überzeugte," sagt Beckenbauer. Dieser Satz müßte den Nationalspielern eigentlich jenes Maß an Sicherheit und Selbstvertrauen geben, das ihnen in der Vergangenheit wegen ständiger personeller Umstellungen so oft fehlte. Doch schon im nächsten Satz gibt Beckenbauer Anlaß zu neuem Mißtrauen: „Wichtig ist die Freigabe vor allem im Hinblick auf die Europameisterschaft 1988."

Womit der Teamchef seine Worte vom Vertrauen in diese Mannschaft postwendend als hohle Phrasen entlarvt. Solange es um nichts geht, solange Freundschaftsspiele anstelle von WM- und EM-Qualifikationsspielen anstehen, so lange ist der Teamchef zu Experimenten bereit. Das Traurige dabei: Obwohl die neuen und jungen Spieler im Spiel gegen Dänemark Anlaß für optimistische Zukunftshoffnungen gaben, vermittelt Beckenbauer ihnen mit unbedachten Äußerungen den Eindruck, trotz guter Leistungen nur Notlösungen in seinem Konzept zu sein.

Die wichtigste Aufgabe eines Nationaltrainers, nämlich eine Ansammlung von Könnern und Talenten zu einer Mannschaft zu formen, will Beckenbauer nicht recht gelingen. Fingerspitzengefühl und persönliche Gespräche sind Grundvoraussetzungen dafür. Doch die Spieler klagen über einen Mangel an Kommunikation, und mit widersprüchlichen Äußerungen läßt Beckenbauer die verunsicherten Spieler gar nicht erst zur Ruhe kommen.

ULLA HOLTHOFF

SCHACH / WM

Kasparow wagte wenig

LUDEK PACHMANN, Bonn

Hat sich Weltmeister Garri Kasparow nach drei Niederlagen hintereinander nun doch entschlossen, die zurückhaltende Taktik aus dem ersten Wettkampf gegen Anatolij Karpow zu wiederholen? Der Verlauf der 20. Partie des Titelkampfes in Leningrad läßt das vermuten. Mit den weißen Steinen wagte der Weltmeister wenig, wählte eine sehr solide Eröffnungsvariante und gab sich mit dem schnellen Remis (bereits nach dem 21. Zug) zufrieden. *Jetzt steht es also 10:10.* Und bei dieser Taktik des Weltmeisters liegt die Chance von Karpow darin, eine der beiden übriggebliebenen Partien, in denen er mit den weißen Steinen spielt, unbedingt zu gewinnen. Wahrscheinlich werden also die 21. und 23. Partie äußerst interessant sein. Ein Unentschieden nach 24 Spielen reicht Kasparow aus, um seinen Titel zu verteidigen.

Die Notation (Weiß Kasparow, Katalanisch):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.g3 d5, 4.Lg2 Le7, 5.Sf3 0-0, 6.0-0 dxc4,

Ein solider Verteidigungsaufbau ist auch 6. ... Sbd7, 7.Dc2 c6 nebst b6 und Lb7.

7.Dc2 a6, 8.Dxc4 ...

Wenn Weiß mehr als den Ausgleich erreichen will, muß er es wohl mit der zweischneidigen Fortsetzung a4 versuchen.

8. ... b5, 9.Dc2 Lb7, 10.Lg5 ...

Üblicher sind die Fortsetzungen 10.Lf4 Sc6!, 11.Td1 Sb4, 12.Dc1 Tc8, 13.Sc3 Sbd5 14.Sxd5 – oder 10.Ld2 Le4, 11.Dc1 Sc6, 12.Le3 Tc8, 13.Sbd2 Ld5, 14.Td1 Sa5 usw.

10. ... Sbd7, 11.Lxf6 ...

Die Idee dieses Zuges ist bekannt aus der Partie Andersson gegen Karpow in Moskau 1981. In ihr folgte: 11.Sbd2 Tc8 und 12.Lxf6 Sxf6, 13.Sb3 Le4, 14.Dc1 c5, 15.Sxc5 Db6 mit baldigem Remis.

11. ... Sxf6, 12.Sbd2 Tc8, 13.Sb3 c5!, 14.dxc5 ...

Natürlich nicht Sxc5? wegen Lxf3, 15.Lxf3 Dxd4 usw.

14. ... Ld5!,

Nun läßt sich der Rückgewinn des Bauern c5 nicht verhindern und die Stellung wird völlig ausgeglichen.

15.Tfd1 Lxb3, 16.Dxb3 Dc7, 17.a4 Dxc5, 18.axb5 axb5, 19.Sd4 b4, 20.e3 Tfd8, 21.Td2 Db6. – Remis.

Am 25. September 1986 verstarb plötzlich und unerwartet mein bester Freund

Architekt Dipl.-Ing.

Gerd Pempelfort

geb. 14. Mai 1928

Er hinterläßt eine schmerzliche Leere und wird seinen Freunden und mir unvergessen bleiben.

Peter Nowotny

Die Trauerfeier und Beisetzung findet statt am Montag, dem 6. Oktober 1986, um 13.30 Uhr Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Anstelle zugedachter Kränze und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Freie Akademie der Künste in Hamburg e. V., Konto Nr. 4662144 Deutsche Bank (BLZ 200 700 00), Vermerk: Pempelfort.

Wir sind tief betroffen vom unerwarteten Tod unseres ehemaligen Partners

Architekt Dipl.-Ing.

Gerd Pempelfort

geb. 14. Mai 1928 gest. 25. September 1986

Uns verbinden viele Jahre harmonischer und erfolgreicher Zusammenarbeit.

Jost Schramm
Horst v. Bassewitz
Stephan Hupertz

Die Trauerfeier und Beisetzung findet statt am Montag, dem 6. Oktober 1986, um 13.30 Uhr Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Anstelle zugedachter Kränze und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Freie Akademie der Künste in Hamburg e. V., Konto-Nr. 4662144 Deutsche Bank (BLZ 200 700 00), Vermerk: Pempelfort.

Wir trauern um

Gerd Pempelfort

geb. 14. Mai 1928 gest. 25. September 1986

Seit dem Frühjahr dieses Jahres hatte Gerd Pempelfort tatkräftig als Mitglied des Vorstandes an dem Aufbau der Hamburgischen Anstalt für neue Medien mitgewirkt. Seine reiche Lebenserfahrung und die Unabhängigkeit seines Urteils haben unsere Arbeit wesentlich gefördert. Seine ausgleichende Freundlichkeit wird uns unvergessen bleiben.

Dr. Gerhard Schröder
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Helmut Haeckel
Direktor

Hamburgische Anstalt für neue Medien

Was vergangen, kehrt nicht wieder; aber,
ging es leuchtend nieder, leuchtet's
lange noch zurück.

Karl Förster

Unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder wurde von seinem langen, qualvollen Leiden erlöst. Er folgte unserer lieben Mutter, über deren Tod er nie hinweg kam, nach 6 Jahren in die Ewigkeit.

Hans Blum

geb. 12. Juni 1905 gest. 26. September 1986

Es trauern um ihn
Willi und Gisela Dörnemann geb. Blum
Gerhard und Sigrid Reinecke geb. Blum
Dietwart und Bärbel Amms geb. Blum
10 Enkelkinder
Klara Richter geb. Ditter

Oktaviostraße 87
2000 Hamburg 70
Braunschweig und Essen

Auf ausdrücklichen Wunsch unseres Vaters findet die Trauerfeier im Familienkreis statt.

Am 23. September 1986 verstarb kurz nach Vollendung seines 79. Lebensjahres der ehemalige Vorsitzende des Vorstands unseres Unternehmens Herr

Dr. rer. pol. Dr. h. c.

Richard Schulte

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrendoktor der Universität Köln
Ehemaliger Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke
Träger der Goldmedaille der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
sowie Inhaber der Ehrenplakette der Industrie- und Handelskammer zu Bochum

Herr Dr. Schulte trat am 2. Januar 1947 als Leiter der Kaufmännischen Abteilungen der Hauptverwaltung in unser Unternehmen ein.

Im Jahre 1959 wurde er in den Vorstand berufen, dessen Vorsitzender er von 1965 bis zu seiner Pensionierung am 10. Juli 1975 war.

In dieser Zeit hat der Verstorbene die Geschicke unseres Unternehmens maßgeblich mitbestimmt und gestaltet. Unternehmens- und konzernrechtliche Entscheidungen aus dieser Zeit wirken noch heute bei der VEW fort.

Seine hervorragenden Leistungen bei der langfristigen Sicherung der öffentlichen Stromversorgung und seine Verdienste durch Mitarbeit in zahlreichen Organisationen und Gremien sind weit über die Grenzen unseres Versorgungsgebietes bekannt. In Anerkennung seiner Leistungen wurde dem Verstorbenen das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Die Universität Köln würdigte das Engagement Dr. Schultes mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.

Auch um die Förderung der jungen Nachwuchskräfte der Wirtschaft hat sich der Verstorbene ehrenamtlich in hohem Maße verdient gemacht.

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand gehörte Herr Dr. Schulte dem Verwaltungsbeirat unseres Unternehmens an. Sein Rat war geschätzt. Er ist uns darüber hinaus bis zu seinem Tod in Freundschaft eng verbunden geblieben. Wir sind ihm dankbar für das Vorbild, das er uns gab.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einer großen Persönlichkeit.

Aufsichtsrat, Vorstand,
Gesamtbetriebsrat und Mitarbeiter
der
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft

Dortmund, den 1. Oktober 1986

Dr. rer. pol., Dr. rer. pol. h. c.

Richard Schulte

ehem. Vorsitzender des Vorstandes der VEW AG
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

* 26. 8. 1907 † 23. 9. 1986

In Liebe und Dankbarkeit werde ich immer an ihn denken.

Helma Schulte
geb. Winner

4600 Dortmund 50 (Lücklemberg)
Heidkopf 22

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47-43 80
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höfs; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesken, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1090 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Mein lieber Mann,
unser guter Vater und Großvater

Senator

Dr. Franz Burda

24. 2. 1903 30. 9. 1986

ist für immer von uns gegangen

Aenne Burda
Franz Burda
Frieder Burda
Dr. Hubert Burda
Enkel: Franz, Catherine, Felix

In Trauer und Dankbarkeit
verneigen wir uns vor dem Gründer
unseres Unternehmens

Senator

Dr. Franz Burda

Er wird uns immer ein Vorbild bleiben.

Offenburg, 30. 9. 1986

BURDA GmbH
Offenburg
München
Darmstadt

Blockade-Richter bei Blockade festgenommen

dpa, Frankfurt

Der Frankfurter Strafrichter Hermann Möller, der 1984 über eine Blockade des Pershing-Nachschublagers in Frankfurt zu urteilen hatte, wurde am Wochenende selbst bei einer Blockadeaktion festgenommen. Wie das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" gestern mitteilte, hatte der 51jährige Jurist zusammen mit 38 anderen Rüstungsgegnern die Zufahrtsstraße zur Pershing-Raketenbasis in Mutlangen versperrt. Möller ist seit 1964 als Strafrichter tätig.

Möller, der bei der polizeiliche Vernehmung dem Vorwurf der Nötigung widersprach, hatte 1984 die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Blockierer in Frankfurt abgelehnt. Die jungen Leute, darunter auch Mitglieder der Grünen-Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt, hatten am 9. Dezember 1983 die Zufahrt zu dem Pershing-Nachschublager in Frankfurt-Hausen versperrt. Erst auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin wurde das Verfahren vom Landgericht dann doch eröffnet. Im Juni 1985 sprach das Gericht die sechs Anklagten vom Vorwurf der Nötigung frei.

Möller begründete sein Verhalten in Mutlangen gestern damit, daß er sich als Staatsbürger verpflichtet gefühlt habe, an einer gewaltfreien Blockade teilzunehmen, „um so gegen eine Politik zu protestieren, die unser aller Leben unmittelbar bedroht und in Mutlangen besonders konkret" werde. Künftig bei Nötigungs-Verfahren als befangen abgelehnt zu werden, befürchtet er nicht. „Eine Rechtsmeinung zu haben und sie auch praktisch zu leben hat nach meiner Meinung mit Befangenheit nichts zu tun", erklärte der Strafrichter in einem Gespräch mit dpa.

Sprach Boock 1977 doch mit Schleyer?

AP, Stuttgart

Im Stammheimer Prozeß gegen den früheren Terroristen Peter-Jürgen Boock hat der Angeklagte überraschend seine bisherige Darstellung abgeschwächt, im September 1977 keinesfalls mit dem damals von der „Roten Armee Fraktion" (RAF) gefangengehaltenen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer gesprochen zu haben. In einer Prozeßerklärung sagte der 34jährige, er könne sich „nicht erinnern, je ein Gespräch mit Schleyer geführt zu haben". Auf Fragen des Gerichts erklärte Boock: „Ich bin da inzwischen verunsichert". Seine Verteidiger hätten ihn immer wieder mit Fragen nach diesem Gespräch konfrontiert, das nach Überzeugung der Ankläger auf einem mehrfach vor Gericht abgespielten Tonband festgehalten worden ist. Überhaupt könne er sich an eine persönliche Begegnung mit Schleyer „nicht erinnern", sagte Boock.

Bonn für Zwischenlösung

Verhandlungen mit Kurzstreckenraketen nicht „befrachten" / „Einvernehmliche Positionen"

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung wird bei den bevorstehenden Beratungen innerhalb der NATO die Bemühungen um eine Zwischenlösung zur Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenraketen (INF) unterstützen. Darauf haben sich Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Manfred Wörner gestern geeinigt.

Regierungssprecher Ost konstatierte ausdrücklich „einvernehmliche Positionen". Dies gelte auch für die Auffassung, daß in die Fragen der Begrenzung von Mittelstreckenraketen die Raketen kürzerer Reichweite einbezogen werden müßten. Alle Details würden in engster Abstimmung mit den Bündnispartnern, insbesondere den USA und den anderen Stationierungsländern erörtert.

Konzeption Genschers

Die Berücksichtigung der Raketen kürzerer Reichweite entspricht den in letzter Zeit von prominenten Unionspolitikern erhobenen Forderungen. Allerdings ist der Kanzler nicht bereit, dem Verlangen des CDU-Abrüstungsexperten Jürgen Todenhöfer zu folgen und die Verhandlungen über ein INF-Zwischenabkommen mit der Vorbedingung paralleler Kurzstrecken-Verhandlungen zu „befrachten". Offensichtlich geht es Kohl darum, daß zunächst einmal eine Reduzierung der Mittelstreckenraketen vereinbart wird und daß dann das Kurzstrecken-Thema an die Reihe kommt. Dies enstpricht der Konzeption Genschers.

Wie Todenhöfer gestern nach Genfer Gesprächen mit Amerikanern und Sowjets mitteilte, hat Moskau inzwischen als Antwort auf den jüngsten US-Vorschlag einen eigenen Plan für ein Zwischenabkommen vorgelegt. Darin stimmt die Sowjetunion zwar dem Prinzip gleicher Obergrenzen in West und Ost und einer Reduzierung der Sprengköpfe in Europa auf jeweils 100 zu, besteht aber darauf, daß die in Asien stationierten 171 SS-20-Raketen mit 513 Sprengköpfen nicht ebenfalls reduziert, sondern lediglich auf dem derzeitigen Stand „eingefroren" werden.

Diese Regelung bezeichnete Todenhöfer als nicht akzeptabel, weil die Sowjets mit den dort verbleibenden SS 20 jede Regelung, die nur Europa betreffe, umgehen könnten. Ihnen wäre es möglich, die asiatischen SS 20 als „bewegliche Raketeneinsatztruppe sowohl gegen Westeuropa als auch gegen Asien einzusetzen".

Negativ bewertete der Unionspolitiker ferner die Weigerung Moskaus, parallel zu den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (1000 bis 5500 Kilometer) über Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (150 bis 1000 Kilometer) zu verhandeln.

Position nicht annehmbar

Es mache für die Menschen keinen Unterschied, ob die Bundesrepublik Deutschland von SS-20-Raketen oder von SS 22, SS 23 oder anderen Raketen bedroht werde. Die sowjetische Position, erst nach Abschluß der Mittelstrecken-Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite zu verhandeln, sei nicht annehmbar.

Todenhöfer kritisierte außerdem die Forderung der Sowjets, bei einer Zwischenlösung alle Pershing-Raketen aus Europa zu entfernen. Marschflugkörper allein seien kein gleichwertiges Gegengewicht gegen Raketen. Deshalb müsse der Westen auf dem Recht bestehen, die Zusammensetzung seines Gegengewichts gegen die SS 20 selbst zu bestimmen.

Auf Kinnocks Linie

Labour wählte neuen Vorstand / Rückschlag für Linke

DW. Blackpool

Einen Tag nach dem Parteiausschluß von acht trotzkistischen Radikalen hat die Linke in der britischen Labour-Partei gestern auf dem Parteitag in Blackpool eine weitere Niederlage hinnehmen müssen. Die Abgeordeten Eric Heffer und Margaret Beckett, die dem linken Parteiflügel zugerechnet werden, verloren ihre Sitze im 28 Mitglieder umfassenden Parteivorstand.

Ihre Plätze nehmen Tom Dalyell und Diana Jeuda ein, von denen erwartet wird, daß sie den Kurs des Labour-Vorsitzenden Neil Kinnock mitsteuern werden. Heffer hatte seinen Einfluß für die Ultralinken in die Waagschale geworfen, die am Montagabend aus der Partei ausgeschlossen worden waren.

Die Diskussion um das Verteidigungsprogramm der Labour-Partei schlug unterdessen weiter hohe Wellen. Unter Beschuß geriet der außenpolitische Sprecher der Partei, Denis Healey, der seine umstrittenene Äußerungen gestern allerdings relativierte. Der ehemalige Außenminister hatte gesagt, es sei unwahrscheinlich, „aber nicht undenkbar", daß amerikanische Atomwaffenbasen in Großbritannien bleiben könnten, wenn die Labour-Partei die Regierung im Lande übernehme. Mehrere Delegierte warfen Healey vor, er führe „Abweichungen" in die Verteidungspolitik der Partei ein.

Healey entgegnete auf die Vorwürfe, er habe seine Äußerung vor zwei Wochen in einem Fernsehinterview gemacht. Das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Hätte er gewußt, sagte Healey, was aus den USA an „Einschüchterung und Erpressung" gekommen sei, hätte er seine Äußerung natürlich nicht in dieser Form gemacht.

Stellungnahmen aus Washington zum Verteidigungsprogramm der Partei, das die Abschaffung der Atomwaffen vorsieht, hatten schon zur Eröffnung des einwöchigen Parteitags am Sonntag heftige Reaktionen hervorgerufen. US-Staatssekretär Richard Perle hatte am Sonntag von einem „unverantwortlichen" verteidigungspolitischen Programm gesprochen.

Getsern wollte Parteichef Neil Kinnock in einer Grundsatzrede das Programm einer künftigen Labour-Regierung vorstellen. Die derzeitige Legislaturperiode läuft 1988 aus, doch rechnen viele Beobachter mit vorgezogenen Wahlen im kommenden Jahr. Derzeit führt Labour in Umfragen vor der regierenden Konservativen Partei.

Der Einfluß der militanten Linken innerhalb der Labour-Partei, der auf dem Parteitag beträchtlich zurückgedrängt werden konnte, galt weithin als Hauptgrund für die schwere Wahlniederlage 1983, als die Konservativen unter ihrer Premierministerin Margaret Thatcher mit einem Rekordergebnis wiedergewählt wurden.

Moskau: Keine Gnade für Heß

dpa, Moskau

Die Forderungen nach der Freilassung des seit 1946 in Berlin-Spandau inhaftierten ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß haben nach sowjetischer Darstellung „nichts mit Humanität" zu tun. Dies erklärte der Generalstaatsanwalt der UdSSR, Alexander Rekunkow, gestern auf einer Pressekonferenz in Moskau anläßlich des 40. Jahrestages der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg. Auch heute existierten in der Bundesrepublik Deutschland noch „reaktionäre Kräfte", die beweisen wollten, daß die Nürnberger Prozesse ein Rache- oder Willkürakt der Siegermächte gewesen seien, sagte Rekunkow ferner.

In der Bundesrepublik, Kanada und den USA gebe es Kriegsverbrecher, die immer noch nicht bestraft worden seien. Für solche Verbrechen dürfe es keine Verjährungsfrist geben. Die Sowjetunion arbeitet nach den Aussagen Rekunkows aktiv daran, diese Verbrecher zu finden und vor Gericht zu bringen. Zwischen 1981 und 1986 seien noch 60 Schuldige verurteilt worden.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich im August dieses Jahres in Schreiben an Präsident Reagan, Premierministerin Thatcher, Staatspräsident Mitterrand sowie an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow für die Freilassung von Rudolf Heß eingesetzt. Er hatte an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges appelliert „einen alten und kranken Mann gnadenweise in den Kreis seiner Familie zu entlassen".

Die Zeitungen mahnen die Regierung Rau

Verleger fürchten den Verlust des Werbemarktes

GEORG BAUER, Kiel

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hat sich auf seiner Jahrestagung in Lübeck-Travemünde für marktgerechtere Rahmenbedingungen auf dem Medienmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Der Präsident des BDZV, Rolf Terheyden, forderte die Politiker vor dem Hintergrund des umkämpften Werbemarktes auf, dafür zu sorgen, daß „die Zeitungen nicht Opfer der elektronischen Medien werden".

Im Zusammenhang mit der Diskussion um private Programmanbieter ging Terheyden ausdrücklich auf das SPD-regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen ein. Dort liege ein Referentenentwurf vor, der den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch weiter stärke und die Betroffenheit der Presse durch werbefinanzierte Programme mißachte. Terheyden: „Den lokalen und regionalen Zeitungen soll zugemutet werden, tatenlos zuzusehen, wie Vereine von Medienamateuren den örtlichen Werbemarkt ausräumen."

Kritisch setzte sich der BDZV-Präsident auch mit dem Hinweis auf die Nutzung freier örtlicher Fernsehfrequenzen auseinander. Mit der Bemerkung, in zahlreichen Städten bestünden solche Sendemöglichkeiten, sei es nicht getan. Im Lichte realistischer und an den Erfordernissen des Marktes orientierter medienpolitischer Konzepte liege es doch klar auf der Hand, daß sich nur in wenigen Städten angesichts des Werbemarktes auch nur ein „halbstündiges tägliches Fernsehprogramm finanzieren" lasse. Wer etwas anderes behaupte, überschätze den Markt.

Terheyden wandte sich auch gegen die Forderung der Mediengewerkschaft, die Medien „vom Zwang der Gewinnerzielung" zu befreien. Zeitungsverlage seien Wirtschaftsunternehmen.

Auch der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel, sprach sich für einen ungehinderten Zugang der Presse zu den elektronischen Medien aus. Barschel: „Ihr muß ein Einstieg zu wirtschaflich-realistischen Bedingungen in den privaten Rundfunk geboten werden."

Naturschützer entzweit

Der Ausschluß des Jagdschutzverbandes / Droht Spaltung?

ANDREAS ENGEL, Bonn

Die Naturschützer in der Bundesrepublik sind sich nicht mehr grün. Dem Dachverband der fast 100 verschiedenen Organisationen, dem 1950 gegründeten Deutschen Naturschutzring (DNR), droht nach dem Ausschluß des Deutschen Jagdschutzverbandes möglicherweise sogar die Spaltung. Die in die Schußlinie geratenen Jäger überlegen, ob sie nicht mit anderen Verbänden wie den (Sport)-Fischern eine Organisation der „Natur-Nutzer" gründen sollen.

Der seit 1980 schwelende Streit des Jagdschutzverbandes mit dem Deutschen Naturschutzring ist jetzt eskaliert: Die Interessenvertretung der 250 000 Jäger lehnte die vom DNR geforderte Einführung der Verbandsklage ab, die im Grundsatzprogramm des über drei Millionen Mitglieder zählenden DNR verankert ist und vor zehn Jahren mit Einverständnis der Jäger gefordert wurde. Die Verbandsklage soll sicherstellen, daß den Naturschutz- und Umweltorganisationen ein Klagerecht gewährt wird, um Eingriffe in die Natur leichter zu verhindern. Doch davon hielten die Jäger nichts mehr, sie sahen nach den Worten von Verbands-Geschäftsführer Goddert von Wülfing „ihre Mitwirkungsmöglichkeiten schon in der Planung ausreichend gewährleistet". Dieser Konfliktpunkt war allerdings nur einer von vielen und brachte das Faß zum Überlaufen. Denn die Jäger schossen schon länger scharf gegen den DNR, sahen sich nicht genügend respektiert in der „Dachorganisation der Kleinstverbände". Der CSU-Landtagsabgeordnete Gerhard Frank, Präsident des Deutschen Jagdschutzverbandes, kritisiert vor allem, „daß ein Meinungsbildungsprozeß im DNR gar nicht zustande kommt, weil der Vorstand auf abweichende Einstellungen keine Rücksicht nimmt". Frank wies gestern im Gespräch mit der WELT darauf hin, daß der Jagdverband noch kein offizielles Schreiben über den Ausschluß aus dem Deutschen Naturschutzring erhalten habe. Außerdem hätten die Jäger „schon davor den Entschluß gefällt, aus dem DNR auszutreten".

Professor Reinhard Sander aus Frankfurt, Vizepräsident des DNR, rechtfertigte gegenüber der WELT den Ausschluß der Jäger: „Wer sich bewußt in der Öffentlichkeit von unserer gemeinsamen Haltung distanziert, schädigt die Satzung. Wir fühlten uns desavouiert." Das „provokative Auftreten" der Jäger sei im DNR bereits mehrfach negativ aufgestoßen. Kein Wunder, denn das im DNR organisierte „Komitee gegen den Vogelmord" und der „Bund gegen den Mißbrauch der Tiere" opponierten kräftig gegen die Jäger.

Deren Ausschluß hat den Stein richtig ins Rollen gebracht. Auch der 550 000 Mitglieder starke Deutsche Sportfischer-Verband plant nach Angaben eines Sprechers, den Deutschen Naturschutzring zu verlassen. Der Organisation steht ein heißer Herbst bevor.

Kompetenzen bei Wallmann gebündelt

AP, Bonn

Das Bundesumweltministerium soll die zentrale Kompetenz für die Bewertung der Auswirkungen von Reaktorunfällen erhalten. Zusätzlich soll Bundesumweltminister Wallmann (CDU) für die Festlegung von Radioaktivitätsgrenzwerten sowie daraus folgenden eventuellen Verhaltensmaßregeln zuständig sein. Das sieht der Entwurf eines Strahlenschutzvorsorgegesetzes vor, der gestern in Bonn von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gemeinsam vorgelegt wurde. Zudem ist der Aufbau eines bundesweiten Meß- und Frühwarnsystem für Radioaktivität vorgesehen. Das Gesetz soll bereits morgen in erster Lesung im Bundestag behandelt und noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Mit dem Gesetz wollen die Koalitionsparteien nach den Worten des CDU-Abgeordneten Paul Laufs Konsequenzen aus den Vorgängen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ziehen. Insbesondere soll künftig ausgeschlossen werden, daß von den Bundesländern unterschiedliche Grenzwerte für den Verzehr radioaktiv belasteter Lebensmittel ausgegeben werden. Dies wird dadurch erreicht, daß in dem Gesetz, das nach den Abgaben von Laufs zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens wortgleich auch vom Bundeskabinett beraten wurde, alle Kompetenzen für die Festlegung von Grenzwerten und den Erlaß von Empfehlungen beim Bund konzentriert werden.

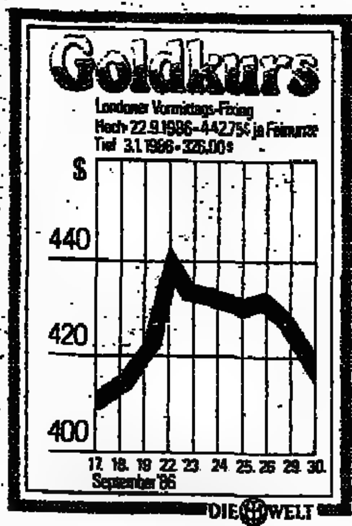
Umweltminister Walter Wallmann teilte mit, das Kabinett habe den gleichlautenden, von ihm vorgelegten Gesetzentwurf verabschiedet. Damit sei es in kurzer Zeit gelungen, aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl eine wichtige und notwendige Konsequenz zu ziehen. Der Gesetzentwurf unterstreiche die Entschlossenheit der Bundesregierung, den Schutz der Bevölkerung vor möglichen Strahlenbelastungen so umfassend und wirksam wie irgend möglich zu gestalten.

Ermittlungen gegen Asylanten

AP, Köln

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ermittelt nach eigenen Angaben bereits in „etwa zehn Fällen, ob Asylanten auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland eine terroristische oder, näherliegend, kriminelle Vereinigung von bundesweiter Bedeutung gebildet haben". In einem Interview des Kölner „Express" sagte Rebman weiter: „Wir stehen hier erst am Anfang. Als Staatsanwalt muß ich befürchten, daß das Asylantenproblem zu einem erheblichen Faktor der Instabilität der Bundesrepublik Deutschland wird."

FÜR DEN ANLEGER



Tokio: Zu einem Kurseinbruch kam es gestern an der Aktienbörse. Der Nikkei-Index fiel um 253,45 Punkte auf 17 852,86. Umgesetzt wurden rund 1,4 Mrd. Aktien. Als Hauptgrund gilt die schwächere Verfassung an der Wall Street.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 269,85 (266,71); Chemie: 159,78 (159,15); Elektro: 324,60 (322,67); Auto: 716,79(703,40); Maschinenbau: 146,49 (146,85); Versorgung: 159,17 (155,41); Banken: 397,49 (394,19); Warenhäuser: 169,50 (169,59); Bauwirtschaft: 547,17 (539,17); Konsumgüter: 177,50 (177,43); Versicherung: 1399,50 (1368,91); Stahl: 141,22 (139,55).

Kursgewinner:	DM	+ %
Frankona NA St.5	697,00	9,76
Frankona Rück.	690,00	8,15
Bowater Ind. PL	9,60	6,08
Sanden Corp.	8,75	4,79
Harpener	293,00	4,64

Kursverlierer:	DM	– %
Sumitomo Heavy	3,00	6,25
Bremer Vulkan A	139,00	5,44
Strabag	175,00	5,41
Konishiroku	7,70	4,94
Thomson CSF	471,00	4,85

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Erholt

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Vulkan: Die Bremer Schiffbau und Maschinenfabrik hat ihr Grundkapital um 68 Mill. auf 222 Mill. DM erhöht. (S. 17)

Martin Brinkmann: Der Bremer Zigarettenhersteller hat nach verlustreichen Jahren 1985/86 (31. März) wieder mit einem positiven Betriebsergebnis gearbeitet. (S. 17)

Computer: Acht führende europäische Hersteller – darunter die beiden deutschen Firmen Siemens und Nixdorf – haben die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft vereinbart, um eine internationale Standardisierung ihrer Produkte zu erreichen.

General Motors: Der amerikanische Automobilkonzern General Motors will in diesem Jahr in Europa rund 1,3 Mill. Personenwagen verkaufen.

Großbäckereien: Die rund 100 Unternehmen haben 1985 ihren Umsatz um 3,5 Prozent auf 3,3 Mrd. DM gesteigert.

Maschinenbau: Die gesamten Auslandsaufträge sind im August um 28 Prozent zurückgegangen. Da beim Inland nur ein Minus von vier Prozent aufgetreten war, lag der Ordereingang per Saldo um vier Prozent unter Vorjahresniveau.

Siemens: Der Elektrokonzern wird den Bereich Autoelektronik und -elektrik „forciert" ausbauen.

Behr: Bei der süddeutschen Kühlerfabrik läuft die Produktion auf hohen Touren. (S. 17)

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Im August dieses Jahres *wurde ein Leistungsbilanzüberschuß* von 7,05 Mrd. Dollar (14,1 Mrd. DM) erzielt.

US-Konjunktur: Das amerikanische *Außenhandelsdefizit ist im* August auf 13,3 Mrd. Dollar zurückgegangen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	29. 9. 86	26. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	161,00	159,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	116,00	113,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 %-S	69,50	67,50	51,00	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Stahlindustrie: Im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen und Bremen erhalten die rund 190 000 betroffenen Arbeitnehmer rückwirkend zum 1. September zunächst 3,3 Prozent und ab 1. Februar 1987 insgesamt 4,4 Prozent höhere Löhne und Gehälter.

Agrar: Die Minister der Europäischen Gemeinschaft haben sich angesichts riesiger Lagerbestände mit großer Mehrheit für dringliche Maßnahmen zum Abbau der Überschußproduktion bei Getreide ausgesprochen.

Post: Das Bundeskabinett hat die „solide wirtschaftliche Verfassung" hervorgehoben.

NAMEN



SZ: Kleiner Empfang in München für einen der herausragenden deutschen Wirtschaftsjournalisten: Dr. Franz Thoma, Leiter des Wirtschaftsressorts der „Süddeutschen Zeitung" und stellvertretender Chefredakteur des Blattes, feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Nach dem Kriegsdienst begann er als Volontär bei „seinem" Blatt. Seit 1965 leitet er die Wirtschaftsredaktion. Franz Thoma ist ein knorriger Münchner, streitbar aber streng loyal. Seine Kollegen können sich nicht vorstellen, daß er einmal den Bleistift aus der Hand legt.

Voith: Neuer Sprecher der Geschäftsführung wird am 1. Oktober 1986 Michael Rogowski (47). Er ist verantwortlich für die Voith-Geschäftsbereiche Antriebstechnik sowie Personal- und Sozialwesen, die er schon seit einigen Jahre leitet.

WER SAGT'S DENN?

„Stirbt ein Bediensteter während einer Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet."
Aus dem Kommentar zum Bundesreisekostengesetz

Die deutschen Unternehmen haben ausreichend Kraft gesammelt

Degab rechnet mit einem Anstieg der Gewinne um fünf Prozent in diesem Jahr

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Nach der erfreulichen Entwicklung der Erträge im vergangenen Jahr haben die deutschen Unternehmen nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) den konjunkturellen Ertragseinbruch der frühen 80er Jahre überwunden und ausreichend Kraft gewonnen, sich auch unter den derzeitigen veränderten Währungsrelationen erfolgreich weiterzuentwickeln. Nach einem Ertragsplus von 22 Prozent im vergangenen Jahr, das die Nettogewinn-Margen wieder in die Nähe eines „Normaljahres" brachte, rechnet die zum Konzern der Deutschen Bank gehörende Degab mit einem weiteren Gewinnanstieg um 5 Prozent. Dahinter stehen uneinheitliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen, aus denen die degab 140 Börsengesellschaften regelmäßig verfolgt.

Die größten Steigerungen erwartet die Degab für den Konsumgüterbereich einschließlich der Kaufhäuser und Verbrauchermärkte, die ihre Gewinne um ein Drittel verbessern könnten. *Gute Fortschritte* werden auch bei Banken (plus 12 Prozent) und Versicherungen (17 Prozent) erwartet, während beim Bau ein nochmaliger Rückgang zu erwarten sei (minus 5 Prozent), sieht die Degab bei den Baustoffen (plus 15 Prozent) schon den Beginn einer Umkehr der bisher negativen Entwicklung am Bau.

Auch für 1987 sehen die Analysten vor diesem Hintergrund eine anhaltend günstige Entwicklung: Dafür sorgt eine gute Binnennachfrage, die bei hoher Beschäftigung anhaltend gute Kapazitätsauslastung (zur Zeit bei 85 Prozent) und die erfolgreichen Bemühungen der Wirtschaft um Modernisierung der Produkte und des Produktionsapparates, was durch die gute Ertragslage und das niedrige Zinsniveau zusätzlich gefördert wird. Alles in allem dürfte im kommenden Jahr ein weiterer Gewinnanstieg um acht Prozent zu erreichen sein, meint die Degab, die jedoch daran erinnert, daß es von Unternehmen zu Unternehmen starke Unterschiede geben wird.

An diese Unterschiede erinnert auch Werner Schwilling, Aufsichtsratsmitglied der Degab und Generalbevollmächtigter der Deutschen Bank, mit seinem Hinweis, bei den Börsenanlagen auf Qualität zu achten. Grundsätzlich zeigt sich Schwilling jedoch positiv gestimmt für die deutsche Börse, der er in diesem Jahr noch ein Gewinnpotential von mindestens 15 Prozent zutraut. (Damit wären die diesjährigen Höchstwerte vom April wieder erreicht.) Im fundamentalen Datenkranz für die Börse seien derzeit keine Schwachpunkte zu finden: die derzeitige Börsenbewertung (auf der Basis der Gewinnschätzungen für 1986 das 13fache) sei keineswegs zu hoch.

Bei seiner positiven Einschätzung schließt Schwilling jedoch stärkere Schwankungen nicht aus. Den Anlegern empfiehlt er angesichts dieser Entwicklung Beweglichkeit und solides Anlageverhalten. Das heißt, eben nicht nur auf die Gewinnerwartung eines Unternehmens zu sehen, sondern vor allem auch seine Stellung im Markt, seine Leistungsfähigkeit im Auge zu behalten, dazu gehören auch Konsumnähe, Produktqualität und Finanzkraft.

„Eintrittsalter in die Rente deutlich erhöhen"

tl. **Bonn**

Das Institut „Finanzen und Steuern" sieht keine Notwendigkeit, das geltende Rentenversicherungssystem zugunsten einer steuerfinanzierten, allgemeinen Staatsbürgerrente aufzugeben. Es stünden genügend andere Möglichkeiten zur Verfügung, durch die zwei Drittel des sonst bis zum Jahr 2030 notwendigen Beitragssatzanstiegs von rund 18 Prozent vermieden werden könnten.

Zunächst sollten die Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung für die Arbeitslosen wieder nach dem früheren *Bruttoarbeitsentgelt – und nicht wie* heute nach Arbeitslosengeld oder -hilfe – bemessen werden.

Zudem dürfe der Staatsanteil nicht weiter sinken. Das Institut schlägt eine anteilmäßige Bindung des Bundeszuschusses an die Rentenausgaben – zunächst auf dem gegenwärtigen Niveau von rund 18 Prozent – vor. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sollte spätestens mit der schrittweisen Erhöhung des Bundeszuschusses auf rund 25 Prozent der Rentenausgaben gemäß dem Anteil für versicherungsfremde Leistungen begonnen werden. Dann sei auch ein deutlicher Wiederanstieg des Renteneintrittsalters unvermeidlich, das seit Mitte der siebziger Jahre von 62 auf 59 Jahre gesunken ist.

AUF EIN WORT

„Als Kohlefreund sage ich: Heute mit dem Gedanken zu spielen, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie jetzt oder später zu verzichten, ist ebenso fahrlässig wie damals, als manche bereit waren, den Steinkohlebergbau absaufen zu lassen. Gut, daß dies damals besonnene Kräfte verhindert haben."

Klaus Barthelt, Vorstandsvorsitzender der Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim/Ruhr. FOTO: DIE WELT

Solms: Höhere Bausparförderung hat keine Chance

Stü. **Bonn**

„Wenn der Bundesrat auf der Ausdehnung der Bausparförderung besteht, wird es in dieser Legislaturperiode kein Vermögensbildungsgesetz mehr geben", kommentierte Hermann-Otto Solms, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, die Forderung der Länderkammer, Bausparbeiträge bis zu 936 DM im Jahr, und nicht nur – wie heute – bis zu 624 DM zu fördern.

Der SPD-Vermögensbildungsexperte Gunter Huonker hatte sich dem Votum des Bundesrates angeschlossen. Solms verwies demgegenüber *auf klare Absprachen in der Koalition*, die eine Ausweitung des Förderrahmens nicht zuließen.

Unterdessen signalisiert die niedersächsische Landesregierung, die zu den schärfsten Kritikern des Bonner Entwurfs eines zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes zählt, jedoch Kompromißbereitschaft. Die Einbeziehung des Bausparens in den 936-DM-Rahmen, der bisher für echte Kapitalbeteiligungen reserviert ist, solle in der nächsten Wahlperiode in einer dritten Ausbaustufe erfolgen, schlägt Landeswirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) vor. Um den Anteil des Bausparens nicht zu stark auszuweiten, stellt Hirche eine Senkung der Arbeitnehmer-Sparzulage von derzeit 23 Prozent zur Diskussion.

Wachstumstempo hält bis 1990 an

Wirtschaftsministerium erwartet eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Das gegenwärtige Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft wird sich bis 1990 fortsetzen. Das geht aus einer mittelfristigen Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, die jetzt vorgelegt wurde.

Während das Bruttosozialprodukt 1981 und 1982 noch um durchschnittlich 0,5 Prozent sank, lag die reale Wachstumsrate von 1983 bis 1985 bei rund 2,5 Prozent. Eine ähnliche Rate sagt das Ministerium auch für die Jahre 1986 bis 1990 voraus.

Der jahresdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Preisanstieg dürfte in den nächsten Jahren auf rund zwei Prozent eingedämmt werden können. Er lag im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1985 bei 2,4 und zwischen 1980 und 1982 bei 4,2 Prozent.

Das Bundeswirtschaftsministerium *geht von einer jährlichen Zunahme* der Zahl der Erwerbstätigen und der beschäftigten Arbeitnehmer in den nächsten Jahren von jeweils einem Prozent aus. Das bedeutet, daß 1990 rund 1,2 Millionen Personen mehr als 1985 erwerbstätig sein dürften. Bis Ende 1986 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983 sich bereits um mehr als 600 000 erhöht haben. Angaben über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit enthält die Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums nicht.

Aus der Zunahme der Beschäftigung zieht das Ministerium den Schluß, der eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs sei richtig. Öffentliche Nachfrageprogramme oder eine produktionskostensteigernde Umverteilung der Arbeit trügen nicht zu einer Lösung, sondern letztlich zu einer Verschärfung der Probleme bei. Es gehe vielmehr darum, unrentabel gewordene Arbeitsplätze durch wettbewerbsfähige zu ersetzen und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Ausweitung der Investitionstätigkeit werde sich, so die Unterstellung des Ministeriums, in den nächsten Jahren dynamisch fortsetzen. Dabei sei es durchaus kein Widerspruch, wenn gleichzeitig von einem relativ starken Wachstum des privaten Verbrauchs ausgegangen wird. Der reale Außenbeitrag werde dagegen schrumpfen, die Wohnungsbauinvestitionen und der Staatsverbrauch relativ schwach wachsen. Immerhin erwartet das Ministerium, daß der Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt von 20,3 Prozent 1985 auf 22,5 Prozent 1990 steigen wird. Dagegen wird der Anteil des privaten Verbrauchs und des Außenbeitrages um jeweils 0,9 Prozentpunkte auf 55 und drei Prozent sinken.

Die bessere Konstitution der deutschen Wirtschaft sei ausschlaggebend für die mittelfristigen Entwicklungsmöglichkeiten. Nicht nur der Staat, der vor allem durch den Abbau der Neuverschuldung den Willen und die Kraft zu einem grundlegenden Neubeginn demonstriert habe, sondern auch die private Wirtschaft habe einen neuen Elan entfaltet. Nachdem sie zunächst die durch den hohen Dollarkurs erleichterten Exportmöglichkeiten genutzt hat, konzentriere sie jetzt ihre Kräfte auf die Binnenwirtschaft.

Verfehlte Kritik

cd. – Überall in Washington hört man von deutschen Bankiers Kritik an der Bundesbank. Mit ihrer Weigerung, dem amerikanischen Drängen auf eine Diskontsenkung nachzugeben, belaste sie unnötigerweise die deutsch-amerikanischen Beziehungen, behaupten viele von ihnen.

Gewiß der „Krieg der Worte", der von Washington mit Sicherheit gewollt, auf den Dollarkurs drückt, ist politisch und klimatisch unerfreulich. Aber wenn man weiß, mit welcher Brutalität US-Finanzminister Baker und seine Helfer den Bundesfinanzminister und den Bundesbankpräsidenten in Washington unter Druck setzen, die gut laufende deutsche Konjunktur auf noch höhere Touren zu bringen, dann ist es eine Illusion zu glauben, Washington hätte sich mit einer halbprozentigen deutschen Diskontsenkung abspeisen lassen, die nur die Wirkung weißer Salbe hätte.

Der für Washingtoner Währungstagungen wohl einmalig rüde Stil der Amerikaner läßt vielmehr vermuten, daß Baker sofort die nächsten Forderungen auf den Tisch gepackt hätte. Mit dem Wahlkampf, in dem die Abwehr protektionistischer Forderungen eine wichtige Rolle spielt – das liegt auch in unserem Interesse –, läßt sich das kaum noch entschuldigen.

Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, die Verantwortlichen wüßten keinen anderen Ausweg mehr aus ihrer nicht ohne eigenes Zutun so verworrenen Lage, als Pannen der Bundesbank in die Schuhe zu schieben und deswegen auf sie einzudreschen. Wären Stoltenberg und Pöhl mit Kommentaren zum deutsch-amerikanischen Währungskrieg nicht so diplomatisch zurückhaltend, würde wohl die Banker-Kritik an der Bundesbank verstummen.

Gaspreis unter Druck

Von HANS BAUMANN

Lange haben die privaten Verbraucher von Erdgas warten müssen, ehe ihre Brennstoffpreise denen für leichtes Heizöl folgten. Jetzt ist es soweit. Am 1. Oktober werden die Preise um rund 30 Prozent – und mehr – zurückgenommen. Die Höhe der Preissenkung wird von Ortsgasgesellschaft zu Ortsgasgesellschaft schwanken, da rund ein Fünftel der etwa 500 regionalen Gasanbieter bereits zum 1. April einen kleineren Preisabschlag einräumte.

Rund sieben Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin kommen in den Genuß der Preisreduzierung. Sie verbrauchen rund ein Fünftel (21 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten) des jährlich benötigten Erdgases. Nach dem jetzigen Preisstand für leichtes Heizöl ist anzunehmen, daß zum 1. Januar 1987 der Gaspreis noch einmal etwas zurückgeht.

Stichtag 1. Oktober: Die Gaspreise fallen um 30 Prozent – und mehr. Sie folgen damit dem Ölpreis mit halbjähriger Verzögerung. Künftig soll die Anpassung vierteljährlich erfolgen, wahrscheinlich schon zum 1. Januar.

Der Gaspreis bildet sich in der Bundesrepublik nicht frei. Er ist an den Preis für leichtes Heizöl gekoppelt, dem es in einem Abstand von einem halben Jahr folgt. Das gilt allerdings nur für private Verbraucher und für das Kleingewerbe. Die Industrie hat aus Gründen des Wettbewerbs kurze Anpassungsfristen.

Während die privaten Gasverbraucher bisher bei steigenden Ölpreisen die Verzögerung der Gaspreiserhöhung um bis zu einem halben Jahr als angenehm empfanden, häuften sich die Beschwerden bei den Ortsgasversorgern über die ausstehende Preissenkung. Die Reaktion der Gaswirtschaft, die auf ein gutes Image bei den Abnehmern Wert legt, blieb nicht aus. Mehr und mehr Versorger verkürzen die Anpassungsfristen jetzt auf ein Vierteljahr.

Ein direkter Preisvergleich mit dem Heizöl fällt dem Verbraucher schwer. Er müßte berücksichtigen, daß die Gaspreise im vergangenen Jahr trotz der Erhöhung des Heizölpreises weitgehend stabil geblieben sind, daß sie also jetzt nicht so stark fallen müssen wie der Preis für Heizöl. Zeitweise lagen die Preise für leichtes Heizöl um bis zu einem Viertel über denen für Erdgas.

Berücksichtigt werden müßte auch, daß Ölheizer schon vor Monaten ihre Tanks füllten – und zwar zu Preisen, die höher lagen als heute. Vergleichbar ist lediglich der Erdgaspreis vom 1. Oktober mit dem, der dann auch für Heizöl gilt.

Aber auch generell sind solche Preisvergleiche problematisch. So hat zum Beispiel das Ifo-Institut bei einem Heizkostenvergleich herausgefunden, daß die reinen Brennstoffkosten beim Gas höher liegen können als bei Heizöl. Was aber, wenn der Verbraucher noch einen alten Heizkessel für Gas oder Öl betreibt, der bis zu 30 Prozent mehr Energie verbraucht als ein neuer Kessel?

Gefragt werden muß auch nach dem Wert des Heizkomforts, der Umweltverträglichkeit des eingesetzten Brennmaterials und nach dem Aufwand für dessen Lagerung. Diese Fragen sind relativ leicht zu beantworten, wenn man sich vor Augen hält, warum die Kohle sich vom Hausbrandmarkt verabschieden mußte.

Zähneknirschend schauen die Erdgasproduzenten auf den 1. Oktober, denn auch sie müssen – wie die Erdgaslieferanten – die Preise in dem erwähnten Ausmaß senken, was 1986 zu Einnahmeausfällen bei den ausländischen Gaslieferanten in der Größenordnung von vier Milliarden Mark führen wird. Die Preisgleitklauseln laufen also durch aller Verträge, vom Produzenten über die Ferngasgesellschaft bis zum Ortsgasversorger. Nur der private Gasverbraucher hat eine solche Klausel nicht. Er ist auf die „Gnade" seines Gaslieferanten angewiesen. Doch die funktioniert ausgezeichnet, dank des heftigen Drucks, den das Öl auf das Gas ausübt.

An die WELT ist auch die Frage herangetragen worden, ob die Sowjetunion nach so starken Devisenausfällen für ihr Gas überhaupt noch in der Lage sei, ihre Gasrohre zu bezahlen, die sie in der Bundesrepublik kaufte und durch die sie jetzt das Erdgas liefert.

Eine solche Frage unterstellt, daß das Gasgeschäft mit den Sowjets an das Röhrengeschäft gekoppelt wurde. Dies ist sowohl von den Röhrenherstellern als auch von der Gaswirtschaft immer wieder bestritten worden. Gestützt wird diese Behauptung durch die Tatsache, daß mit den Russen auch Gasverträge abgeschlossen wurden, ohne daß gleichzeitig Röhrenlieferungen zustande kamen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Sowjets mit Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft ihre Rechnungen aus internationalen Verträgen begleichen, was ihnen sicherlich schwerer fällt, wenn sie für ihr Gas ein Drittel weniger erlösen.

Die Volkswirtschaft sollte die niedrigere Gasrechnung nicht für ein Geschenk des Himmels halten, sondern für geliehenes Geld. Denn was sie jetzt weniger ausgibt, *können die Gasländer nicht bei der* Suche nach neuen Quellen einsetzen. Also ist die relative Verknappung programmiert – und damit der steigende Preis für Energie.

„Brasilien ohne IWF-Programm kreditwürdig"

cd. **Washington**

Die wirtschaftliche Lage Brasiliens beurteilt der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, so günstig, daß eine Kreditgewährung der Banken auch ohne ein auflagengebundenes Sanierungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) vertretbar erscheine. Herrhausen sieht darin kein Unterlaufen des IWF, sofern dieser dem internen Sanierungsprogramm des mit rund 100 Mrd. Dollar im Ausland verschuldeten Landes eine Art inoffizielles Gütesiegel aufdrückte, wenn die Maßnahmen in etwa den Vorstellungen des IWF entsprechen. Ohne den Zwang zur Unterschrift unter ein vom IWF beaufsichtigtes Sanierungsprogramm seien wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen innenpolitisch leichter durchzusetzen. Eine solche Strategie müsse auch nicht der Linie des Bundesfinanzministers widersprechen oder der des Bundesbankpräsidenten, der eine Schuldenregelung für Brasilien ohne Einschaltung des IWF ablehnt, um nicht die führende Position des IWF in der Schuldenstrategie zu schwächen.

Höhere Ausleihungen erlaubt

Minister rütteln an den Grundpfeilern der Weltbank

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Minister des *Entwicklungsausschusses* haben auf der Währungstagung in Washington einen Beschluß gefaßt, der einem Sakrileg gleichkommt: Erlaubt werden Verstöße gegen die alte Regel, wonach die Ausleihungen das Kapital und die Rückstellungen nicht übersteigen dürfen. Hintergrund ist, daß sich die die USA angesichts ihres enormen Haushaltsdefizits eine Erhöhung des Weltbank-Kapitals im kommenden Jahr nicht leisten wollen.

Nicht mehr tabu ist damit nun die sogenannte Gearing-Ratio. In den vergangenen Jahren sind alle Versuche, das Verhältnis der Ausleihungen zu Kapital und Rückstellungen von 1:1 zu verwässern, immer wieder zurückgewiesen worden. Dabei kämpften die Amerikaner und die Deutschen an vorderster Front, und zwar mit dem Hinweis, der Zugang der multilateralen Organisation zu den Kapitalmärkten dürfe nicht erschwert, die Bonität der Weltbank-Anleihen nicht angetastet werden. Nicht mehr bestimmen könne die Institution überdies die Konditionen, so daß höhere Zinsen gezahlt werden müßten.

Kritisch wird die Lage, wenn die neuen Darlehenszusagen der Weltbank im nächsten Jahr 15 (1985: 13,2) Mrd. Dollar erreichen. Vermutlich werden es wegen des großen Bedarfs an strukturellen Anpassungskrediten in den Schuldnerländern sogar 17 Mrd. Dollar sein. Unter diesen Umständen dürfte die Bank die fehlenden zwei Mrd. Dollar zusätzlich an den Märkten aufnehmen, ohne die im Statut vorgeschriebene Gearing-Ratio zu ändern.

Bis zum Beginn der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank galt als sicher, daß sich die Gouverneure auf eine Anhebung des Kapitals von 50 auf etwa 130 Mrd. Dollar, wovon nur ein geringer Teil eingezahlt worden wäre, einigen würden. Dafür hatte sich der neue Weltbank-Präsident Barber B. Conable kürzlich in einem Interview mit der WELT ausgesprochen; unterstützt wurde der Vorschlag von der Bundesrepublik Deutschland und praktisch allen anderen Mitgliedsstaaten. Unklar blieb nur die Position der USA.

Die Hoffnung auf eine normale Lösung in Form zusätzlichen Kapitals machte US-Finanzminister James Baker zunichte, als er eine Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt strikt ablehnte. Dabei verwies er darauf, daß die Reagan-Administration nach der anstehenden achten Wiederauffüllung der sogenannten Ida-Kasse, die Amerika über drei Jahre insgesamt 2,88 Mrd. Dollar kostet, den Kongreß nicht sofort wieder um Geld angehen könnte. Die International Development Association (Ida) versorgt die allerärmsten Staaten mit zinslosen Krediten.

In einem Gespräch mit deutschen Journalisten verteidigte der zuständige Bundesminister Jürgen Warnke den Vorstoß gegen die bisher verläßlichen Prinzipien damit, *daß der Rettungsanker nur kurzfristig – „für ein Jahr"* – ausgeworfen werde. Ob die USA jedoch schon dann einer Kapitalaufstockung zustimmen, ist nach den bisherigen Erfahrungen jedoch mehr als zweifelhaft.

Während die Vertreter der Entwicklungsländer insgeheim applaudierten und sich auch sonst still verhielten, kamen die Minister auch den Geschäftsbanken entgegen: Zwar wird die Weltbank nicht die Hälfte ihrer Neukredite an Mexiko garantieren. Bei ungünstigem Wirtschaftswachstum in dem mittelamerikanischen Land oder wieder sinkenden Ölpreisen können jedoch eine Mrd. Dollar, die projektgebunden sind, als B-Kredite eingestuft werden. Die Hälfte würde garantiert.

Erfolge am deutschem Markt

Französische Automobilindustrie ist wieder zuversichtlicher

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der 73. Pariser Automobilsalon, der morgen seine Pforten öffnet, steht unter günstigen Vorzeichen. Auch am französischen Markt, um den es hier in erster Linie geht, hat sich die Nachfrage inzwischen belebt. In den ersten acht Monaten stiegen die Pkw-Zulassungen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 5,2 Prozent, dabei um 16 Prozent im August. Für das Gesamtjahr wird jetzt mit mindestens *plus sieben Prozent gerechnet.*

Während die deutsche Automobilindustrie einen neuen Produktionsrekord ansteuert, wird die französische allerdings hinter ihrem Bestjahr 1983 bleiben und wohl auch das Ergebnis von 1984 nicht ganz erreichen. Dies liegt hauptsächlich an ihrer relativen Exportschwäche. Im 1. Halbjahr 1986 nahm die Pkw-Ausfuhr nur um 1,8 Prozent zu, wobei außerhalb *der EG und in Italien, dem größten* Auslandskunden, empfindliche Absatzverluste verbucht wurden.

Auf dem deutschen Markt dagegen wurden 25 Prozent mehr französische Wagen verkauft als in dem allerdings *sehr schlechten Vorjahresabschluß.* Das war vor allem dem großen Erfolg des Peugeot 205 zu verdanken. Die gesamte Peugeot-Gruppe (einschließlich Citroën) exportierte 40 Prozent *mehr Autos in die Bundesrepublik,* während der staatliche Renault-Konzern nur seinen bescheidenen Marktanteil von 3,7 Prozent behaupten konnte. Umgekehrt gewannen die meisten deutschen Marken in Frankreich weiter an Boden – auch dank der begrenzten japanischen Importe.

Hoher Ausländer-Anteil

Gleichwohl lag der Ausländeranteil in den ersten acht Monaten mit insgesamt 37,5 Prozent erheblich über dem der Bundesrepublik. Er hat sich allerdings in den letzten Monaten fühlbar abgeschwächt, was darauf hindeutet, daß die neuen nationalen Modelle bei den Franzosen gut ankommen. Stark bestellt wurden insbesondere der BX (Citroën) und der Renault 21. Auch konnte der R5 wieder den 205 überrunden. Jetzt hofft die Peugeot-Gruppe mit dem brandneuen Kleinwagen Citroën AX in Frankreich wieder an Boden zu gewinnen. Allerdings gehe auch hier der Käufertrend zum größeren Wagen, versicherte jedenfalls Renault-Präsident Georges Besse. Um dem *gerecht zu werden, brauche man aber* noch etwas Zeit.

Aus den roten Zahlen

Inzwischen ist die Peugeot-Gruppe aus den roten Zahlen gekommen. Nach einem Gewinn von 0,5 Mrd. Francs 1985 erwartet ihr Präsident Jacques Calvet für dieses Jahr einen Reingewinn von etwa zwei Mrd. Francs, während Renault seine spektakulären Verluste von 12,5 Mrd. Francs 1984 und 10,9 Mrd. Francs 1985 auf fünf bis sechs Mrd. Francs zu vermindern hofft.

Inzwischen hat die französische Automobilindustrie auch ihre Arbeitsproduktivität verbessert, vor allem durch die Verminderung der Belegschaft. Renault wird Ende dieses Jahrs nur noch 75 000 Mitarbeiter zählen gegenüber 100 000 Anfang 1985, als Georges Besse die Zügel ergriffen hatte. Der Peugeot-Konzern, der mit dem Belegschaftsabbau früher und energischer begonnen hatte, setzte in den letzten 2,5 Jahren 30 000 Mitarbeiter frei. Damit ist man aber wohl noch nicht am Ende.

Bis die finanzielle Lage der französischen Automobilindustrie den Standard ihrer wichtigsten ausländischen Konkurrenten erreicht hat, werden noch mindestens zwei bis drei Jahre vergehen, erklären die beiden Präsidenten übereinstimmend. Renault selbst erwartet erst für das letzte Quartal 1987 wieder einen Reingewinn.

Wieder Wachstum in Südafrika

Optimistische Konjunkturprognose der Zentralbank

VWD, **Johannesburg**

Südafrika befindet sich nach Überzeugung der Zentralbank des Landes auf dem Weg aus der seit vier Jahren anhaltenden Rezession heraus. In ihrem Quartalsbericht begründet die Reserve Bank diese positive Prognose mit einem erwarteten hohen Überschuß in der Leistungsbilanz für den Rest des Jahres, trotz der angedrohten internationalen Wirtschaftssanktionen. Auch im Hinblick darauf *sei die derzeitige Wirtschaftspolitik* vor allem auf eine Stimulierung der Binnenkonjunktur gerichtet.

Die Bank rechnet mit einem Rückgang der Netto-Kapitalabflüsse, wodurch Südafrika bessere Aussichten habe, seinem Schuldendienst für die Auslandsverbindlichkeiten nachzukommen und die Reserveposition im Ausland zu stärken. Das Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts befinde *sich auf einem leicht nach oben ge*richteten Kurs und wird für das zweite Quartal 1986 von der Zentralbank auf 1,5 Prozent veranschlagt, nachdem im ersten Quartal ein Rückgang hingenommen werden mußte. Allerdings blieb das Wachstum im zweiten Quartal dieses Jahres unter dem im zweiten Quartal 1984.

Gleichzeitig habe sich der Warenexport nennenswert beschleunigt und die Netto-Goldausfuhren hätten im zweiten Quartal den Überschuß in der Zahlungsbilanz auf ein Niveau von sechs Milliarden Rand – auf Jahresrate hochgerechnet – nach oben getrieben.

Die Stimmung in der Geschäftswelt habe seit Ende August vom Goldpreisanstieg und der Erholung des Rand gegenüber dem US-Dollar profitiert. Die Netto-Gold- und Devisenbestände der Zentralbank hätten sich im vergangenen Quartal um 500 Millionen Rand gegenüber dem Vorquartal erhöht.

Internationale Finanzen

H.WI. **Bonn**

Gill + Duffus Ltd.: Das Unternehmen kündigt seine Mitgliedschaft an der Londoner Metallbörse (LME) *zum 1. Oktober.* Die Zahl der Mitglieder hat sich damit seit Beginn der Zinnkrise auf 21 verringert.

st

Washington: Die Bear, Stearns and Co. hat alle ihre Stammaktien von Anderson, Clayton and Co. an Quaker Oats Co. verkauft.

TSB: Die Aktienemission der britischen Bankengruppe TSB PLC ist nach Angaben des Unternehmens achtfach überzeichnet.

New Brunswick: Die gleichnamige kanadische Provinz begibt 5,25prozentige Bonds über 100 Mill. sfr mit Fälligkeit 3. November 2006 zu pari.

Toronto: *Die Campeau Corp. hat* ihr Übernahmegebot an die Allied Stores Corp. von 58 auf 66 Dollar je Aktie erhöht.

Wien: Die österreichische Hauptstadt begibt eine Anleihe von 200 Mill. sfr mit Fälligkeit 17. Oktober 1996. Der Kupon wurde vorläufig auf 4,75 Prozent festgelegt.

Optionsanleihen: Zu pari begibt die Ishihara Sangyo Kaisha am Euromarkt eine Dollar-Optionsanleihe. Bei Fälligkeit 23. Oktober 1991 wird die Anleihe mit einem vorläufigen Kupon von 3,75 Prozent ausgestattet.

Banken: Die Nuovo Banco Ambrosiano hat ihren Gewinn vor Steuern im ersten Halbjahr 1986 auf 120 Mrd. Lire verdoppelt.

Aufruf zu stetiger Stabilitätspolitik

cd. **Washington**

Vor der Versuchung, unerwartete vorübergehende Schwierigkeiten mit einer an Nahzielen orientierten Politik der Feinsteuerung lösen zu wollen, warnte Jacques de Larosière, der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Eröffnung der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington. Unter Hinweis auf die mittelfristige Gefährdung der Stabilität durch eine derartige Politik in den 60er und 70er Jahren rief de Larosière zur Stetigkeit auf. Sie sei nötig, um die wichtigsten Ziele zu erreichen: Inflationsfreies Wachstum in den Industrieländern, Rückgewinnung von Wachstum, finanzielle Stabilität in den Entwicklungsländern und Stärkung des Weltwirtschaftssystems.

Nach dieser indirekten Kritik an der amerikanischen Ungeduld und an der wieder nachgiebigen Politik des IWF, die wohl der Hauptgrund für de Larosières Rücktritt ist, forderte der IWF-Chef die USA auf, im Interesse der Weltwirtschaft die angekündigte Reduzierung des Haushaltsdefizits in die Tat umzusetzen. In vorsichtiger Form empfahl er den Ländern mit Zahlungsbilanzüberschüssen eine auf anhaltendes Binnenwachstum ausgerichtete Politik.

Seine Äußerungen zur Strategie zur Bewältigung der sich wieder schärfer akzentuierenden Schuldenkrise waren überschattet vom Scheitern der Bemühungen, rechtzeitig zum Tagungsbeginn das Kreditpaket für Mexiko zu präsentieren. Er appellierte an die Privatbanken, die gemeinsamen Anstrengungen der Entwicklungsländer und des IWF nicht *zu torpedieren. Die Schuldnerländer* forderte der IWF-Chef auf, mit realistischen Zinsen und Wechselkursen und einer Beschneidung zu hoher öffentlicher Defizite die Basis für verstärkte Investitionen zu schaffen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Atempause

Berlin (tb) – Die Wachstumsraten in der Berliner Elektroindustrie haben sich in diesem Jahr abgeschwächt. Der Vorsitzende des Verbundes der Berliner Elektroindustrie, Peter Schweizer, sprach von einer Atempause. Schon für 1987 rechnet er wieder mit höheren Zuwachsraten. Die Produktion dieses Berliner Industriezweiges stieg im 1. Halbjahr um 1,5 Prozent auf 4,3 (4,2) Mrd. DM, der Kundenumsatz um 1,9 Prozent auf 2,4 (2,3) Mrd. DM.

Technologie-Gründungen

Nürnberg (VWD) – Als erste Industrie- und Handelskammer in der Bundesrepublik bietet die IHK Nürnberg ein Unternehmensgründungsseminar speziell für den Technologieorientierten Bereich an. Das dreitägige erste Seminar findet vom 3.bis 5. Dezember im Innovations- und Gründerzentrum Erlangen statt.

AHC auf Expansionskurs

Düsseldorf (Py.) – Einen Umsatz von 50 Mill. DM erwartet die AHC Oberflächentechnik Friebe & Reinighaus GmbH & Co. KG, Kerpen bei Köln, mit ihren Tochtergesellschaften für das laufende Jahr. Damit wird der – nach eigenen Angaben – „deutsche Marktführer der funktionellen Galvanotechnik" das Geschäftsergebnis 1985 um mehr als 10 Prozent übertreffen. Gleichzeitig hat sich in den 4 Werken des Unternehmen die Beschäftigtenzahl um 50 auf 300 erhöht. Die Gewinnerwartungen seien „zufriedenstellend".

Plus bei Saint-Gobain

Paris (VWD) – Auf 37,294 (31,027) Mrd. Franc erhöhte sich der konsolidierte Umsatz der zur Privatisierung anstehenden Saint-Gobain S. A. im ersten Halbjahr 1986. Die Zunahme sei auf die erstmalige Einbeziehung der Ergebnisse der Société Générale d'Entreprises, der britischen Stanton-Tochter und der norwegischen Gulfiber Isolar zurückzuführen. Ohne Brücksichtigung dieser Änderung wäre der konsolidierte Umsatz um 10,9 Prozent gestiegen.

Hollinde & Boudon

***Düsseldorf** (J. G.) – Armin Gaiser* bisher Verkaufsdirektor der Krupp Stahl AG, Bochum, wird zum 1. Oktober weiterer Geschäftsführer der Hollinde & Boudon KG, Dortmund, und löst Karl-Otto Weber ab, der Ende März 1987 in den Ruhestand geht.

Babcock kauft Omnical

Oberhausen (VWD) – Die Deutsche Babcock Werke AG, Oberhausen, übernimmt zum 1. Oktober 1986 den Werksbereich Omnical der Buderus AG, Wetzlar, samt seiner Belegschaft. Das Bundeskartellamt hat der Übernahme zugestimmt.

Anorganica geteilt

Leverkusen (VWD) – Der Vorstand der Bayer AG, Leverkusen, hat beschlossen, den Geschäftsbereich Anorganica per 1. Oktober 1986 in Anorganische Chemikalien (AC) sowie Pigmente und Keramika (PK) aufzuteilen.

Zusammenarbeit geplant

Brüssel (AP) – Acht führende europäische Computerhersteller haben die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft vereinbart, um eine internationale Standardisierung ihrer Produkte zu erreichen. An dem Abkommen, das morgen in Brüssel offiziell vorgestellt werden soll, sind Siemens und Nixdorf, die italienischen Unternehmen Olivetti S. P. A. und Stet, Bull und Thomson aus Frankreich, Philips und ICL beteiligt.

OECD empfiehlt nun restriktiveren Kurs

Inflationsrate in der Türkei bei 30 Prozent – Industrieproduktion weiter gewachsen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Wirtschaftslage der Türkei bessert sich, stellt die OECD fest. Aber es bleibt noch viel zu tun, bis die durch bedeutende Auslandskredite (vor allem der Bundesrepublik) unterstützte Stabilisierungspolitik die gewünschten *Erfolge* bringen kann. Nach einer zweijährigen starken Expansion empfiehlt die OECD Ankara jetzt einen restriktiveren Kurs, um die Inflationsrate von immer noch 30 Prozent zu dämpfen. Im letzten Jahr hatte sie 43 Prozent erreicht.

Dieser (relative) Fortschritt wurde bei einer verstärkten Expansion der Wirtschaft erzielt, deren Rate für 1986 *auf real 6, 5 (5,1) Prozent veranschlagt* wird. Die Industrieproduktion der Türkei dürfte sich um sechs bis sieben (nach 2,8) Prozent erhöhen und die Industrieerzeugung um mindestens zehn Prozent. Gleichzeitig verbesserte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes, da der Preisanstieg durch laufende Abwertungen mehr als ausgeglichen wurde.

1986 wird die Türkei insbesondere mehr Textilien in die EG exportieren können, da diese ihre Einfuhrkontingente erweitert hat. Dagegen ist es um die Ausfuhr in die beiden kriegführenden Nachbarländer Irak und Iran nach wie vor sehr schlecht bestellt. Auch muß die Türkei aufgrund der mit diesen sowie mit Libyen getroffenen Sonderabkommen für seine Öleinfuhr mehr als die Weltmarktpreise bezahlen. Sie hat deshalb aus dem Ölpreisverfall *relativ geringen* Nutzen gezogen.

Trotzdem dürfte das türkische Handelsbilanzdefizit 1986 auf 2,60 (2,98) Mrd. Dollar zurückgehen, womit es aber immer noch sechs Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen würde. Der Passivsaldo der Leistungsbilanz wird von den OECD-Experten auf 1,20 (1,01) Mrd. Dollar veranschlagt. Diese Verschlechterung erklärt sich vor allem aus den 1980 vereinbarten steigenden Tilgungsraten für die vier Mrd. Dollar ausländischer Bankkredite.

Die gesamten Auslandsschulden der Türkei belaufen sich auf 18 Mrd. Dollar. Um sie auf ein erträgliches Maß zurückzubringen, empfiehlt die OECD weitere Erleichterungen für ausländische Direktinvestitionen. Obwohl die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft und des Kapitalverkehrs bereits wesentliche Fortschritte gemacht hat, blieben die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland mit rund 100 Mill. Dollar im Jahr sehr bescheiden. Offensichtlich beurteilen ausländische Investoren die türkischen Wirtschaftsperspektiven noch sehr zurückhaltend, heißt es in dem Bericht.

Immerhin hat das Budgetdefizit auch dank verschiedener Privatisierungsmaßnahmen inzwischen zwei Prozent des Sozialprodukts unterschritten. Aber die Staatsausgaben werden bei weiter steigender Arbeitslosigkeit und wegen des enormen Bedarfs an Infrastruktur-Investitionen wieder zunehmen. Nachdem die Türkei die Mehrwertsteuer eingeführt hat, empfiehlt die OECD jetzt auch die komplette Steuerfreiheit für den bedeutenden Agrarsektor.

Ein Entwicklungsland wie die Türkei kann nicht nach den Maßstäben der hochindustrialisierten OECD-Staaten gemessen werden. Das gilt insbesondere für die Inflationsrate. Deshalb hebt der Bericht lobend hervor, daß die Türkei in einer Zeit, in der andere Entwicklungsländer ihren Protektionismus verstärken, die Einfuhren (etwas) liberalisiert hat und ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland pünktlich nachgekommen ist.

Produktion auf vollen Touren

Kühlerfabrik Behr setzt auf weitere Energieeinsparung

nl, Stuttgart

Bei der Süddeutsche Kühlerfabrik Julius Fr. Behr GmbH & Co. KG, Stuttgart, läuft die Produktion auf anhaltend hohen Touren, obwohl – wie es in einer Mitteilung des Unternehmens heißt – „strukturelle Veränderungen ausgeglichen werden mußten". Die Notwendigkeit, das umfangreiche Investitionsprogramm fortzuführen, bleibe unverändert bestehen. Hierunter fallen der bereits begonnene Werksneubau, verbesserte Herstellungsverfahren sowie die Entwicklung neuer Produkte zur Marktreife. Behr setze auf weiteres Wachstum bei Wärmeübertragung, Energieeinsparung und Umweltschutz. In der ersten Jahreshälfte 1986 lag beim Stammhaus der Umsatz um drei Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit, für das ganze Jahr rechnet man mit einem Umsatz in der Größenordnung des Vorjahres.

Im Geschäftsjahr 1985 hat dieser namhafte Kühlerbauer den Umsatz um 15,4 Prozent auf 1,07 Mrd. DM gesteigert, in der gesamten Behr-Firmengruppe vergrößerte sich der konsolidierte Umsatz um 16,4 Prozent auf 1,27 Mrd. DM. Trotz des erheblichen Umsatzzuwachses habe der Vorjahresertrag nur knapp gehalten werden können. Aufgrund der Marktsituation sei es nicht möglich gewesen, die Verkaufspreise gemessen an den Kostensteigerungen anzuheben. Auch seien überproportionale Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entstanden.

Vom Umsatz des Stammhauses entfielen 45 Prozent auf die Motorenkühlung und 49 Prozent auf Produkte für die Kraftfahrzeugklimatisierung. Knapp ein Viertel des Gruppenumsatzes wurde im Auslandsgeschäft hereingeholt. Die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verbuchten einen Umsatz von insgesamt 350 Mill. DM (plus 22 Prozent). Investiert wurden im Stammhaus im Berichtsjahr 57 (41) Mill. DM und abgeschrieben 32 (31) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote macht stolze 56 Prozent der Bilanzsumme aus. In den deutschen Werken der Stammfirma nahm die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um acht Prozent auf fast 5600 Mitarbeiter zu, weitere 2000 Beschäftigte sind bei den Töchtern tätig.

„Keine Technologielücke"

Sparberg: Forschung braucht sich nicht zu verstecken

dpa/VWD, Münster

Die deutsche Forschung braucht sich im internationalen Vergleich nicht zu verstecken. Deshalb trifft nach Auffassung des Vorsitzenden der IBM-Geschäftsführung Deutschland, Lothar F. W. Sparberg, die Behauptung auch nicht zu, zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland klaffe „eine generelle Technologielücke". Mit 55 Mrd. DM im letzten Jahr könne auch von einem mangelnden Forschungsaufwand nicht die Rede sein. Bei einem Forum der IHK in Münster wies Sparberg gestern jedoch auf Schwierigkeiten bei Kontakten zur Wirtschaft und unter den einzelnen Disziplinen hin.

Als vordringlich für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den 90er Jahren bezeichnete der IBM-Chef „verstärkten Praxisbezug von Wissenschaft und Forschung". Ferner seien offene Märkte Grundvoraussetzung für den Erfolg technologieorientierter Unternehmen und damit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit insgesamt. Es nütze aber auch nichts, eine gemeinsame „Bastion Europa-Mentalität" gegen nationalstaatliche Interessen einzutauschen, warnte Sparberg. „Vielmehr muß Europa in den 90er Jahren mit Offensivgeist Weltmarktpräsenz zeigen und für Weltstandards und Liberalisierung eintreten."

Gefordert sei auch Flexibilität, die neue Dienstleistungssektoren wie Beratungsunternehmen, Grafik- und Medienbüros oder Forschungsinstitute erst ermögliche. Wer aber für neue Unternehmen und Branchen eintrete, sagte Sparberg, müsse auch für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen. Angesichts der Internationalisierung der Märkte sei die wettbewerbsverzerrende Steuerbelastung der deutschen Unternehmen zu senken, die eine ausreichende Kapitalbildung verhindere.

Paul Hammers besteht 75 Jahre

JB. Hamburg

Die Paul Hammers GmbH, Hamburg, besteht in diesen Tagen 75 Jahre. Das Bauunternehmen, dessen Anteile heute vom Geschäftsführer Dieter Kremser gehalten werden, gehört zu den wenigen mittelständischen Firmen der Branche, die über drei Generationen in Familienbesitz geblieben sind. Hammers beschäftigt gegenwärtig rund 300 Mitarbeiter und erreicht pro Jahr einen Umsatz von 40 bis 45 Mill. DM.

Die Geschichte der Baufirma ist bewegt. Der Gründer Paul Hammers führte das Unternehmen von kleinsten Anfängen durch zwei Weltkriege. Während des Wirtschaftsaufschwungs wuchs die Firma in eine Größenordnung von 3000 Mitarbeitern und rund 250 Mill. DM Bauvolumen. Als Mitte der siebziger Jahre dieser Markt zusammenbrach, begann für Hammers eine schwierige Konsolidierungsphase. Bis 1978 wurde der Betrieb wesentlich verkleinert und die Rechtsform der AG aufgegeben. Die Bauaktivität umfaßt heute in erster Linie den Hochbau für Industrie und das Dienstleistungsgewerbe. Die zur Zeit rege Tätigkeit im Wirtschaftsbau hat bei Hammers zu einem Auftragsbestand von 30 Mill. DM geführt. Als unbefriedigend wird allerdings das Preisniveau bezeichnet, das allenfalls eine Kostendeckung erlaube.

Beitragsplus für Feuerkasse

zy, Hamburg

Die Hamburger Feuerkasse (HF), der älteste Sachversicherer der Welt, hat erstmals in seiner 310jährigen Geschichte die 100-Millionen-Mark-Grenze bei den Beiträgen überschritten. Wie Direktor Wolfgang Poppelbaum gestern in Hamburg bei der Vorlage des Geschäftberichts 1985 mitteilte, stieg das Beitragsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent auf 101,7 Millionen Mark. Daran war vor allem das selbstabgeschlossene Geschäft mit der 3,1 Prozent erhöhten Einhebungszahl und teilweise erhöhten Beitragszuschlägen sowie die übernommene Rückversicherung mit einem höheren Zeichnungsanteil als 1984 beteiligt. Die Anzahl der Pflichtversicherungen – die HF ist Pflichtversicherer mit Beitrittszwang für Gebäude und Nebenanlagen innerhalb Hamburgs und versichert diese gegen Feuer, Sturm, Hagel und Luftfahrzeugschäden – stieg bedingt durch die geringe Neubautätigkeit nur verhalten um 0,9 Prozent auf 198 006 Verträge.

Zwar ging in der Feuerversicherung die Schadenszahl um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 2435 zurück, die Schadenaufwendungen erhöhten sich dagegen um 20,4 Prozent auf 57,5 Millionen Mark. Die 63 Großschäden, je über 150 000 Mark, erforderten Schadenaufwendungen von 26,8 Millionen Mark.

Konsolidierung abgeschlossen

Martin Brinkmann „ein völlig neues Unternehmen"

JAN BRECH, Hamburg

Die Martin Brinkmann AG, Bremen, die mehrheitlich zum Internationalen Rothmans-Konzern gehört und viertgrößter deutscher Zigarettenhersteller ist, hat im Berichtsjahr 1985/86 (31. März) die schwierige Konsolidierungsphase abgeschlossen und stellt sich nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Werner E. Klatten als „völlig neues Unternehmen" dar. Im finanziellen Bereich sind die Konzernbeteiligungen ausgegliedert und im Produktionsbereich die Fertigung in Berlin konzentriert worden. In Bremen dürfte auf mittlere Sicht nur noch die Kartonagen- und Feinschnittfertigung verbleiben.

Den Weg, den Brinkmann hinter sich gebracht hat, verdeutlichen vier Kennziffern. In den letzten fünf Jahren ist der Zigarettenabsatz um 25 Prozent zurückgegangen und hat sich der Verkauf von Rauchtabak auf 2868 Tonnen halbiert. Die Zahl der Mitarbeiter sank von 4340 auf inzwischen 1890, und das Anlagevermögen schrumpfte von gut 500 Mill. DM auf 81 Mill. DM. Allein die Finanzanlagen gingen von 350 auf 14 Mill. DM zurück. Als Gegenposten stehen in der Bilanz jetzt allerdings 684 Mill. DM Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, die Brinkmann im Berichtsjahr fast 44 Mill. DM Zinsen einbrachten. Erste Stabilisierungserfolge im eigentlichen Geschäft haben nach herben Verlustjahren zum erstenmal auch wieder ein positives Betriebsergebnis bewirkt.

An die Rothmans Deutschland GmbH, Berlin, werden insgesamt 56,9 Mill. DM abgeführt. Der im Vorjahr ausgewiesene Überschuß von 87 Mill. DM stammte ausschließlich aus außerordentlichen Erträgen. Rendite und Marktentwicklung hält Klatten jedoch für unbefriedigend. Der Zigarettenabsatz von Brinkmann ging um 6,1 Prozent auf 13,9 Mrd. Stück zurück, der Marktanteil sank von 12,6 auf 11,8 Prozent. Die wichtigste Marke Lord Extra rutschte im Jahresdurchschnitt 1985 auf 6,37 Prozent ab.

Probleme hatte Brinkmann außerdem bei Feinschnitt, wo der Marktanteil von 20,9 auf 17,1 Prozent zurückging, und bei Pfeifentabak, wo sich der Marktanteil zwar von 12,9 auf 13,8 Prozent verbesserte, das Ergebnis aber rot blieb. Die beiden Rauchtabak-Sparten machen vom Brinkmann-Bruttoumsatz, der für das Berichtsjahr mit 2,36 Mrd. DM ausgewiesen wird, knapp zehn Prozent aus. In diesem Geschäftsjahr sollen die Marktanteilsverluste durch präzisere Markenführung gestoppt und neue Marken im Rahmen langfristiger Konzepte entwickelt werden.

Bremer Vulkan stockt das Grundkapital auf

ww. Bremen

Die außerordentliche Hauptversammlung der Bremer Vulkan AG hat beschlossen, das Grundkapital von 154 Mill. auf 222 Mill. DM zu erhöhen, wobei der Ausgabekurs 220 Prozent beträgt. Die neuen Aktien werden zunächst von der Hanseatischen Industrie-Beteiligungen GmbH (Hibeg), die dem Land Bremen gehört, übernommen.

Die Hibeg stellt nach den Worten des Vulkan-Vorstandsvorsitzenden Norbert Henke einen langfristigen zinsgünstigen Kredit in Höhe von 150 Mill. DM bereit, mit dem sich die Liquidität stark verbessert. Insgesamt fließen dem Bremer Vulkan aus der Kapitalerhöhung und dem Aufgeld rund 150 Mill. DM zu, wodurch die Eigenmittel rund 400 Mill. DM betragen. Damit ist der Vulkan der kapitalkräftigste Schiffbaubetrieb.

Eine Gruppe freier Aktionäre, die nach Angaben ihres Sprechers eine Schachtel von 25,1 Prozent hält, ließ die geplante Übernahme der Bremerhavener Seebeckwerft in den Bremer Werftenverbund platzen; die Hibeg sollte ihre Anteile von 89 Prozent für den symbolischen Preis von einer Mark an die Bremer Vulkan AG abgeben, um die Wettbewerbsstellung zu verbessern. Jetzt soll es nur noch zu einer Kooperation kommen. Als zweite Bedingung handelte die Gruppe unmittelbar vor Beginn der Hauptversammlung aus, daß die Hibeg ihre neuen Anteile den freien Aktionären im Verhältnis von 4:1 anbieten muß.

Außerdem erklärte Henke, daß nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen über Fördermaßnahmen mit Bund und Ländern der Bremer Schiffbau mit staatlichen Strukturbeiträgen zwischen 100 und 150 Mill. DM rechnen kann.

„Uns kann keiner bezahlen"

Max Bahr Heimwerkermärkte mit Selbstbewußtsein

JAN BRECH, Hamburg

Gerüchte, nach denen die Schaper-Gruppe die Max Bahr Holzhandlung (GmbH & Co.) KG, Hamburg, demnächst übernehmen wird, hat der geschäftsführende Hauptgesellschafter Peter Möhrle ins Reich der Fabel verwiesen. Derartige Spekulationen, von interessierter Seite immer wieder lanciert, „perlen inzwischen an uns ab", meint Möhrle. Eher sei schon möglich, daß Max Bahr, mit einer Kette von zur Zeit 37 Bau- und Heimwerkermärkten einer der Großen der Branche, als Käufer am Markt auftrete. „Uns kann ohnehin keiner bezahlen", fügt Möhrle hinzu.

Hintergrund solch ausgeprägten Selbstbewußtseins ist ein stetig gewachsenes, kerngesundes Unternehmen, das im Geschäftsjahr 1985/86 (28. Februar) den Umsatz um 9,7 Prozent auf 351 Mill. DM gesteigert hat und nach eigenen Angaben eine Netto-Rendite von knapp zehn Prozent erreichte. Alle Märkte mit zusammen fast 100 000 Quadratmeter Verkaufsfläche schrieben schwarze Zahlen und erwirtschafteten einen Cash-flow von 34 Mill. DM, erklären Möhrle sowie seine Mitgeschäftsführer Peter Baron von le Fort und Manfred Schönbach.

Wichtigstes Merkmal der Solidität von Max Bahr ist dabei, daß von den insgesamt 37 Märkten 35 auf eigenem Grund und Boden stehen. Die Immobilien werden in der erstmals publizierten Bilanz mit 104 Mill. DM ausgewiesen. Dem Anlagevermögen von 114 Mill. DM stehen knapp 60 Mill. DM eigene Mittel gegenüber, die mehr als 30 Prozent der Bilanzsumme ausmachen.

Das haftende Kapital, das kontinuierlich um 2,5 Mill. DM pro Jahr erhöht wird, erreicht 18 Mill. DM und an Sonderposten mit Rücklagenanteil (in erster Linie Sonderabschreibungen) weist Max Bahr 12 Mill. DM aus. In den kurzfristigen Verbindlichkeiten sind außerdem Gesellschafter-Guthaben enthalten, die mehr als 30 Mill. DM ausmachen dürften.

Um den weiteren Ausbau des Filialnetzes sicherzustellen, so erklärt Möhrle, hätte Bahr regelmäßig 15 Standorte „in Arbeit". Im Berichtsjahr sind zwei Märkte mit zusammen mehr als 6000 Quadratmeter Verkaufsfläche hinzugekommen, Ende dieses Jahres wird ein weiterer in Hildesheim eröffnet. Setzt sich das kontinuierliche Wachstum bei Max Bahr fort, dürfte die Gruppe in zehn Jahren in eine Umsatzgröße von rund 1 Mrd. DM stoßen.

Die Entwicklung von Umsatz und Ertrag in diesem Jahr vollzieht sich nach Angaben von Möhrle planmäßig. Anvisiertes Ziel sind knapp 400 Mill. DM bei unveränderter Rendite und 40 Mill. DM Cash-flow. Das Wachstum speist sich dabei aus einem riesigen Marktpotential. Für „Do it yourself" werden im Bau- und Heimwerkerbereich zur Zeit fast 30 Mrd. DM ausgegeben.

Die Umsatzentwicklung bei Max Bahr in den beiden letzten Jahren läßt nach den stürmischen Zuwachsraten der früheren Jahre gleichwohl eine „schöpferische Pause" erkennen. Das Unternehmen sei an spektakulären Umsatzsprüngen nicht interessiert, sondern an einem langfristigen Erhalt und Ausbau der Marktanteile, betont von le Fort. Den „Run" auf Standorte, dem sich die Branche gegenwärtig hingibt, mache Bahr nicht mit. Wenn man kurzfristig den richtigen Standort nicht finde, nehme man sich halt Zeit, erklärt Möhrle.

Zuversicht im Mittelstand

Die Investitionsbereitschaft ist kräftig gestiegen

sz. München

Mit Zuversicht können die mittelständischen Unternehmen in der Bundesrepublik ihrer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in nächster Zeit entgegensehen. Nachdem sich ihre insgesamt recht zufriedenstellende Lage im Verlauf dieses Jahres schon stetig verbessert hat, dürfte sich diese Tendenz auch mittelfristig fortsetzen. Selbst die in einigen Branchen immer noch vorhandenen „Nachzügler" des konjunkturellen Aufschwungs werden nach und nach ebenfalls in eine Erholungsphase eintreten. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, aufgrund einer Befragung von 5733 Firmen (mit 20 bis 500 Beschäftigten) aus insgesamt 19 Wirtschaftsbereichen.

Als „das beste Ergebnis seit 1980" bewertete Helmut Rödl, Geschäftsführer der Creditreform, daß diesmal 83,5 (74,3) Prozent aller Befragten ihre derzeitige Auftragslage und 79,9 (71,1) Prozent als gut bis befriedigend bewerteten. Positiv niedergeschlagen hat sich der allgemeine Konjunkturaufschwung auch in der Umsatzentwicklung des laufenden Jahres: Hier berichteten 43,2 (36,3) Prozent der Firmen von gestiegenen und 44,0 (38,8) Prozent von zumindest gleich gebliebenen Umsätzen. Gesunken sind sie dagegen nur bei 12,1 (24,1) Prozent.

Zuversicht dokumentiert auch die Investitionsbereitschaft des „industriellen Mittelstandes". 57,8 (47,2) Prozent aller Unternehmen gaben diesmal an, Neuanschaffungen innerhalb der nächsten sechs Monate vornehmen zu wollen, wobei 32 Prozent aller Befragten dafür mehr Geld als vor Jahresfrist einsetzen werden. Auf dem ersten Platz (36,3 nach 39,0 Prozent) rangieren dabei Ersatzinvestitionen vor Rationalisierungsmaßnahmen (30,4 nach 30,1 Prozent) und Erweiterungsvorhaben (21,5 nach 26,1 Prozent). Zurückhaltender ist man da allerdings hinsichtlich der Ertragsentwicklung: Zwar rechnen 23,6 (10,8) Prozent der Firmen mit Zuwachsraten, aber 52,1 (49,4) Prozent gehen von gleichbleibenden Erträgen aus.

Kontinuität signalisiere die Personalentwicklung. Nachdem 30 (21,1) Prozent der Unternehmen die Zahl ihrer Mitarbeiter aufgestockt oder unverändert (44,3 nach 56,6 Prozent) belassen haben, werden fast ¾ aller Befragten diesen Bestand auch in den nächsten sechs Monaten halten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Bioteco medizinische Geräte u. Praxisausstattungen GmbH; **Duisburg:** Heinz Fuchs, landwirtschaftliches Unternehmen, Mülheim /Ruhr; **Gelsenkirchen:** Tapeten-Studio-Ullmann GmbH; **Heidelberg:** Copyteam Kopiergeräte Vertriebs GmbH, Edingen; **Kleve:** Hartmut Pursche, Schreiner, Wachtendonk; **Köln:** Nachl. d. Josefine Bröck.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: DIBAU-KG Mundhenke u. Gerlach Bauingenieure.

PERSONALIEN

Dr. Werner Dräger, Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, vollendete am 29. September sein 75. Lebensjahr.

Dr. Richard Schulte, früherer Vorstandsvorsitzer der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), Dortmund, ist am 23. September 1986 kurz nach Vollendung seines 79. Lebensjahres gestorben.

Aktien teilweise erholt

Dollar-Hoffnungen beflügeln die Kurse

Die sich schon am Schluß der Montagbörse abzeichnende stabilere Aktientendenz blieb am Dienstag vorherrschend. Hoffnungen, daß sich der Dollar oberhalb von 2 DM einpendeln wird, führten insbesondere in den Aktien exportabhängiger Unternehmen zu Kursanhebungen.

Zu einer deutlichen Kurserholung kam es bei den Fahrzeugwerten. VW wurde im Verlaufe um 10 DM heraufgesetzt. Das Bezugsrecht stieg auf 22,50 DM. Am 6. Oktober sollen die vom Bund und vom Land Niedersachsen nicht bezogenen Vorzugsaktien öffentlich zu einem Wert angeboten werden, der um etwa 10 Prozent unter dem dann notierten Kurs der Stammaktien liegt. Bei den Banken vollzog sich der Wiederanstieg der Kurse uneinheitlich. Die hier vorherrschende Unsicherheit geht weniger auf die Dollar- als auch auf die Zinsentwicklung zurück. Auslandskäufe haben nach Aussagen der Banken wieder bei Nixdorf SEL und PKI vorgelegen. Auch für Henkel, Springer und Linde zeigten Ausländer zeitweise Interesse. Dabei stellt sich heraus, daß die Märkte auf der jetzt erreichten Kursbasis sehr eng geworden sind und der Handel im allgemeinen zähflüssig blieb. Einen Schwächeanfall erlitten MAN-Stammaktien, die um 12 DM zurückgesetzt wurden. Stabil die Titel der Großchemie, dabei eine Vorliebe für BASF, die mit dem gestiegenen Ölpreis in Zusammenhang gebracht wird.

Nachbörse: erholt

DW-Akt.Ind.: 269,85 (266,71)
DW-Ums.Ind.: 2862 (2591)
Adv.-decline-Zahl: 130 (57)
38-Tg-Linie: 279,36 (279,87)
200-Tg-Linie: 279,80 (278,88)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

	30.9.	29.9.
ACF Holding	59,9	59
Aegon	92,1	92,2
Akzo	144,8	142,5
Alg. Bk. Nederl.	547,5	540
Amev	74,3	74,5
Amro Bank	94,2	93,5
Berkel's Patent	38,5	38,5
Bijenkorf	120	119,5
Bols Lucas	156,5	156,5
Bredero	122	132
Buehrmann	204,5	201
Desseaux	166	165,5
Fokker	62	61,1
Gist Brocades	46,2	46,3
Océ-v. d. Grinten	529	525
Hagemeijer	72,1	72,2
Heineken Bierbr.	172	169
KLM	45,5	44,1
Hoogoven Kon.	59	57,3
Nationale Ned.	80,8	80,8
Ned. Lloyd Groep	171	170,2
Ommeren van	36	36
Pakhoed	64,3	61,2
Philips	53,3	52,6
Rijn-Schelde	–	–
Robeco	92,3	92,2
Rolinco	83	83
Rorento	50	50
Royal Dutch	207,6	199,5
Credit Lyonnais Bk.N	86	85,5
Unilever	474,5	471
Ver. Masch.	28,2	28,5
Volker Stevin	30,9	30,5
Index ANP/CBS	261,30	258,60

Brüssel

	30.9.	29.9.
Arbed	2145	2175
Brux. Lambert	3530	3550
Cockerill Ougrée	132	150
Ebes	4680	4725
Gevaert	6100	6200
Kredietbank	16925	16950
Pétrofina	9060	9190
Soc. Gén. d. Belg.	3005	3050
Sofina	11100	11425
Solvay	7700	7700
UCB	8150	8490
Index	3801,54	3855,34

Hongkong

	30.9.	29.9.
China Light + P.	18,3	18,3
Hongkong Land	7,05	6,75
Hongk. + Sh. Bk.	7,4	7,3
Hongk. Teleph.	12,3	12,4
Hutch. Whampoa	35,75	36
Jard Matheson	14,9	14,9
Swire Pac. + A +	14,7	14,7

Kopenhagen

	30.9.	29.9.
Den Danske Bank	274	278
Jyske Bank	490	495
Kopenh. Handelsbk.	253	257
Novo Industri	225	234
Privatbanken	244	246
Ostasiat. Komp.	185	189
Dan. Sukkerfabr.	357	363
For. Bryggerier St.	990	1000
Kgl. Porc. Fabr.	360	370

London

	30.9.	29.9.
All. Lyons	300	298
Anglo Am. Corp.	1475	1500
Anglo Am. Gold	7450	7500
Babcock Int.	166	163
Barclays Bank	464	464
Beecham Group	390	381
Bowater	315	283
B.A.T. Industries	448	443
Bowthorpe Hldgs.	552	545
BLOC Int.	310	313
British Petroleum	668	655
British Aerospace	440	431
British Telecom	180	182
Britoil	127	113
BTR	288	283
Burmah Oil	355	348
Cable Wireless	282	277
Cadbury Schweppes	172	172
Charter Cons.	263	263
Cons. Gold. Fields	574	572
Cons. Murchison	173,75	200
Courtaulds	280	281
De Beers	720	725
Distillers	678	678
Driefontein	1618,75	1618,75
General Electric	166	160
Guinness	310	310
Hawker Siddeley	433	421
ICI	1064	1060
Imperial Group	–	–
Lloyds Bank	412	409
Lonrho	209	211
Marks & Spencer	195	185
Midland Bank	537	537
Nat. Westminster	514	512
Plessey	168	162
Reckitt & Colman	792	792
Rio Tinto-Zinc	629	632
Rover Group PLC	30	31
Rustenburg Plat.	1150	1163
Shell Transp.	913	901
Thorn Emi	451	451
TI Group	407	409
Trusthouse Forte	150	148
Unilever	1820	1780
Unitech	173	173
Vickers	380	386
Woolworth	600	595
Financial Times	1226,70	1214,70

Luxemburg

	30.9.	29.9.
ARBED	2170	2170
Arico	122	122
Audiofina	5650	5600
Bque. Gen. du Lux.	16300	16300
Bque. Int. du Lux.	15000	15000
Belgo Mineira St.	0,14	0,14
Cegedel	3520	3550
Kredietbank Lux.	18000	18000
PAN Holding	–	11350
SCI Techn.	630	640
SEO	800	800

Madrid

	30.9.	29.9.
Banco de Bilbao	1190	1250
Banco Central	832	832
Banco Popular	1299	1300
Banco de Santander	840	852
Banco de Vizcaya	1510	1540
Citroën España	–	495
Const. Aux. Ferro	160	163
Cros	155	160
Cubiertas	–	430
Dragados	378	354
Duro Felguera	530	535
El Aguila	305	304
Esp. del Zink	300	310
Esp. Petróleos	369	376
Unión Fénix	2090	2016
Fecsa	87	85,5
Hidroeléctr. Esp.	121,75	124
Iberduero	170,25	174,5
Macosa	98	96,2
Papelera	243	251
Seda de Barcelona	–	425
Sevillana de El.	129	129,75
Telefónica	184	189,5
Unión Eléctrica	106	105,5
Explosivos RT	233	236,25
Urbis	347	358
Vallehermoso	373	–
Index	197,91	199,23

Mailand

	30.9.	29.9.
Bastogi	685	679
Benetton Group	16000	16350
Dalmine	490	500
Farmitalia C. Erba	12640	12880
Fiat	14980	15170
Fiat Vz.	9100	9350
Gemina	3170	3170
Generali	112200	112400
IFI Vz.	30600	31400
Italcementi	79990	80900
Lloyd Adriatico	29500	28600
Magneti Marelli	4780	4770
Mediobanca	253000	254500
Mondadori A.	10690	10790
Montedison	3465	3500
Mira Lanza	38150	39000
Banco Ambrosiano	3750	3810

Inlandszertifikate

	Ausg. 30.9.	Rückn. 30.9.	Rückn. 29.9.
AAR-UNIV.F.I	170,88	161,21	161,21
Adifonds	67,44	64,23	63,94
Adirenta	23,05	23,16	23,17
Adiverba	106,68	103,57	102,98
Aditec	108,47	103,30	104,10
Adiverba	176,05	167,67	167,82
Aegis Eink.-Fds.	39,21	37,33	37,71
Aegis Wachst.-Fds.	67,43	64,21	65,08
AGI Fonds	172,71	164,79	164,49
Akkumula	unerh.	unerh.	193,61

Gerling Dynamik	69,81	66,80	67,46
Gerling Rendite	57,36	55,69	55,75
GKD-Fonds	unerh.	unerh.	72,37
Gothaer	96,32	92,97	93,04
Grundbesitz-Invest.	75,18	71,45	71,35
Grundwert-Fonds	135,80	127,96	127,91
Hbg.-M. Rentenfonds	60,42	58,10	58,15
Hansainternational	50,05	48,34	48,59
Hansarenta	50,05	48,56	48,42
Hansasecur	65,79	62,66	63,86
Hansazins	50,94	49,22	–
Haus-Invest	69,90	66,49	66,40
IB-Fonds Nr. 1	117,60	111,90	111,98
dgl. Nr. 2	76,20	72,50	72,50

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,30
Bond Valor DM	113,59
Convert Fund A DM	35,40
Convert Fund B DM	185,60
CS Money Market DM	1098,30
Eurinvest DM	95,39
Eurotion DM	185,04

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Luft schlägt Beton.

Schon der erste elektrische Bohrhammer der Welt, der legendäre Bosch-Hammer von 1932, funktionierte nach dem Prinzip „Drehen und Schlagen".

Das heißt, während er bohrte, schlug er sich mit kurzen, starken Schlägen sozusagen selber in die Wand.

Nach diesem Prinzip arbeiteten auch die Bohrhämmer, die wir Anfang der sechziger Jahre vorstellten.

Aber sie waren jetzt leichter und hatten noch einen entscheidenden Vorteil.

Und zwar Luft.

Denn bei dem elektro-pneumatischen Bohrhammer wird jeder einzelne Schlag über ein Luftpolster auf den Bohrer übertragen.

Das macht die Bohrarbeit einerseits viel effektiver, weil die zusammengepreßte Luft die Kraft der einzelnen Schläge enorm verstärkt.

Anderseits arbeitet es sich wesentlich angenehmer. Denn das Luftpolster fängt einen großen Teil der Schlagenergie ab, die vorher im Ellbogen landete.

So leise und dabei so schlagkräftig war bisher kein Bohrhammer.

Doch er wog noch über 6 kg.

Und so fingen wir an, ihn leichter zu machen.

1974 entwickelten wir den ersten 4-kg-Bohrhammer.

1977 folgte die noch leichtere 3-kg-Version.

Und schließlich führten wir 1981 den ersten 2-kg-Bohrhammer der Welt auf dem Markt ein.

In Beton bohrt er dreimal schneller als jede Schlagbohrmaschine.

Und beim Andrücken braucht man nur noch ein Drittel der Kraft im Vergleich zu den leistungsstärksten Schlagbohrmaschinen.

Dabei sind der Stromverbrauch, das Arbeitsgeräusch und die Vibration nur noch halb so groß.

Mit diesen Eigenschaften hat sich der kleine, umweltfreundliche 2-kg-Bosch-Hammer nicht nur im Handwerk durchgesetzt.

Durch seine sanfte, leise Art und seine Handlichkeit gelang es ihm, auch in den Heimwerkermarkt eine Bresche zu schlagen.

Vor kurzem lief der einmillionste Bosch-Hammer der 2-kg-Klasse vom Band.

Es sind oft die sanfteren Technologien, die es schaffen, harte Probleme zu lösen.

100 Jahre Bosch Ideen.



BOSCH

Der elektro-pneumatische Bosch-Hammer bohrt in Beton dreimal schneller als jeder Schlagbohrer.

Renten uneinheitlich

Nach dem scharfen Rückschlag in einigen öffentlichen Papieren trat am Dienstag eine Marktkonsolidierung ein. Die Kurse schwankten zwischen plus 0,30 und minus 0,20 Prozentpunkte, wobei zum Teil die Vortagsverluste wieder ausgeglichen werden konnten. Die Rentenhändler gehen davon aus, daß sich die Amerikaner in puncto Leitzinssenkung doch noch durchsetzen werden, zumal ein solcher Schritt auch von einigen Mitgliedern des Zentralbankrates befürwortet wird.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

635 CSi

5 Gänge für Gourmets.

Gibt es etwas Schöneres als die Provence im Spätsommer? Die Farbe der Bäume verrät den nahenden Herbst. Übersichtliche, kurvige Landstraßen laden zu aktivem Fahren ein.

Die Sonnenstrahlen finden durch das Schiebedach ihren Weg in das Cockpit des BMW 635 CSi. Leise dringt das gleichmäßige Summen des 6-Zylinders an das Ohr. 218 PS sind eine beruhigende Reserve.

Kontinuierlich und fast lautlos verschwindet die Straße unter der langgezogenen Motorhaube.

Eine S-Kurve. Die ABS-Bremse verzögert wirkungsvoll. Ein Griff zu dem ledernen Schalthebelknauf. Sauber rastet der zweite Gang ein.

Sicher, sehr sicher und direkt folgt der BMW 635 CSi den Befehlen seines Fahrers. Das Handling läßt eher ein viel kleineres Automobil vermuten.

Keine Straße kann mehr Vergnügen bereiten als ein verschwiegenes Stück Landstraße in der Provence. Und kein anderes Hochleistungsautomobil kann mehr Vergnügen bereiten als ein perfektes Coupé.

Diese Mühelosigkeit, mit der der BMW aus jedem Kilometer eine Maßeinheit für Fahrfreude macht, begeistert stets aufs neue. Genau wie das vorzügliche Menü im „La Licorne". Fünf Gänge vom Maître selbst zubereitet und serviert.

Nur auf den Tischwein sollte man lieber verzichten, wenn man den 635 CSi auch nach dem Essen wieder voll genießen will. Sozusagen als sechsten Gang.

BMW 635 CSi. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



Freude am Fahren

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Niedriger notierte Kaffee, uneinheitlich präsentierte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.9.	26.9.
Dez.	267,50-267,75	263,75-264,00
März	261,50-262,00	259,00
Mai	246,75-246,50	244,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	198,78	198,23
Am. Durum	196,50	196,01

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	97,20	96,50
Dez.	98,80	98,00
März	100,50	99,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	80,00	79,00
Dez.	78,60	77,50
März	80,00	78,50

HAFER Chicago (c/bush)

Okt.	126,00	124,50-124,75

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	29.9.	26.9.
Nov.	107,00-107,40	107,00-107,10
Jan.	107,80-108,10	107,60-107,80
März	108,40-108,50	107,85
Mai	109,00-109,20	108,50-108,60
Juli	109,70-109,80	108,70
Umsatz	300	400

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

29.9.	26.9.
27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

18,50	18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Okt.	14,15-14,13	14,04-14,05
Dez.	14,75-14,73	14,64-14,65
Jan.	14,87	14,75-14,76
März	15,20	15,04-15,05
Mai	15,35	15,25
Juli	15,49-15,50	15,40-15,41
Aug.	15,50	15,45

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

14,00	14,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

67,00	66,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	270,00	280,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	197,00	196,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	29.9.	26.9.
Okt.	44,33-44,35	41,50-41,70
Dez.	44,05	42,00-42,10
März	44,77	42,75-42,80
Mai	45,50	43,50
Juli	45,80	43,80
Okt.	47,20	41,10-45,30

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

46,50	46,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	30.9.	29.9.
Okt.	568-577	–
Dez.	553-558	568-584
Jan.	553-557	552-559
Umsatz	2392	2391

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	30.9.	29.9.
Okt.	ausg.	34,00-41,50
Dez.		–
Umsatz	–	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	30.9.	29.9.
Okt.	625,00-635,00	630,00-650,00
März	–	–
Mai	–	–

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

30.9.	29.9.
14,03	14,03

SILBER (c/Feinunze)

Okt.	549,90	558,90
Dez.	554,00-557,00	565,00-565,00
Jan.	558,40	568,00
März	563,00	571,00-574,00
Mai	571,00	577,50-578,00
Juli	578,00	584,40
Sept.	582,40	–
Umsatz	19000	20000

Kartoffeln

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	29.9.	26.9.
Nov.	168,00-168,20	167,80-167,40
Jan.	164,80-165,50	164,50-164,80
März	164,50-164,70	164,10-164,00
Mai	164,90	164,50

Devisenterminmarkt

Die Deports für längerfristige Pfunde waren am 30. 9. niedriger, für Schweizer Franken erhöht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,32-0,22	0,82-0,72	1,52-1,32
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,50-1,47	3,05-2,98
Pfund/DM	7,20-0,88	5,25-3,80	9,10-7,70
FF/DM	17-1	35-19	58-42

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30.9.: Tagesgeld 4,35-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,60 Prozent, Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 30.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
3 Monate	6-6⅛	4½-4⅝	4-4¼
6 Monate	6-6⅛	4½-4⅝	4⅛-4⅜
12 Monate	6⅛-6¼	4½-4⅝	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 30.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00, Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 30.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer); Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,35) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 30.9.	Rendite in %
BW-Bank E.60	100,00	1.7.95	58,091	6,40
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,00	7,16
Commerzbank	100,30	4.8.00	38,50	7,14
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	138,50	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,64	5,35
DSL-Bank R.265	100,05	2.7.90	82,21	5,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,00	6,55
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,50	6,83
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,54	6,41
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.4.00	40,16	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,87	6,51
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,87	7,05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,73	6,95
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,31	7,08
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,22	6,83
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,12	6,65
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,80	6,60
WestLB 605	100,00	1.6.01	37,05	7,01
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,75	7,08

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzins von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	4,93 (4,90)	100,2	101,8	105,7	105,5	107,4	109,3
3	5,26 (5,20)	99,30	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,67 (5,65)	97,30	100,8	104,3	107,8	111,3	114,8
5	5,92 (5,89)	95,70	100,4	104,2	108,4	112,6	116,8
6	6,11 (6,09)	94,10	99,45	103,9	108,8	113,7	118,5
7	6,35 (6,32)	92,05	98,05	103,0	108,5	114,0	119,5
8	6,66 (6,62)	89,40	95,40	101,5	107,5	113,5	119,6
9	6,90 (6,84)	86,95	93,50	100,7	106,5	113,1	119,6
10	6,92 (6,86)	85,80	92,85	100,6	106,9	113,2	120,9
15	7,15 (7,10)	79,85	88,80	96,65	106,7	115,7	124,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,331 (112,465)
Performance-Rentenindex: 247,167 (247,312)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	29. Sept.	5,875-6,125
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,95
	60-270 Tage	5,35
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,85
	60 Tage	5,825
	90 Tage	[illegible]

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

	29.9.	26.9.
Dollar	1,21059	1,20741
DM	2,45411	2,46909

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein erfolgreiches international orientiertes Unternehmen und wachsen gemeinsam mit unseren Schwestergesellschaften im In- und Ausland.

Wir arbeiten für bessere Desinfektion, Hygiene und Konservierung. Unsere Produkte, die Sie zum Teil als Markenartikel kennen, haben durch ihre Qualität eine führende Marktstellung erreicht.

DIPLOM-KAUFMANN/ BETRIEBSWIRT
mit EDV/Organisations Hintergrund

Für den Ausbau unserer Organisations-Abteilung möchten wir eine neu geschaffene Position besetzen.

Hierfür suchen wir Sie als Ablauforganisator mit Kenntnissen oder Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen. Sie sollten unter Nutzung der vorhandenen Programmierkapazität verantwortlich Impulse für die Auswahl, Pflege, Weiter- und Neuentwicklung von modernen On-line-Systemen geben. Die bestehenden Abläufe sind kritisch zu hinterfragen und mit zeitgemäßen Methoden zu verändern.

Wir verfügen über ein IBM-System 4341 P 12, 16 MB (VM/DOS/VSE, CICS und DL/1) und denken über das IBM-System 4381 für die Zukunft nach. Leistungsfähige Software-Entwicklungs-Tools stehen zur Verfügung.

LÖSUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Wenn Sie die Position anspricht und Aufstiegsmöglichkeiten für Sie ein Leistungsanreiz sind, schicken Sie uns umgehend Ihre ausführliche Bewerbung.

SCHÜLKE & MAYR GMBH, Personalabteilung
2000 Norderstedt, Heidbergstraße 100



Die Wirtschaftszeitschrift Industriemagazin steht vor neuen Aufgaben – mit verbessertem redaktionellen Angebot, neuer Bildphilosophie gewinnt sie im Markt der meinungsbildenden Medien bei Lesern und Interessenten deutlich an Ansehen. Um das überproportionale Wachstum im Anzeigenbereich zu festigen sowie den Vertrieb auszubauen, suchen wir zum nächstmöglichen Termin

Vertriebsleiter

Das Aufgabengebiet ist die Neugewinnung von Abonnenten, der Ausbau des Einzelverkaufs und die Betreuung des Abonnentenstammes. Der Bewerber sollte ein erfahrener Fachmann aus einem Zeitschriften- oder Zeitungsverlag sein, der sich in allen Sparten des Vertriebsgeschäftes auskennt, der Strategien zur Abonnentengewinnung entwickeln kann und Kenntnisse im Direktmarketing-Bereich hat. Im Zusammenhang mit unserer Werbeagentur und den Vertriebspartnern wird er eigenständig für das Vertriebsgeschäft zuständig sein. Die Aufgabe setzt Engagement, Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten und die Fähigkeit, gute Texte zu formulieren voraus. EDV-Kenntnisse sind erwünscht.

Markt-/Mediaforscher/in

Das Aufgabengebiet ist die Analyse und die verkäuferische Umsetzung von vorhandenen Untersuchungen sowie die Unterstützung der Anzeigenabteilung bei methodischen, fachlichen und marktforscherischen Problemen. Das beinhaltet die Erstellung und Bearbeitung von Broschüren und Präsentationen sowie die Initiierung und Durchführung eigener Studien.

Wir denken an einen jungen, engagierten Fachmann/-frau mit entsprechenden Erfahrungen aus Verlag, Agentur oder Marktforschungsinstitut. Englischkenntnisse sind erforderlich. Nach der Einarbeitungszeit wollen wir dem Bewerber die Leitung des Bereiches Marketing-Service übertragen.

Es erwartet Sie eine eigenständige Aufgabe im nationalen sowie internationalen Geschäft eines bedeutenden Wirtschaftsverlages. Rufen Sie uns an, oder schreiben Sie an:

INDUSTRIEMAGAZIN
Ulrich Löchter
Ingolstädter Str. 22, 8000 München 45
Telefon 0 89 / 35 03 02–11

---

datamax 2000
Das Apotheken-Computer-System

Data-Team ist ein bedeutender Hersteller von Apotheken-Computersystemen und Software. Im Verbund mit namhaften Pharma-Handelsunternehmen haben wir allein in den letzten Jahren mehrere tausend datamax 2000 Apotheken-Computer erfolgreich installiert. Wir expandieren weiter und suchen für unsere Stützpunkte im gesamten Bundesgebiet und unsere Zentrale

VERTRIEBSBEAUFTRAGTE

für aktive Akquisition sowie Einweisung und Beratung der Apotheker

SYSTEM-TECHNIKER/ SYSTEM-INGENIEURE

für Innen- und Außendienst.

Wir erwarten von unseren neuen Mitarbeitern Mobilität, Kontaktfähigkeit, selbständige Arbeitsweise und gute kaufmännische Grundkenntnisse.

Das Einkommen wird sich an diesen Voraussetzungen orientieren.

In unserem Schulungscenter bieten wir eine gründliche Spezialausbildung vom datamax 2000 Bestellterminal bis zum datamax 2000 Mehrplatz-Apotheken-Computersystem.

Wollen Sie in einem dynamischen Team mitarbeiten, dann senden Sie uns bitte Ihre aussagefähige Bewerbung.

Data-Team Datentechnik GmbH
Nordring 23 · 8510 Fürth 2

Mathys AG
B-3930 Zelem/Belgien

Hersteller von Farben und Wasserdichtungsprodukten wie Dakfill, Flexton, Noxyde

sucht für den deutschen Markt:

Fachberater

Nach Ausbildung durch die Firma wird der geeignete Kandidat mit der technischen Beratung unserer Kundschaft in Westdeutschland (Großhändler, Maler, Dachdecker) beauftragt werden.

Wir fragen:
gute technische Ausbildung
Erfahrung im Bereich Farbe und Wasserdichtung
gutes Aussehen
Alter höchstens 40 Jahre

Wir bieten an:
Interessantes Gehalt
abwechselnde Arbeit
gute Provision

Bitte richten sie Ihre handgeschriebene Kandidatur mit Foto an:

Mathys AG
Personalabteilung
Kolenberg 23
B-3930 Zelem/Belgien

---

instamo sucht einen

Stahlbau-Ingenieur
mit
Zusatzausbildung als Schweißfachingenieur

Sein Aufgabengebiet beinhaltet neben der Überwachung der Schweißarbeiten in der Werkstatt und auf Baustellen die Projektierung, Planung und Auftragsabwicklung.

Wesentliche Voraussetzungen zur Bewältigung der Aufgaben sind neben der fachlichen Qualifikation eine Persönlichkeit, die mit gesundem Selbstbewußtsein und persönlichem Engagement zu überzeugen weiß.

Senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an:

INSTAMO GmbH & Co. KG
Industriebau – Stahlbau und Montage
Hannoversche Straße 18, Postfach 11 02 79
4600 Dortmund 1, Tel. (02 31) 59 70 60

Mittlere, gutlaufende Exportfirma (Spezialfertigung), Südwest sucht

Geschäftsführer

Vertiebserfahrung, engl. Sprachkenntnisse erforderlich.
Ausf. Bewerbung mit Lichtbild erbeten unter Chiffre 25-139161, Publicitas, Gubelstraße 19, CH-6304 Zug 4.

Außendienstmitarbeiter
zur Beratung meiner
Wassersportkunden
in NRW per sofort gesucht.

Robert Lindemann
Osterrode 12, 2000 Hamburg 60



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

STELLENGESUCHE

Logistik, Planung Organisation
Industriekfm./Techniker, 49 J., langjähriger Projektleiter u. Unternehmensberater f. ganzheitliche Neubauplanung, Reorganisation u. Betreibung von Kommissionierlägern sucht neue Aufgabe im Raum Hamburg.
Angebote erb. u. U 5637 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Redakteur
Ressortchef, Politik, Lokales, lg. Berufserfahrung, wünscht neue Aufnahme m. Perspektive bei Tageszeitung.
Angebote unter G 5407 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauing./Dipl.-Ing. (FH)
Langj. Erfahrung in Management/Abwicklung – Ausschreibung, Bauleitung, Abrechnung –/Detailpl. für schlüsselfert. Wohn-/Industriebauten – engagiert, belastbar, motivierend, ortsungebunden – sucht freie Mitarbeit/Zeit-/Projekt-/Beratervertrag, gg. angestellt.
Zuschriften erb. unt. C 5623 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

– EXPORTKAUFFRAU –
- 39 J. jg., ungebd., in ungek. Stellung
- hat 14 J. Erfahrungen gesammelt im Export von sanitären Armaturen/Ausstattungen nach Nah-/Mittelost und Südostasien, Reiseerfahrung und -bereitschaft, einie Jahre in geschäftsführender Position gearbeitet
- sucht neues Betätigungsfeld in verantwortlicher Position.

Zuschriften erb. u. S 5635 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

POS.-RETUSCHEUER und ILLUSTRATOR
ungekündigt, in leitender Stellung sucht fest oder in freier Mitarb. neues vielseitiges Aufgabengebiet, bevorzugt im Großraum Stuttgart.
Zuschr. erb. unt. W 5639 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verk.-Bereichsleiter
Rohst., 38, wohnh. Hambg., gt. Verb. z. Ind. u. Handel, gt. Englischkenntn., su. z. 1. 1. 87 n. Wirkungskr., auch techn. Prod., m. komb. Innen- u. Außendiensttät. Raum Nordd. od. BRD/Europa.
Zuschr. u. H 5694 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nigeria-Spezialist Kaufm. Leiter über 20 Jahre im Ausland
Seit mehreren Jahren in Nigeria wohnhaft u. tätig, sucht zusätzliche Aufgaben wie Import/Export, Refinanzierung, Second-Tier-Market sowie Sonderprobleme durch beste Verbindungen mit Behörde/Ministerien schnell u. zuverlässig zu erledigen.
Angebot unter Z 5598 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Internat. Makler
m. spez. Bez. i. Span., Port., Südam. u. Irld., 20 J. Berufserf. (10 J. Ausl.), fl. Engl., Span., Port. u. Franz., z. Z. selbst., su. Anst. b. Immo.-Fa., auch teilz. od. befr.
P. LENZ, Postf. 16 25, 2160 Stade

Versierter Verkaufs-Profi, Außendienst, hartnäckig, 40 J., verh., ungek., sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 1. 87, mögl. NRW. Zuschriften unter D 5624 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsch-brasilianischer Bau-Ing.
30 J., Planung, Ausführung, Verwaltung von Hoch- u. Industriebauten, auch Verkehrswesen, 3 J. in Deutschland tätig, sucht Stellung bei deutschem Unternehmen in Brasilien od. in Deutschl. in Verbindung mit Brasilien.
Zuschr. u. G 5693 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketingprofi-Finanzdienstleistungssektor
(Betriebsw., Mafo, Bankenmarketing, Controlling) sucht verantwortungsv. Führungsposition in Bank, Bausparkasse, Versicherung als Leiter Marketing oder Vorstand Marketing!
Zuschriften erb. u. N 5682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Kaufmann
43 J., durch langj. Erfahrung im Ein- und Verkauf der Fluid-Verbindungstechnik sowie der Kautschuk- und Kunststoff-Technik, fachlich überzeugend, techn. versiert und mit sicherem Auftreten, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften erb. unter H 5628 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TU)
Elektrotechnik, 40 J., verh., einsatzfreudig, in ungek. Stellung, über 10 Jahre als IBS-Ing., QS-Ing. u. Bauleiter auf Wärmekraftwerken im Bereich Starkstrom- u. Steuerungstechnik tätig, sucht neuen adäquaten, dispositiven, ortsfesten Tätigkeitsbereich.
Zuschriften u. X 5398 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Hauswirtschafterin
26 Jahre, z. Z. in ungekündigter Stellung in einem Privathaushalt, sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Hannover. Langjährige Berufserfahrung. Gern auch Küche eines Krankenhauses oder ähnliche Stellung. Angebote unter L 5630 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN
38 Jahre, Deutscher, verh., Sprachen: Engl., Franz., Wort + Schrift, Arabisch (nur gesprochen), ist seit vielen Jahren als Niederlassungsleiter deutscher Großunternehmen in Nahost tätig und ansässig.
Die wirtschaftliche und politische Entwicklung erlaubt kein weiteres Verbleiben in diesem Markt.
Suche deshalb neue, verantwortungsvolle Position in der Exportabteilung eines deutschen Unternehmens (ortsungebunden) oder in dessen Niederlassung im Ausland.
Angebote werden erbeten unter S 5349 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter
Raum Düsseldorf, 4 EG-Sprachen, technisches Verständnis, weltweit gereist, macht sich selbständig und übernimmt Länderbetreuung (z. B. Einkauf/Verkauf/Messeorganisation Südeuropa, USA, VR China) auf Honorar- und Provisionsbasis.
Angebote erbeten unter U 5351 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Betriebswirt
Vers.-Kfm., Schwerpunkt Transport, Prok. in ungek. ltd. Innen- und Außendienstfunktion inkl. Akquisition, verh., Ende 30, sucht neue anspruchsvolle, auch spartenübergreifende Führungsaufgabe in der Versicherungswirtschaft oder Industrie, vorzugsweise Raum Hamburg oder München.
Angebote erbeten unter M 5631 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN
38 Jahre, Deutscher, verh., Sprachen: Engl., Franz. und Arabisch (nur gesprochen), seit vielen Jahren als Niederlassungsleiter deutscher Großunternehmen in Kairo/Ägypten tätig und ansässig, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe.
Kann Firmen, die im ägyptischen Markt Fuß fassen oder ihre dortigen Aktivitäten durch ein eigenes Büro ausbauen bzw. besser steuern wollen, neben langjähriger Markterfahrung und Landeskenntnis voll funktionstüchtiges Büro mit gut eingespieltem Mitarbeiterteam bieten.
Angebote werden erbeten unter R 5348 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGEMENT AUF ZEIT
Geschäftsführer von Industrieunternehmen, Dipl.-Kfm./Controller, Finanzen, Personal, Einkauf, Vertrieb international, techn. Verständnis, mobil.
Zuschriften unter V 5638 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomkaufmann
mit langjähriger, erfolgreicher Geschäftsführertätigkeit sucht neues Aufgabengebiet in Vorstandsebene, bevorzugt Hotel- und Restaurantbereich oder Bereich Altenheime und Krankenhäuser.
Zuschriften erbeten unter A 5687 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer (Dipl.-Ing.)
45 J., belastbar, kreativ, mit Gefühl für das Machbare, sucht neue Herausforderung ab Jan. 87 (Raum HH). Fundierte Erfahrung im Bereich Fertigung u. Vertrieb techn. Produkte.
Praxisbezogene Kenntnisse aus den Branchen: Kunststoffverarbeitung, Maschinenbau, Luftfahrt.
Zuschriften unter A 5621 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dozent für Deutsch an pädagogischer Hochschule in Indonesien möchte nach 15 Jahren (und Abschluß des Projektes) nach Deutschland zurück und sucht Stelle
als Sprachlehrer oder Dozent f. Deutsch als Fremdsprache
ab 1987. Letzte Vergütung n. BAT Ib, Alter 47, Deutscher, verh. m. chin. Ärztin, 3 Kinder. Zuschriften erbeten an:
Dr. W. Mühl, Friedewalder Str. 26, 4953 Petershagen, tel. erreichb. v. 13.–17. 10. 86 unter 02 28 / 53 85 10 (Bonn), 11–13 Uhr.

Ing. (grad.) Maschinenbau
41 J., Erfahrung im Anlagenbau, techn. u. kfm. Abwicklung, sucht neues Aufgabengebiet möglichst HH.
Zuschr. erb. unter B 5622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche neuen interessanten Tätigkeitsbereich, auch gerne im Ausland, bin 29 J., spreche Englisch und Französisch, z. Zt. selbst. Immo-Kfm., biete Einsatzbereitschaft, Fleiß und Zuverlässigkeit.
Zuschr. u. P 5391 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann
in ltd. Position, 31 J., langjähr. Praxis in Mittel- u. Fernost, Konsumgüter u. Anlagen, perfektes Englisch, sucht neue Aufgaben. Evtl. tätige Beteiligung oder freie Mitarbeit. Auslandsaufenthalte oder Reisetätigkeit diskutabel. Zuschriften erbeten unt. K 5629 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsfahrer
mit Außendiensterfahrung sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. S 5393 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (TH)/Prok.
47 J., verh., 13 J. Produktionsleiter, verantwortlich für die Gesamtproduktion sowie deren Koordination mit Technik, Marketing, Einkauf etc. in einem international gruppengebundenen Unternehmen der Nahrungs-/Genußmittelbranche, sehr gute Englischkenntnisse, sucht neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe.
Zuschriften erbeten unt. G 5627 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Deutschsprechender Engländer
22, University-Graduierter, sucht eine Anstellung in Deutschland. Hat in Hamburg studiert. Gute Referenzen erhältlich.
Paul S. Morgan, The Jury Farm, Wormbridge, Nr. Hereford HR2 9EE, England

Engländer
24, m. etwas Deutsch, sucht beliebige Arbeit f. 1 Jahr zwecks Spracherlernung. Erfahr. in Nahrungsmittel- u. Getränkeind. Lebenslauf u. Zeugnisse auf Anfrage unter P 5633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Zeichner
Kachelofenbau, Kenntnisse Beratung, Kalkulation und Verkauf, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. R 5392 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junge Frau, 29, m. Kind, 4, sucht Arbeitsstelle in Kanada i. Haush. u. Garten. Angebote unter Z 5730 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann/Südostasien
überlegter Unternehmertyp und Praktiker, ungekündigt, Anf. 40, verh., seit über 10 Jahren als Niederlassungsleiter für Handel und Großindustrie in diesem Raume tätig, versiert in Geschäftsentwicklung, Marketing und Vertrieb von Maschinenbauprodukten und Anlagen für die verarbeitende Industrie, sucht Führungsaufgabe und neuen Wirkungskreis in Südostasien, Wohnsitz z. Z. Indonesien, Termin ca. 1./2. Quartal 1987, oder evtl. nach Vereinbarung.
Zuschr. erb. u. Y 4915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wo wird eine **Landwirtsch.-Techn. Ass.** im süddeutschen Raum benötigt? Gute Zeugnisse, Alter 20 J. Zuschriften erbeten unter E 5625 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Steuerfachgehilfe
22 J., talkr., gew. u. lernw., aber ohne Berufserf., sucht Stellung bei Wirtschaftspr. od. Steuerber., sofort frei.
Zuschr. erb. u. Z 5620 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Einzelhandelskfm.
(31 J.), in ungek. Stellung, sucht Job im Gastronomiebereich (Erfahrung), möglichst Spanien, Griechenland oder Italien. Kurzfristiger Arbeitsantritt möglich.
Zuschr. erb. u. T 5636 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg
Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-358

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM _____
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Vorwahl/Telefon: _____
Unterschrift: _____
Der Anzeigentext:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An der staatlichen Qualitätskontrolle scheiden sich noch immer die Geister

Liberalisierung des EG-Versicherungsmarktes wirft Licht und Schatten auf Assekuranzen – Neues Vertragsrecht?

„Impulse von außerhalb können dem Versicherungsmarkt der Bundesrepublik Deutschland nur guttun", meint Manfred Dimper von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) im Hinblick auf die strittige „Dienstleistungsfreiheit" der Europäischen Gemeinschaft und auch den beim *Europäischen Gerichtshof anhängigen* Prozeß, dessen Entscheidung in Kürze erwartet wird. Bei der AgV erwartet man hiervon „Neuerungen in der Angebotspalette" der Versicherer.

Die Preise würden durch die *Dienstleistungsfreiheit* stärker als bisher in Bewegung kommen. Und so manche geforderte verbraucherfreundliche Vertragsbedingung, die bisher nicht machbar war, wird unter dem Druck der Konkurrenz *dann doch möglich sein."*

Der gegenwärtige Streit über die „Dienstleistungsfreiheit" auf den Versicherungsmärkten der EG resultiert vorwiegend aus der unterschiedlichen Intensität, mit der behördliche Aufsicht über die Versicherungswirtschaft in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft praktiziert wird.

Während beispielsweise Großbritannien die Versicherer am langen Zügel laufen *läßt, gilt* die Bundesrepublik Deutschland als ein Staat mit straffer Aufsicht. Hieraus ergibt sich, so folgert man beim Verein Deutscher Versicherungs-Makler (VDVM): „Je stärker die Aufsicht, desto geringer der Wettbewerb und umgekehrt."

Gegen einen solchen Eindruck wehrt sich erwartungsgemäß die deutsche Individualversicherung: So erinnert Georg Büchner, Präsident des *Gesamtverbandes* der Deutschen Versicherungswirtschaft, an die Tatsache, daß der deutsche Versicherungsmarkt auch für ausländische Anbieter, die sich hier niederlassen wollen, schon lange zugänglich ist.

Derzeit bieten in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 100 ausländische Versicherer über Niederlassungen oder Tochterunternehmen Versicherungsschutz an. Mehr als 13 Prozent der Beiträge fließen in ihre Kassen. „Der deutsche Versicherungsmarkt ist deshalb, so Büchner, „schon jetzt viel offener und europäischer als sein Ruf".

Was im Blick auf die anvisierte Integration der europäischen Versicherungsmärkte jedoch noch fehlt, ist die Durchsetzung der sogenannten *Dienstleistungsfreiheit,* also des Rechts der Versicherer – auch ohne eigene Niederlassung –, auf den Märkten der Mitgliedsstaaten arbeiten zu können.

Hierzu machen allerdings auch die deutschen Verbraucher-Verbände geltend, „daß ein wünschenswerter gemeinsamer Versicherungsmarkt nur dann funktionieren kann, wenn auch das Versicherungsaufsichtsrecht und das Versicherungsvertragsrecht der Mitgliedsstaaten harmonisiert werden". Einer Harmonisierung innerhalb der EG müßte, so kommentiert Peter C. von Harder, Vorstandsvorsitzender der R + V Versicherung, die aktuelle Lage, eine Vereinheitlichung der allgemeinen Rechtsnormen vorausgehen, weil Versicherungen nun einmal in erster Linie Vertragsbeziehungen darstellen. Da es der EG-Komission jedoch nicht gelingt, in absehbarer Zeit eine Rechtsharmonisierung durchzusetzen, versucht sie es mit Teilbereichen, und in letzter Zeit zunehmend auch auf den Versicherungsmärkten.

Betrieben wird, so von Harder, die Sache insbesondere von den Engländern und den Holländern, die sich hieraus Marktchancen erhoffen, weil ihre Versicherungsprämien zum Teil optisch niedriger liegen als auf dem deutschen Markt. In ihrer Argumentation wird jedoch außer acht gelassen, daß dies nur möglich ist durch Ausschlüsse von wichtigen Risiken und sehr restriktiver Handhabung der Schadenregulierungen.

„Wenn etwa", so Axel Biagosch, Vorstandsmitglied der Colonia Versicherung, „im Rahmen einer unkoordinierten Dienstleistungsfreiheit in allen Bereichen verschiedene, teilweise *seit Jahrzehnten oder einem* Jahrhundert gewachsene Rechtssysteme und verschiedene Sprachen und verschiedene Denkweisen aufeinandertreffen sollten, bin ich sicher, daß innerhalb kürzester Frist genauso, wie heute der Ruf nach Liberalisierung erschallt, dann der Ruf nach einer schnellen Koordinierung, das heißt der Ruf nach gemeinschaftlichen Regelungen, ertönen wird."

„Wir sollten deshalb", so Biagosch, „versuchen, und zwar in Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedsstaaten der EG, sehr schnell einen politischen Konsens zu finden, der sowohl Kunden als auch Versicherern die Möglichkeit gibt, von einer *Liberalisierung* des EG-Versicherungsmarktes zu profitieren ohne bitteren Nachgeschmack."

Zwar sei, so Büchner, die Einstellung der deutschen Versicherungswirtschaft zur Dienstleistungsfreiheit grundsätzlich positiv, doch sei die europäische Integration kein Selbstzweck. Ziel sei vielmehr eine noch bessere Versorgung der Kunden mit Versicherungsschutz. Nimmt man das Kundeninteresse zur obersten Richtschnur, so zeigt sich, laut Büchner, daß das industrielle Versicherungsgeschäft schon jetzt reif ist für die Dienstleistungsfreiheit. Denn die versicherungsnehmende Industrie *sei nicht darauf angewiesen, daß der* Staat die Qualität der angebotenen Versicherungsdeckungen überwacht. „Insoweit halten wir die bei uns derzeit noch generell bestehende Genehmigungspflicht für Versicherungsbedingungen für überholt."

Andererseits sei bei den nicht industriellen, insbesondere bei den privaten Versicherungsnehmern davon auszugehen, daß sie den Schutz der hierzulande *gewohnten* staatlichen Qualitätskontrolle weder entbehren können noch entbehren wollen.

Heinz Sievers, *Präsident* des HUK-Verbandes: „Aus der Sicht der Haftpflicht- und Kraftfahrzeugversicherer stellt vor allem die zukünftige Behandlung der Pflichtversicherungssparten – bei Einführung der *Dienstleistungsfreiheit – eine Frage* von sehr erheblicher Bedeutung dar." Insbesondere seien Versicherungsnehmer und Geschädigter nicht identisch; der Geschädigte habe keinen Einfluß auf die Wahl des Versicherers seines Schädigers. „Es muß daher alles getan werden, um sicherzustellen, daß das bei uns anerkannt hohe Schutzniveau für das Drittopfer erhalten bleibt." Pflichtversicherungen eignen sich, so Sievers, grundsätzlich nicht für den freien Dienstleistungsverkehr.

Diametral im Gegensatz zur Position der deutschen Versicherer steht die von Großbritannien und den Niederlanden *gestützte* Meinung *der* EG-Kommission, wonach der Dienstleistungsfreiheit der Rang einer *Grundfreiheit zukomme, was für das* Aufsichtsrecht mit dem geringsten Schutzniveau sprechen dürfte. „Wir als Makler", so betont Franz-G. von Gaertner (VDVM), „vertreten den Standpunkt, daß eine pragmatische Lösung notwendig ist."

Für den industriellen und gewerblichen Bereich soll oberhalb bestimmter Schwellenwerte Dienstleistungsfreiheit gewährt werden, für das Massengeschäft muß es bei einem stärkeren Schutz des Versicherungsnehmers bleiben. Diese *Kompromißformel sei auch ohne* weiteres realisierbar. „Wir richten uns dabei nach den Erfahrungen der Transportversicherung, wo seit Jahrzehnten international gearbeitet wird; zum Vorteil und nicht zum Nachteil des Versicherungsnehmers."

KARL-HEINZ STEFAN

Die größten ausländischen Lebensversicherer
(nach Bestand in Mrd. Mark 1985)

1. Vita (CH)	18,1
2. Schweizer Renten (CH)	15,6
3. Winterthur (CH)	6,5
4. Equity & Law (GB)	5,8
5. Basler (CH)	2,8
6. Der Anker (A)	1,1
7. Pax (CH)	0,3

Die größten ausländischen Sachversicherer
(nach Bruttoprämie in Mill. Mark 1985)

1. Zürich (CH)	479
2. Erste Allgemeine (A)	449
3. Winterthur (CH)	357
4. Helvetia Feuer (CH)	298
5. Basler (CH)	242
6. Interunfall (A)	169
7. National Union (USA)	128

A = Österreich; CH = Schweiz; GB = Großbritannien; USA = Vereinigte Staaten von Amerika

Ausländer ante portas!

Der angstvolle Ruf der deutschen Versicherungswirtschaft „Ausländer ante portas" ist leiser geworden, wenn auch noch *nicht verstummt. Auf der* Suche nach einem möglichen Agreement über die mit Sicherheit auf den *deutschen Markt* zukommende Dienstleistungsfreiheit hat man einen gangbaren Kompromiß gefunden, auf den sich auch die ärgsten Kritiker der deutschen Versicherer, nämlich die Briten, einigen *können* – wenn sie es wollen.

Wenn seit Spätherbst letzten Jahres doch der Europäische Ge*richtshof bemüht* wird – die EG-Kommission klagt hier gegen Frankreich, die Bundesrepublik, *Dänemark und Irland wegen* Verstoßes gegen die Mitversicherungsrichtlinien von 1979 – ist *dies eigentlich nur* ein „Nebenkriegsschauplatz".

Der Stein des Anstoßes, die *Mitversicherungs-Richtlinie,* regelt europaweit Deckungen unter Mitwirkung mehrerer Versicherungen. *Die Frage, ob der führende* Versicherer in dem Land zugelassen sein muß, in dem das zu versichernde *Risiko* liegt, oder ob auch ferner beheimatete Gesellschaften dies tun dürfen, ist in der Richtlinie nicht ausdrücklich geklärt. Bislang wurde die Beteiligung eines nicht in der Bundesrepublik zugelassenen *Versicherers* an der Policierung vom Berliner Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen als Ordnungswidrigkeit geahndet. Die Gegner dieses Verfahrens, das jedoch vom deutschen Aufsichtsrat gedeckt ist, nennen dies Diskriminierung, Abschottung des Marktes, Ende der grenzüberschreitenden Dienstleistung Versicherung.

Etwas hautnäher wird das Problem bei der Beurteilung der in der EG vorherrschenden Aufsichtssysteme. Nach deutschem Recht dürfen Ausländer hier nur Geschäfte betreiben, wenn sie hier mit einer Niederlassung vertreten sind. Die EG-Kommission, assistiert von den Briten, namentlich von Lloyds, steht auf dem Standpunkt, diese Gesellschaften würden bereits durch die Behör*den des Sitzlandes ausreichend* beaufsichtigt. Bonn besteht auf materieller Staatsaufsicht, also die *Belange der Versicherten sind zu* wahren, die Erfüllbarkeit der Verträge ist sicherzustellen.

Für die Briten reicht eine Aufsicht darüber, ob das Unternehmen solvent ist. Im übrigen kann jede Gesellschaft ihre Bedingungen machen. Dies freilich schafft auf einem auf Transparenz durch einheitliche, für alle Versicherer gleich verbindliche Bedingungen bedachten deutschen Markt Unruhe. Bei Versicherern wie bei ihren Kunden. Was nützt denn vielleicht ein Preisvorteil, der im Schadenfall durch Abschläge infolge von unerkannt gebliebenen Leistungsausschlüssen zunichte gemacht wird, sogar deutliche Nachteile bringt?

Die Einigung ist in Sicht: Das industrielle und großgewerbliche Geschäft wird, weil hier bei den Kunden mehr Kenntnisse vorausgesetzt werden können, liberalisiert, ab einer bestimmten Größenordnung in Risiko und Prämie, aber mit einem Mindestmaß an Bedingungstransparenz. Für das Geschäft mit der privaten Kundschaft wird wohl die materielle Aufsicht weitergelten.

HARALD POSNY

Wenn im Todesfall Policen hinterlassen werden

Von der Unterrichtung der Versicherer kann der weitere Risikoschutz der Angehörigen entscheidend abhängen

Wenn nach einem Todesfall in der Familie der größte Schmerz *vorüber ist, bleibt den Hinterbliebenen* – oft dem Ehegatten – die traurige Aufgabe, die Papiere des Verstorbenen zu ordnen. Besaß er Versicherungspolicen, so müssen die Versicherer vom Tod unterrichtet werden. *Davon* kann der weitere Versicherungsschutz der Familienangehörigen entscheidend abhängen. Worauf es hierbei ankommt, belegen die folgenden Hinweise:

Leben: Der hinterbliebene Bezugsberechtigte muß dem Lebensversicherer die Police, den Beleg der letzten Zahlung und die amtliche Sterbeurkunde schicken. Falls in dieser Urkunde die Sterbeursache nicht genannt ist, kann der Versicherer ein ärztliches Zeugnis nachfordern. Außerdem muß die Bankverbindung angegeben werden.

Hat der Versicherte sich selbst das Leben genommen, kommt es darauf an, ob die Versicherung länger als drei *Jahre* bestanden hat. Denn erst nach dieser Frist hat der Bezugsberechtigte Anspruch auf die Leistung. *Vor Ablauf der drei Jahre zahlt der* Versicherer nur, wenn der Selbstmord wegen eines krankhaften Geisteszustandes begangen worden ist. Andernfalls gibt es nur das Deckungskapital, das sind die gesamten eingezahlten Beiträge, zurück.

Unfall: Ist der Versicherungsnehmer durch einen Unfall ums Leben gekommen, muß neben der Sterbeurkunde eine ärztliche Bescheinigung über den Unfalltod an den Versicherer gehen. Ist der Versicherungsnehmer nicht durch einen Unfall gestorben, so reicht eine einfache Benachrichtigung.

Private Krankenversicherung: Bei dieser Versicherung muß der Versicherer nur benachrichtigt werden. Waren beide Ehepartner und eventuell auch die Kinder in einem Vertrag versichert, dann wird lediglich der Teil, der den Verstorbenen betraf, herausgenommen. Für die Hinterbliebenen *ändern sich Tarife und* Leistungen nicht. Unter Umständen zahlt der Versicherer – je nach Tarif – auch ein Sterbegeld. Dies ergibt sich aus dem abgeschlossenen Vertrag.

Private Haftpflicht: In der Familien-Haftpflicht ändert sich durch den Tod des Versicherungsnehmers zunächst einmal nichts – trotzdem sollte der Versicherer benachrichtigt werden, damit der Ehegatte oder ein anderes Familienmitglied als neuer Versicherungsnehmer eingetragen werden kann, der dann die Beiträge übernimmt.

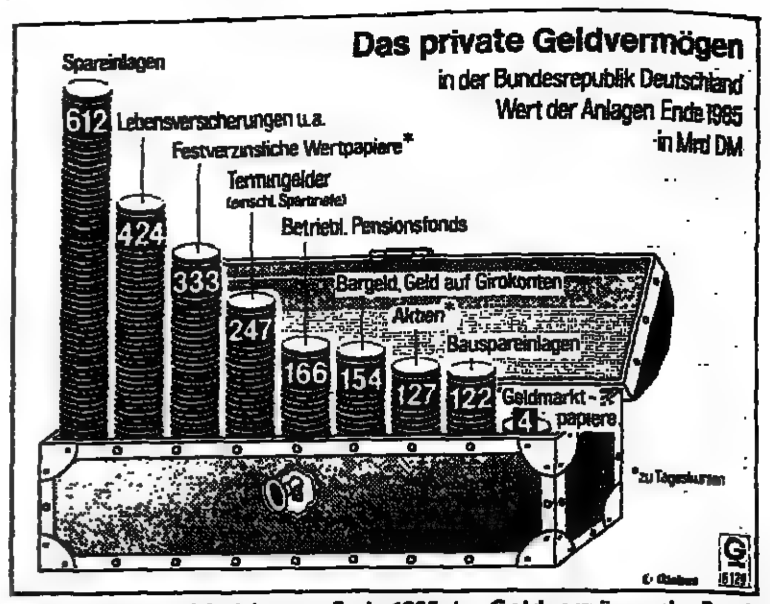
Rechtsschutz: Auch hier muß nur der Tod des eingetragenen Versicherungsnehmers mitgeteilt werden, damit die Police auf einen Hinterbliebenen übergeht und der Versicherungsschutz für die Familienmitglieder weiterbesteht.

Hausrat: Wenn der Haushalt des Versicherungsnehmers aufrechterhalten bleibt, genügt eine kurze Notiz mit einer Kopie der Sterbeurkunde an den Versicherer, um die Police weiterlaufen zu lassen. Man kann diese Situation auch dazu nutzen, auf die seit 1984 bestehenden neuen Versicherungsbedingungen umzustellen, falls das noch nicht geschehen ist.

Kfz-Haftpflicht: *Ein Hinterbliebener* darf den Schadenfreiheitsrabatt des Verstorbenen übernehmen, wenn *er über den gesamten Zeitraum* des Versicherungsverhältnisses eine Fahrerlaubnis nachweisen kann. *Hierfür gibt es* beim Versicherer eine genormte Erklärung, die unterschrieben und mit einer Kopie der Sterbeurkunde *zurückgeschickt* werden muß.

(AV)

NACHRICHTEN



Rund 2,2 Billionen Mark betrug *Ende 1985 das Geldvermögen der Bundesbürger.* Das waren rund 36 000 Mark für jeden von ihnen – jedenfalls statistisch gesehen. Das Sparbuch ist, besonders für viele Kleinsparer, *immer noch das wichtigste Vermögenspolster (612 Milliarden Mark).* Aber Platz zwei belegt schon das Versicherungssparen mit 424 Milliarden Mark, die in Lebensversicherungen, Aussteuer- und Ausbildungsversicherungen angelegt waren.

GRAFIK: GLOBUS

Unfall-Aufnahme

Hannover (Py.) – *Entgegen* anderslautenden Hinweisen ist die Polizei in Österreich nach Paragraph 4 Abs. 5a der österreichischen STVO verpflichtet, nach einem Verkehrsunfall mit Sachschaden auf Verlangen eine Unfallmeldung aufzunehmen. Dies ist um so wichtiger, wenn der Unfallgegner zwar mündlich ein Fehlverhalten zugibt, dies später auf dem Internationalen Unfallbericht aber nicht bestätigen will.

Neuwert-Klausel

Düsseldorf (Py.) – Wer sich nach einem großen Schaden ein kleineres Haus, weniger Hausrat, das Auto „eine Nummer kleiner" zulegen will, hat die Rechnung ohne eine Klausel seiner Neuwert-Versicherung gemacht. Nur wer „in gleicher Art und Güte" baut oder kauft, erhält vollen Ersatz – sogar mehr, als die Dinge einstmals gekostet haben. Wird weniger gekauft, gibt es auch weniger Geld. Ein Tip von Versicherungskaufleuten: Haus wieder aufbauen, Auto neu kaufen und danach wieder verkaufen, wenn die Versicherung gezahlt hat.

Skandia neu formiert

Neu-Isenburg (Py.) – Die Skandia International Insurance Corp. (SIIC), Stockholm, hat für das deutsche Geschäft eine neue Gesellschaft, die Skandia International Allgemeine Versicherungs-AG, mit Sitz in Neu-Isenburg, gegründet. Die Versicherungsaufsicht hat der Gründung zu*gestimmt. Das internationale* Geschäft wurde auf die neu formierte SIIC überführt. Mit dieser Umgliede*rung soll Substanzstärkung und* größere Flexibilität im internationalen Wettbewerb erreicht werden.

Colonia-Beitragssenkung

Düsseldorf (Py.) – Die Colonia Krankenversicherung AG, Köln, hat die Beiträge zur Krankenhaus-Tagegeldversicherung *unter Beibehaltung* des Leistungsumfangs um bis zu 40 Prozent gesenkt. Die Beitragssenkung dieser Zusatzversicherung wurde möglich, als festgestellt wurde, daß über einen längeren Zeitraum ein Krankenhausaufenthalt von Selbständigen und besser verdienenden nicht versicherungspflichtigen Angestellten seltener und *kürzer* ist als bei anderen Versicherten.

Privathaftpflicht

Düsseldorf (Py.) – *Unverheiratete Paare, die zusammenleben, müssen* in der Privathaftpflicht nicht unbedingt zwei Verträge abschließen, wenn sie sich vor Schadenersatzansprüchen anderer schützen wollen. Bei den meisten Versicherungen kann man die Mitversicherung des einen im Vertrag des anderen Partners vereinbaren.

Allianz-Pflegerente

Düsseldorf (Py.) – Seit Anfang dieses Monats bietet die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, eine Pflegerentenversicherung an. Kern des Angebots ist eine Rente bei Pflegebedürftigkeit. Auch wenn der Versicherte solche Pflege nicht braucht, erhält er ab dem 85. Lebensjahr eine Altersrente. Beim Tod des Versicherten erhalten die Erben 24 Monatsrenten, auf die bereits gezahlte Alters- und Pflegerenten angerechnet werden. Die Versicherung kann gegen laufenden Beitrag oder gegen Einmalbeitrag abgeschlossen werden.

Autoprämien-Senkung

Düsseldorf (Py.) – Kostenersparnisse und günstige Schadenentwicklung ermöglichen bei der Deutsche Allgemeine Versicherungs-AG, Frankfurt, seit 1. Juli Prämiensenkungen in der Autoversicherung. Das *zur Schweizer Zürich-Gruppe gehörende,* ohne Außendienst, aber mit engem Geschäftsstellennetz arbeiten*de Unternehmen* senkt die *Prämien* in Teilkasko um fünf, in Vollkasko und Insassen-Unfall um jeweils zehn und in der Kfz-Haftpflichtversicherung um 1,5 Prozent. Die Deutsche Allgemeine gilt als der preiswerteste deutsche Autoversicherer. *Auch die* Schweizer National Versicherungs AG fordert seit Juli um 1,3 Prozent niedrigere Kfz-Haftpflichtprämien.

Berufsbildungswerk

Düsseldorf (Py.) – Das Bildungsprogramm 1986/87 des Berufsbil*dungswerks* der Versicherungswirtschaft (BWV) und seiner 60 Verbindungsstellen ist soeben erschienen. *Es kann beim BWV (Bruderstaße 9, 8000 München 22) kostenlos bezogen* werden. Neben zentralen Seminaren und *Tagungen wird bundesweit* ein reichhaltiges Vortrags-, Aus- und Weiterbildungsprogramm angeboten.

Höhere Haftungsgrenzen

Bonn (AP) – Der Bundestag hat die Haftungsgrenzen für Personenschäden in der Seeschiffahrt auf 320 000 Mark, für Schäden an Gepäck auf 10 000 Mark und für Schäden an Autos auf 16 000 Mark erhöht. Diese Regelungen gelten auch *für die Binnenschiffahrt.*

Kreativität der Ausländer fördert den Wettbewerb

Im Sog des Erfolgs werden neue Konzepte zum Standard

Von DETLEF TANK

Kreativ sein im Versicherungsmarkt – das heißt auch, die Dinge einmal unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Sich zum Beispiel in die Situation eines Versicherungsverbrauchers zu versetzen, einen Blick über den Zaun in andere Versicherungsländer zu wagen oder den Mut zu haben, etwas Neues zu schaffen, was von der Anbieterseite bisher nicht gedacht wurde oder nicht gedacht werden sollte.

Hier haben ausländische Gesellschaften – speziell Newcomer mit unverkrusteten Strukturen – gute Chancen, zum Leistungswettbewerb positiv beizutragen. Den Beweis dafür hat die deutsche Niederlassung des englischen Lebensversicherungskonzerns Equity & Law seit 1979 Schritt für Schritt erbracht.

Am Anfang stand die Einführung und Propagierung des revolutionären Beitragsermäßigungssystems durch Sofortüberschüsse für Risikoversicherungen, das dem Privatverbraucher und „risk-management"-orientierten Unternehmen deutliche Preisvorteile brachte. Diese Basis-Innovation des Jahres 1979 gab den deutschen Kunden erstmals die Möglichkeit, einen ähnlich preiswerten Risikoschutz wie in England zu erhalten. Und dies unter deutscher Versicherungsaufsicht.

Ermäßigungen eingeführt

Im Sog des Erfolges nahmen sich auch andere Lebensversicherer dieses Marktsegmentes an und sorgten so für eine insgesamt bessere Verbreitung dieses für Familien und Unternehmen wichtigen Todesfallschutzes. Heute kann der Verbraucher Risikoversicherungen ungleich preiswerter kaufen als vor fünf Jahren. Die kreative Marktführerschaft hat in diesem Marktsegment auch durch die Einführung einer Vielfalt von bedarfsgerechten Risikotarifen mit zahlreichen Optionen wesentlich zum Leistungswettbewerb im deutschen Versicherungsmarkt beigetragen.

Die Nase im Wind hatte das britische Unternehmen auch bei der Forcierung preisgünstiger selbständiger Berufsunfähigkeitsversicherungen, einem ungeliebten Kind der Versicherungsbranche. Das Beitragsermäßigungssystem für Berufsunfähigkeitsversicherungen führte das Unternehmen 1981 als Pionier ein und stieß damit in eine offensichtlich hohe Nachfrage beim Verbraucher. Verschärfte Anspruchsvoraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten der Gesetzlichen Rentenversicherung führten bei Selbständigen 1984/85 zu einem Nachfrageboom nach privatem Berufsunfähigkeitsschutz.

Den Markt bewegt

Die Engländer, die im Bereich der selbständigen Berufunfähigkeits-Versicherungen einen Marktanteil von über 20 Prozent haben, gaben 1985 erneut Impulse durch die Markteinführung der variablen Berufsunfähigkeitspolicen. Diese geben dem Verbraucher die Chance, die Dauer seines Berufsunfähigkeitsschutzes von der Dauer der Rentenzahlung getrennt zu wählen. 100prozentige individuelle Bedarfsorientierung und optimale Preisgünstigkeit sind die Folgen beim Verbraucher. Auch diesem revolutionären Konzept folgten Versicherer bereits nach, und es ist nicht auszuschließen, daß diese Kreation zum Standard erhoben wird.

Diese beiden Produktinnovationen haben neben vielen anderen Aktivitäten den deutschen Lebensversicherungsmarkt sicherlich strukturell bewegt, das Interesse auf wichtige Teilmärkte gelenkt und damit den Verbraucher in eine bessere Position gebracht. Gerade ausländische Versicherer mit ihren anderweitigen Erfahrungen können durch neue Ideen oft frischen Wind in den Wettbewerb bringen.

Konzentration auf entwicklungsfähige Marktpotentiale und Verbraucherbedürfnisse bringt Impulse für den gesamten Versicherungsmarkt und sorgt für Know-how-Transfer aus anderen Versicherungsländern. Das wird Equity & Law auch 1987 mit einem neuen Lebensversicherungsprodukt dokumentieren. Konkurrenz belebt das Geschäft. Langfristig stimmt diese Regel immer, kurzfristig mag sie gelegentlich weh tun.

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsleitung von Equity & Law Deutschland, Wiesbaden

Netzwerke lösen international die schwierigsten Versicherungsprobleme

Nach dem Abbau von Produktion und Vertrieb forderten die Mitarbeiter ihr Recht – Poolkonzepte setzen sich durch

Von GÜNTHER HOX

Etwa seit Beginn der 60er Jahre hat sich eine große Anzahl multinationaler Unternehmen – vor allem aus den USA – mit beachtlichem Erfolg in Europa und insbesondere auch in Deutschland etabliert. Sie schufen zunächst die Voraussetzung für Produktion und Vertrieb und wandten sich dann der Lösung ihrer Personalprobleme – insbesondere im Bereich der betrieblichen Altersversorgung – zu. Entsprechend der in den USA üblichen Praxis nahmen sie dabei die Dienste von Lebensversicherern in Anspruch und erwarteten, daß sie es über die nationalen Grenzen hinaus nur mit einem Partner oder einem Partnerverband zu tun haben würden.

Damit wollten sie

- weitgehende Harmonisierung der Versorgung in den verschiedenen Ländern,
- gleiche Bedingungen hinsichtlich Risikoprüfung, Ausnahmebedingungen usw.,
- flexible Behandlung der Transferprobleme,
- Zurverfügungstellung aller Informationen, die für die wirtschaftliche Beurteilung der Versorgung in den einzelnen Ländern von Bedeutung sind, und
- Optimierung der Gewinnbeteiligung durch internationalen Risikoausgleich erreichen.

Die Unternehmen mußten allerdings die Erfahrung machen, daß vor allem gesetzliche und aufsichtsrechtliche Bestimmungen so stark hemmend sind, daß die gewünschten Ziele praktisch nicht zu erreichen waren.

In dieser Situation entwickelten weitsichtige Versicherungsunternehmen und Berater das Konzept der internationalen Poolung in Verbindung mit einem Netzwerk.

Netzwerk bedeutet den Zusammenschluß von Versicherungsgesellschaften der verschiedenen Länder unter Führung einer „Leading Company". Die Gesellschaften verpflichten sich, alle in Pools zusammengefaßten Verträge nach einheitlichen Grundsätzen zu behandeln. Für den internationalen Kunden wirkt diese Partnerschaft wie die Zusammenarbeit mit einer Gesellschaft.

Als Voraussetzung für die Poolung wurde ein internationales Agreement – zum Beispiel als Master Cover Contract (MCC) – zuerst von der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt entwickelt. Im Rahmen dieses MCC konnten die wesentlichen Forderungen der internationalen Firmen erfüllt werden:

- Einrichtung eines Pools, in den alle Verträge einer Firma einbezogen werden;
- Gewährleistung der Eigenständigkeit der nationalen Verträge;
- Garantie der Freizügigkeit zwischen den nationalen Verträgen;
- Darstellung der Versicherungsverläufe in Form von Einnahmen-/Ausgabenrechnungen sowie
- Zusammenfassung der Gesamtrechnung in einer Erfahrungstarifierung mit entsprechendem Risikoausgleich (Stop Loss/Verlustvortrag).

Alljährlich liefert die „Leading Company" länderweise eine umfassende Darstellung für alle am Pool beteiligten Verträge. Aus dieser sind die wesentlichen Geldflüsse (Beiträge, Zinsen, Leistungen, Kosten, Steuern, Reserven sowie Überschüsse) ersichtlich. Gleichzeitig wird im Rahmen dieser „Profit and Loss Account" eine „Second Stage Calculation" vorgenommen, um gegebenenfalls noch vorhandene Gewinne auszuschütten. Ebenso wichtig wie diese zusätzliche Vergütung ist aber die große Transparenz, die dadurch über die gesamten Versicherungsverhältnisse erreicht wird.

Der Autor ist Hauptbevollmächtigter der Schweizerischen Rentenanstalt, Niederlassung Deutschland.

Die multinationalen Netzwerke

Netzwerk	Netzwerkzentrale	Anzahl MCC	Deutsche Partner
Aetna/Generali	Hartford, Conn.	250	Generali
AIG	New York, N.Y.		–
AREA	Brüssel, Belgien	12–24	Allianz
CIGNA	Reigate, England	10	–
GAIN	London, England	keine	Colonia/Iduna
IGP	Boston, Mass.	350	Victoria
Insurope	Brüssel, Belgien	135	Alte Leipziger
MIA	Hartford, Conn.	112	Münchener Leben
Swiss Life	Zürich, Schweiz	320	Schweizerische Rentenanstalt/Vita
Winterthur	Winterthur, Schweiz	51	Winterthur

„Tagebuch" für die Gesundheit

KHS, Hamburg

Mit seinem neu herausgegebenen Gesundheits-Tagebuch gibt der private Krankenversicherer Hanse-Merkur seinen Kunden ein vortreffliches Hilfsmittel mit Ratschlägen in die Hand, gesünder zu leben beziehungsweise gesund zu werden. Mit Hilfe des „Tagebuchs" ist man laufend über den eigenen Gesundheitszustand informiert und kann entsprechende Informationen an den Arzt weitergeben. Man bekommt auch Antworten auf die Frage „Wie erhalte und fördere ich meine Gesundheit?". Auch werden Hinweise und Informationen gegeben, wie man sich bei Erkrankungen zur raschen Wiederherstellung der Gesundheit verhalten sollte.

Krankenschutz auch in Tunesien

AV. Köln

Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen, die in Tunesien ihren Urlaub verbringen, können ab sofort einen Anspruchsausweis ihrer Krankenkasse erhalten, mit dem sie am Urlaubsort grundsätzlich kostenfrei Arzt und Krankenhaus in Anspruch nehmen können. Das sieht das jetzt geschlossene deutsch-tunesische Krankenversicherungsabkommen vor. Tunesien ist der 19. Staat, der soziale Krankenversicherung gewährleistet – allerdings nach den für Einheimische geltenden Bedingungen. Nach wie vor ist eine private Reisezusatzversicherung empfehlenswert. Sie hilft, wenn eine Behandlung nicht möglich oder ein Rücktransport in die Heimat nötig ist.

Mitverschulden ohne Sitzgurt

Py. Düsseldorf

Rücksitzpassagiere in Pkw, die vorhandene Sicherheitsgurte nicht angelegt haben, müssen damit rechnen, daß ihnen die Gerichte nach einem Unfall ein Mitverschulden an Verletzungen anlasten. Sie bekommen dann unter Umständen 20 bis 30 Prozent ihres Personenschadens nicht ersetzt. Nach Angaben des HUK-Verbandes sind nur Kinder bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr von der Gurtpflicht ausgenommen. Unfallforscher warnen davor, auf den Pkw-Rücksitzen mehr Personen zu transportieren, als Gurte vorhanden sind. Kinder unter zwölf Jahren sollten in jedem Fall durch geeignete Rückhaltessysteme gesichert werden.

Hund und Katze sind mitversichert

Py. Düsseldorf

Geschäfts- und Privatleute zahlen häufig irrtümlich Schäden für „neue Risiken" aus der eigenen Tasche, weil sie meinen, sie seien nicht versichert. Die meisten Haftpflichtversicherungen, auch die Privaten, haben nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) eine Vorsorgeklausel, nach der Hund und Katze mitversichert sind, bis vier Wochen nach der nächsten Aufforderung zur Meldung neuer Risiken verstrichen sind. Diese Aufforderung ist stets mit der Prämienrechnung verbunden. Erst dann muß in vielen Fällen – zum Beispiel für den Hund, nicht für die Katze –, ein eigener Vertrag oder eine Vertragserweiterung her.

URTEILE

Ein Kfz-Händler muß für die Probefahrt eines Gebrauchtwagens, den er in Kommission verkauft, eine Vollkaskoversicherung abschließen. Anderenfalls haftet er für Schäden an dem Fahrzeug selbst, urteilte der Bundesgerichtshof (Az.: VIII ZR 8/85 vom 8. Januar 1986).

*

Auf der Unfallflucht gibt es keine Versicherung. So entschied das Landgericht Hannover. Nach einem Unfall entfernte sich der betrunkene Verursacher vom Unfallort und verunglückte tödlich. Die Kfz-Unfallversicherung lehnte die Zahlung der Versicherungssumme von 30 000 Mark ab, weil die Gefahren bei der vorsätzlichen Ausführung von Vergehen nicht versicherbar sind (Az.: 6 O 271/85 vom 9. Oktober 1985).

*

Mit dem Tod des Versicherungsnehmers erlischt nicht sein Anspruch gegen die Hausratversicherung. Vielmehr geht die Forderung an seine Erben über, wenn der Schaden noch vor dem Ableben des Versicherten eingetreten war, entschied das Oberlandesgericht Hamm (Az.: 20 U 85/85 vom 5. Juli 1985).

*

Ein Mofa-Fahrer haftet zu 60 Prozent für den eigenen Schaden, wenn er ohne Helm und mit frisiertem Motor schuldlos in einen Unfall verwikkelt wird. Das Landgericht München II kam zu der Überzeugung, daß dieser Anteil angemessen sei (Az.: 9 O 2250/83 vom 23. Mai 1985).

*

Der Schlaf im Eisenbahnabteil kostet nicht den Schutz der Reisegepäckversicherung So entschied das Landgericht München I die Schadenersatzklage eines Touristen, dem sein Gepäck während einer Nachtfahrt mit dem Zug in Spanien gestohlen worden war. Der Schlaf während einer Nachtfahrt gilt nur als leichte Fahrlässigkeit, meinten die Richter. Die Reisegepäckversicherung mußte den Schaden ersetzen (Az.: 31 S 21144/84 vom 6. November 1985).

*

Ersetzt ein Schädiger oder seine Haftpflichtversicherung einem Geschädigten einzelne Schäden, so läuft die Verjährung des gesamten Schadensersatzanspruchs nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (Az.: VI ZR 56/84 vom 29. Oktober 1985) nicht weiter.

250 Mill. DM „Vorschuß" für die Fahranfänger

Rund acht Millionen Personenwagen wurden im letzten Jahr erstmals zugelassen oder haben den Besitzer gewechselt. Davon wurden 5,6 Millionen Gebrauchtfahrzeuge auf die neuen Halter umgeschrieben.

Für die Autoversicherer bedeutet dies acht Millionen „Doppelkarten" – die vorläufige Deckungszusage auf vollen Haftpflicht-Versicherungsschutz. Ohne Doppelkarte bekommt kein Kraftfahrzeug seine amtliche Zulassung, denn im Ernstfall darf kein Unfallopfer ohne Schadenersatz bleiben.

Auf den ersten Blick wirkt sie zwischen den vielen Zulassungspapieren nur wie ein weiteres Stück Papier, aber in der Praxis hat die Doppelkarte ein erhebliches finanzielles Gewicht.

Die Doppelkarte hilft

Weniger gravierend ist das noch bei Neuwagenkäufern, die meistens nur vom vorigen Auto auf das nächstneuere Modell umsteigen. Da laufen Versicherungsschutz und Zahlungsfristen für die Beiträge umgeschrieben einfach weiter.

Bei den gebrauchten Pkw aus zweiter oder weiterer Hand sieht es allerdings ganz anders aus. Hier sind jährlich etwa eine Million jeweils das erste Auto ihres neuen Besitzers.

Es gibt keine Vorversicherung, die Deckungszusage der Autoversicherer per Doppelkarte erfolgt, ohne daß auch nur ein Pfennig Prämie gezahlt ist – in der Regel bei anderen Versicherungssparten sonst zwingende Voraussetzung jeder zu erbringenden Leistung.

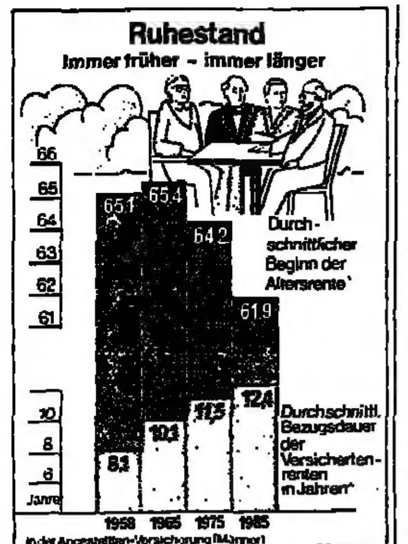
Dabei ist diese Zahlungsgarantie in der gesetzlichen Pflichtversicherung Autohaftpflicht gerade für Autoneulinge alles andere als nur eine Formsache.

Unsichere Neulinge

Während im Verlauf eines Jahres im Durchschnitt nur jeder achte aller Autofahrer einen Unfall verschuldet, ist es bei Fahrern mit ihrem ersten Personenwagen – seien es nun Führerscheinneulinge, Zweitwagen-Novizen oder Quereinsteiger vom Motorrad her – ungefähr jeder dritte.

In den Wochen zwischen Ausgabe der Doppelkarte und Eingang des ersten Beitrags – der Zeit mit kostenloser Doppelkartengarantie also – verursachen schon etwa 50 000 der „Neuen" einen Unfall.

Bei einem durchschnittlichen Aufwand von mindestens 4000 Mark pro Schadensfall zahlen die Autoversicherer also immerhin zwischen 200 und 250 Millionen Mark „Vorschuß". (AV.)



Immer mehr Bürger scheiden im Alter zwischen 50 und 60 Jahren aus dem Erwerbsleben aus; nur noch jeder zehnte arbeitet bis 65. Früherer Rentenbeginn und die steigende Lebenserwartung bedeuten aber auch einen längeren Rentenbezug. GRAPHIK: CONDOR

NEUE TARIFE

Kosmetische Operationen

Die Telcon Versicherung AG, Hamburg, Tochtergesellschaft der deutsch-amerikanischen Transatlantischen Versicherungs-Gruppe, bietet in ihrer Kraftfahrt-Unfallversicherung über die üblichen Leistungen hinaus auch die Übernahme der Kosten für kosmetische Operationen bis zur Höhe von maximal 10 000 Mark. an. Die Prämie erhöht sich trotz der zusätzlichen Leistungen nicht; sie liegt weiter um rund 25 Prozent unter dem Marktdurchschnitt in der Bundesrepublik.

Fußgänger-Rechtsschutz

Wer bei der Arag Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf, einen Verkehrs- oder Fahrzeug-Rechtsschutzvertrag auf neuestem Stand hat, erhält beitragsfrei den Fußgänger-Rechtsschutz.

Für junge Leute

Die Hamburger Hanse-Merkur Versicherungsgruppe bietet ein neu entwickeltes Krankenversicherungs-Konzept für junge Leute an. Es richtet sich insbesondere an Studenten, Lehrlinge und Beamtenanwärter in der Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren. Wer eine bessere Unterbringung im Krankenhaus und privatärztliche Behandlung will, erhält sie bei der Hanse-Merkur bei vollen Tarifleistungen um 50 bis 70 Prozent billiger – ein „Tarif zum Kennenlernen".

Beihilfeberechtigt

Die Barmenia Krankenversicherung aG, Wuppertal, hat auf die Neufassung der Beihilfevorschriften für Angehörige des öffentlichen Dienstes mit einem neuen Angebot reagiert, das mit seinen Leistungen den aktuellen Beihilfegrundsätzen angepaßt ist. Dabei wurde der Umfang des bisherigen Versicherungsschutzes noch verbessert. Unter anderem ist auch die nicht beihilfefähige Eigenbeteiligung am Unterbringungszuschlag im Krankenhaus in Höhe von 22 Mark pro Tag in voller Höhe mitversichert.

Fahren ohne Führerschein

Fahren ohne Führerschein auf eigenem Betriebsgelände ist jetzt bei der Kravag-Sachversicherung des Deutschen Kraftverkehrs VVaG, Hamburg, umfassend und beitragsfrei mitversichert. Nicht nur auf dem eindeutig abgegrenzten Betriebsgrundstück, sondern auch auf Flächen, die den Charakter einer öffentlichen Verkehrsfläche haben, bietet die Kravag ihren gewerblichen Kunden jetzt im Rahmen der Kfz- und Betriebshaftpflichtversicherung diesen erweiterten Schutz an.

Junge Direktversicherer treiben die klassischen Verkäufer nicht vom Platz

Begrenzte Marktchancen – Billiger ohne Außendienst – Angebote für informierte Verbraucher

„Wir garantieren Ihnen, daß Sie kein Vertreter besucht", heißt es in einer Anzeige der National Union Lebensversicherung. Mit Slogans wie „Der Abschluß per Post kostet weniger" und „Unsere Prämien liegen weit *unter dem Marktdurchschnitt*" werben heutzutage Anbieter, die davon überzeugt sind, mit unorthodoxen Vertriebsmethoden eine Marktlücke entdeckt zu haben.

Indessen läßt sich die Mehrheit der etablierten Gesellschaften von solchen, nach ihrer Einschätzung „exotisch" anmutenden Geschäftspraktiken nicht irritieren. Die meisten, darunter nahezu alle großen Assekuranzunternehmen, wollen jedoch auf das traditionelle, firmeneigene Vertriebssystem samt seiner unternehmensgebundenen Verkaufstruppen, nur ungern verzichten. Dort beobachtet man sorgfältig entsprechende Aktivitäten etwa im Direktvertrieb (über Anzeigen-, Brief- und Telefonwerbung), an denen sich vorwiegend Tochtergesellschaften ausländischer Gesellschaften beteiligen.

So ist beispielsweise die Autodirekt, Tochter der Neckura Versicherungsgruppe (eine Neckermann-Gründung, heute im Besitz der Nationwide Mutual Insurance, Ohio, USA) seit Anfang 1983 im Direktgeschäft mit Autopolicen tätig. Die National Union Lebensversicherung (Tochter des US-Versicherers American International Group) war ursprünglich auf den Vertrieb über Makler und Mehrfachagenten eingerichtet; sie stieg vor etwa vier Jahren auf den Direktvertrieb um.

Die zum ITT-Konzern gehörende Telcon besteht seit 1984 als Direktanbieter (vor allem Couponanzeigen) von Kfz-Policen; sie belebte das Marktgeschehen durch eine Reihe innovativer Neuerungen, darunter den Vollkaskorabatt für Frauen sowie den *für Selbständige*, die zum Vorsteuerabzug berechtigt sind.

Die von der Continentalen Versicherungsruppe (Vorbesitzer Allstate Insurance, USA) 1982 erworbene Europa ist seit Ende 1983 Direktanbieter von Auto- und Lebensversicherungen; die *Hannoversche Leben*, ältester deutscher Direktversicherer, konzentriert sich vor allem auf Mitgliederempfehlungen.

Cosmos Direkt, ehemaliger Regionalversicherer mit Außendienst (im Besitz der Aachener und Münchener Versicherungsruppe), wurde 1982 zum Direktversicherer umfunktioniert; von Saarbrücken aus werden per Anzeigen und Mailings Lebensversicherungen und Unfallpolicen angeboten.

Vor etwa vier Jahren schien sich das Direktgeschäft am hiesigen *Markt* zu beleben. Zeitweiligen Verkaufserfolgen, wie beispielsweise bei Cosmos Leben, standen Startschwierigkeiten und Rückschläge bei anderen Neuanfängern gegenüber. Alles in allem sieht es derzeit nicht so aus, als würden die jungen, ungeduldigen Direktvertreiber den traditionellen Policenverkäufer in absehbarer Zeit vom Markt treiben.

Offensichtlich harren derzeit noch bestimmte marktanalytische Fragen – beispielsweise „Wie kann man aus konkreten Zielgruppen den Direktab*schließer herausfinden?*" – *auf ihre* zutreffende Beantwortung. Zweifellos wendet sich der Direktvertreiber an einen Verbraucher ganz bestimmten Typs: Er muß sich im Dschungel des angebotenen Versicherungsschutzes gut auskennen. Das erfordert ein hohes Bildungsniveau.

Das macht die Grenzen im Direktvertrieb der Versicherer deutlich, wenn man davon absieht, daß Versicherungsschutz auch in absehbarer Zukunft eine erklärungsbedürftige Ware bleiben wird. Empirische Untersuchungen neueren Datums wie auch die aktuelle Beschwerdestatistik des Bundesaufsichtsamtes lassen erkennen, daß der Wissensstand der breiten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland noch immer äußerst unzulänglich ist.

Das markiert Aufgaben, denen die traditionellen Service-Versicherer, wie alle anderen, die heute Versicherungsschutz verkaufen wollen, gegenüberstehen. Der traditionelle Service-Versicherer und seine bewährten Fußtruppen werden Lernbereitschaft zeigen müssen.

K. H. STEFAN

Deutschsprachige Nachbarn pflegen Erfolg und Tradition

Bald nach Gründung entdeckte man den hiesigen Markt

K.-H. STEFAN, Düsseldorf

Sie werden von der Statistik lieblos als „Ausländer" etikettiert: Diese gut 100 auswärtigen Versicherungsunternehmen, die in der Bundesrepublik Deutschland über ihre Niederlassungen Versicherungsschutz anbieten. Dabei agieren sie nicht gerade als homogene Gruppe. Anders als einzelne angelsächsische Newcomer, die es anfangs schwerer hatten, sich hier zurechtzufinden, blicken beispielsweise die alteingesessenen deutschsprachigen „Ausländer" auf eine langjährige erfolgreiche Tradition.

„Wären nicht die engen und guten Bindungen zu unserem Hauptsitz in St. Gallen, so würden wir uns gar nicht als ausländische Versicherer am deutschen Markt fühlen", heißt es beispielsweise bei der schweizerischen Helvetia, mit 298 Millionen Mark *Bruttoprämie (siehe auch die* Tabelle auf der ersten Seite dieses WELT-Reports) viertgrößter ausländischer Schadenversicherer am deutschen Markt. Die Helvetia, Spezialist für Industrie- und Feuerversicherungen, ist seit über 120 Jahren in *Deutschland tätig.*

Auch die Zürich-Gruppe sowie die Schweizerische Lebensversicherung und Rentenanstalt hatten ihre Geschäftstätigkeit bereits wenige Jahre nach ihren Firmengründungen (1872 und 1857) am deutschen Versicherungsmarkt aufgenommen. Kontinuität und Solidität markieren seit Generationen die besondere Handschrift schweizerischer Versicherungsunternehmen.

Wenngleich zurückhaltend in der Werbung, haben die Eidgenossen für die Entwicklung der deutschen Lebensversicherung wichtige Akzente gesetzt. So spielt bei ihnen die Absicherung von Berufsunfähigkeit und Invalidität seit jeher eine bedeutendere Rolle als bei uns. Die Erfahrungen der schweizerischen Unternehmen haben Pate gestanden, als die selbständige Berufsunfähigkeitsversicherung hier aus der Taufe gehoben wurde. Auch hat ihre Invaliditätsversicherung das Leistungsangebot von deutschen Mitbewerbern belebt.

Die Österreicher, das sind Interunfall, Generali und Erste Allgemeine, stellen unter den deutschsprachigen Ausländern eine kleine traditionsbewußte Gruppe. So ist die Erste Allgemeine Versicherungs-AG seit 1882 (zwei Jahre nach Gründung der Wiener Muttergesellschaft gleichen Namens) in Deutschland tätig. Die Mutter ist in Österreich Marktführerin der Schadenversicherer und eine Tochtergesellschaft der 1831 in Triest gegründeten österreichischen Generali-Lebensversicherung AG, die unter den dortigen Lebensversicherern auf Platz 1 rangiert.

Die Erste Allgemeine, zweitgrößter ausländischer Schadenversicherer, bietet ihrer deutschen Kundschaft die nahezu vollständige Palette eines klassischen Kompositversicherers, die (ohne private Krankenversicherung) von der Industrieversicherung bis zum modernen Breitengeschäft reicht.

Leichtsinn kann teuer werden

Grobe Fahrlässigkeit bei Eigenschäden nicht versichert

WR. Köln

Bodenloser Leichtsinn kann teuer zu stehen kommen – auch wenn man versichert ist. Wer an eigenem Hab und Gut durch „grobe Fahrlässigkeit" einen Schaden verursacht, dem schulden die Versicherer keine Mark. Die Folgen allzu großer Unachtsamkeit muß man also auf die eigene Kappe nehmen wie absichtlich herbeigeführten Schaden.

Grob fahrlässig handelt zum Beispiel, wer im Bett raucht, in seiner Wohnung selbstgeflickte Sicherungen verwendet oder einen gefüllten Benzinkanister aufbewahrt, meint der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. Auch Autofahrer riskieren ihren Kaskoschutz, wenn sie trotz Übermüdung ihre Fahrt fortsetzen, abgefahrene Reifen nicht auswechseln und schadhafte Bremsen nicht reparieren lassen. Der juristische Begriff der „groben Fahrlässigkeit" taucht zwar oft in den Gesetzen auf, wird aber nicht weiter erläutert. Die Versicherer geraten mitunter in die Zwickmühle, bei Eigenschäden von Versicherungsnehmern prüfen und entscheiden zu müssen, ob einfache oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Hilfestellung gibt ihnen die ständige Rechtsprechung. Danach gilt als grob fahrlässig, wenn der Versicherungsnehmer selbst einfachste und ganz naheliegende Überlegungen nicht angestellt hat.

Anders sieht es bei Schäden aus, die man einem anderen, etwa im Straßenverkehr, zufügt, also bei Haftpflichtfällen. Die Haftpflichtversicherung erledigt Ersatzansprüche, die an den Schädiger herangetragen werden, auch bei grober Fahrlässigkeit.

Wann sind Räder versichert?

Keine Probleme bei Einbruch in Keller oder Haus

WR. Köln

Wer mit einem Fahrrad viel unterwegs ist, sollte seinen Versicherungsschutz prüfen. Nach den neuen Versicherungsbedingungen ist ein Rad zwar *weiterhin* im verschlossenen Keller oder Haus, in der Garage und selbst im gemeinschaftlichen Abstellraum gegen Einbruchdiebstahl versichert, nicht jedoch unterwegs.

Doch kann man zur Grunddeckung einen Zusatzschutz in Höhe von einem Prozent der Hausratversicherungssumme vereinbaren. Beträgt die Versicherungssumme für die gesamte Habe 100 000 Mark, so kostet das 50 Mark extra, und ein Rad ist bis zu 1000 Mark mitversichert.

Wird das teure Fahrzeug aus dem verschlossenen Keller gestohlen, so leisten die Versicherer voll. Eine Entschädigungsgrenze gibt es nämlich bei der neuen Hausratpolice nicht. Nach den Altverträgen, die in den nächsten Jahren auslaufen, sind Fahrräder bis höchstens 500 Mark je Versicherungsfall geschützt. Außerdem darf keine Unterversicherung vorliegen. Nach wie vor gilt: Fahrräder müssen, stellt man sie beim Einkaufen oder bei einer Fahrt ins Grüne ab, durch ein Schloß gesichert sein.

Ein Fahrraddiebstahl ist auf jeden Fall der Polizei zu melden. 1985 registrierten die Ordnungshüter über 337 000 Anzeigen. Ein Fahrradpaß, wie er kostenlos von Polizei und Versicherern verteilt wird, erleichtert das Auffinden gestohlener Fahrräder wie auch die Schadenregulierung. Als Merkmale sind einzutragen: Rahmennummer, Größe der Bereifung, Farbe von Rahmen und Schutzblechen sowie besondere Kennzeichen.

Selbst Multis verzichten nicht auf Maklerdienste

Ihr Ansehen wächst mit der internationalen Ausrichtung – Geldwertes Know-how ohne zusätzliche Kosten

Von F.-G. v. GAERTNER

Die positive Gesamtentwicklung der deutschen Wirtschaft führt zu einer stärkeren internationalen Ausrichtung vieler Unternehmen in der Bundesrepublik. Damit wächst die Bedeutung international tätiger Dienstleistungsunternehmen, insbesondere der Versicherungsmakler.

In den USA und England werden Versicherungsmakler mit der Konzeption und Betreuung von länderübergreifenden oder weltweiten Versicherungsprogrammen beauftragt. Dies geschieht in der Erkenntnis, daß diese international tätigen Dienstleistungsunternehmen unabhängig von der Bindung an Versicherungsgesellschaften die optimale Serviceleistung bieten können.

Auch wenn in der Bundesrepublik der Berufsstand der Versicherungsmakler ständig an Bedeutung gewinnt, ist im Vergleich zur Beschäftigung von zum Beispiel international tätigen Wirtschaftsprüfern oder Unternehmensberatungsfirmen für den Versicherungsbereich immer noch ein gewisses Zögern in der Auftragserteilung festzustellen.

Selbst Großunternehmen entwikkeln vielleicht aus einer Tradition heraus ihre Versicherungsphilosophie häufig noch in eigener Regie. Dies ist um so weniger verständlich, als zum einen ein vorhandenes Know-how nicht genutzt wird, zum anderen aber auch zusätzliche Kosten durch die Einschaltung eines Versicherungsmaklers nicht entstehen.

Da der Makler den Versicherungsgesellschaften eine Vielzahl von Arbeiten abnimmt, von der Risikobeurteilung über die Gestaltung der Versi*cherungsprogramme bis zur* Schadenabwicklung, erhält er einen Teil der in jeder Versicherungsprämie kalkulierten Verwaltungs- und Vertriebskosten als Entgelt für seine Serviceleistungen.

Gerade aber im internationalen Bereich *hat* der Versicherungsmakler seine besondere Berechtigung. Selbst multinational arbeitende Großkonzerne mit Auslandsniederlassungen können unbestritten ihre Versicherungsprobleme weltweit nicht mehr ohne fachkundige Unterstützung bewältigen.

Die unterschiedlichsten Vorschriften und gesetzlichen Auflagen in den Ländern, hierdurch bedingte Unterschiede in den Versicherungsformen, erschweren nicht nur die Beurteilung des Versicherungsschutzes, sie hinterlassen auch ein Gefühl der Unsicherheit, das sich häufig im Schadenfall als unzutreffend erweist.

Diese Lücken kann der international tätige Versicherungsmakler schließen. Als Interessenvertreter seines Kunden ist er Bindeglied zu den Versicherungsgesellschaften im In- und Ausland. In der Regel arbeitet er weltweit mit Korrespondenzmaklern, in einzelnen Fällen auch mit eigenen Auslandsrepräsentanten. Eine Umfrage des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM) ergab, daß *50 Prozent der 143 Mitgliedsfirmen* international arbeiten.

Zu Beginn seiner Tätigkeit analysiert der Versicherungsmakler im In- und Ausland vorhandene Risiken und führt eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Versicherungsträger durch. *Anhand* der gesammelten Informationen entwickelt er zusammen mit den in den einzelnen Ländern ansässigen Korrespondenten bzw. seinen eigenen Repräsentanten ein weltweites, auf die speziellen Bedürfnisse des Kunden zugeschnittenes Versicherungsprogramm.

In Zusammenarbeit und mit der unerläßlichen Unterstützung der Muttergesellschaft wird dann dieses Programm in den einzelnen Ländern realisiert, dabei werden Deckungslücken geschlossen und das in der Regel gemeinsam mit der Konzernmutter erarbeitete weltweite Risiko- und Schadenverhütungsprogramm konsequent realisiert. Im Rahmen der weltweiten Versicherungsprogramme setzt der Versicherungsmakler die Kaufkraft der weltweit zu zahlenden Versicherungsprämien zum Vorteil der betreuten Kunden ein. Dies läßt sich durch Konzentration bestimmter Versicherungen auf einen international arbeitenden Versicherer als Träger des Programms erreichen. Der dadurch geschaffene Ri*sikoausgleich führt erfahrungsgemäß* nicht nur zur Verbesserung des Versicherungsschutzes, sondern auch zu finanziellen Einsparungen.

Von besonderer Bedeutung ist der erzielte Informationsaustausch durch die Korrespondentenkette des international arbeitenden Versicherungsmaklers. Hierdurch wird die Mutterfirma stets über die wichtigen Neuerungen auf den ausländischen Versicherungsmärkten und die Auswirkungen auf ihre Tochtergesellschaften unterrichtet.

Dies führt häufig auch zu innovativen Wirkungen, da vielfach zunächst in den einzelnen Ländern unversicherbar erscheinende Risiken im Rahmen des Gesamtprogrammes letztlich doch im Markt plaziert werden können.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM)

Freizeitsport birgt viele Gefahren

Py. Düsseldorf

Sport ist Unfallursache Nummer eins bei den Unfällen in Heim und Freizeit. Von insgesamt drei Millionen Verletzten in diesem Bereich, die nach einem Unfall ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußten, entfielen 1,3 Millionen (43 Prozent) auf Sport und Spiel. Das sind wesentlich mehr als zum Beispiel im Straßenverkehr, wo es 1985 rund 420 000 Verletzte gab. Allerdings sind die Verletzungen der im Straßenverkehr Verunglückten im Durchschnitt schwerer.

Die Gefahr, bei einem Sportunfall verletzt zu werden, ist besonders groß für Jungen und Männer bis zum Alter von 34 Jahren. Eine Untersuchung der Beratungsstelle für Schadenverhütung im Verband der Auto- und Unfallversicherer (HUK) ergab, daß sich bei Ballspielen die meisten Unfälle ereignen, allein beim Fußball pro Jahr 420 000. Besonders unfallträchtig sind auch Reiten, Handball, Leichtathletik, Tennis und der Wassersport. Während beim Fußball fast ausschließlich Jungen und Männer verunglückten, sind Frauen und Mädchen bei Handball und Volleyball in hohem Maß beteiligt. Eine Unfallversicherung für die Freizeit sollte auf jeden Fall ins Kalkül gezogen werden.

BÜCHER

„Grundriß der Individualversicherung" von Franz Büchner/Gerrit Winter; 9. Auflage, Verlag für Versicherungswirtschaft, Karlsruhe; 18 Mark.

Der auf den neuesten Stand gebrachte Grundriß bietet Studierenden wie auch Interessierten einen vorzüglichen Einblick in Wesen, Aufgaben und geschichtliche Entwicklung des Versicherungswesens. Dabei wird auch der Blick über die deutsch-deutsche Grenze nicht ausgespart, wobei es zur dortigen Organisationsstruktur – und Standortbeschreibung – unter anderem heißt: „Die Versicherung in der DDR betreibt die Staatliche Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin mit ihren Bezirks- und Kreisdirektionen."

Anschließend werden Aufstieg, Entwicklung und Bedeutung der Individualversicherung behandelt. Die Sozialversicherung, die vielen anderen Staaten als Vorbild gedient hatte, wird in ihrer historischen Entwicklung und aktuellen Bedeutung nahegebracht. Ausführlich werden die wesentlichen Themen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen der etablierten Individualversicherung dargestellt, wobei allein schon das abschließende Kapitel „Versicherung als Beruf" jedem Schulabsolventen zu empfehlen wäre.

Rußland, lebe wohl!

ega. – Mit einem Gedicht, das der große russische Poet Michail Lermontow im 19. Jahrhundert schrieb, hat sich der amerikanische Journalist Nicholas Daniloff vom Lande seiner Väter verabschiedet: „Leb wohl, du ungewaschenes Rußland, du Land der Sklaven unter Herren, lebt wohl, ihr blauen Uniformen – und du, gehorsames Volk". Lermontow wurde vom Zaren wegen Unbotmäßigkeit in den Kaukasus verbannt. Daniloff, der selber russischer Abstammung ist, dürfte das Land, mit dem er durch Sprache und Herkunft so eng verbunden war und das ihn als „Spion" bezichtigte, sowie als Geisel in seiner Gewalt hielt, nicht so bald wiedersehen.

„Moskau glaubt nicht an Tränen", heißt eine landläufige russische Redensart. In der Tat ist bemerkenswert, mit welcher Mischung aus Gleichgültigkeit, Feindseligkeit und Mißtrauen die Sowjetmacht mit den in aller Welt verstreuten russischen Menschen umgeht. Wären die Zustände und die Denkweisen in der Sowjetunion „normal" – ein Mann wie Daniloff wäre hoch geschätzt worden. Wäre Daniloffs Heimat nicht Rußland, sondern Frankreich oder Spanien – diese Heimat, die ihm zugleich Gastland war, hätte ihn mit Freundlichkeit und Ehren ziehen lassen und ihm vielleicht noch einen Orden verliehen. Selbst im kommunistischen Ungarn wäre ihm Ähnliches nicht so schnell passiert.

Warum es ihm in Rußland passierte? Nun, auch nach sieben Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft ist in den Köpfen der Machthaber und Polizisten das unheilvolle Denken in den Kategorien des Bürgerkrieges noch nicht überwunden. Noch immer werden Menschen aus dem Lande gejagt. Noch immer gelten jene, die sich in Sprache, Gebräuche, Lebensweise und Mentalität Rußlands zu sehr vertiefen wollen, als Feinde. Diese Unnormalität des Verhaltens gegenüber den eigenen Kindern und Kindeskindern macht es so schwer, an eine Normalisierung der Ost-West-Beziehungen zu glauben.

Die malenden Schüler Shakespeares und Homers: Ingres/Delacroix in Tübingen

Apollo liebt den Dionysos

In Tübingen soll sich eine historische Situation widerholen. In der Kunsthalle wurde – andeutungsweise und nicht mit vollem Einsatz der Gemälde und Traktate – die Pariser Kunstszene vom ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts mit ihren beiden Exponenten und Antipoden Ingres und Delacroix in einer umfangreichen Ausstellung von Zeichnungen und Aquarellen wieder wachgerufen.

Der Rekonstruktionsversuch hat freilich Laboratoriumscharakter und kaum die Spur jener leidenschaftlich bewegten Jahre, da die Anhänger der beiden Maler die französische Kunstwelt tatsächlich in zwei feindliche Lager spalteten. Im Lager der Klassizisten herrschten die „Schüler Homers", im Lager der Romantik die „Schüler Shakespeares", wie man in den Pariser Salons zu sagen pflegte; woraus ohne weiteres ersichtlich wird, daß die beiden Kategorien sich dem deutschen Sprachgebrauch nicht einpassen lassen. Auch der Antagonismus Ingres-Delacroix (der keineswegs auf eine simple Formel zu bringen ist) war ein französisches Phänomen; seine Ursachen und Wirkungen aber sind künstlerischer Natur. Dies hilft die Tübinger Ausstellung zu erhellen.

Sie ist übrigens eine Reprise; es gab sie schon einmal, 1936 in Brüssel. Aber das gab es wohl noch nie, daß derselbe Mann, Ernst Goldschmidt, der jene Ausstellung seinerzeit organisiert hat, heute nach 50 Jahren ihre Wiederholung bewerkstelligt. Auch diesmal ist das Brüsseler Palais des Beaux-Arts maßgeblich beteiligt. Selbstverständlich ist es nicht mehr die gleiche Ausstellung; nur noch 17 von den Werken, die vor 50 Jahren in Brüssel zu sehen waren, finden sich in Tübingen wieder. Doch das sollte bei der unermeßlichen Fülle der beiden Hinterlassenschaften von jeweils vielen tausend Zeichnungen und Aquarellen keine Rolle spielen.

Insgesamt 167 Blätter sind zu sehen, 80 von Ingres, 87 von Delacroix. Sie sind offenbar nicht auf „Konfrontation" hin arrangiert, sondern werden in getrennten Sälen vorgestellt. Dem Besucher bieten sich so zwei Ausstellungen in einer, jede ein Fest für die Augen, und als Zugabe das geistige Vergnügen, zwei unterschiedliche Kunstauffassungen zu studieren, ihre polaren Spannungen in den Räumen zu spüren als Emanationen zweier Unsterblichen.

Dabei bleibt es aber auch, und das ist gut so. Wir sind an ihrer historischen Gegnerschaft nicht mehr interessiert. Der Streit ist längst ausgestanden und verjährt. Was dabei herausgekommen ist, hat Früchte getragen, die zum Teil in unserem Jahrhundert noch gereift sind.

Die beiden Maler lassen sich nicht mehr gegeneinander ausspielen. Beide waren Genies, die überragenden Künstlerpersönlichkeiten ihres Jahrhunderts in ihrem Lande, und souveräne Verkörperungen zweier gegensätzlichen Prinzipien, die notwendig einander ergänzen. Hélène Lassalle hat sie im Ausstellungskatalog zutreffend mit dem Namen „Apollo" und „Dionysos" charakterisiert. Dabei dürfte sie sich auf Nietzsche und Wölfflin beziehen und durchweg bis ins Detail ihrer Sache sicher sein.

Vor allem die Zeichnungen lassen bei Ingres das Apollinische, bei Delacroix das Dionysische noch sinnfälliger erscheinen als die zugerichteten („ajustés") Gemälde, wiewohl wir es hier auch mit „zugerichteten" Zeichnungen zu tun haben, die sogar einen Schwerpunkt der Ingres-Auswahl bilden. Mit Recht, muß man sagen, denn es handelt sich um die unübertrefflichen Bildniszeichnungen aus Rom, die zum besten gehören, was die Porträtkunst des 19. Jahrhunderts vorzuweisen hat, und die, fast gegen seinen Willen, den Ruhm des jungen Ingres begründet haben.

Daneben sind Werkskizzen und Vorstudien für Porträts und größere Bildkompositionen zu sehen, Blätter, die den ersten Bildgedanken mit allen seinen Möglichkeiten durchprobieren, auch Gewand-, Architektur- und Landschaftsstudien, die weithin unbekannte Dimensionen des zeichnerischen Œuvres erschließen.

So führen hier drei Blätter vor, wie das Gemälde „Rüdiger befreit Angelika" von 1819 aus Kompositions- und Detailskizzen erwuchs. Wie es die klassische Schule gebietet, zeichnete Ingres den auf dem Pferd heranstürmenden Rüdiger zuerst nackt, um die Körperhaltung richtig zu erfassen. Danach legte er ihm dann die reichverzierte Rüstung – von der ebenfalls ein Skizzenblatt zu sehen ist – an. Ein anderes Blatt führt vielfach vor, wie sich der Maler um die rechten Arm- und Fußhaltungen seiner Protagonisten für das Gemälde „Antiochus und Stratonike" von 1840 bemühte.

Dennoch, am Ende bleibt allemal die „reine Zeichnung", klar, kühl, präzis, maßvoll, leidenschaftslos, unbewegt; aber auf dem Weg dorthin setzt sich der notorische Klassizist mit vielerlei realistischen, psychologischen, manieristischen, expressiven „Störungen" auseinander, um zuletzt zu beweisen, daß er, dem „idealen Kanon" folgend, gleichwohl imstande ist, das Natürliche mit dem Individuellen zu verschmelzen, die Wahrnehmung dem Gesetz der Form zu unterwerfen, das ihm allein die Linie diktiert.

Das ist nun alles andere als „dionysisch" und undenkbar für einen Künstler wie Delacroix, der, wie Baudelaire sagte, „leidenschaftlich in die Leidenschaft verliebt" war. Die Phantasie galt ihm mehr als die Regel – wenn sie „mit dem Verstand in Harmonie" war. Mit der Linie machte er, was er wollte. Sie wurde vom Gefühl, von der Gemütsbewegung, vom Augenblick diktiert. Sie gehorchte der Verve seines Pinselstrichs. Für den Umriß brauchte er sie überhaupt nicht. Man schaue sich nur seine Löwen an, die einen Hasen oder Eber reißen: ein einziges Linienknäuel. Oder das Aquarell „Tiger, ein wildes Pferd angreifend": die Körper verschmelzen zu einem Bündel der Wildheit, in dem die beiden Tiere nur durch die Farbe ihres Fells zu unterscheiden sind.

Er zeichnete Bewegungen, Leidenschaften, Aufwallungen des Lebens bei Mensch und Tier. Die großen Themen der Weltliteratur fanden ihn ihm einen kongenial mitdichtenden Interpreten, so daß Goethe, als er die Zeichnungen zu seinem „Faust" sah, an ihnen das „Pathos der Ebenbürtigkeit" rühmte.

EO PLUNIEN

Bis 28. Okt; Brüssel 6. Nov. bis 21. Dez.; Katalog 39 Mark, im Buchhandel, DuMont Verlag, 86 Mark.



Begründete den Ruhm des jungen Ingres: Porträtzeichnung „Joseph Woodhead mit Frau und Bruder" (1816)



Von der Leidenschaft des Augenblicks diktiert: Delacroixs „Jüdische Musikantengruppe in Meknès" (1832) FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Ausstellungen vom Mythos zum Logos

MvZ. Florenz

Nachdem nunmehr die Finanzierung gesichert ist, bereitet Florenz, die „Hauptstadt der europäischen Kultur 1986" fünf wichtige Ausstellungen vor: Unter dem Obertitel „Vom Mythos zum Logos" zeigt der Palazzo Strozzi bis zum 16. November – mit 241 Werken aus dem Archäologischen Museum in Athen – „Die menschliche Figur in der griechischen Kunst vom 8. bis 4. Jahrhundert v. Chr.", ferner byzantinische Ikonen und Fresken vom 9. bis 17. Jahrhundert und eine Übersicht über den Buchdruck in Griechenland von 1469 bis 1523. Im Palazzo Medici Riccardi ist eine Ausstellung über den deutschen Expressionismus zu sehen. Und mit 30 Bildern aus dem Prado wird das Goldene Jahrhundert der spanischen Malerei vorgestellt.

Malcolm X wurde jetzt zum Opernhelden

dpa, New York

Malcolm X, der 1965 ermordete radikale Schwarzenführer und eine der umstrittendsten Figuren im *Kampf der farbigen Amerikaner um* ihre Bürgerrechte, ist Gegenstand einer Oper geworden. „X – Das Leben und die Taten von Malcolm X" des farbigen Komponisten Anthony Davis hatte in der New York City Opera Premiere und wurde vom Publikum mit einer stehenden Ovation begrüßt.

Damen, Frauen, Mägde auf Schloß Rheydt

DW. Mönchengladbach

Mit dem Leben der Frauen in Mönchengladbach in der Vergangenheit beschäftigt sich die Ausstellung „Damen – Frauen – Mägde". In Mönchengladbachs Städtischem Museum Schloß Rheydt sind bis zum 19. Oktober Photos, Grafiken und Dokumente zu sehen, die die soziale Situation der verschiedenen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert dokumentieren. Der Katalog kostet 10 Mark.

Kunst von Joseph Beuys bis Günther Zins

DW. Lüdenscheid

Collagen, Bilder, Installationen, Objekte und Partituren von Beuys über Norbert Kricke, Gerhard Rühm. Karlheinz Stockhausen bis zu Günther Zins zeigt Lüdenscheid in der Ausstellung „Linien Briefe Notationen". Sie ist in der Städtischen Galerie bis zum 19. Oktober zu sehen. Anschließend werden die Arbeiten von insgesamt 31 Künstlern sie in Gütersloh (24. Okt. bis 3. Dez.) und in Telgte (1987) gezeigt. Der Katalog kostet während der Ausstellung 15, danach 20 Mark.

Deutscher Schmuck- und Edelstein-Preis

DW. Idar-Oberstein

Dem Basler Goldschmied Georg wurde der mit 8000 Mark dotierte „Deutsche Schmuck- und Edelsteinpreis Idar-Oberstein 1986" zugesprochen. Er war in diesem Jahr zu dem Thema „Modischer Schmuck – Festlicher Abendschmuck für die Dame" ausgeschrieben. Der zweite Preis geht an den Langenargener Goldschmied Eberhard Krolitzki, der dritte an den Kölner Hans Tornow. Insgesamt lagen der Jury 143 Arbeiten aus 14 Ländern vor.

Lettl-Titel als Poster

Das Titelbild unserer gestrigen Sonderbeilage „WELT des Buches" zur Frankfurter Buchmesse, das der Augsburger Maler Wolfgang Lettl entworfen hat, ist (in begrenzter Auflage) auch als Poster erhältlich. Bestellungen sind zu richten an: DIE WELT, z.Hd. Frau Wintergerste, Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2.

Eröffnung der Buchmesse: Pressekonferenz des Börsenvereins in Frankfurt

Waffenruhe zwischen Buch und Bild?

Die Lage sei entspannt, sagte auf der Eröffnungspressekonferenz der Buchmesse in Frankfurt Günther Christiansen, der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Und er meinte die Lage an der „Front" zwischen den geschriebenen und gedruckten Medien auf der einen und den drahtlosen, elektronischen auf der anderen Seite.

Noch vor einigen Jahren habe es hier geradezu „kriegerische" Töne gegeben, scherzte Christiansen, und er registrierte befriedigt, daß sich mittlerweile so etwas wie ein „Rückstoßeffekt" eingestellt habe: Die Diskussion über die Medienpolitik habe die „Rolle des Lesens stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt". Außerdem habe sich gezeigt: „Die Allianz von Kabel und Konsum ist noch weit entfernt vom Erfolg".

Mag sein, daß den Buchmann die große Heerschau des gedruckten Wortes, als die sich diese Buchmesse mit ihren neuen Superlativen präsentiert, in eine leicht euphorische Stimmung versetzt hatte. In den anschließenden Redebeiträgen seiner Podiumsnachbarn war von solcher „Entspannung" jedenfalls nichts zu spüren.

Diese kamen immer wieder auf den offenbar ungemildert schwelenden Grundkonflikt zurück: Buch oder Bildschirm. Als blicke die ganze Lese- und Schreibwelt wie in einen Abgrund, von dem sie verschlungen werden könnte. Und als wisse sie nichts davon, daß natürlich auch der Bildschirm das geschriebene Wort braucht, daß er es transportiert, speichert, sortiert und auf neue Weise „flexibel", einsetzbar macht.

Ulrich Wechsler, Aufsichtsratsvorsitzender der Ausstellungs- und Messe-GmbH des Börsenvereins, suchte Trost bei der Hirnforschung. Die beim Lesen im Stirnhirn ablaufenden Prozesse seien nach neuesten Erkenntnissen „eng verknüpft mit vorausschauendem, planerischem Handeln." Durch Lesen werde somit ein Teil des Vorderhirns, den man „auch als das ‚Zivilisationsorgan' bezeichnet" habe, „in bislang unbekanntem Maße aktiviert". Ergo: Lies, und du wirst an der Spitze der Zivilisation stehen – eine buchstäblich bahnbrechende Erkenntnis.

Lesen lernen und gekonntes Lesen, dozierte Wechsler weiter, „konstituieren Bewußtsein in einem besonderen

BUCH●MESSE

Maße, nämlich die Unterscheidungsmöglichkeit zwischen dem, was geschieht, und dem, was gesagt wird, und damit die Fähigkeit zur Kritik". Bewußte Leser seien weniger manipulierbar, und sie seien „aktiver als Nicht- oder Wenigleser, haben mehr soziale Kontakte und treten oft als Meinungsführer auf". Überraschendes Fazit: „Leser sind die besseren Fernsehzuschauer."

Wie beruhigend, daß das Buch offensichtlich (noch) nicht auf solche Verteidigungsreden angewiesen ist! *Die 38. Buchmesse ist ein einziger* schlagender Beweis dafür, daß der beste Verteidiger des geschriebenen Wortes noch immer das Buch selbst ist. 6920 Verlage stellen aus, wiederum 285 (4,3 Prozent) mehr als im Vorjahr. 32 0000 Titel präsentiert in diesem Jahr diese größte Buchschau der Welt, und sie belegt dafür eine Fläche von 95 700 Quadratmetern. 120 000 Besucher werden erwartet. Eine Parade von Rekordzahlen.

Schwerpunktthema der diesjährigen Buchmesse ist der fünftgrößte nationale und drittgrößte englischsprachige Buchproduzent der Welt: Indien. Unterstützt von Auswärtigem Amt, Lufthansa und indischer Regierung, wird ein ganzer Veranstaltungsreigen rund um die 7000 ausgestellten indischen Titel zelebriert – von Musik- und Tanzveranstaltungen bis zur „Mahatma-Gandhi-Schau", von einer Ausstellung indischer Malerei in der Paulskirche bis zur Werkschau im Kommunalen Kino unter dem Titel: „Das Kino in Indien".

Sogar indische Küche und indische Skulpturen sind aufgeboten, die Besucher einzustimmen, und die Deutsche Welle hat eigens einen Literaturpreis für indische Autoren ausgelobt. Buchmessendirektor Peter Weithaas meinte treffend: „Die ‚weißen Flekken' auf der Literaturlandkarte können durchaus auch als ‚blinde Flekken' unseres Bewußtseins interpretiert werden." Daß Indien bei uns solange ein weißer Fleck war, ist fast beschämend für ein Land, das mit Friedrich Schlegel die „Sprache und Weisheit der Indier" schon 1808 als *erstes entdeckt hatte.*

DANKWART GURATZSCH

Operette auf dem Prüfstand: Die „Fledermaus" in Stuttgart und anderswo

Liebeslust züngelt im Beichtstuhl auf

Béjart und Kupfer haben es vorgemacht. Die „Lustige Witwe" hoppelt wieder mit dem Reitersmann, und der „Fledermaus" reißt der Champagnerschaum die Glupschaugen auf. Wenn Bühnen wie Brüssel gleich mit zwei Operetten in einer Fassung aufwarten gibt es für die großen Staatstheater kein Halten mehr. Lüstern machen sich die Regisseure an die Aufbereitung des nächtlichen Geflügels. Die Operetten, die goldenen und die silbernen, sie müssen nun in geschlossener Front aufmarschieren.

Vor zwei Wochen versuchte Christoph Groszer das ihm von Drese überlassene Züricher Opernhaus mit den Walzern der „Fledermaus" auf neuerlichen Erfolgskurs zu lenken. Die Verpflichtung eines Wiener Operettenroutiniers (Robert Herzl) ließ von vornherein ahnen, daß hier kaum Weichen gestellt würden, um die ausgeratterten Gleise zu verlassen. Nun begann Wolfgang Gönnenwein seine zweite Spielzeit mit der „Fledermaus" und ließ sein aufgewecktes Besetzungsbüro wieder mal kräftig routieren.

Hans Hollmann als Regisseur und Bearbeiter, das versprach nun endlich Ordnung zu bringen in das dramaturgische Ödland von Orlofskys Fest. Hollmann, der einst „Die letzten Tage der Menschheit" von Kraus als österreichische Totenfeier analysierte, sollte der Operette Lebensgeister einhauchen. Kraus haßte die Operette, ließ nur Offenbach gelten. Hollmann *haßt sie ganz sicher nicht,* denn mit gar zu großer Fabulierlust schlüpfte er selbst in die Haut des Gefängnisdieners Frosch, dessen Sliwowitz getrübten Schmäh man plötzlich wieder zuhören konnte.

Wovon träumt der Mensch, wenn er verheiratet ist? Anno 1870 rauben ihm seine Phantasien von verruchten Festen im Club privé den Schlaf im ehelichen Bett. Wer bisher dachte, das Wiener Rentierdasein erlaube die Realisierung solcher Fluchtideen, muß nun erleben, daß solche Art bürgerliche Nachtausflüge nur einen Schlaflang dauern. Träume sind Schäume, und was Rosalinde und Gabriel Eisenstein ab der Ouvertüre träumen, verpufft nach dem Champagnerhymnus in der Kuschelwärme des Ehebettes, welches der als Engelchen fungierende Frosch vorsichtshalber mit einer Kette umhängt: Lebenslänglich. Welch harte Frohn das Ehebett bedeutet, zeigt das Ehepaar beim rührenden Abschied bevor Eisenstein ins Gefängnis muß. Gleich zwei alten Rössern trabt es, vor die Bettstatt gespannt, an die Rampe. Durch die Intrige Falkes finden beide sich als Gräfin und Chevalier im Club Orlofskys und lassen Liebeslust im Beichtstuhl aufzüngeln.

Was Hollmann im ersten Akt so geschickt einfädelt, wodurch er die Neugier weckt auf diesen nur mittels spezieller Schlüssel zugänglichen Club, entpuppt sich als herbe Enttäuschung. An der langen Theke des Grafen gibt es Aufputschmittel und abgestandenes Gesöff. Das verfremdete Walzer-Girren suggeriert die *Neonöde modischer Stehkneipen* und die Peep-Show-Klappen bringen selbst den schweizerischen Gefängnisdirektor Frank nicht zum Erröten. Bleibt abzuwarten, ob sich die Schwaben in diesem müden Sex-Club delektieren.

Am Schluß des Festes der Höhepunkt. Der Auftritt der Putzfrau, die ungerührt ob der verstopften Orgiastik ihren Arbeitstag beginnt. Man hätte sie schon früher schicken sollen. Eine Operette, die musikalisch auf solch bleiernen Füßen daherwankt, sollte eigentlich ein Unding sein. Statt Kribbeln erzielte Janos Fürst höchstens Tempo, statt Raffinesse Lautstärke. Und das Staatsorchester hielt ungerührt mit. Sona Ghazarian (Rosalinde) hat das Zeug zum glucksenden Luder und als Piroschka legt sie eine Femme fatale der Luxusklasse hin, auch wenn der Csárdás etwas hausbacken ausfiel.

Mit Eva Lind als Adele erlebt man eine Kolorateuse, von der bislang in der Operette nur träumen konnte. Toni Krämer (Alfred) singt laut und herrlich daneben, Jörn Wilsing (Falke) und Klaus Hirte (Frank) – das ist Routine im guten Sinne. Milagro Vargas (Orlofsky) mußte sich von Helene Schneidermann stimmlich doubeln lassen, und Franz Wächter hat Eisensteins Lebensgier vom Vater geerbt, auch wenn sie in der zweiten Generation bürgerlichem Bequemsein wich. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Johannes Schaaf wird sich in Amsterdam der Fledermaus annehmen, Harnoncourt hat dann das musikalische Sagen.

ROLF FATH

Nächste Aufführungen: *28.9.*und *1.10.* Kartenvorbestellungen: 0711/20 32 44 44

Köln: Puccinis „Gianni Schicchi" und Zemlinskys „Florentinische Tragödie"

Bauernschläue allein reicht nicht aus

Gegen Ende der musikalischen Festtage zu Ehren der neu eröffneten Philharmonie ist mit der ersten Opernpremiere wieder der Alltag ins Kölner Musikleben eingekehrt. Puccinis Einakter „Gianni Schicchi", das bitterbös spöttische Schelmenstück um Habgier, Erbschleicherei und Testamentsfälschung aus dem Florenz der Renaissance, ist unverwüstlich und überlebt erfolgreich jede Inszenierung. Willy Decker (Regie) und Wolfgang Gussmann (Ausstattung) kümmerten sich wenig um die reichhaltige Stimmungspalette der Puccini-Partitur. Sie putzten das 1918 in New York uraufgeführte Werk so schick und stromlinienförmig auf, als wäre es just vom dortigen Broadway importiert worden.

Eine aufgeklappte schwarzgerandete Todesanzeige ist der Bildrahmen für eine hübsch und flott arrangierte Slapstick-Farce, die eifrig Gag an Gag reiht und nur durch die eingestreuten Lyrismen der Musik wie mit einer Notbremsung gelegentlich zum Stillstand kommt. Inmitten des allgemeinen Tohuwabohus gestaltet Alberto Rinaldi mit souveräner Lässigkeit und bemerkenswerter stimmlicher Nuancierung den bauernschlauen Titelhelden.

Im geschäftig und präzis agierenden Restensemble wußte der Tenor Randall Outland als einziger auch stimmlich auf sich aufmerksam zu machen. Die den Premierenabend eröffnende einaktige „Florentinische Tragödie", Kölns Beitrag zur Zemlinsky-Renaissance, war dagegen ein ziemlicher Fehlschlag. Weder dem morbiden Flair der Textvorlage von Oscar Wilde noch der raffiniert gewirkten, 1917 uraufgeführten Partitur wollte oder konnte die Inszenierung Ebenbürtiges zur Seite stellen.

Den in eine Dreiecksgeschichte verpackten Abgesang auf die Welt der schöngeistigen, wenn auch nicht immer sehr moralischen aristokratischen Ordnung reduzierte das Team Decker/Gussmann auf die simple Trivialgeschichte eines gehörnten Bürgers, der den in flagranti ertappten adligen Liebhaber seiner schönen Frau brutal erwürgt. Die plump vulgarisierende Personenführung gewann auch durch das symbolträchtige düstere Spiegelkabinett mit schweren Vorhängen und Steiltreppe keine Überhöhung.

Vollends zum Ärgernis wurde die Aufführung durch die nachlässige Textbehandlung, die bei den Darstellern Brent Ellis, Elisabeth Steiner und Werner Götz Textverständlichkeit allenfalls im Einsatz bewirkte. Die Schuld dafür lag nicht beim tüchtigen Dirigenten Ulf Schirmer, der in einem sehr späten Probenstadium das Dirigat übernehmen mußte.

Mit der Zemlinsky-Oper wurde der Spielplan aufgefüllt, eine Repertoirebereicherung für die Kölner Oper ist die „Florentinische Tragödie" in dieser szenischen Realisierung mitnichten.

ALBIN HÄNSEROTH

Nächste Aufführungen: 2.,5.,7. und 10.10.Kartenvorbestellungen: tel. 0221/21 25 81



Elisabeth Steiner und Werner Götz in Zemlinskys „Florentinischer Tragödie" FOTO: PAUL LECLAIRE

Simmel-Verfilmung: „Bitte laßt die Blumen leben"

Auch Momo ist dabei

Man nehme Professor Brinkmann aus der Schwarzwaldklinik alias Klausjürgen Wussow für die Rolle eines Anwalts, der einem Flugzeugabsturz entkommt und sich in ein neues Leben rettet. Dazu Radost Bokel aus Michael Endes „Momo", Hannelore Elsner als eifersüchtige Ehefrau, Kurt Meisel als Paßfälscher, Hans Christian Blech als Buchhändler Langenau und ein Ass wie Gerd Böckmann als Bösewicht vom Dienst. Wenn man dann noch eine so begabte Schauspielerin wie Birgit Doll eingekauft hat und mit diesem Personal Johann Mario Simmels Räuberpistole „Bitte laßt die Blumen leben" verfilmt, das muß ja gutgehen.

Natürlich muß man die allzu triviale Schwarzweiß-Technik des Buches ein bißchen in Grautöne übersetzen. Aus Rechtsradikalen, die etwas gegen Gastarbeiterkinder haben, werden kriminelle Parvenüs mit dem Ziel, aus dem Buchladen samt Grundstück ein Parkhaus zu machen – was sie nicht hindert, etwas gegen die „Türkensau" zu haben. So pingelig geht es bei Drehbuchautor Joachim Hammann ohnehin nicht zu. Schließlich bietet er Wien (natürlich Stefferl und Prater), Paris (natürlich den Bois de Boulogne) und Hamburg (natürlich Alster und Hafen) auf.

Und die Handlung ist auch dann noch „spannend" und „was fürs Herz" (und die Tränendrüsen), wenn man bei der Psychologie der Personen alle fünfe gerade sein läßt. Dann entsteht eine wundersame Mischung, in der sich jede Bedrohung im Nu in Luft auflöst. Schlimm daran ist nur, daß im Gegenzug andere Übel gleichfalls im Nu aus dem Nichts entstehen. Es kann eben niemand auch nur einen Menschen glücklich machen auf Erden, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wenn man sich ausgeweint hat, ist auch der von Duccio Tessari inszenierte Film zu Ende: ein dröhnender Kitsch, wie er selbst in diesen Tagen selten ist.

KATHRIN BERGMANN

MUSIK-KALENDER

- **4. Bremen:** Theater am Goetheplatz; Weber: Der Freischütz (ML: Pleyer, R: Noelte)
  Dortmund: Opernhaus; Verdi: Otello (R: Seesemann, A: Schäfer)
- **5. Mannheim:** Großes Haus; Weber: Der Freischütz (ML: Schneider, R: Mielitz)
- **10. Oberhausen:** Musiktheater; Verdi: König für einen Tag (ML: Wicherek, R: Gerhards)
- **16. München:** Staatstheater am Gärtnerplatz; Strauß: Eine Nacht in Venedig (ML: Schick, R: Soleri)
- **17. Gelsenkirchen:** Großes Haus; Monteverdi: Die Krönung der Poppea (ML: Bächli, R: Wernicke)
  Stuttgart: Großes Haus; Puccini: Madame Butterfly (ML: Davies, R: Michaels)
- **18. Berlin:** Oper; Ballett: Romeo und Julia (Choreographie: Seregi)
  Darmstadt: Großes Haus; Massenet: Werther (ML: Drewanz, R: Werhahn)
  Düsseldorf: Opernhaus; Fortner: Bluthochzeit (ML: Wallat, R: Horres)
- **19. Wien:** Staatsoper; Verdi: Un ballo *in maschera* (ML: Abbado, R: de Bosio)
- **23. Dresden:** Semperoper; Schostakowitsch: Die Nase (ML: Zimmer, R: Herz)
- **30. Hamburg:** Staatsoper; Smetana: Die verkaufte Braut (ML: Zender, R: Dresen)

Ein Paket begründete die Freundschaft mit USA

Bundesverdienstkreuz für Präsidenten von „Care International"

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Gedenkstunde für ein Paket in Bonn: Vor 40 Jahren begann man in den USA, in das kriegszerstörte und hungernde Deutschland jene Kartons mit Lebensmittel zu schicken, die den Stempel der neu gegründeten Organisation „Care" trugen. Zehn Millionen Stück wurden verteilt. Gestern verlieh Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der Bonner Redoute in Gegenwart von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und US-Botschafter Richard R. Burt dem Präsidenten von Care International, Wallace J. Campbell, das Große Bundesverdienstkreuz.

„Vor 40 Jahren ist die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft neu begründet worden", erinnerte Genscher an die politische Dimension dieser praktischen Hilfe. Damals hatte der damalige US-Außenministers James Francis Byrnes in Stuttgart den Deutschen das Versprechen gegeben, daß amerikanische Soldaten „zum Schutz der Freiheit und zur Wahrung des Friedens" hier bleiben würden. Zur gleichen Zeit trafen die ersten Pakete ein. Genscher: „Amerikanische Soldaten tun heute gemeinsam mit deutschen und anderen verbündeten Soldaten ihren Dienst für die gemeinsame Freiheit. Das Bündnis bewährt sich jeden Tag neu."

Was der Vorsitzende von Care Deutschland, Klaus Nöldner, in seiner Ansprache zur Gedenkfeier als „Botschaft aus einer 1946 kaum noch vorstellbaren Welt" bezeichnete, diese Pakete aus den USA, nannte Genscher „Rettungsringe in einem Meer von Not und Elend". Der Amerikaner Campbell, 1945 Vorsitzender des Gründungsausschusses dieser „Cooperative for American Remittances to Europe" (Care), habe 1946 „persönlichen Mut" bewiesen, die Deutschen in das Hilfeprogramm einzubringen. Denn während viele amerikanischer Familien um ihre gefallenen Väter und Söhne trauerten, die Nürnberger Prozesse gegen die Kriegsverbrecher die Schlagzeilen der Presse und damit das Bild der meisten amerikanischen Bürger von Deutschland bestimmten, sei Campbell als „Mr. Care" aufgetreten und habe „Zustimmung und Bereitschaft zum tätigen Mitwirken" bei den Bürgern Nordamerikas (auch Kanadas) erreicht.

Der Außenminister appellierte: „Das Markenzeichen von Care, Engagement und Effizienz, müssen ebenso für die vielfältigen Möglichkeiten gelten, die wir Bürger heute grenzüberschreitend nutzen können." In diesem Geiste ist vor sechs Jahren „Care Deutschland" gegründet worden, um mit den Spenden aus der deutschen Bevölkerung denen zu helfen, die heute in den am wenigsten entwickelten Ländern der Dritten Welt oder als Opfer von Katastrophen, Krieg und Vertreibung Hilfe brauchen. 1985 wurden mehr als fünf Millionen Mark von diesem deutschen Zweig der Organisation verteilt.

Aus den USA erreichten Pakete im Wert von rund 362 Millionen Dollar die ehemalige amerikanische, britische und französische Besatzungszone, von 1949 bis 1960 die Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehörten auch die Sendungen, die vom Juni 1948 bis Mai 1949 mit den „Rosinen-Bombern" der Amerikaner in das von den Sowjets blockierte Berlin geflogen wurden.

Lebensnahe Hilfe für die Amerikaner in Deutschland

uli. **Bonn**

Wie kaufe ich ein, wie benutze ich Bus und U-Bahn, wie funktioniert das Telefon? Solche „Überlebenstechniken" vermitteln die Mitarbeiter der „United Services Organization" (USO) amerikanischen Soldaten und ihren Familien in Deutschland. Aus Anlaß des 45jährigen Bestehens der USO lud der amerikanische Botschafter Richard Burt am Montag zu einem Empfang in seine Bonner Residenz ein.

Die USO hilft amerikanischen Staatsbürgern mit den Schwierigkeiten des Alltags in Deutschland fertig zu werden. Aus den glitzernden Shows, die während des Zweiten Weltkrieges organisiert wurden, um die Kampfmoral der amerikanischen Soldaten zu stärken, entwickelte sich die Organisation in ihrer heutigen Form. Deren Mitarbeiter kümmern sich in der Bundesrepublik um die etwa 250 000 amerikanischen Soldaten. Neben den Tips zur Bewältigung des Alltags werden auch kulturelle Ausflüge, Sprachkurse und Kontakte zu deutschen Familien vermittelt, denn der Aufenthalt in der Bundesrepublik soll zu einer erfreulichen und bereichernden Erfahrung werden.

Als einen bedeutenden Beitrag zur deutsch-amerikanischen Freundschaft lobte der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Glenn K. Otis, die Arbeit der USO: „Es ist wichtig, daß nicht nur auf Regierungsebene Kontakte bestehen, sondern auch eine enge Beziehung zwischen Deutschen und Amerikanern aufgebaut wird."

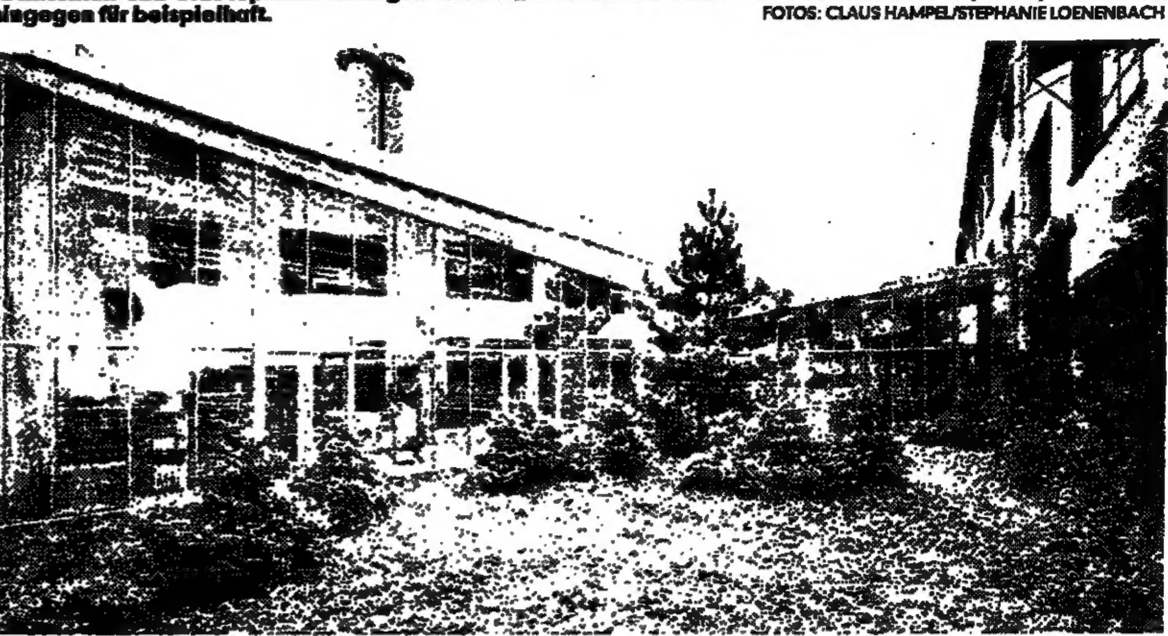
Deutsche Architekten sagen den „Industrieparks" auf der grünen Wiese den Kampf an

Zurück in die Zentren der Städte

D. GURATZSCH, **München**



Auf der grünen Wiese vor den Toren der Stadt schießen phantasielose Flachbauten wie Pilze aus dem Boden. Architekten und Städteplaner schlagen Alarm. „Rischarts Backhaus" mitten in München (unten) halten sie hingegen für beispielhaft. FOTOS: CLAUS HAMPEL/STEPHANIE LOENENBACH



Immer mehr werden sie zur Visitenkarte der Städte: Verbrauchermärkte und „Industrieparks" auf der grünen Wiese. Kilometerweit fressen sich diese Neubauzonen mit ihren oft fensterlosen Kästen in die freie Landschaft. Im weiten Umkreis verschwinden ganze Wiesenraine und Felder unter einer Asphaltdecke – Abstellflächen für die Fahrzeuge der Kunden, Anlieferer, Werksangehörigen und Wirtschaftspartner. Noch wird in manchem Gemeindeparlament wie in einem Rausch über die neuen Ansiedlungen abgestimmt – der Kater kommt danach. Die neuen Wirtschaftszonen bedeuten nämlich nicht nur neue Investitionen, Gewerbesteuern und Arbeitsplätze – sie wirken vielmehr häufig auch zerstörerisch auf die Wirtschaftsstrukturen der Stadt. Städtische Kleinbetriebe, aber auch Großunternehmen wie Kauf- und Handelshäuser halten der Billigkonkurrenz nicht mehr stand. Alte Geschäftsviertel im Stadtinnern veröden. So wie einst, als der Wohnungsbau auf die grüne Wiese ging, können sich Folgekosten und -probleme für die Städte ergeben, die den Nutzen weit übersteigen.

Das gilt auch für die Architektur, die gewollt oder ungewollt nun einmal ein Aushängeschild und Imagefaktor für die Städte ist: Denn die neuen Gewerbezonen bilden, wie der Braunschweiger Architekturprofessor Helmut C. Schulitz sehr treffend sagt, „das moderne Äquivalent des historischen Stadttores". Und die Primitivarchitektur dieser Eingangspforte zur Stadt schlägt vieles von dem tot, was die Städte noch an guter Architektur zu bieten haben, weil das architektonische Billigangebot den Qualitätsbau seiner Nutzung beraubt.

„Kreuzberger Mischung" wurde wiederentdeckt

Schulitz, der seine Thesen jetzt auf dem Kongreß des Bundes Deutscher Baumeister (BDB) in München vortrug, ist sogar der Meinung, daß „die neu angesiedelte Industrie an den Stadträndern ein Vielfaches der städtebaulichen und architektonischen Probleme erzeugt, die man in den Innenstädten beseitigt". Er plädierte deshalb vor den Mitgliedern dieses größten Berufsverbandes der Architekten und Ingenieure in der Bundesrepublik nachdrücklich dafür, mindestens „falsch plazierte Funktionen" aus den Randzonen der Städte wieder in die Zentren zurückzuholen, wie Auslieferungslager für Endverbraucher (verkappte Einkaufszentren), „laboratorienähnliche Industrien" sowie Industrien hochwertiger Güter.

Hochgelobtes Beispiel für die Rückkehr in die Stadt war auf dem Baumeistertag „Rischarts Backhaus" in einem Münchner Hinterhof – ein mehrfach preisgekrönter Glas- und Eisenbau des Architektenteams Kiessler + Partner von 1982. Bei einer Gruppenbesichtigung wurde er gefeiert als „wichtiger Beitrag zur Beibehaltung des Nebeneinanders von Wohnen und Arbeiten in der Stadt" – also als das, was inzwischen als „Kreuzberger Mischung" wiederentdeckt worden ist und was die Forderung der berühmten Architektencharta von Athen (1933) nach der „Trennung der Funktionen" wieder aufhebt. Schulitz zitierte aus der Charta die inzwischen tausendfach steingewordene Maxime: „Die Industriesektoren müssen unabhängig von den Wohnsektoren und durch eine Grünzone von diesen getrennt sein." Aber er erinnerte gerechterweise auch daran, daß die Charta durchaus das Dilemma erkannt hatte: „Die Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist nicht mehr normal; sie zwingt zur Bewältigung übermäßig weiter Wege."

Auch ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft

Eine Lösung für diesen Zielkonflikt freilich wußte die Charta nicht, denn sie war nun einmal auf das Ziel verpflichtet, „die Wahl der Wohngebiete ... nach hygienischen Gesichtspunkten" zu treffen. Erst heute, wo die „saubere Energie viele Industrien kompatibel mit anderen Funktionen gemacht" habe, sei die Funktionstrennung endgültig „ad absurdum geführt" worden, sagte Schulitz, der den herausragenden Diskussionsbeitrag zum Münchner Baumeistertag beisteuerte. Und er unterstrich: Viele der Neuansiedlungen in den Industriegebieten der Großstädte seien heute Firmen der Hochtechnologie, die eher Laborgebäude als herkömmliche „Fabriken" brauchten. Sie ebenerdig und somit mit riesigem Flächenverbrauch anzuordnen, sei nicht etwa in betrieblich-funktionalen Anliegen begründet, sondern allein in der Verfügbarkeit billigen Baugeländes und womöglich sogar in gesetzlichen Bestimmungen, die der Funktionsentmischung auch heute noch Vorschub leisteten. Zurück in die Stadt!

Das ist nach diesem Baumeistertag keine akademische, sozialromantische Forderung mehr, sondern schon fast ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft. Wo er rechtzeitig vernommen und umgesetzt würde, könnte er manches kleine Wunder zur „Revitalisierung" der Innenstädte bewirken – wie in jenem Hinterhof im Gärtnerplatzviertel, aus dem Rischarts Backhaus das Münchner Publikum auf kürzestem Wege mit ofenfrischer Ware versorgt und obendrein auch noch einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung leistet: Für den Weg zum Arbeitsplatz braucht das ortsansässige Personal weder Auto noch Tram.

Mit Bucheckern sollen Schüler dem Wald helfen

AP, **Wiesbaden**

Die hessischen Schülerinnen und Schüler sollen in die Wälder ausschwärmen, um dem kranken Wald zu helfen und auf diesem Wege auch ihr Taschengeld aufzubessern. Forstminister Willi Görlach berichtete gestern in Wiesbaden, die Forstämter wendeten sich derzeit an die Schulen, um mit deren Hilfe Bucheckern-Sammelaktionen durchzuführen. Da die Buchen in diesem Jahr in ausreichender Menge Früchte tragen und nicht jedes Jahr eine gute Bucheckernernte bringt, sollen möglichst viele Samen gesammelt werden.

Aus einem Kilogramm werden nach Angaben Görlachs etwa 1000 Pflanzen gezogen. Da die hessischen Forstämter jährlich fünf bis zehn Millionen Pflanzen brauchen, um den Fortbestand der Buchenwälder zu sichern, und die Ernte eines Jahres für fünf Jahre reichen muß, werden 25 000 bis 50 000 Kilogramm Bucheckern benötigt. Für ein Kilogramm sauber verlesener Bucheckern ohne Erde und Holzstückchen zahlen die Forstämter je nach den Bodenverhältnissen bis zu 30 Mark.

Überfall im Vatikan

dpa, **Vatikanstadt**

Zum ersten Mal in der Geschichte des Vatikans haben Kriminelle versucht, eine der Kassen des Kirchenstaates auszurauben. Drei Männer bedrohten gestern den Kassierer im Verwaltungsgebäude des Vatikans und forderten die Herausgabe von Geld. Als einer der Angestellten die Alarmanlage auslöste, flohen die Räuber und entkamen mit einem Seil über eine der Mauern des Vatikans.

Schaden in Millionenhöhe

dpa, **Wolfsburg**

Ein Feuer hat im Volkswagenwerk in Wolfsburg einen Schaden vermutlich in Millionenhöhe verursacht. Menschen wurden nicht verletzt. Die Produktion war dreieinhalb Stunden lang unterbrochen. Nach Informationen der VW-Pressestelle war der Brand am Montag aus bisher ungeklärter Ursache an einem der beiden Ablaufbänder entstanden, auf denen die fertigen Fahrzeuge für den Transport präpariert werden.

Soldaten vom Zug überrollt

dpa, **Prag**

Mehrere tschechoslowakische Soldaten sind in der Westslowakei von einem Schnellzug überrollt worden, wobei drei getötet und vier lebensgefährlich verletzt worden sind. Wie gestern offiziell in Prag mitgeteilt wurde, geschah das Unglück in der Nacht zum Montag im Bahnhof vom Povazska Bystrica, als der Schnellzug Silein–Prag einfuhr. Die Soldaten waren in Kolonne auf den Schienen marschiert.

Nur letzte Ehe zählt

dpa, **Kassel**

Eine Frau, die zweimal mit demselben Mann verheiratet war und sich beide Male scheiden ließ, kann nur auf Grund der letzten Ehe Hinterbliebenenversorgung verlangen. Das hat jetzt das Bundessozialgericht entschieden. (Az.: 5b RJ 68/85)

Komplize gesucht

rtr, **Ludwigshafen**

Ein Geldtransport-Fahrer, der am Montag in Ludwigshafen mit 5 Millionen Mark spurlos verschwunden ist, hatte nach polizeilichen Erkenntnissen möglicherweise einen Komplizen. Außer nach dem verdächtigen 47jährigen Fahrer Edgar Walter Mainhardt fahndet die Polizei jetzt auch nach dem 24jährigen Manfred Kruk. Beide sind Teilhaber einer Ludwigshafener Speditionsfirma und standen auch privat in Verbindung.

Geisterfahrt: zwei Tote

AP, **Herborn**

Zwei Tote und drei Schwerverletzte lautet die Bilanz eines Verkehrsunfalls, den ein „Geisterfahrer" am Montag abend auf der Sauerlandlinie verursachte. Bei einem Frontalzusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug wurden sowohl der 76jährige Geisterfahrer sowie der Fahrer des anderen Wagens getötet.

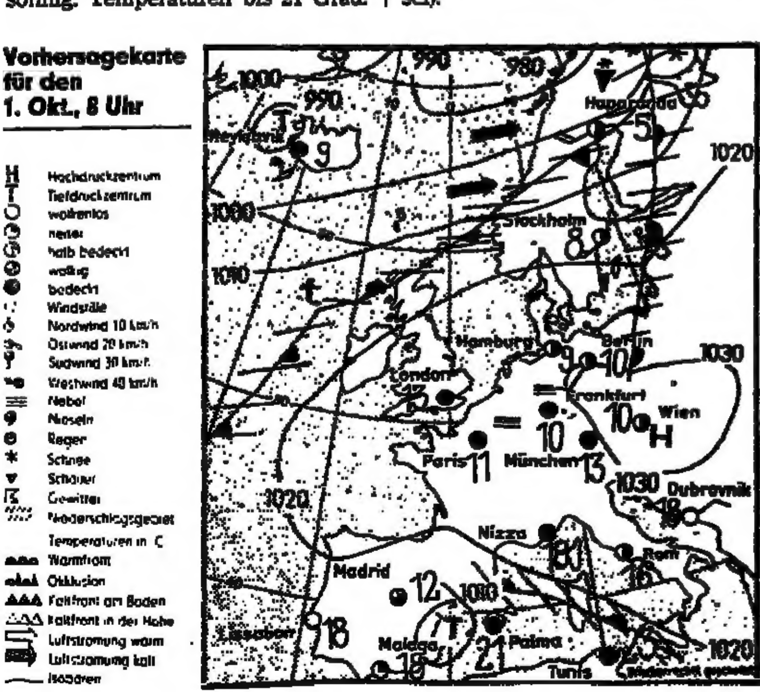
WETTER: Teils neblig und sonnig

Lage: Ein Hochdruckgebiet über Mitteleuropa verlagert sich langsam Südostwärts, bestimmt aber zu nächst noch das Wetter. Erst am Freitag schwenken atlantische Tiefausläufer heran.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden noch Dunst oder Nebel, danach wolkig mit Auflockerungen und trocken. Im Süden nach zögernder Dunst- oder Nebelauflösung meist sonnig. Temperaturen bis 21 Grad. Nachts gering bewölkt und dabei erneut Nebelbildung. Überwiegend schwacher Wind.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag noch keine durchgreifende Änderung, ab Freitag Bewölkungszunahme und gelegentlich Regen.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.24 Uhr*, Untergang: 17.58 Uhr; **Mondaufgang:** 4.22 Uhr, Untergang: 17.43 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	15	be
Bielefeld	16	bw
Braunlage	17	bw
Bremen	14	bd
Dortmund	16	bw
Dresden	15	he
Düsseldorf	18	bw
Erfurt	16	bw
Essen	17	he
Feldberg/S.	10	he
Flensburg	14	bd
Frankfurt/M.	20	he
Freiburg	17	he
Garmisch	17	he
Greifswald	15	bw
Hamburg	14	bw
Hannover	15	bd
Kahler Asten	15	bw
Kassel	17	bw
Kempten	17	he
Kiel	16	bw
Koblenz	20	he
Köln-Bonn	18	he
Konstanz	20	be
Leipzig	16	he
List/Sylt	14	bd
Lübeck	14	bd
Mannheim	20	bw
München	17	he
Münster	15	bw
Norderney	14	Sp
Nürnberg	18	he
Oberstdorf	16	he
Passau	17	he
Saarbrücken	17	bw
Stuttgart	18	bw
Trier	20	he
Zugspitze	6	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	R
Amsterdam	14	bd
Athen	24	bw
Barcelona	22	bw
Belgrad	20	he
Bordeaux	20	wl
Bozen	23	wl
Brüssel	16	bw
Budapest	20	he
Bukarest	17	bw
Casablanca	22	bw
Dublin	17	he
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	19	he
Faro	25	he
Florenz	25	wl
Genf	16	wl
Helsinki	8	bw
Hongkong	27	bw
Innsbruck	18	wl
Istanbul	19	he
Kairo	30	bw
Klagenfurt	19	he
Konstanza	14	R
Kopenhagen	16	bw
Korfu	27	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	5	bd
Lissabon	22	bw
Locarno	19	he
London	14	bd
Los Angeles	18	wl
Luxemburg	18	he
Madrid	21	bw
Mailand	23	wl
Malaga	26	he
Mallorca	20	R
Moskau	6	bd
Neapel	27	wl
New York	19	bw
Nizza	25	wl
Oslo	9	bw
Ostende	16	bw
Palermo	26	wl
Paris	15	he
Peking	28	he
Prag	16	bw
Rhodos	27	he
Rom	26	wl
Salzburg	19	wl
Singapur	29	bw
Split	25	he
Stockholm	10	wl
Straßburg	20	he
Tel Aviv	29	bw
Tokio	25	he
Tunis	21	bw
Valencia	22	bd
Varna	21	he
Venedig	24	wl
Warschau	16	bw
Wien	19	he
Zürich	18	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Mandelaugen in der Lutherstadt

dpa, **Tokio**

Besonders enge japanisch-deutsche Beziehungen hat die Wochenzeitschrift „Shukan Shincho" in der Lutherstadt Wittenberg „aufgedeckt": Es gibt dort mindestens 15 uneheliche Kinder mit mandelförmigen Augen, deren Väter japanische Konstruktionsarbeiter sind. Diese hatten in der „DDR" vor elf Jahren mit dem Bau einer Ammoniakfabrik begonnen, „aber auch eine Menge kleiner Japaner gemacht", bestätigte der Bürgermeister der Lutherstadt.

Ein Sprecher der japanischen Botschaft in Ost-Berlin sagte, daß auch für illegitime Kinder in der „DDR" gesorgt werde. Drei von fünf zurückgekehrten Japanern leben jetzt mit ihren Familien in Wittenberg.

„Senftöpfchen" im neuen Quartier

ALBERT KOCK, **Köln**

Bald zehn Jahre mußte Alexandra Kassen um ihr neues Domizil kämpfen. Mit dem Umbau des ehemaligen Textilhauses der Familie Brügelmann im Kölner Martinsviertel kam die Prinzipalin jetzt zu einem Theater, das diesen Namen auch verdient. Längst hatte sich das intime Senftöpfchen-Theater zu einer Institution der Domstadt entwickelt, der bundesweite Beachtung zuteil wurde.

Heute ist die Neueröffnung im 200 Sitzplätze bietenden Haus, dessen Bühne schon so manchem Fernsehbekannten als Sprungbrett diente. Auf dem Spielplan steht die Münchener Lach- und Schießgesellschaft, deren Mitbegründer Fred Kassen war. 1959 kamen die Kassens an den Rhein und gründeten im gleichen Jahr das Senftöpfchen-Theater. Doch entgegen vieler gutgemeinter Ratschläge, es im karnevalbeherrschten Köln mit Kabarett erst gar nicht zu versuchen, hatten die beiden Neulinge sogleich Erfolg. Ihr Provisorium lockte immer wieder Künstler aus der ganzen Bundesrepublik an. Schauspieler wie Gert Fröbe, Ernst Stankowsky und Hans Söhnker oder Kabarettisten wie Dieter Hildebrandt, Werner Schneyder und Hans-Dieter Hüsch unterstreichen das Renommee der Kölner Kleinkunst-Bühne.

Als 1972 Ehemann Fred starb, stand Alexandra Kassen plötzlich „ohne eine Ahnung vom Geschäft und mit einem Haufen Schulden" da. Nur ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß die kleine Sprechbühne durchhielt. Den Neubau ließ sich die Stadt zwar eine Million Mark kosten, aber die Theaterchefin muß für die Innenausstattung selbst immer noch 300 000 Mark aufbringen. Dafür kann das neue Senftöpfchen-Theater auch mit einer gutbestückten Licht- und Tonanlage aufwarten.

Alexandra Kassen möchte ihrem Grundsatz treu bleiben, auch weniger bekannte Gesichter auf die Bühne zu bitten. Nicht eben schlecht gefahren ist sie damit bei Alfred Biolek: Dem Fernsehunterhalter hatte sie Mitte der siebziger Jahre eine Chance gegeben. Als Dank steht er dem neuen Senftöpfchen-Förderverein vor, mit dessen Engagement man den Nachwuchs zu fördern gedenkt. Denn nur mit neuen Gesichtern bleibt das Senftöpfchen jung.



Auch die ‚freundlichen Dicken' geben sich temperamentvoll

U. LINDNER, **Celle/Warendorf**

Ein langgezogener scharfer Pfiff ertönt. Der Hauptsattelmeister gibt das Zeichen für den Beginn der Springquadrille. Figurenreich und lebhaft geritten demonstrieren die Hengste ihre Elastizität und Sprungwilligkeit. Sechs Wochen ist es her, daß die Hengste von den Deckstationen zurück sind und für die 251. Celler Hengstparade des Niedersächsischen Landgestüts trainiert werden.

Schlag auf Schlag lösen sich die Schaubilder ab und immer wieder zieht der Veranstaltungsreigen die Zuschauer in seinen Bann. Da sitzt im derb-grünen Loden der bäuerliche Züchter neben mondän ausstaffierter Snobiety, der Leistungsreiter neben dem Freizeitsportler.

Seit vielen Jahren erfreuen sich die öffentlichen Auftritte der Hengste in Celle und Warendorf großer Beliebtheit. Bei insgesamt sechs Veranstaltungstagen werden in diesem Jahr allein in Celle mehr als 36 000 Zuschauer von nah und fern erwartet. Dies hat sich der hannoversche Kurfürst Georg II., zugleich König von England, bei seiner Gründung des Celler Landgestüts vor 251 Jahren gewiß nicht träumen lassen.

Nirgends sonst findet der passionierte Züchter bessere Vergleichsmöglichkeiten. Auf dem großen Rasenplatz zeigen die Hengste in 22 Programmnummern Temperament, Charakter, Gesundheit, Sprunganlage und Dressurfähigkeit. Die Hengste werden an der Hand, unter dem Sattel, vor römischen Kampfwagen und in anspruchsvollen Dressurquadrillen geritten.

Auch der Fahrsport in seinen vielfältigen Varianten kann in den zurückliegenden Jahren einen deutlichen Aufwärtstrend verzeichnen. Bis zu zwölf Hengste werden eingespannt und ziehen stilvolle Kutschen, die das Wappen des hannoverschen Hauses tragen. Kutscher in rot-goldenen Uniformen bieten einen prächtigen Anblick. Der Boden dröhnt, wenn die Züge zu schmissigen Rhythmen an den Zuschauertribünen vorbeigaloppieren.

In Warendorf erfreuen sich die „freundlichen Dicken", wie die Kaltblutkoppeln hier genannt werden, besonderer Beliebtheit (Foto). „Allerliebster", „Nippes" und „Herzensbrecher" beweisen, daß sie trotz aller Vorurteile dynamische und bewegliche Tiere sind.

Höhepunkte in beiden Pferdehochburgen sind die Schulquadrillen. Die polierte Kandarrenzäumung der Pferde und die elegant geschnittene Kleidung der Reiter ergeben zusammen ein herrliches Bild – so kommen nicht nur Dressurliebhaber sondern auch „Augenmenschen" auf ihre Kosten. Kein Wunder also, daß die Hengstparaden in Celle und Warendorf die Zuschauer in hellen Scharen anlocken.

FOTO: ULRIKE LINDNER

ZU GUTER LETZT

„Jeder Weidgenosse geht mit dem ihm übergebenen Volkseigentum, insbesondere Jagdwaffen, Munition und Zielfernrohren sorgsam und pfleglich um. Die leeren Patronenhülsen werden gesammelt." Aus der „DDR"-Zeitschrift „Unsere Jagd".